



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2012

Hanna Pfeifer

**Dilemmata wertgebundener
Außenpolitik am Beispiel
der deutsch-israelischen
Beziehungen.
Eine Betrachtung des
Gazakrieges**

Magisterarbeit bei
Prof. Dr. Anna Geis
2011

*Mein Dank gilt meinen Eltern, Johannes, Tine, Steffen, Mona und Elif
für ihre inhaltlichen Anregungen und dafür,
dass sie mich ausgehalten und an mich geglaubt haben.*

I. Einleitung	1
1. Anlass der Arbeit, Forschungsstand und Forschungsfrage	2
2. Vorgehensweise, Methodik und Fallauswahl	4
II. Normen deutscher Außenpolitik: Theorie	7
1. Konstruktivistische Spielarten	7
1.1. DIE KLASSIKER – KONSTRUKTIVISTISCHE GRUNDANNAHMEN	8
1.1.1. WENDT – AGENT UND STRUCTURE	8
1.1.2. ONUF – REGELN UND SPRACHE	9
1.1.3. KRATOCHWIL – NORMEN, KOMMUNIKATION UND ENTSCHEIDUNG	10
1.1.4. ZUSAMMENFASSUNG	11
1.2. NORMEN UND SOZIALES HANDELN	12
1.2.1. WIRKUNG VON NORMEN	12
1.2.2. NORMENTSTEHUNG, SOZIALISATION UND HANDLUNGSLOGIK	13
1.2.3. NORMIERUNG UND ROLLEN	16
2. Deutschland als Zivilmacht – Modell einer außenpolitischen Rolle	17
2.1. INNERSTAATLICHE UND INTERNATIONALE ZIVILISIERUNGSPROZESSE	18
2.2. ZIVILMACHT ALS ROLLE	19
2.2.1. ZIVILMACHT ALS ANALYTISCHER BEGRIFF	19
2.2.2. ZIVILMACHT ALS NORMATIVER BEGRIFF	21
2.3. DEUTSCHLAND ALS ZIVILMACHT	22
2.3.1. IMPERATIVE AUS DER DEUTSCHEN VERGANGENHEIT	22
2.3.2. KONTINUITÄT ODER WANDEL IM VEREINTEN DEUTSCHLAND?	24
2.3.3. HERAUSFORDERUNGEN UND DILEMMATA FÜR DIE ZIVILMACHT	25
2.3.4. ZIVILMACHT – QUO VADIS?	27
2.3.4.1. Zivilmacht in den Zielen, aber nicht ohne Widersprüche?	27
2.3.4.2. Ende der Zivilmacht, neue Standards der Angemessenheit?	28
2.4. ZWISCHENFAZIT	29
3. Völkerrecht und Menschenrechte als Normen der Zivilmacht	30
3.1. KATEGORIENSCHEMA DER ZIVILMACHT UND DAS VÖLKERRECHT	31
3.2. KATEGORIENSCHEMA DER ZIVILMACHT UND DIE MENSCHENRECHTE	34
3.3. OPERATIONALISIERUNG IN NEUEN KATEGORIEN	37
4. Das Sonderverhältnis zu Israel und die deutsche Außenpolitik	39
4.1. HISTORISCHE ENTWICKLUNG DES SONDERVERHÄLTNISSES – ENTSTEHUNG EINER NORM	39
4.1.1. DER AUFBAU VON BEZIEHUNGEN IM SCHATTEN DES HOLOCAUSTS – AUFTAUCHEN EINER NORM	40
4.1.2. DIE POLITISCHEN BEZIEHUNGEN – DIE INSTITUTIONALISIERUNG EINER NORM	43
4.1.2.1. Beginnende Institutionalisierung – der Weg zu diplomatischen Beziehungen	43
4.1.2.2. Zwischen Vergangenheit und Gegenwart – Solidarität in den Herzen und Ausgewogenheit in der Politik	44
4.1.2.3. Politische und gesellschaftliche Krisen – das Scheitern der Normalisierung	44
4.1.2.4. Vertrauen und Ausgewogenheit – Mehrebenenspiele	46
4.1.2.5. Besondere Beziehungen – die Institutionalisierung einer Norm auf gesellschaftlicher Ebene	46
4.1.3. IDENTITÄT UND INTERNALISIERUNG – SONDERVERHÄLTNIS ALS NORM?	47
4.2. OPERATIONALISIERUNG DER NORM DES SONDERVERHÄLTNISSES	49

III. Normenkonflikte deutscher Außenpolitik: Praxis	50
1. Der Gazakonflikt 2008/2009 und sein Nachgang	50
1.1. OPERATION „GEGOSSENES BLEI“ – EIN „KLEINER KRIEG“	50
1.2. DER GAZAKRIEG, DIE MENSCHENRECHTE UND DAS VÖLKERRECHT	52
1.2.1. DAS RECHT AUF KRIEG	52
1.2.2. DAS RECHT IM KRIEG	54
2. Reaktionen der Internationalen Gemeinschaft	58
2.1. SICHERHEITSRAT DER VEREINTEN NATIONEN	58
2.1.1. BEFASSUNG MIT DEM KONFLIKT	58
2.1.2. DISKUSSION DES GOLDSTONE-BERICHTES	59
2.1.3. DEUTSCHES VERHALTEN IM SICHERHEITSRAT	62
2.2. MENSCHENRECHTSRAT DER VEREINTEN NATIONEN	64
2.2.1. DER WEG ZUR EINRICHTUNG EINER <i>FACT-FINDING MISSION</i>	64
2.2.2. MANDAT, VERLAUF DER MISSION UND VORSTELLUNG DES BERICHTES	65
2.2.3. NACHGANG DES BERICHTES UND EINRICHTUNG EINER NACHFOLGEKOMMISSION	67
2.2.4. DEUTSCHES VERHALTEN IM MENSCHENRECHTSRAT	68
2.3. GENERALVERSAMMLUNG DER VEREINTEN NATIONEN	70
2.3.1. RESOLUTIONEN ZUM GAZAKRIEG UND ZUM GOLDSTONE-REPORT	71
2.3.2. RESOLUTIONEN MIT BERÜCKSICHTIGUNG DER LAGE IM GAZASTREIFEN	71
2.3.3. DEUTSCHES VERHALTEN IN DER GENERALVERSAMMLUNG	74
3. Reaktionen der deutschen Politik	75
3.1. DIE BUNDESREGIERUNG	76
3.1.1. ZUWEISUNG VON SCHULD UND BEDINGUNGEN FÜR EINE WAFFENRUHE	76
3.1.2. PRIORITÄT DER HUMANITÄREN HILFE	77
3.1.3. APPELLE AN VERSCHIEDENE AKTEURE	79
3.1.4. KRITISCHE ZWISCHENTÖNE	81
3.1.5. UMGANG MIT DEM GOLDSTONE-REPORT UND DEN ERHOBENEN VORWÜRFEN	83
3.1.6. GAZA-FLOTTILLEN UND MAUERBAU IM VORDERGRUND	86
3.1.7. AUSWERTUNG: BUNDESREGIERUNG ALS ZIVILMACHT?	87
3.2. DER BUNDESTAG	96
3.2.1. ARGUMENTATIONSSCHEMATA DER CDU/CSU: ISRAELS SICHERHEIT <i>FIRST</i>	96
3.2.2. ARGUMENTATIONSSCHEMATA DER SPD: VERANTWORTUNG DURCH PRAGMATISMUS	98
3.2.3. ARGUMENTATIONSSCHEMATA DER FDP: KRITISCH IN DER OPPOSITION, UNAUFFÄLLIG IN DER KOALITION	100
3.2.4. ARGUMENTATIONSSCHEMATA DER GRÜNEN: SICHERHEIT DURCH FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT	102
3.2.5. ARGUMENTATIONSSCHEMATA DER LINKEN: TATEN STATT WORTE	104
3.2.6. AUSWERTUNG: AUSTRAGUNG DES NORMENKONFLIKTES IM BUNDESTAG	107
IV. Schluss: Sonderverhältnis sticht Zivilmacht	111
1. Das Sonderverhältnis als konstitutive Norm	112
2. Abschied von der Zivilmacht, selbstbewussteres Auftreten?	114
3. Reichweite der theoretischen Erklärungen von Normenkonflikten	116
4. Tatsächliche Strategien im Umgang mit Normenkonflikten	118
5. Die konstruktivistische Erklärung deutschen Verhaltens	120
6. Ausblick und Bewertung	121

Bibliographie	123
Anhang	148
Eigenständigkeitserklärung	151
Lebenslauf	152

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: <i>Ausprägung der Zivilmachtrolle Deutschlands nach 1945</i>	23
Tabelle 1: <i>Zivilisatorisches Hexagon und Grundprinzipien der Zivilmacht</i>	20
Tabelle 2: <i>Werte, Ziele und Instrumente der Zivilmacht als Analysekategorien</i>	21
Tabelle 3: <i>Operationalisierung der Normen „Völkerrecht“ und „Menschenrechte“</i>	38
Tabelle 4: <i>Operationalisierung der Norm „Sonderverhältnis zu Israel“</i>	49
Tabelle 5: <i>Zusammenfassung der rechtlichen Vorwürfe gegen Israel</i>	150

Abkürzungsverzeichnis

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
IB	Internationale Beziehungen
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IGH	Internationaler Gerichtshof
ISGH	Internationaler Strafgerichtshof
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Nichtregierungsorganisation
OIC	Organization of Islamic Cooperation
OSCE/OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PA	Palästinensische Autonomiebehörde
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency
VN/UN	Vereinte Nationen

I. Einleitung

Weltpolitisch begann das Jahr 2011 mit den Arabischen Revolutionen und damit mit Turbulenzen für die deutsche Außenpolitik. Kaum drei Monate nachdem die BRD ihren nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der VN angetreten hatte, sorgte ein deutsches Votum für einen Eklat: In der Abstimmung über die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen enthielt sich der deutsche Vertreter. Die BRD unterstützte die Resolution 1973 als einziger EU- und NATO-Staat nicht mit einem positiven Votum, sondern stellte sich an die Seite von „so bedeutenden Ländern und auch Partnern wie Brasilien, wie Indien, wie Russland und auch China“ (Süddeutsche Zeitung 2011). Das deutsche Vorgehen rief heftige Reaktionen im In- und Ausland hervor. Der Rückhalt für den Bundesaußenminister Westerwelle in der eigenen Regierungskoalition bröckelte, in der SPD und bei den GRÜNEN rief die Entscheidung hitzige Diskussionen hervor. Beifall erhielt Westerwelle von der LINKEN und damit von ganz ungewohnter Seite. Aus der EU hinterfragten Stimmen, wie ernst Deutschland als Partner in der NATO nun noch zu nehmen sei, während sich die Briten empört über die deutsche Enthaltung im Sicherheitsrat zeigten, ja der BRD sogar Feigheit vorwarfen. Aus Frankreich wurden Zweifel darüber laut, ob Deutschland sich tatsächlich zwischen Diktatur und Demokratie für die Zukunft Libyens entschieden habe (Welt 2011). Währenddessen versuchten der Außenminister und die Kanzlerin, die Wogen zu glätten: Den Erfolg eines militärischen Eingreifens sehe man mit großer Skepsis und man wolle stattdessen den Weg der Sanktionen gegen Libyen weiter verfolgen. Man wünsche seinen Partnern in der NATO jedoch viel Erfolg und werde versuchen, sie anderweitig zu entlasten. Was war passiert?

Die Enthaltung im Sicherheitsrat war lediglich die Zuspitzung einer Situation, in der sich die deutsche Außenpolitik seit Beginn des Ausbruchs der Arabischen Revolutionen befunden hatte. Von Anfang an lösten die Umbrüche in Nordafrika und im Nahen Osten eine Kontroverse aus: Die eine Seite solidarisierte sich mit den Zielen der rebellierenden Bevölkerung und verlangte ein klares Bekenntnis der Politik gegen die Diktatoren und für Werte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die andere Seite pochte auf Stabilität und einen geordneten Übergang. Dass die Konfliktlinie nicht entlang von Parteigrenzen verlief, sondern sich in fast allen Fraktionen Befürworter und Gegner des Einsatzes fanden, zeigt, auf welcher profunder Ebene der Konflikt die Gemüter bewegte: Fundamentale Werte deutscher Außenpolitik standen auf dem Spiel. Ins Spannungsfeld gerieten einerseits die traditionelle Scheu vor militärischen Mitteln und andererseits der Schutz von Menschenrechten als hohes Gut wertgebundener Außenpolitik; die Traditionen der Westbindung und des Multilateralismus konkurrierten mit dem Glauben an den Erfolg diplomatischer und wirtschaftlicher Mittel; das Ziel der Stabilität im Nahen Osten konfliktierte mit dem Ringen der dortigen Bevölkerung um mehr Freiheit und Demokratie. Die deutsche Außenpolitik befand sich in einem Dilemma, aus dem man am Kulminationspunkt nur noch einen Ausweg sah: die Enthaltung im Sicherheitsrat.

Selten sind Normenkonflikte deutscher Außenpolitik so deutlich zu Tage getreten wie in diesen Monaten. Dabei stellen diese Herausforderungen jedoch eigentlich keine Seltenheit dar: Wertegebundene Außenpolitik läuft immer Gefahr, sich selbst in scheinbar ausweglose Situationen zu manövrieren und unterschiedlichen Erwartungen angemessenen Handelns gerecht werden zu müssen. Die Außenpolitik der BRD hat sich auf Grund der deutschen Vergangenheit nicht nur bestimmten abstrakten Werten verschrieben. Sie zeichnet sich darüber hinaus dadurch aus, dass sie bilateralen Beziehungen zu einem anderen Staat ebenfalls aus historischen Gründen Wertecharakter verliehen hat: dem Sonderverhältnis zu Israel. So kam auch bei der Bewertung der politischen Umwälzungen im Zuge des arabischen Frühlings der Sorge um die Sicherheit und strategische Position Israels eine maßgebliche Rolle für die deutsche Positionierung zu.

Die Wertegebundenheit und dieses Sonderverhältnis sind Grundkonstanten bundesrepublikanischer Außenpolitik. Aus beiden Traditionen sind Erwartungen angemessenen Verhaltens erwachsen, die von verschiedenen Seiten an die deutsche auswärtige Politik herangetragen werden. Was jedoch geschieht, wenn diese Erwartungen systematisch miteinander in Konflikt geraten? Zur Beantwortung dieser Frage soll die vorliegende Arbeit einen in der konstruktivistischen politikwissenschaftlichen Theorie fundierten Beitrag leisten.

1. Anlass der Arbeit, Forschungsstand und Forschungsfrage

Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben sich die Bedingungen der internationalen Sicherheit und außenpolitischen Handelns grundlegend geändert, was insbesondere für die Phase nach dem 11. September 2001 gilt. Dieser Wandel der internationalen Umwelt manifestiert sich in neuen Herausforderungen wie Terrorismus und sog. „Neuen Kriegen“ (Johannsen 2010: 221-222), die nicht mehr der alten Logik militärischer Konfliktaustragung folgen. Besonders deutlich zeigen sich diese neuen Phänomene im Nahen Osten und dort vor allem im israelisch-palästinensischen Konflikt. Konnte man die israelisch-arabischen Auseinandersetzungen noch bis in die 1990er Jahre als klassisch zwischenstaatliche Kriegsführung bezeichnen, veränderte sich der Charakter der Kontrahenten Israels in diesem Konflikt zusehends. Heute stehen sich in militärischen Auseinandersetzungen eine klassische Armee auf der israelischen Seite und quastaatliche Akteure, Befreiungsbewegungen, paramilitärische Einheiten sowie Terrororganisationen auf der palästinensischen Seite gegenüber (Johannsen 2010: 223). Diese Entwicklungen erfordern nicht nur neue Antworten von direkt betroffenen Konfliktparteien, sondern rufen die internationale Gemeinschaft als Ganze auf den Plan. Gemeinschaftliche Lösungen müssen im völkerrechtlichen, sicherheits- und entwicklungspolitischen Bereich gefunden werden.

Besonders drastisch werden diese neuen Herausforderungen für Staaten, die sich in ihrer Außenpolitik bestimmten Werten verschrieben haben. Gerade Deutschland, dessen außenpolitisches Verhalten in der Politikwissenschaft oft als nahezu idealtypisch für eine sog. Zivilmacht¹ bezeichnet wurde, sieht sich auf Grund der veränderten Logik der IB immer öfter mit Wider-

¹ Unter einer Zivilmacht versteht man kurz gesagt einen Staat, der sich aktiv für die Zivilisierung der IB einsetzt. Eine umfassendere Charakterisierung soll im Verlauf der Arbeit entwickelt werden.

sprüchen innerhalb seines außenpolitischen Gesamtkonzepts konfrontiert. In der Literatur finden sich zu dieser Problematik verschiedene Abhandlungen darüber, welche Wertekonflikte *innerhalb* des Zivilmachtparadigmas entstanden sind und wie diese beantwortet wurden.² Dabei scheidet sich die Wissenschaft an der Frage, ob althergebrachte Beschreibungen deutscher Außenpolitik sowohl deskriptiv-analytisch als auch normativ überhaupt noch Geltung beanspruchen können.

Auf einer abstrakteren theoretischen Ebene hingegen sind derartige Normenkonflikte für die Außenpolitik noch weitgehend unerforscht. Dies gilt insbesondere auch für Konflikte, die *zwischen* Normen der Zivilmacht und anderen Normen von Außenpolitik entstehen können. Jedoch finden sich in der konstruktivistischen Literatur sowohl die Grundlagen dafür, warum Werte und Normen Außenpolitik überhaupt beeinflussen,³ als auch umfangreiche Abhandlungen über Entstehung, Wirkung und Wandel von Normen.⁴ Mit rationalistischen Theorien ist wiederum nur erklärbar, warum materialistisch verstandene Interessen einander ausstechen: Akteure maximieren ihren Nutzen, der sich beispielsweise in Macht oder wirtschaftlichen Gewinnen äußern kann. Werte und Normen können im außenpolitischen Entscheidungsprozess nicht hinreichend modelliert werden. Das daraus abgeleitete Forschungsinteresse der Autorin richtet sich daher an die Frage, was passiert, wenn zwei Normen, also Standards angemessenen Verhaltens in der Außenpolitik zueinander in ein Spannungsverhältnis geraten. Bestehende konstruktivistische Antworten darauf können nur unbefriedigende Erklärungen liefern, wie sich im Verlauf der Arbeit zeigen wird.⁵

Diese theoretische Lücke bildet einen Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit. Empirisch ist die Auseinandersetzung zudem dadurch motiviert, dass auch ein bestimmter Aspekt im deutsch-israelischen Sonderverhältnis bisher nur unzureichend beleuchtet wurde. Umfassende Literatur findet sich lediglich zu einzelnen Politikbereichen und Teilaspekten des deutsch-israelischen Verhältnisses (Sicherheits- und Militärkooperation,⁶ kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit,⁷ mediale Darstellung und öffentliche Meinung,⁸ Jugendaustausch und Städtepartnerschaften⁹), zu seiner Geschichte¹⁰ und zu seinem Platz in der deutschen Nahostpolitik.¹¹ Obwohl es eine wesentliche Stellung in der deutschen Außenpolitik einnimmt und zu ihren Grundkonstanten zählt, gibt es bislang keine systematischen Abhandlungen über Verortung des Sonderverhältnisses im Gesamtkonzept der deutschen Außenpolitik. Weil das Sonderverhältnis

² Siehe etwa Geis 2008; Maull 1999.

³ Jepperson et al. 1996; Koslowski/Kratochwil 1994; Kratochwil 1987; 1989; Onuf 1989; Wendt 1992a; 1992b; 1999/2006; Zehfuss 2001.

⁴ Jepperson et al. 1996; Katzenstein 1996; 1997a; 1997b; Katzenstein et al. 1998; Katzenstein et al. 2000; Risse; 1999; 2000; 2003; Risse et al. 2002; Risse et al. 1999; Rittberger et al. 2001a; 2001b.

⁵ Rittberger et al. 2001a; 2001b.

⁶ Barnouw 2007; Shpiro 2002; Sterzing 2002.

⁷ Für einen Überblick siehe Steeger-Strobel 2008.

⁸ Broening 2005; Müller et al. 2005; Vopel 2007.

⁹ Ziegler 1992.

¹⁰ Bar-On 2008; Bar-On 2005; Bartos 2007; Frei et al. 2009; Jelinek 2004; Kloeke 2005; Mertens 2006; Vogel 1988a; 1988b; 1988c; Wolffsohn 1991.

¹¹ Barnouw 2007; Frangi 2002; Gröhe 2002; Gröhe et al. 2002; Lewan 1984; Perthes 2002; Stein 2002; Sterzing/Böhme 2002; Weingardt 2002.

bestimmte Verhaltenserwartungen Deutschlands gegenüber Israel impliziert, kann es als Norm deutscher Außenpolitik rekonstruiert werden.

Ausgehend von den beschriebenen Forschungslücken soll die vorliegende Arbeit der folgenden Forschungsfrage nachgehen: In welchem Verhältnis steht die Norm des deutsch-israelischen Sonderverhältnisses zu den Grundsätzen einer Zivilmacht Deutschland?

2. Vorgehensweise, Methodik und Fallauswahl

Die Antwort auf diese Frage soll in zwei großen Schritten gegeben werden: In einem theoretischen Teil I sollen zwei spezifische Normen deutscher Außenpolitik aus dem Zivilmachtmodell heraus entwickelt und in einem operationalisierbaren Kategorienschema systematisiert werden. Anschließend soll die Norm des Sonderverhältnisses zu Israel ähnlich modelliert und anwendbar gemacht werden. In einem empirischen Teil II soll anhand einer Fallstudie beobachtet werden, was mit den entwickelten Normen geschieht, wenn sie zueinander in Konflikt geraten. Dazu soll das deutsche Verhalten im Gazakrieg 2008/2009 analysiert werden.

Im Kapitel 1.1. sollen die konstruktivistischen Ausgangsüberlegungen dargelegt werden, die eine Betrachtung von Normen in der Außenpolitik eines Staates überhaupt ermöglichen. Ziel ist es, zu zeigen, dass die Interessen eines Akteurs sich auf Grund seiner Identität herausbilden. Diese Identität wiederum entsteht durch Praktiken in Interaktionssituationen einerseits und auf Grund von (innergesellschaftlichen und internationalen) Lernprozessen andererseits, die gemeinsam die soziale Struktur bestimmen, in der sich der Akteur bewegt. Diese Struktur besteht aus Normen und Regeln, die durch Sprache und Praxis geschaffen werden. Kapitel 1.2. wird der Frage nachgehen, wie Normen im Entscheidungsprozess konkret auf Handlungen wirken. Dabei gibt es solche Normen, die konstitutiv für die Identität des Akteurs überhaupt sind, und andere, die sein Handeln lediglich regulieren. Diese Normen entstehen in einem Prozess der Sozialisierung, der in verschiedenen Stadien unterschiedlichen Handlungslogiken folgt. Die diversen Normen, also Verhaltenserwartungen, denen ein Akteur unterliegt, können in seiner Rolle zusammengefasst werden.

Kapitel 2 wird eben eine solche Rolle spezifizieren und Deutschland als sog. Zivilmacht charakterisieren. Dabei soll nachvollzogen werden, wie die deutsche Nachkriegsidentität verschiedene Normen außenpolitischen Verhaltens prägte, die das Zivilmachtmodell zusammenfasst. Am Ende des Kapitels wird eine Diskussion darüber stehen, ob die Rolle der Zivilmacht Normen deutscher Außenpolitik noch adäquat beschreibt oder nicht.

In Kapitel 3 sollen zwei spezifische Normen der Zivilmachtrolle näher charakterisiert werden: das Völkerrecht (verstanden als Zivilisierung des Verhältnisses Staat-Staat) und die Menschenrechte (verstanden als Zivilisierung des Verhältnisses Staat-Mensch). Dieser Teil erfüllt die Funktion, das Zivilmachtmodell für die empirische Untersuchung zu operationalisieren. Dabei werden die zwei genannten Normen innerhalb eines Kategorienschemas modelliert. Dieses soll Analyse Kriterien liefern, anhand derer in der Fallstudie abgeprüft werden kann, ob Deutschland sich wie eine Zivilmacht verhält.

Am Ende von Teil 4 soll eine ähnliche Operationalisierung des deutschen Sonderverhältnisses zu Israel stehen. Dazu wird zunächst gezeigt, dass das Sonderverhältnis ebenfalls aus der deutschen Nachkriegsidentität als Norm erwuchs. Mit den in 1.2. vorgestellten Prozessen der Sozialisierung soll die Entstehung dieser Norm nachvollzogen werden. Auch hier soll am Ende eine kritische Betrachtung des Begriffs Sonderverhältnis stehen, die Anknüpfungspunkte für eine Diskussion der im empirischen Teil der Arbeit gefundenen Ergebnisse bietet. Ein Kategorienschema soll das Sonderverhältnis als Norm ebenfalls für eine empirische Untersuchung anwendbar machen.

Am Ende des Theorieteils I stehen sich also eine Norm (das Sonderverhältnis) und ein Normenpaar (Völkerrecht und Menschenrechte) operationalisiert in Analysekategorien gegenüber. Beide wurden als aus einer gemeinsamen Identität entstandene, jedoch durch verschiedene Lern- und Interaktionsprozesse entwickelte Normen deutscher Außenpolitik hergeleitet. In Teil II soll davon ausgehend ein Fall untersucht werden, in dem diese Normen miteinander in Konflikt geraten. Ziel des Teiles ist es herauszufinden, wie sich die BRD angesichts dieser Normenkollision verhielt und wie sie ihr Verhalten begründete. Außerdem soll offen gelegt werden, wie unterschiedliche Akteure in der deutschen Politik argumentativ mit dem Normenkonflikt umgingen. Dies soll insgesamt klären, wie sich die Norm des Sonderverhältnisses gegenüber den Grundsätzen der Zivilmacht im Gesamtkonzept der deutschen Außenpolitik verorten lässt.

Bei der Auswahl des empirischen Gegenstandes war es wichtig, einen Fall zu finden, in dem die zu untersuchenden Normen deutscher Außenpolitik möglichst deutlich kollidieren, um die Effekte eines derartigen Normenkonfliktes sichtbar machen zu können. Gleichzeitig sollte sich durch die Wahl des Untersuchungszeitraums ein empirischer Mehrwert zu bisherigen Betrachtungen des deutsch-israelischen Verhältnisses ergeben, die bis auf wenige Ausnahmen spätestens bei der Kanzlerschaft Schröders enden.¹² Zudem wurde der Beschluss gefasst, die Untersuchung auf einen Fall zu beschränken. Grund hierfür ist vor allem, dass es sich bei dem deutsch-israelischen Verhältnis um ein politisch sensibles Thema handelt, bei dessen Behandlung es in jedem Fall vermieden werden muss, oberflächlich oder einseitig zu argumentieren. Die Vermittlung verschiedener Blickwinkel und eine möglichst vielschichtige Analyse erscheinen hierfür unabdingbar. Dies setzt auch voraus, dass Prozesse möglichst präzise nachverfolgt werden und sich die Untersuchung auf eine breite empirische Basis stützt. Eine Betrachtung mehrerer Fälle wäre unter diesen Vorgaben im Rahmen einer Magisterarbeit nicht umsetzbar gewesen. Auf Grund der genannten Kriterien fiel die Wahl auf den Gazakrieg 2008/2009 und den nachfolgenden Aufarbeitungsprozess, wobei sich der Untersuchungszeitraum von Ende Dezember 2008 bis Mitte September 2011 erstreckt. Die Analyse erfasst damit zeitlich beide Kanzlerschaften unter Merkel. Der Fall darf zudem als prägnant gelten, weil der Gazakrieg und seine Aufarbeitung sowohl in Deutschland als auch international starke Reaktionen hervorriefen. Die Herausforderungen an die deutsche Politik waren daher besonders groß.

¹² Siehe etwa Bar-On 2008; Gardner Feldman 1984; Hansen 2001; Jelinek 2004; Weingardt 2002; Wolffsohn 1991. Eine Ausnahme stellt Asseburg/Busse 2011 dar, die die Kanzlerschaft Merkels bereits berücksichtigt.

Kapitel 1 des empirischen Teils soll sich der Beschreibung der Geschehnisse in Gaza widmen und dabei herausstellen, inwiefern die untersuchten Normen überhaupt in Konflikt gerieten. Dazu soll ein Überblick darüber gegeben werden, welche Völker- und Menschenrechtsverstöße den Konfliktparteien während des Gazakrieges vorgeworfen wurden.

In Kapitel 2 soll der Umgang mit diesen Vorfällen und Vorwürfen innerhalb der VN nachvollzogen werden. Berücksichtigung finden hierbei der Sicherheitsrat, der Menschenrechtsrat und die Generalversammlung. Dieser Teil verfolgt zwei Zwecke: Zum einen wird durch die Nachzeichnung des Prozesses der Rahmen aufgedeckt, innerhalb dessen die wesentliche Behandlung des Gazakrieges stattfand und auf den sich die deutsche Politik notwendigerweise beziehen musste. Zum anderen soll in diesem Teil der Arbeit nachvollzogen werden, wie die deutsche Diplomatie innerhalb der VN auf die Geschehnisse reagierte. Als Analysematerial werden hierbei Resolutionen der verschiedenen Gremien der VN, deutsche Reden sowie das deutsche Abstimmungsverhalten dienen.

Kapitel 3 setzt sich mit der deutschen Politik auf zwei Ebenen auseinander. Zunächst wird im Unterkapitel 3.1. die Bundesregierung betrachtet. Ziel ist es zum einen, das tatsächliche deutsche Verhalten gegenüber dem Gazakrieg und seiner anschließenden Aufarbeitung zu analysieren. Zum zweiten soll dargestellt werden, wie die Bundesregierung ihr Verhalten, ihre Positionen und ihre Voten in den VN begründete. Am Ende des Kapitels soll vor diesem Gesamteindruck die Frage beantwortet werden, ob die Bundesregierung sich wie eine Zivilmacht verhielt, und wenn nein, wie sie ihre Handlungen rechtfertigte und auf welcher Ebene die Norm des Sonderverhältnisses ins Spiel kam. Eingang in diesen Teil der Untersuchung finden Reden, Presseerklärungen, Pressekonferenzen und Interviews der Bundeskanzlerin und der Außenminister, Beschlüsse des Rates der EU sowie Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen. Unterkapitel 3.2. wird sich mit dem Bundestag beschäftigen. Hierbei wird es nicht mehr darum gehen, deutsches Verhalten zu analysieren. Vielmehr soll herausgearbeitet werden, inwiefern die untersuchten Normen den deutschen politischen Diskurs bestimmen. Dies beinhaltet einerseits die Rechtfertigung des Regierungshandelns durch die Regierungsparteien gegenüber der Opposition. Auf der anderen Seite wird zudem verdeutlicht, wie sich die Parteien in ihrer Haltung zu den Normen der Zivilmacht und des Sonderverhältnisses zu Israel unterscheiden. Von diesem Teil der Untersuchung lässt sich erhoffen, Strategien im Umgang mit dem Normenkonflikt offen zu legen. Als empirisches Material werden Plenardebatten, Anträge, Protokolle von Fragestunden sowie Kleine Anfragen dienen.

Am Ende der Untersuchung sollte Klarheit darüber herrschen, welche Stellung das Sonderverhältnis zu Israel gegenüber den Grundsätzen der Zivilmacht einnimmt. Im Schlussteil sollen die Ergebnisse in die oben angerissenen Theoriedebatten eingeordnet und kritisch diskutiert werden.

II. Normen deutscher Außenpolitik: Theorie

1. Konstruktivistische Spielarten

Der Konstruktivismus entstand aus einer soziologisch inspirierten Kritik an den gängigen materialistischen und rationalistischen¹³ Theorien der IB gegen Ende der 1980er Jahre (Schimmelfennig 2008: 160).¹⁴ Die Debatte wurde nicht zuletzt durch das Ende des Kalten Krieges angeheizt, das keine der bis dato angewandten Theorien der IB hatte vorhersehen können.¹⁵ Der Konstruktivismus erhält seinen Namen aus seiner Grundannahme, dass die soziale Welt nicht (ausschließlich) exogen und materialistisch gegeben, sondern (sozial) konstruiert ist, womit sich der Konstruktivismus zunächst auf ontologischer Ebene von anderen Theorien unterscheidet.¹⁶ Aus dieser Ontologie (Wie *ist* die Welt?) leiten sich auch Konsequenzen für die Epistemologie (Wie können wir die Welt *erkennen*?) ab. Der Konstruktivismus setzt dem *homo oeconomicus* der *rational choice* Ansätze den *homo sociologicus* entgegen, einen „in soziale Zusammenhänge und Strukturen eingebetteten Akteur“ (Risse 2003: 19).

Galt konstruktivistische Ansätze zunächst noch als bloße metatheoretische Betrachtungen,¹⁷ die für empirische Analysen keinen Mehrwert erbringen würden (Ulbert 2005: 7), so etablierten sie sich schrittweise auch als tragfähiger Rahmen für die Erklärung von Phänomenen der IB (Zehfuss 2002: 1-2), wobei sie sich besonders schlagkräftig für die Untersuchung von Wandel erwiesen.¹⁸ Von *dem* Konstruktivismus zu sprechen, kommt einer groben Simplifizierung gleich – sowohl im Hinblick auf Methodik als auch theorieinterne Spezifika unterscheiden sich die diversen Ansätze deutlich.¹⁹ Dennoch soll durch einen Abriss der klassischen Autoren eine Darstellung grundlegender Argumente des Konstruktivismus gelingen.

¹³ Darunter sind in der Debatte der IB der Neorealismus und der Neoliberalismus zu verstehen. Diesen sog. materialistischen Theorien ist die Annahme gemein, „dass der internationalen Politik materielle und damit auch quantifizierbare, also objektiv vorhandene Strukturen zugrunde liegen, die unabhängig vom Willen der politischen Akteure deren Handeln beeinflussen“ (Menzel 2001: 217). Als rationalistische Theorien teilen sie weiterhin das Bild vom *homo oeconomicus*, um einen Staat zu beschreiben: Er ist entweder ein rationaler (realistischer) Macht- oder (liberaler) Nutzenmaximierer. Materialistisch-rationalistische Theorien gehen also von rational kalkulierenden Staaten aus, die ihr Handeln in den objektiven materiellen Verhältnissen der Welt am für sie größten Nutzen ausrichten (Wendt 1992a: 391-392).

¹⁴ Ab den späten 1970er wurde zunächst der sog. Methodenstreit angestoßen, der die Dominanz positivistischer Forschung in den Sozialwissenschaften kritisierte. So entstanden die sog. postpositivistischen Ansätze, worunter sich etwa postmoderne, kritische, poststrukturalistische und eben auch konstruktivistische Theorierichtungen subsumieren lassen (Menzel 2001: 44-46). Diese Auseinandersetzung befruchtete die Sozialwissenschaften ungemein: „To read outside of International Relations in recent years is to drink from the swirling water of postpositivism. This is a heady experience, disorienting in its critical assaults against established ways of systemic thinking and refreshing in its challenge to think differently“ (Onuf 1989: 10).

¹⁵ Eben diesen Wandel zu erklären, machten sich etwa Kratochwil und Koslowski zur Aufgabe, nachdem sie insbesondere den Neorealismus als strukturell dazu nicht in der Lage ansahen: „The end of the cold war, however, undermined neorealist theory in two ways. First, contrary to the expectations of the persistence of bipolarity, the Soviet bloc disintegrated. Second, and even more damaging to this approach, change did not follow a path derived from any of the neorealism's theoretical propositions“ (Koslowski/Kratochwil 1994: 17). Vergleiche dazu auch Hudson 1997: 4-5.

¹⁶ Risse sieht diesen Unterschied ausschließlich auf ontologischer und eben nicht auf epistemologischer Ebene verortet (Risse 2003: 27). Ähnlich dazu auch Katzenstein: „On issues of epistemology and methodology, however, no great differences divide conventional constructivists from rationalists“ (Katzenstein et al. 1998: 675).

¹⁷ Thomas Risse betont, dass es sich beim Konstruktivismus zunächst nicht um eine substantielle Theorie handelt, die man etwa in eine Aufzählung von Realismus, Liberalismus, Marxismus, Institutionalismus einreihen könnte. Die Debatte um den Konstruktivismus habe inzwischen jedoch viele Theorien inspiriert oder zu deren Neuinterpretation geführt. Insofern gebe es inzwischen auch ein Angebot substantieller, konstruktivistischer Ansätze (Risse 2003: 4-5).

¹⁸ „[...] Constructivists offer analyses of the transformative shift from the medieval to the modern state system; of the end of the Cold War as a recent, significant change within that system; and effects on the international system of variations in the moral purposes of states and different systems of procedural justice“ (Katzenstein et al. 1998: 677).

¹⁹ Thomas Risse weist zudem darauf hin, dass konstruktivistische Ansätze *a priori* keine bestimmte Methode nahelegen oder ausschließen – die Unterscheidung zwischen quantitativen und qualitativen Methoden oder positivistischem und hermeneutischen Vorgehen werden teils sogar gänzlich abgelehnt (Risse 2003: 6-7).

1.1. Die Klassiker – konstruktivistische Grundannahmen

1.1.1. Wendt – *Agent* und *Structure*

In seiner Kritik materialistischer Theorien der IB setzt Alexander Wendt beim (Neo-)Realismus an. Er hält der Theorie zugute, dass sie unter der Annahme (exogen) gegebener und stabiler Interessen und Kulturen in den IB plausibel erklärt, warum die Verteilung von Macht und *capabilities* das Verhalten von Staaten bestimmen. Allerdings gilt sein wesentliches Interesse der Frage, warum Macht überhaupt dieses Erklärungspotential hat. So postuliert er: "Power only explains what it explains insofar as it is given meaning by interest. The argument is constitutive, not causal [as opposed to the argument held by Neoliberalism, H.P.]" (Wendt 1999/2006: 109). Als moderater Konstruktivist spricht Wendt materiellen Faktoren nicht gänzlich ihr Gewicht ab (Wendt 1999/2006: 110). Ebenso teilt er die Einschätzung, dass Staaten "act on the basis of perceived interests, and [...] that those interests are often egoistic" (Wendt 1999/2006: 113). Der entscheidende Unterschied zu materialistischen Theorien liegt darin, dass Ideen für Wendt Interessen *konstituieren* – und sie nicht lediglich einen Einfluss auf Interessen haben (Wendt 1999/2006: 114). Denn "only a small part of what constitutes interests is actually material. [...] The rest is ideational: schemas and deliberations that are in turn constituted by shared ideas or culture" (Wendt 1999/2006: 115). Dies ist die Grundidee konstruktivistischer Theorien (Risse 2003: 7): Es sind die intersubjektiv vorhandenen Ideen und Strukturen, die die Bedingungen der Möglichkeiten im Handeln der Akteure in den IB konstituieren. Anders gesagt: „Die internationale Politik [ist] im Wesentlichen sozial konstruiert [...] – durch die Werte, Normen, Identitäten und andere ideelle Konstrukte der Akteure internationaler Politik“ (Schimmelfennig 2008: 160).²⁰ In diesem Sinne kommt es immer auf den Deutungsrahmen an, in dem die materiellen Verhältnisse zur Geltung kommen: Es handelt sich um Kulturen („cultural forms“, Wendt 1999/2006: 136) der IB, die dem zu Grunde liegen, wie materielle Faktoren durch die Akteure interpretiert werden. Dies leitet direkt auf die weithin als *Agent-Structure*-Problematik bekannte Debatte über, die bereits Ende der 1980er Jahre begonnen hatte. Basierend auf der Annahme, „dass das Handeln von Akteuren immer in bestimmte (soziale) Strukturen eingebettet ist“ (Ulbert 2005: 17), stand die Frage im Zentrum, ob soziale Phänomene ausgehend vom Akteur (individualistische Erklärung) oder aufgrund der sozialen Strukturen zu erklären seien (Ulbert 2005: 17). Wendt gab auf diese Frage eine Antwort, die bis heute eine Grundkonstante konstruktivistischer Erklärungsmodelle der Internationalen Politik darstellt: "The approach to culture²¹, [...] is intended to give equal weight to agency and structure. They are *mutually* constitutive and *co-determined*" (Wendt 1999/2006: 184, Hervorhebungen H.P.).

²⁰ "The argument [...] has been that the meaning of the distribution of power in international politics is constituted in important part by the distribution of interests, and that the content of interests are in turn constituted in important part by ideas. The *constitutive* as opposed to *causal* nature of this claim bears emphasis" (Wendt 1999/2006: 135, Hervorhebungen H.P.). Ideen werden hier also nicht als zu Macht und Interesse in Konkurrenz stehende Erklärungsvariablen staatlichen Verhaltens eingeführt; sie sind lediglich einen Schritt vorher zu berücksichtigen – nämlich in der Entstehung von Interessen überhaupt.

²¹ *Culture* ist bei Wendt ein "subset of social structure" (Wendt 1999/2006: 141), nämlich von den Akteuren geteiltes Wissen und Ideen, wobei geteiltes Wissen "knowledge that is both common and connected between individuals" (Wendt 1999/2006: 141) meint.

1.1.2. Onuf – Regeln und Sprache

Eben diese gegenseitige Bedingtheit und Konstituierung macht auch Nicholas Greenwood Onuf in seiner Theorie stark: "In the simplest terms, people *and* societies construct, or constitute, each other. [...] I take the terms 'construct' and 'constitute' to be synonymous" (Onuf 1989: 36, Hervorhebungen im Original). Sein *World of Our Making – Rules and Rule in Social Theory and International Relations* gilt mithin als die erste Ausformulierung eines konstruktivistischen Ansatzes in den IB (Zehfuss 2001: 58).

Onufs Konstruktivismus ist an der Bedeutung von Sprache interessiert. Sprechakte sind für ihn Handlungen und Handlungen setzt er als die einzige Form von Faktizität, die am Ausgangspunkt der Konstruktion unserer Welt steht – ganz in Anlehnung an Goethes Faust: "Constructivism begins with deeds. Deeds done, acts taken, words spoken – These are all that facts are. [...] In the beginning was the deed" (Onuf 1989: 36).

Wie nun entwickelt sich aus dieser Grundannahme die simultane und gegenseitige Konstitution von Mensch und Gesellschaft oder, was für den Kontext der IB treffender ist, von Akteur und Struktur? Charakteristisch für eine politische Gesellschaft – sei sie national oder international – ist "the pervasive presence of rules which, in guiding, but not determining, human conduct, gives it social meaning" (Onuf 1989: 22). Regeln sind also notwendig, um Handlungen überhaupt eine Bedeutung zu verleihen (Zehfuss 2002: 152). Für Onuf lassen sich alle Regeln auf einen Sprechakt zurückführen. Sprechakte haben stets (auch) performativen Charakter, sie sind "social performances" (Onuf 1989: 183), die ihrerseits wieder eine *Social Performance* (des Gegenübers) hervorrufen. Es sind diese Sprechakte, die der materiellen Wirklichkeit überhaupt erst eine Bedeutung und gesellschaftlicher Praxis Normativität verleihen, nämlich indem sie Regeln etablieren. Eine Beurteilung von Handlung ohne Regel ist nicht möglich (Zehfuss 2002: 155), sie sind also der Maßstab für Praxis. Gleichzeitig hat Praxis eine Auswirkung auf die Regel: Praxis, die der Regel entspricht, verstärkt die Regel, Verstöße schwächen sie. Wesentlich für den Zweck dieser Arbeit ist der Mechanismus, dass durch Sprechakte Regeln kreiert werden, die sich wiederum in Verhaltenserwartungen übersetzen, die Akteure aneinander vernünftigerweise stellen. Regeln sind in diesem Sinne geteiltes Wissen über angemessenes Verhalten. Nur über die Kenntnis und das Erlernen von Regeln kann sinnvolle Argumentation stattfinden. "[The] constructivist interpretation of reasoning extends to learning and knowing, not just in the sense of acquiring propositional knowledge, but learning and knowing how to use that knowledge, including knowledge of rules" (Onuf 1989: 96-97). Die Änderung von Regeln kann – langfristig – durch abweichende Praxis vollzogen werden.

1.1.3. Kratochwil – Normen, Kommunikation und Entscheidung

Auch für Friedrich Kratochwil spielen Regeln in der Analyse staatlichen Verhaltens eine wesentliche Rolle, wobei er sie durch Normen ergänzt:²² "Rules and norms are viewed as means to maintain social order" (Kratochwil 1989: 1). "Constructivism therefore focuses on practices informed by rules and norms" (Koslowski/Kratochwil 1994: 226). Sein Erkenntnisinteresse gilt der Rolle von Normen im Entscheidungsprozess, also "how [...] norms and rules 'work', i.e., what role they play in modelling decisions [...], why actors in the international as well as in the domestic arena *have to resort to norms*" (Kratochwil 1989: 4-5, Hervorhebungen im Original).

Die positivistische Behandlung von Normen als "causes" (Kratochwil 1989: 5) reicht deswegen nicht aus, weil eine solche Betrachtung nicht fundamentalen Wandel erklären kann (Koslowski/Kratochwil 1994: 227). Materialistisch-positivistische Perspektiven schließen im Namen der Wissenschaftlichkeit die Berücksichtigung normativer Dimensionen des Politischen aus (Zehfuss 2001: 63). Dies lässt sich unter anderem auf die Reduzierung der Rationalität auf (utilitaristisch inspirierte) Kosten-Nutzen-Rechnung zurückführen, was für die Erklärung und das Verstehen von Handlungen in komplexen sozialen Situationen unangemessen ist (Kratochwil 1987: 328). Diese Art der Rationalität wäre eine bloß instrumentelle, die eine Art hypothetischer Imperative generieren könnte im Sinne einer Zweck-Mittel-Bestimmung. Für Kratochwil bedeutet Rationalität mehr: Sie involviert Normativität und Moralität. "Thus, [...] attempts at a purely cognitivist account of what rationality *is* fail exactly because they leave out issues of *endorsement* evoked by the arousal of moral sentiments. To call something rational means then to *endorse it* in terms of some norm or moral feeling that permits it" (Kratochwil 1987: 311). Diesen Begriff einer Rationalität benötigt man, wenn man den Kontext und Charakter menschlicher Handlungen ernst nimmt: Sie werden stets in einem intersubjektiven Rahmen ausgeführt, in dem sie nur Wirkung entfalten können, wenn die Kommunikation gelingt. Deswegen plädiert Kratochwil für die Theorie des kommunikativen Handelns als "appropriate model for elucidating 'rationality'" (Kratochwil 1987: 304). Handlungen beruhen wesentlich auf der Interpretation des Handelnden seiner selbst, der Situation, in der er sich befindet, und der Handlungen seines Gegenübers (Zehfuss 2002: 95-96). Erst innerhalb dieser Interpretation kommt auch der eigenen Handlung Bedeutung zu, so dass sie verstanden werden kann – von einem Beobachter wie von einem anderen Akteur. Diese Arten von Interpretation müssen, wenn sie zu erfolgreicher Kommunikation zwischen Akteuren führen sollen, auf einer Art geteiltem Wissen oder intersubjektivem normativen Gerüst fußen: Wir brauchen ein "set of norms and rules [...] [as part of] the conditions under which communication is effective" (Kratochwil 1989: 8).

Für den Akteur haben Normen und Regeln also die Funktion, die Komplexität von Entscheidungssituationen zu reduzieren, indem sie nämlich eine Art Wegweiser bieten für die Entscheidungskriterien, die überhaupt einbezogen werden müssen und dürfen (Kratochwil 1989: 10).

²² Die Unterscheidung zwischen Normen und Regeln wird nicht ganz klar, wobei er eine Art Teilmengen-Definition vornimmt: *Directives* beinhalten *Norms* beinhalten *Rules* (Kratochwil 1989: 10). Eine eigene Trennung der Begriffe soll hier nicht vorgenommen werden, um die Bedeutung von Kratochwils Theorie nicht zu verfremden.

Dabei haben Regeln und Normen eine Ordnungsfunktion: Sie schließen manche Handlungsoptionen und -ziele für den Einzelnen aus, zeigen Verfahren auf, wie Kooperation mit anderen Akteuren möglich ist, und bieten eine Basis für Verhandlung im Konfliktfall (Kratochwil 1989: 70). Andererseits liegen Regeln und Normen auch der Sprache zu Grunde: Bei Sprache handelt es sich um eine "rule-governed activity" (Kratochwil 1989: 6). Eben deshalb sieht Kratochwil ein großes Missverständnis in der Behandlung der Funktion von Sprache als bloße adäquate Beschreibung von Wirklichkeit – dies lässt die Dimension von Sprache außer Acht, die sie zur sozialen Handlung macht (Kratochwil 1989: 5). Sprache ist intrinsisch mit unserer sozialen Welt verbunden (Kratochwil 1989: 5). Als Medium kann sie genutzt werden, um Normen und Regeln mitzuteilen, um abzu prüfen, ob die Situationsinterpretation derjenigen des anderen Akteurs entspricht, und vor allem um eigene Entscheidungen zu rechtfertigen (Kratochwil 1989: 11).

Wie lässt sich nun diese komplexe Argumentation konkret auf die IB anwenden? Kratochwil sieht die Stärke konstruktivistischer Theorien im Allgemeinen und seines Ansatzes im Besonderen dazu geeignet, Wandel im internationalen System zu erklären. Das internationale System wird von ihm als ein "artifice of man-made institutions" (Koslowski/Kratochwil 1994: 222) gesehen. Institutionen sind "settled or routinized practices established and regulated by norms" (Koslowski/Kratochwil 1994: 222). In Analogie zu einem Spiel, das sich mit seinen Regeln verändert, kann sich ein fundamentaler Wandel des internationalen Systems dann vollziehen, wenn die es konstituierenden Normen modifiziert werden. Da sowohl das internationale System als auch der Staat selbst als Institutionen, also stabiles Normengefüge, verstanden werden, sind die innergesellschaftliche und die internationale Sphäre nicht mehr als getrennt zu denken: "Change in domestic politics can transform the international system" (Koslowski/Kratochwil 1994: 223). Wie kann man diesen Prozess rekonstruieren? Die Akteure des internationalen Systems bestimmen ihre Identitäten und damit ihre Interessen im Interaktionsprozess; die Identität kann aber auch durch einen innergesellschaftlichen Prozess verändert werden, womit sich die Interessen eines Staates ändern, der in der Konsequenz auch seine Praxis modifiziert und so eine neue Norm schafft (Koslowski/Kratochwil 1994: 223-225).

1.1.4. Zusammenfassung

Für Konstruktivisten findet die Subjektkonstitution in einem Interaktionsprozess statt, denn dort bilden Akteure ihre Identität aus. Anhand ihrer Identität und der Interpretation der jeweiligen Situation formieren sich die Interessen der Akteure, anhand derer sie ihr Verhalten bestimmen. In einem Lernprozess entwickeln die Akteure Erwartungen in Bezug auf das eigene und fremde Verhalten in bestimmten Situationen, wodurch intersubjektive Bedeutungszusammenhänge entstehen, die wiederum Kommunikation erst möglich machen. Diese sozialen Strukturen bestehen aus Normen und Regeln, die eine Interpretation von Verhalten zulassen. Werden derartige Normen und Regeln sowie Identitäten und Interessen internalisiert, so entsteht eine Institution. Wandel im internationalen System entsteht durch die Veränderung von Normen, die durch Identitätswandel oder modifizierte Praxis induziert sein kann.

1.2. Normen und soziales Handeln

1.2.1. Wirkung von Normen

Nun soll der Frage nachgegangen werden, wie Normen in einer konstruktivistischen Perspektive der IB genau auf die Akteure wirken. Unter Verweis auf obige Zusammenschau konstruktivistischer Grundannahmen ist festzuhalten, dass Normen Teil der intersubjektiven (auch institutionellen oder kulturellen) Struktur sind, in der sich die Akteure bewegen: "These structures have different components that help in specifying the interests that motivate action: norms, identity, knowledge, and culture" (Katzenstein et al. 1998: 679). Normen sind „von einer sozialen Gruppe geteilte und stabile Verhaltenserwartungen“ (Risse et al. 2002: 17) und unterscheiden sich durch drei Merkmale von moralischen Überzeugungen (Risse et al. 2002: 17) und Ideen: Sie werden intersubjektiv geteilt, geben unmittelbare Verhaltensorientierung und haben kontrafaktische Gültigkeit (Rittberger et al. 2001b: 75). Im Gegensatz zu Werten "which are individually held, norms operate within a social environment" (Wiener 2007: 50).

Normen können zweierlei Ausprägung annehmen: Sie können einen *regulativen* Effekt auf Handlungen haben oder einen *konstitutiven* Effekt auf den Akteur. "In some situations norms operate like rules that define the identity of actors; they have 'constitutive' effects that specify the actions that will cause relevant others to recognize a particular identity" (Katzenstein et al. 1998: 679-680). Letztere Art von Normen konstituiert also die Identität von Akteuren und damit auch ihre Interessen (Risse 2003: 8-9), ja sogar neue Akteure und Handlungskategorien (Finnemore/Sikkink 1998: 891). Sichtbar gemacht werden können konstitutive Normen – im Gegensatz zu regulativen Normen – nicht über Handlungsfolgen, sondern „über die (konsensualen) Sinnkonstruktionen der Akteure“ (Risse 2003: 9). Eine regulative Norm spezifiziert im Unterschied dazu "the proper enactment of an already defined identity [...] [and] standards of proper behaviour" (Katzenstein 1996: 5). Ihre Funktion ist es "to order and restrain behavior" (Finnemore/Sikkink 1998: 891). Eine Norm kann aber auch beide Charakteristika, das heißt sowohl regulative als auch konstitutive Merkmale aufweisen: "Norms thus either define (or constitute) identities or prescribe (or regulate) behavior, or they do both" (Katzenstein 1996: 5). Sie beeinflussen also *Behavior* (Verhalten, *Policies*), *Properties* (Identitäten, Interessen, *Capabilities*) und *Existence* (Identität, Existenz überhaupt) von Staaten (Jepperson et al. 1996: 41). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass "norms establish expectations about who the actors will be in a particular environment and about how these particular actors will behave" (Jepperson et al. 1996: 54).

Identitäten werden hier verstanden als "shorthand label for varying constructions of nation- and statehood" (Katzenstein 1996: 6) oder als "basic character of states" (Jepperson et al. 1996: 33). Identitäten werden sowohl durch die internationale als auch durch die innerstaatliche Gesellschaft geprägt, in die sie eingebettet sind (Katzenstein 1996: 23). Das heißt, dass sowohl soziale als auch internationale Normen für die Identität eines Staates konstitutiv oder auf sein Verhalten regulativ wirken können (Rittberger et al. 2001b: 78-82). Normen und damit Identität ent-

stehen in einem Interaktionsprozess mit verschiedenen sozialen Umwelten auf innergesellschaftlicher und internationaler Ebene (Katzenstein 1996: 24). "The concept of 'identity' thus functions as a crucial link between environmental structures and interests" (Jepperson et al. 1996: 59): Staaten bilden Interessen aus, indem sie eine Identität ausleben, aufrecht erhalten oder entwickeln (Jepperson et al. 1996: 60). In der Formation der eigenen Identität spielt auch stets die Abgrenzung gegen den Anderen eine Rolle – *ego* und *alter*, Individualität und Verschiedenheit. "Thus the term (by convention) references mutually constructed and evolving images of self and other" (Jepperson et al. 1996: 59). Weil Identität nie eine Einbahnstraße ist, liegt es nahe, dass sie auch Rückwirkung auf zwischenstaatliche normative Strukturen entfaltet (Jepperson et al. 1996: 52). Dies gilt auch für die aus den Identitäten heraus entwickelten Interessen und *Policies*: Diese können kulturelle und institutionelle Strukturen sowohl reproduzieren als auch rekonstruieren (Jepperson et al. 1996: 53). Dies liegt darin begründet, dass "cultural and institutional structures have no existence apart from the ongoing knowledgeable actions of actors. This [...] means that cultural and institutional structures cannot be divorced analytically from the processes by which they are continuously produced and reproduced and *changed*" (Jepperson et al. 1996: 63, Hervorhebungen H.P.).

Wie kann nun aber solch eine Art sozialen Wandels genau vor sich gehen? Den wesentlichen Mechanismus stellt die Selbstreflexion des Akteurs dar und damit ein Überdenken der eigenen Identität und Handlungen, die durch geteilte Normen geprägt sind (Katzenstein 1996: 20). Dieser Prozess der Selbstreflexion findet nicht in Isolation von anderen Akteuren statt, sondern in Form von Kommunikation mit Anderen. Weil sie immer auch Ausdruck eines gemeinsamen moralischen Urteils sind, "norms prompt justifications for action and leave an extensive trail of communication among actors" (Finnemore/Sikkink 1998: 892). In diesem Kommunikationsprozess können neue Normen auftauchen: spontan, als soziale Praxis; bewusst vorangetrieben, als Strategie für bestimmte Interessen; ganz bewusst ausgehandelt, als Mechanismus des Konfliktmanagements; oder als eine Verbindung dieser drei (Katzenstein 1996: 21).

1.2.2. Normentstehung, Sozialisation und Handlungslogik

Finnemore und Sikkink machen drei Phasen in ihrem sog. *Norm Life Cycle* aus (Finnemore/Sikkink 1998: 898).²³ In der Phase der *Norm Emergence* versuchen Norm-*Entrepreneurs*, eine kritische Masse (von Staaten, sog. *Norm Leaders*) davon zu überzeugen, sich die Norm zu Eigen zu machen. In der zweiten Phase der *Norm Cascade* findet eine Art Sozialisation entlang der Norm statt: Auf internationaler Ebene sollen *Norm Breakers* zu *Norm Followers* gemacht werden, was über (positive und negative) soziale Sanktionierung geschieht (Finnemore/Sikkink 1998: 902). Damit gehen eine zunehmende Institutionalisierung der Norm sowie ihre ständige Demonstration einher. In die Sozialisation greifen nicht nur Staaten, son-

²³ Das Modell von Finnemore und Sikkink ist für die Entstehung von internationalen Normen ausgelegt. Allerdings wird hier versucht, das Modell so allgemein wie möglich wiederzugeben, um es auch für sozietale, also innergesellschaftliche Normen anwendbar zu machen. Dies wird für die Betrachtung der Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen relevant werden.

dem auch nichtstaatliche Akteure ein, die die Normeinhaltung überwachen und Druck auf die Staaten ausüben. In dieser Phase motivieren Legitimität und Ansehen die Normeinhaltung durch die Staaten. Schließlich tritt die dritte Phase der *Internalization* ein. Um die Norm herum wurden Recht und ein bürokratischer Apparat geschaffen. Die Akteure halten sich mehr oder minder aus Gewohnheit an betreffende Normen: “[They] achieve a ‘taken-for-granted’ quality that makes conformance with the norm almost automatic. For this reason, internalized norms can be both extremely powerful (because behavior according to the norm is not questioned) and hard to discern (because actors do not seriously consider or discuss whether to conform)” (Finnemore/Sikkink 1998: 904).

Ein ähnliches Modell legte Risse mit seinem Spiralmodell vor. Er versteht die innerstaatliche Umsetzung einer internationalen Norm als Sozialisationsprozess, den Staaten notwendigerweise durchlaufen müssen, um als Teil der (zivilisierten) internationalen Gemeinschaft akzeptiert zu werden (Risse 1999: 529). Sozialisation ist ein fortlaufender Prozess, in dem der zu sozialisierende Staat nicht etwa eine passive Rolle einnimmt. „Vielmehr kann ein Sozialisand das, was er an sozialen Normen und Rollen internalisiert, durchaus reflektieren und sogar inhaltlich modifizieren“ (Rittberger et al. 2001b: 77). Normen haben eine gedoppelte Qualität: Sie sind einerseits stabil (in Bezug auf ihre Faktizität) und können insofern Verhalten bestimmen, vorausgesetzt dass ihre Umstrittenheit überwunden werden kann. Gleichzeitig sind sie aber auch flexibel (im Hinblick auf ihre Geltung) und können nicht nur unterschiedlich interpretiert, sondern in ihrer Bedeutung und Form durch soziale Praxis verändert werden (Wiener 2007: 55-58).

Risse unterscheidet drei Typen der Sozialisation, die erst in ihrer Kombination zu einer Internalisierung von Normen führen (Risse 1999: 530) und eine Entsprechung in drei sozialen Handlungsmodi finden, die jeweils einer eigenen Logik folgen. Der erste Typ sozialen Handelns wird als instrumentell-strategisch bezeichnet und entspricht damit einer rationalistischen Logik (*Logic of Anticipated Consequences, Logic of Expected Consequences*, March/Olsen 1998: 949): “Actors choose among alternatives by evaluating their likely consequences for personal or collective objectives, conscious that the other actors are doing likewise” (March/Olsen 1998: 949). Politische Verhandlungen gestalten sich dementsprechend als *Bargaining*-Prozesse, in denen Akteure versuchen, ihre Position zu optimieren. In diesem Sinne machen Akteure deshalb Zugeständnisse an eine Norm, weil sie sich davon größere Handlungsspielräume und eine positive Kosten-Nutzen-Bilanz erwarten – es handelt sich also um eine “forced imposition of norms” (Risse 1999: 530). Bei Risse entspricht dies einem ersten Schritt der Sozialisation, der „taktischen Konzession“ (Risse et al. 2002: 39-41) oder “*instrumental adaption to pressures – both domestic and international*” (Risse et al. 1999: 13, Hervorhebungen im Original), weil sich das Verhalten des Akteurs gegenüber einer Norm initial verändert.²⁴

²⁴ In Risses Spiralmodell, das er auf die Internalisierung von Menschenrechten anwendet, sind dieser Phase zwei weitere vorgeschaltet: die Repression (systematische Verletzung der Norm) und das Leugnen (Abstreiten dieser Verletzungen der Norm vor der internationalen Öffentlichkeit) (Risse et al. 2002: 37-39). Für diese Arbeit haben diese beiden Phasen jedoch untergeordnete Bedeutung.

Im Gegensatz dazu zeichnet sich das normgeleitete Handeln dadurch aus, dass es der Logik der Angemessenheit (*Logic of Appropriateness*, Finnemore/Sikkink 1998: 897; March/Olsen 1998: 951) entspricht: Akteure folgen Regeln und erfüllen Verhaltenserwartungen (Risse et al. 2002: 21). Bei dieser Art sozialen Handelns kommt die Identität des Akteurs in Verbindung mit der interpretierten Handlungssituation zum Tragen: "Actors are imagined to follow rules that associate particular identities to particular situations, approaching individual opportunities for action by assessing similarities between current identities and choice dilemmas and more general concepts of self and situations" (March/Olsen 1998: 951). Durch diese Art sozialen Handelns bekommen Normen ihren Status der Selbstverständlichkeit ("taken for grantedness", Risse 1999: 530): Sie werden institutionalisiert und habitualisiert (Risse et al. 2002: 21). Dies ist eine zweite Form der Sozialisation. Auch March und Olsen betonen, dass instrumentelles, konsequentialistisches und regel- und identitätsbasiertes Handeln sich nicht etwa ausschließen, sondern vielmehr ineinander übergehen. Die Grundlage des Handelns verändert sich über die Zeit: Für eine spezifische Situation sammelt der Akteur Erfahrung, so dass sein Handeln immer mehr regelgeleitet wird. "Actors enter into new relationships for instrumental reasons but develop identities and rules as a result of their experience, thus shifting increasingly toward rule-based action, which they then pass on to subsequent actors" (March/Olsen 1998: 951).

Risse konzentriert sich auf eine dritte Art der Sozialisation, den "process of moral consciousness raising, argumentation, dialogue, and persuasion" (Risse 1999: 530), der auf argumentativer Rationalität beruht (*Logic of Arguing*, Wiener 2007: 52). Die Theorie des argumentativen Handelns liegt dieser Sozialisation zu Grunde. Sie geht davon aus, dass Akteure im Interaktionsprozess in einen Diskurs eintreten müssen, um überhaupt die Voraussetzungen für eine Beurteilung zweckrationalen oder angemessenen Verhaltens zu schaffen. Erst dieser Argumentationsprozess ermöglicht es den Akteuren, „die Wahrheit über die Situation oder Richtigkeit der Norm in einem kollektiven Prozess herauszufinden“ (Risse et al. 2002: 22). Insofern bewegt sich die Logik des argumentativen Handelns auf einer Metaebene: Die Bedingungen der Möglichkeit angemessenen oder richtigen Handelns werden reflektiert und damit werden im Zweifelsfall auch die eigenen Interessen, ja sogar die eigene Identität hinterfragt (Risse et al. 2002: 22). Ziel des argumentativen Handelns ist es damit, eine Art Konsens über die Interpretation der Situation und Rollen der Akteure herzustellen („verständigungsorientiertes Handeln“, Habermas zitiert in Risse 1999: 533). In diesem Prozess werden Argumente ausgetauscht, mit denen man andere überzeugen möchte, aber auch die Bereitschaft eingeht, sich selbst überzeugen zu lassen. Auch wenn Risse zugesteht, dass eben diese Bereitschaft nicht in jedem Fall gegeben ist, betont er den Effekt, den das argumentative Handeln auf Normen haben kann: „Entscheidend ist, dass sich der Diskurs [...] nicht hinter verschlossenen Türen abspielt, sondern im öffentlichen Raum. [...] Um andere [...] von der Richtigkeit der eigenen Argumentation überzeugen zu können, muss man sich selbst an die Regeln des Forums und verständigungsorientierter Kommunikation halten“ (Risse et al. 2002: 24). Dadurch wird eine bemerkenswerte Dynamik ausge-

löst: Akteure tauschen zwar zunächst nur Argumente aus, um ihre Interessen durchzusetzen und zu rechtfertigen (*Rhetorical Action*, Risse 1999: 532); durch den Diskurs selbst und seine Regeln jedoch verengen sich die Handlungsoptionen der beteiligten Akteure, denn man kann sie beim Wort nehmen (Risse et al. 2002: 25). In diesem Moment setzen wieder Mechanismen wie verbale und soziale Sanktionierung ein, die widersprüchliche Rhetorik denunzieren und die Spielräume der Akteure weiter verengen.

Die Logik des argumentativen Handelns besticht gerade auch dadurch, dass sie die Möglichkeit bietet, Normenkonflikte zu modellieren, die sich für einen Akteur ergeben können (Risse et al. 2002: 22). Welche Norm für eine Situation angemessen ist, kann im Diskurs ermittelt werden. Eine andere Art, um zu entscheiden, welche Norm sich bei einem Normenkonflikt durchsetzt, bieten Rittberger et al. an: Sie heben auf die Kommunalität (wie viele teilen eine Norm?) und Spezifität (wie genau ist die Handlungsanweisung durch die Norm?) einer Norm ab (Rittberger et al. 2001b: 76-77). Auch bei ihnen entstehen Normen durch Sozialisationsprozesse und zwar auf innergesellschaftlicher (soziale Sozialisation) und internationaler Ebene (transnationale Sozialisation). Rittberger et al. gehen davon aus, dass eine Norm sich dann durchsetzt, wenn sie sowohl international als auch innergesellschaftlich ein besonders hohes Maß an Zustimmung erfährt und genaue Verhaltenserwartungen vorgibt. Weil sie davon ausgehen, dass sich beide Faktoren empirisch bestimmen und messen lassen,²⁵ sprechen sie ihrem Ansatz bis auf Ausnahmen²⁶ eine eindeutige Prognosefähigkeit zu.

1.2.3. Normierung und Rollen

Wie lässt sich nun ein Akteur fassen, der derartigen Sozialisationsprozessen unterliegt? Eine Möglichkeit besteht darin, Staaten eine bestimmte Rolle zuzuschreiben, die als „Ergebnis historischer Lern- und Adaptionsprozesse“ (Mauil/Kirste 1996: 304) verstanden werden. Die Rollentheorie entstammt der Soziologie und Sozialpsychologie und fasst diejenigen Verhaltenserwartungen (also Normen) zusammen, die an einen bestimmten Akteur gestellt werden (Kirste 1998: 32-33). Einerseits enthält die Rolle daher einen *ego-part*, der die eigene Rollenvorstellung, Wertesysteme und Weltbilder umfasst; andererseits spiegeln sich in der Rolle auch externe Verhaltensanforderungen und Zuschreibungen wider (*alter-part*) (Kirste 1998: 32-33, Walker 1987: 7). Eine *internationale* Rolle kann man dann verstehen als „geplante – d.h. kollektiv normierte und individuelle konzipierte – und von Repräsentanten realisierte Einstellungs- und Verhaltensmuster von Staaten [...] in internationalen Systemen“ (Gaupp zitiert in Kirste 1998: 36). Eine solche Rolle fällt nun wiederum in einen *ego-part* (Rollenkonzeption) und einen *alter-part* (Rollenerwartung): Zum einen schreibt sich das Kollektiv – der Staat repräsentiert durch die Regierung – ein bestimmtes Selbstverständnis zu, „also gemeinsame Werte und Normen, die von nationalen

²⁵ Sie benennen für beide Ebenen verschiedene Indikatoren: das Internationale Recht, Rechtsakte internationaler Organisationen und Schlussakte von Konferenzen auf internationaler, Verfassung und geltendes Recht, Partei- und Wahlprogramme sowie Parlamentsdebatten und Meinungsumfragen auf innergesellschaftlicher Ebene (Rittberger et al. 2001b: 87-94).

²⁶ Eine genaue Prognose ist laut Rittberger et al. dann nicht möglich, wenn auf internationaler und innergesellschaftlicher Ebene entgegengesetzte Verhaltensanforderungen bestehen, die Norm auf einer der beiden Ebenen nicht vorhanden oder nicht hinreichend viel Kommunalität und Spezifität aufweist (Rittberger et al. 2001b: 80).

Entscheidungsträgern geteilt werden und durch Sozialisation und historische Lernprozesse entstanden sind“ (Kirste 1998: 36). Unter Rückgriff auf die Unterscheidung von Rittberger et al. könnte man den *ego-part* als aus sozietaalen Normen, also innergesellschaftlichen Verhaltenserwartungen bestehend begreifen. Auf der anderen Seite steht der *alter-part*, nämlich „externe Rollenerwartungen“ (Mauß/Kirste 1996: 307) und Vorstellungen darüber, wie sich ein Staat im internationalen System zu verhalten habe – also eine internationale Normierung. Derartige externe Ansprüche können auch internalisiert und so zum Teil des *ego-parts* werden. Eine weitere analytische Trennung muss zwischen der Rollenkonzeption und dem Rollenverhalten des Akteurs vollzogen werden, denn die tatsächlichen außenpolitischen Handlungen des Akteurs müssen nicht mit seinem Selbstbild übereinstimmen (Bosold/AchRAINER 2011: 457). Rollenkonflikte entstehen dann, wenn zwei der drei Dimensionen (*ego-part*, *alter-part*, Rollenverhalten) miteinander kollidieren. Auf eine derartige Inkongruenz kann der Rolleninhaber mit „allmähliche[m] Rollenwandel“ (Mauß/Kirste 1996: 306) reagieren, also mit einem Lern- und Anpassungsprozess. Rollentheorie bietet sich besonders gut an, um zu erklären, „warum sich Staaten für bzw. gegen bestimmte außenpolitische Strategien entscheiden“ (Mauß/Kirste 1996: 309).

2. Deutschland als Zivilmacht – Modell einer außenpolitischen Rolle

In dieser Arbeit soll der deutschen Außenpolitik das Rollenmodell der Zivilmacht zu Grunde gelegt werden, um so einen Orientierungsrahmen für die Einordnung der untersuchten Normen vorzugeben. Dieses Modell bietet sich aus mehreren Gründen für das vorliegende Vorhaben an. Erstens erfüllt das deutsche Rollenkonzept grundsätzlich wesentliche Merkmale des Idealtypus der Zivilmacht (Mauß 2007: 73, Kirste 1998: 455-457). Dabei wird nicht beansprucht, dass das Modell in allen Aspekten und allen Fällen das deutsche Verhalten exakt und konsistent beschreibt. Eine einmalige Kollision von Idealtyp und tatsächlichem Verhalten²⁷ mindert die Beschreibungskraft des Konzepts nicht unmittelbar (Mauß 2007: 82). Denn das Zivilmachtkonzept hat sich zweitens als politikwissenschaftliches Analyseinstrument der deutschen Außenpolitik bereits mehrfach bewährt,²⁸ und zwar sowohl vor als auch nach der Wiedervereinigung (Kirste 1998: 465-466). Zudem erlaubt das Zivilmachtkonzept drittens eine Einordnung von und Verknüpfung mit einer ganzen Bandbreite von Normen, die für die deutsche Außenpolitik entscheidend sind. Es ist damit eine äußerst umfassende Rollenbeschreibung oder auch ein „Rollenbündel“ (Kirste 1998: 57). Viertens kann das Konzept nicht nur Verhalten erklären, sondern auch begründen, woher die Normen des Verhaltens kommen. Dies ist für die hier gewählten Normen besonders wichtig: Sowohl der Einsatz für das Völkerrecht im Allgemeinen und die Menschenrechte im Besonderen als auch das deutsch-israelische Sonderverhältnis müssen als Ergebnis eines Aufarbeitungsprozesses mit der deutschen Vergangenheit verstanden werden. Sie sind damit wesentlicher Bestandteil der deutschen Identität, die sich in Abgrenzung zum historischen Erbe der Nazizeit herausbildete.

²⁷ Die jüngste Entscheidung der BRD, nicht am Libyen-Einsatz teilzunehmen, könnte möglicherweise eine derartige Kollision sein und wäre ein spannender Analysegegenstand.

²⁸ Siehe Harnisch 2001; Harnisch/Mauß 2001; Mauß 1993; 1999; 2000a; 2000b; 2004b; 2007; Mauß et al. 1997.

2.1. Innerstaatliche und internationale Zivilisierungsprozesse

Das Konzept der Zivilmacht entstand in Anknüpfung an Norbert Elias' Analyse historischer, innerstaatlicher Zivilisierungsprozesse (Mauß 2007: 73; Colschen 2010: 354-355). Der Soziologe interessierte sich für die Struktur sozialen Wandels und seine innere Logik und betrachtete mittelalterliche, feudalistische und absolutistische Gesellschaften (Treibel 2008a: 21). Der Zivilisierungsprozess wird als „Bändigung menschlicher Affekte durch die Gesellschaft“ (Colschen 2010: 354) dargestellt, wobei sich die Modernisierung durch mehr Eigenverantwortung und Betonung der Freiheit des Individuums auszeichnet. Dabei wird das Individuum durch das staatliche Gewaltmonopol geschützt; die Konfliktregelung geschieht hauptsächlich über den Rechtsweg. In zivilisierten Gesellschaften ist zudem Empathie mit dem Anderen möglich, während stärkere Gefühlsausbrüche durch die Selbstkontrolle des Individuums zurückgehalten werden (Treibel 2008b: 59-62). Zugespielt auf den Aspekt der innergesellschaftlichen Konfliktregelung ermöglicht die Zivilisation also die Entwicklung eines demokratischen Rechtsstaats, in dem eine institutionelle Regelung von Konflikten möglich ist (Colschen 2010: 355). Die Übertragung des Gedankenmodells der Zivilisierung von der innergesellschaftlichen auf die internationale Ebene erscheint insbesondere vor dem Hintergrund der wachsenden Dichte internationaler Verflechtungen als sinnvoll (Mauß 2007: 73). Wenn man von der „Einheitlichkeit der politischen Sphären“ (Mauß 1997: 64) ausgeht, davon also, dass „Innenpolitik und internationale Politik [...] grundsätzlich um ähnliche [...] Herausforderungen [kreisen]“ (Mauß 1997: 64), dann kann der Zivilisierungsprozess als „gemeinsamer historischer Nenner“ (Mauß 1997: 64) anhand verschiedener sozialer Entwicklungen nachvollzogen werden.²⁹ Gesteht man diesen Entwicklungen eine Parallelität auf innergesellschaftlicher und internationaler Ebene zu, so kommt dies einem Bruch mit der herkömmlichen Sicht auf die IB gleich; die realistische Perspektive wird durch den Zivilisierungsprozess als Interpretationsrahmen von Weltpolitik ersetzt (Mauß 1997: 64-65). Dass Mauß diese Neuinterpretation der IB nicht nur beschreibt, sondern auch einfordert, deutet bereits darauf hin, dass die Funktion des Zivilisierungskonzepts gedoppelt ist: Neben der Funktion als deskriptiv-analytisches Wissenschaftsinstrument hat es in einem zweiten Sinne eine normative Dimension. Die Zivilisierung – etwa nach Senghaas³⁰ – der internationalen Politik soll in Form von Zieldimensionen zur Gestaltung eines positiven Friedens³¹ beitragen (Mauß 2007: 74).

²⁹ Mauß nennt hierbei die funktionale Arbeitsteilung, die Entwicklung eines Gewaltmonopols und Abschaffung der Selbsthilfe, die Formulierung und Durchsetzung allgemeiner Normen und die damit einhergehende Verrechtlichung sozialer und politischer Prozesse, die Entwicklung demokratischer und partizipatorischer Strukturen, die Institutionalisierung von Verfahren zur Konfliktregelung sowie die Bemühung um die Reduktion sozialer und wirtschaftlicher Gefälle (Mauß 1997: 64-65).

³⁰ Zivilisierung meint hier einen Katalog von „sechs interdependenten Zieldimensionen“ (Mauß 2007: 74), die das sog. „zivilisatorische Hexagon“ (Senghaas 1995) aufstellen: die Entprivatisierung von Gewalt, die Kontrolle des Gewaltmonopols und die Herausbildung von Rechtsstaatlichkeit (Verfassungsstaat), die Schaffung von Interdependenzen, demokratische Beteiligung, soziale Gerechtigkeit und eine konstruktive politische Konfliktkultur (Senghaas 1995: 198-203).

³¹ Das Konzept des positiven Friedens beruht auf der Ausweitung des Gewaltbegriffs durch Johan Galtung auf den Begriff der strukturellen Gewalt. Er geht davon aus, dass die Beschränkung auf direkte Gewalt zu kurz greift und stattdessen „anything avoidable that impedes human self-realization“ (Galtung 1975: 8) als Gewalt angesehen werden muss. So umfasst Galtungs Gewaltbegriff auch Armut, Unterdrückung und Ausgrenzung (Galtung 1975: 11). Das Besondere an der strukturellen Gewalt ist, dass sie in „die soziale Struktur eingebaut und die eingeschränkten Lebensnormen bereits verinnerlicht [sind]“ (Kailitz 2007: 134). Dieser breite Gewaltbegriff führt Galtung zu einem doppelten Friedensbegriff: Negativer Friede bezeichnet die Abwesenheit von direkter Gewalt, während ein positiver Friede sich durch die Abwesenheit von struktureller Gewalt auszeichne (Kailitz 2007: 135). Siehe dazu vor allem Galtung/Wagner 1975.

2.2. Zivilmacht als Rolle

Aus diesen Gedanken zu Zivilisierungsprozessen lässt sich nun ein Rollenkonzept ableiten, das als Zivilmacht bezeichnet wird.³² Mit Zivilmacht ist ein Grundtyp außenpolitischer Orientierung gemeint, die „auf Zivilisierung der Politik insgesamt und der internationalen Beziehungen im Besonderen abzielt“ (Mauß 2007: 74). Der durch das Konzept beschriebene Akteur ist ein Staat mit Willen zur Gestaltung der IB, der sich „in Zielsetzung und Strategie von klassischen Großmächten jedoch bewusst abgrenzt (Zivilmacht als Macht)“ (Mauß et al. 1997: 20). Als Rollenkonzept (Zivilmacht als Rolle) bezeichnet Zivilmacht „eine besondere Form außenpolitischer Wertorientierung und außenpolitischen Stils, zielgerichtet auf den Prozess der Zivilisierung internationaler Politik“ (Mauß et al. 1997: 20). Typisch für eine Zivilmacht ist zudem die Verwendung bestimmter Mittel in der Außenpolitik (Zivilmacht als Medium, Mauß et al. 1997: 21). Wie schon der Zivilisierungsbegriff dient das Konzept der Zivilmacht nicht nur als Instrument einer deskriptiven und empirischen Rollenanalyse, sondern steckt auch einen normativen Rahmen zur Verhaltensorientierung ab. Sowohl der analytische als auch der normative Zugriff auf den Zivilmachtbegriff haben in den 1990er Jahren an Bedeutung gewonnen (Mauß 2007: 75).

2.2.1. Zivilmacht als analytischer Begriff

Die analytische Dimension des Zivilmachtbegriffs dient der „empirische[n] Erhebung des außenpolitischen Selbstverständnisses der Entscheidungsträger, der Eliten und der Bevölkerung“ (Mauß 2007: 74), wobei typische Untersuchungsinstrumente diejenigen der qualitativen Politikforschung sind. Neben dem Selbstbild (*ego*) ermöglicht das Zivilmachtbegriff auch, Erwartungen zu modellieren, die von außen an den Akteur herangetragen werden (*alter*). Durch diese Form der Analyse kann festgestellt werden, inwiefern der Akteur tatsächlich (Sein) nach den an ihn gestellten Erwartungen und Normen angemessenen Verhaltens (Sollen) handelt, also einer Logik der Angemessenheit folgt. Weil „Außenpolitik als Ergebnis sozialer Konstrukte der Wirklichkeit“ (Mauß 2007: 75) angesehen wird, gilt der Ansatz auf einer metatheoretischen Ebene als konstruktivistisch (siehe Teil I.1.1).

Was nun kann der Begriff der Zivilmacht analytisch beitragen? Ausgangspunkt war zunächst die Feststellung, dass „eine Verengung der Außenpolitikanalyse auf primär systemische Erklärungsvariablen im Hinblick auf die zu beobachtende Vielfalt staatlichen Verhaltens nicht mehr ausreicht, um individuelle Außenpolitikstile zu erklären“ (Mauß et al. 1997: 2). Deshalb stützt sich der rollentheoretische Ansatz vor allem auf „kulturspezifische und kognitive Analysevariablen“ (Mauß et al. 1997: 3), wobei hierunter Normen der Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie historische Identität fallen. Die Stärke des Rollenansatzes ist darin zu sehen, dass er auch materialistische und institutionalistische Erklärungen weiterhin zulässt (Mauß 2007: 75).

³² „Zivilmächte haben sich nun im Sinne der von Elias angenommenen Selbstbindung der Aufgabe verschrieben, den Prozeß der nationalen Zivilisierung auch auf internationaler Ebene zu fördern, indem sie durch eine Zivilisierungspolitik günstige Voraussetzungen dafür schaffen. [...] Zivilmächte [haben] den gewaltfreien zwischenstaatlichen Konfliktaustrag zum Selbstzwang erhoben und die partielle Überführung staatlicher Souveränität an internationale Institutionen akzeptiert. Sie haben also das Rollenkonzept einer Zivilmacht verinnerlicht“ (Mauß/Kirste 1996: 298-299).

Die Zivilmachtrolle als ein Idealtypus außenpolitischen Verhaltens – der Begriff (klassische) Großmacht wird als analytischer Gegentypus gesehen (Mauß et al. 1997: ii) – wird wie folgt definiert: „Zivilmacht [...] umfasst ein Bündel von Werteorientierungen und Verhaltensmustern, die der Schaffung und Aufrechterhaltung einer friedlichen und tragfähigen internationalen Ordnung dienen sollen“ (Mauß et al. 1997: 4). Man könnte also – unter Rückgriff auf die Zivilisierungskonzepte von Elias und Senghaas – kurz zusammenfassen: „Eine Zivilmacht ist ein Staat, dessen außenpolitisches Rollenkonzept und Rollenverhalten gebunden sind an Zielsetzungen, Werte, Prinzipien sowie Formen der Einflussnahme und Instrumente der Machtausübung, die einer Zivilisierung der internationalen Beziehungen dienen“ (Mauß/Kirste 1996: 300). Mauß et al. finden sechs „Grundprinzipien und außenpolitische Handlungsmaximen von Zivilmächten“ (Mauß et al. 1997: 22), die wiederum an das Hexagon von Senghaas rückgebunden werden können. Die folgende Tabelle soll diese Zusammenhänge verdeutlichen.

Zivilisatorisches Hexagon	Grundprinzipien der Zivilmacht
Gewaltmonopol	Einhegung einzelstaatlich organisierter Gewaltanwendung
Verfassungsstaat	Verrechtlichung und Verregelung der IB
Interdependenz	Verstärkte Institutionenbildung zur Kontrolle und Durchsetzung allgemeiner Normen
Demokratische Beteiligung	Intensivierung multilateraler Kooperationen mit partizipatorischen Entscheidungsprozessen und Legitimierung der Internationalen Ordnung
Soziale Gerechtigkeit	Förderung von sozialer Ausgewogenheit und globaler Gerechtigkeit
Konstruktive politische Konfliktkultur	Kanalisation der Austragung von Konflikten und Beschränkung der verwendeten Mittel

Tabelle 1: *Zivilisatorisches Hexagon und Grundprinzipien der Zivilmacht*, Tabelle von Hanna Pfeifer, Inhalte nach Mauß et al. 1997: 22-23 und Senghaas 1995: 198-203

Konkretisiert werden die Grundorientierungen bei Mauß et al. durch Analysekatégorien, die „idealtypische Wertorientierungen und Zielsetzungen sowie außenpolitische Verhaltensweisen und Instrumente“ (Mauß et al. 1997: 23) der Zivilmacht zum Ausdruck bringen. Hierbei kommt die Einheitlichkeit der politischen Sphären (siehe I.2.1) wieder zum Tragen: Die Merkmale der Zivilmachtrolle beziehen sich sowohl auf die innenpolitische als auch auf die internationale Ebene; man könnte sagen, in der Zivilmachtrolle finden Innen- und Außenpolitik ein konsistentes Gerüst oder einen gemeinsamen Rahmen. Die Grundorientierungen wirken also auf Ziele und Mittel, nach innen und nach außen, wie folgende Tabelle verdeutlicht.³³

³³ Auf die genaue Operationalisierung bei Mauß et al. soll an dieser Stelle noch nicht näher eingegangen werden. Später in dieser Arbeit wird die Operationalisierung jedoch zum Tragen kommen, um die zu untersuchenden Normen in das Gebäude der Zivilmachtrolle einbauen zu können. Siehe Teil I.3 dieser Arbeit.

1. Gestaltungswille	<ul style="list-style-type: none"> Gestaltung der IB auf globaler und regionaler Ebene durch kollektive und partnerschaftliche Bemühungen Vorreiterrolle und Beispielfunktion 	Gestaltungsfähigkeit
2. Nationale Zielsetzungen	<ul style="list-style-type: none"> Sicherheit Wohlstand und soziale Ausgewogenheit Demokratische Stabilität 	Ziele
3. Internationale Zielsetzungen: Organisatorisch³⁴ (Internationale Zielsetzungen)	<ul style="list-style-type: none"> Durchsetzung universeller Werte Regimebildung, Verrechtlichung, Institutionalisierung Arbeitsteilige, demokratische Organisation der IB 	
4. Internationale Zielsetzungen: Inhaltlich (Verflochtene Interessen und universelle Werte)	<ul style="list-style-type: none"> Orientierung der Politik an universellen Werten als Bestandteil der nationalen Interessen Förderung von <i>Good Governance</i> (Rechtstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus, Marktwirtschaft) Nachhaltige Entwicklungspolitik 	
5. Außenpolitischer Stil: Spezifische außenpolitische Handlungsmuster	<ul style="list-style-type: none"> Partnerschaftliches, kollektives Handeln als Norm (Multilateralismus, kein Unilateralismus) Institutionalisierung, Souveränitätsübertragung, Kooperationen/Institutionen als Wertegemeinschaften Bereitschaft zur Sanktionierung von Verstößen gegen internationale Normen, Stärkung der Völkergemeinschaft 	Mittel
6. Außenpolitische Instrumente der Zivilmacht	<ul style="list-style-type: none"> Verhandlungen, Kompromisse, Vermittlung, Schlichtung Konditionalität von Zusammenarbeit und Sanktionen (positive/negative Anreizsysteme) Arbeitsteilige, multilateral einsetzbare, integrierte Instrumente mit kollektiv legitimiertem Einsatz Gewalt nur zur Selbstverteidigung und als legitimierte Zwangsmaßnahmen (kollektive/kooperative Sicherheit) 	

Tabelle 2: Werte, Ziele und Instrumente der Zivilmacht als Analysekategorien, Tabelle von Hanna Pfeifer, Inhalte nach Maull et al. 1997 : 23-26

2.2.2. Zivilmacht als normativer Begriff

In der politischen Debatte um die Frage nach einer etwaigen Neubestimmung der außenpolitischen Rolle und Identität Deutschlands nach der Wiedervereinigung dienten die Charakteristika der Zivilmacht immer wieder als normative Referenzbegriffe (Maull 2007: 75). In der Politik galt dies vor allem für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.³⁵

Die Wissenschaft teilte sich in zwei Lager bezüglich der Frage, wie die deutsche Außenpolitik in Zukunft aussehen solle. Dabei gab es Unterstützer einer "more assertive foreign policy" (Peters 2001: 31) und diejenigen, die etwaigen Nationalisierungs- oder Großmachtstendenzen entgegen

³⁴ In dem im Nachgang der Studie veröffentlichten Aufsatz „Zivilmacht und Rollentheorie“ (Maull/Kirste 1996) werden die Analysekategorien 3 und 4 anders bezeichnet. Siehe dazu Begriff in Klammern.

³⁵ So zitiert etwa Ludger Volmer in seiner Darstellung der Position von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Frage einer neuen deutschen Außenpolitik das zivilisatorische Hexagon von Senghaas, „das für die GRÜNEN eine wesentliche“ (Volmer 1998: 397) gespielt habe, und reflektiert die Antwort der GRÜNEN auf die Frage nach Kontinuität und Wandel der Außenpolitik nach der Wiedervereinigung unter expliziter Bezugnahme auf Maull (Volmer 1998: 568) wie folgt: „Deutschland sollte [aus Sicht der Grünen, H.P.] seine neu gewonnene Souveränität einsetzen, um Sicherheit jenseits der realpolitischen Suche nach Gleichgewichten in einer gesamteuropäischen und euroatlantischen Integration zu definieren. Akzeptiert wurde [nach der Vereinigung, H.P.] kein Wandel, der Potentiale unilateraler Großmachtpolitik versprach. Wandel wurde gedacht als Paradigmenwechsel vom Neorealismus hin zu integrativen Formen der Außenpolitik unter dem normativen Anspruch aktiver Friedenspolitik. [...] GRÜNE [setzen] sich für ein Zivil- statt Großmachtkonzept ein [...]“ (Volmer 1998: 568-570).

wirken wollten, zu denen Senghaas und Maull als Vertreter der Zivilisierung der IB zählten (Peters 2001: 31). So sind auch Maulls Einlassungen zur Zivilmacht Deutschland in weiten Teilen nicht nur als Deskriptionen, sondern dezidiert normative Empfehlungen zu verstehen, wenn er etwa schreibt: „Die Zivilisierung der internationalen Politik [...] ist für die kommenden Jahre und Jahrzehnte einerseits eine realistische Zukunftsaufgabe, andererseits eine existentielle Notwendigkeit. [...] Die Prozesse der Zivilisierung internationaler Politik erfolgen [...] durch die Mobilisierung von ‚Zivilmacht‘ [...]“ (Maull 1992: 773-775).³⁶ Diese Zivilmacht kann nun von bestimmten Akteuren, den Zivilmächten, ausgeübt werden, da diese „besonders geeignet sind, die Prozesse der Zivilisierung internationaler Politik voranzutreiben“ (Maull 1992: 780).

2.3. Deutschland als Zivilmacht

Der folgende Abschnitt soll zunächst die historischen Bedingungen verdeutlichen, vor deren Hintergrund Deutschland zu einer Zivilmacht wurde, um dann zu untersuchen, inwiefern Deutschland dieses Rollenbild erfüllt und welche Brüche sich mit dem Rollenverhalten ergeben.

2.3.1. Imperative aus der deutschen Vergangenheit

Wenn man die außenpolitische Rolle der BRD verstehen möchte, so kommt man nicht umhin, die nationalsozialistische Vergangenheit an den Anfang ihres Selbstverständnisses zu setzen (Schwelling 2007: 102). Dabei stellte sich die Definition der eigenen Rolle vor allem als eines dar: die Abgrenzung von allen Aspekten der Nazi-Zeit, ja die Negation der Grundorientierungen des Dritten Reiches.³⁷ „Wenn je ein Land eine tief greifende Identitätskrise durchgemacht hat mit der Notwendigkeit, mit der alten nationalistischen und militärischen Vergangenheit umfassend zu brechen, dann war es die Bundesrepublik Deutschland“ (Risse 2007: 53).

Die deutsche außenpolitische Position begriff sich *ex negativo* durch die zwei Schlagworte *never again* und *never alone*. Während *never again* für das Abschwören vom Totalitarismus und den damit verbundenen Grausamkeiten, aber auch von der Außenpolitik einer Großmacht stand, drückte *never alone* den Willen dazu aus, keine berüchtigten Sonderwege mehr zu beschreiten und von unilateraler Politik abzurücken (Maull 2004c: 19-20). Diese beiden Maximen führten jedoch auch zu einer positiven Bestimmung der neuen Außenpolitik der BRD. Unter den Eliten der jungen Bundesrepublik herrschte ein Konsens darüber, dass das neue Deutschland sich der Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verschreiben sollte, was außenpolitisch eine Zuordnung zum westlichen Wertesystem implizierte (Risse 2007: 53). Im Hinblick auf die außenpolitische Identität kristallisierten sich folgende Prinzipien heraus: der Verzicht auf eine traditionelle Machtpolitik (postnationalistische Außenpolitik einer Zivilmacht im engeren, sicherheitspolitischen Sinne) und das Bemühen um eine „Zivilisierung der internationalen Beziehungen im Sinne der Friedensorientierung“ (Risse 2007: 54). Weiterhin entsprang die Pflicht

³⁶ Siehe dazu auch das „Blätter“-Gespräch mit Hanns W. Maull in Maull 1993.

³⁷ Das galt für die BRD, die sich als Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches verstand und daher Verantwortung für die Gräueltaten der deutschen Vergangenheit übernahm, in anderer Weise als für die DDR. Denn „während die Bundesrepublik den Nationalsozialismus ‚internalisiert‘, d.h. in einer langen und konfliktreichen Auseinandersetzung so in das Selbstbild integriert hat, dass er zu der zentralen negativen Bezugsgröße wurde, war für den Umgang der DDR mit dem Nationalsozialismus eine ‚Universalisierung‘ und damit Externalisierung dieser Vergangenheit zu einer Systemfrage des Kapitalismus kennzeichnend“ (Schwelling 2007: 102).

zur multilateralen Einbindung der deutschen Außenpolitik nicht nur aus normativen Erwägungen, sondern Alleingängen wurde durch die „politischen Vorgaben der westlichen Alliierten“ (Mauß 2007: 75) auch ein realer Riegel vorgeschoben. Das Ziel, langfristig volle staatliche Souveränität zurück zu gewinnen, setzte das Vertrauen der Besatzungsmächte voraus, weshalb „Konrad Adenauer auf die konsequente Eingliederung der BRD in westeuropäische und atlantische Institutionen und den Verzicht auf Souveränität“ (Mauß 2007: 76) setzte (siehe Abbildung 1). Insgesamt kann deshalb der Befolgung der Normen, die in dieser Zeit auftauchten, sowohl eine instrumentell-strategische als auch eine moralisch motivierte Handlungslogik unterstellt werden, die angemessenes Verhalten erforderten (siehe Risses Spiralmodell in I.1.2.2).³⁸ Die in dieser Frühphase emergierenden Normen sind insofern als konstitutiv zu verstehen, als sie das Fundament der außenpolitischen Identität Westdeutschlands und nach der Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands bilden, wie die folgende Diskussion verdeutlichen wird.

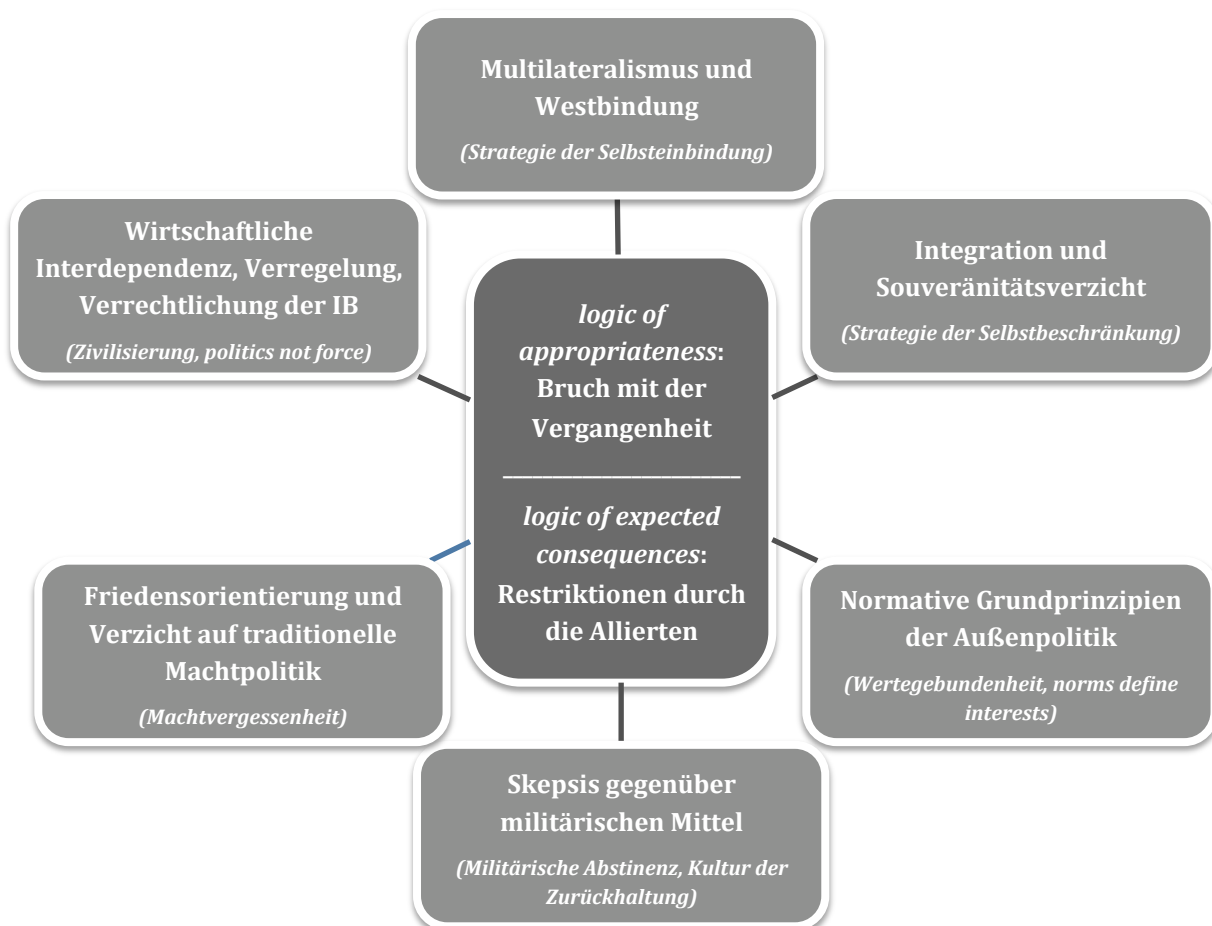


Abbildung 1: Ausprägung der Zivilmachtrolle Deutschlands nach 1945, Grafik von Hanna Pfeifer, Inhalte nach Mauß 1999: 4, Mauß 2007: 75-77, Risse 2007: 53-55, Schwelling 2007: 102-103

³⁸ Beide Handlungslogiken kamen simultan zur Geltung und eine Internalisierung der Normen (Stage 3 bei Finnemore und Sikkink) wurde von Anfang an angestrebt: "Germany became a civilian power by force of circumstance, but also by choice of its new elites" (Mauß 1999: 4). Für Hellmann war, unter Bezugnahme auf Habermas, „die Rückkehr der Bundesrepublik in den Kreis der zivilisierten Nationen“ [...] mehr [...] als ‚taktisch kluger Genscherismus und eine Westorientierung aus Gründen der Opportunität‘. Vielmehr wurde sie begleitet von einem ‚unendlich mühsamen Mentalitätswandel in der Breite der Bevölkerung‘ (Hellmann 2011: 740).

2.3.2. Kontinuität oder Wandel im vereinten Deutschland?

Dass ein Ereignis wie der Mauerfall zu einem formativen oder strukturellen Ereignis werden kann, liegt nahe.³⁹ Sowohl Teile der deutschen wissenschaftlichen und politischen Debatte als auch Akteure und Beobachter im Ausland prognostizierten nach der Wiedervereinigung eine Rückkehr Deutschlands zum Nationalismus und zur Machtpolitik,⁴⁰ zumindest jedoch ein stärkeres Auftreten auf der weltpolitischen Bühne (vgl. Maull 1993: 938-939, Maull 2004c: 17; Risse 2004: 24). Dabei wurde oft Rekurs genommen auf den Begriff der Normalisierung als „Anpassung an ‚gängige‘ außenpolitische Verhaltensnormen“ (Maull 2004c: 17). In dieser Debatte wurde jedoch deutlich, dass die Frage, was normales außenpolitisches Verhalten sei, nicht klar zu beantworten war (Maull 2004c: 17); noch viel umstrittener war, ob eine Normalisierung wünschenswert war und ist.⁴¹ Die bisherigen Paradigmen außenpolitischen Verhaltens jedenfalls schienen durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und seine Folgen in Frage gestellt.

Die Diskussionen über eine etwaige Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik während der 1990er Jahre endeten letztlich mit dem Ergebnis, dass im Wesentlichen Kontinuität bewahrt worden sei: „Die Analytiker der deutschen Außenpolitik kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass sich die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung durch ein hohes Maß an Kontinuität auszeichnete und dass von einer Wende hin zu einer an Prinzipien der Machtgewinnung orientierten Politik keine Rede sein könne“ (Risse 2004: 24).⁴²

Der Analyse der deutschen Außenpolitik kann man drei Beurteilungskriterien zu Grunde legen: Gestaltungsfähigkeit, Mittel und Ziele.⁴³ So bildet die Gestaltungsfähigkeit ab, ob die BRD proaktiv und gestalterisch auf weltpolitische Entwicklungen Einfluss nahm oder ob sie vielmehr passiv reagierte. Weiter kann man untersuchen, ob sich die Ziele und Mittel in Richtung „normale Großmacht“ (Risse 2004: 25) verändert haben. Dabei scheint eine Veränderung in den Zielen einen tatsächlichen Wandel der außenpolitischen Ausrichtung anzuzeigen, während die Wahl neuer Mittel eher als Anpassung an veränderte Umweltbedingungen zu sehen ist. Wenn man die Untersuchung an den beiden Grundmaximen *never again* und *never alone* orientiert, so kann man zu dem Ergebnis kommen, dass die Ziele der deutschen Außenpolitik nach der Wen-

³⁹ Unter einem formativen Ereignis wird ein solches verstanden, das „in einem gesellschaftlichen Diskurs mit Bezug auf konkrete Identitätselemente thematisiert wird“ (Nadoll 2000: 7). Das Ereignis kann zu einem strukturellen werden, „wenn das institutionelle Gefüge in Frage gestellt wird oder sogar neue Akteure etabliert werden“ (Nadoll 2000: 7). Boekle et al. versuchen eine systematische Gegenüberstellung von Rolle und Identität bei der Außenpolitikanalyse. Hierbei stellt sich Identität als weniger anfällig für Wandel heraus – nämlich nur über eben solche formativen Ereignisse. Rollenwandel kann sich auch allein durch eine Abänderung der Selbst- und Fremdzuschreibungen vollziehen (Boekle et al. 2000: 17).

⁴⁰ Die zwei generellen Möglichkeiten – Kontinuität und Wandel – der weiteren Entwicklung der deutschen Rolle in der Welt fassen die folgenden Fragen zusammen: „Would post-unification Germany remain a predictable and reliable partner of Western states? Or would it break with the foreign policy traditions of the West German state and maybe even fall back into the foreign policy behaviour of the German Reich, return to seesaw politics (Schaukelpolitik), drift towards the East or try to set itself up as a world power?“ (Peters 2001: 11).

⁴¹ Siehe dazu etwa die Diskussion in Hawel 2007.

⁴² Man muss hier nuancieren, dass Teile der Wissenschaft diese Art von Kontinuität nicht als gegeben sahen und schon die Dichotomie oder sogar Antinomie zwischen Kontinuität und Wandel nicht als ersten Schritt akzeptierten. So argumentiert bspw. Gunter Hellmann, dass lediglich die Wahl der Referenzwerte durch die Autoren, deren Ergebnis Kontinuität lautet, den Erfolg einer Kontinuitätsbeschreibung begünstigt (Hellmann 2002: 498-499). Er konstatiert zudem, dass auch gewisse normative Erwägungen einen Einfluss auf das Analyseergebnis haben können (Hellmann 2002: 502). Während er 2002 noch die Merkmale der deutschen Außenpolitik akzentuiert, die für einen substantiellen Wandel sprechen (Hellmann 2002), plädiert er später dafür, anstatt Kontinuität und Wandel als Gegensatzpaar zu rekonstruieren, deren Kompatibilität und Nebeneinanderstehen anzuerkennen (Hellmann 2011: 737).

⁴³ Siehe auch Tabelle 2, Spalte 3.

de die gleichen geblieben sind. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass sich diese beiden Maximen als Erfolgsmodell deutscher Außenpolitik bewährt haben (Mauß 2004c: 22). Gleichzeitig entsprach die Rolle der Zivilmacht dem „normativen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland“ (Mauß 2006: 441). Es gab gewissermaßen eine „doppelte Anreizstruktur, [nämlich] an die Erfolgsgeschichte ‚Bonns‘ anzuschließen und jegliche Assoziation zwischen ‚Berlin‘ und früheren deutschen Machtstaatstraditionen zu vermeiden“ (Hellmann 2011: 740).

Gleichzeitig verlangte die neue weltpolitische Umgebung eine Anpassung der Mittel, um die alten Ziele zu erreichen (Mauß 2004c: 22-23), was man wiederum als Lernprozess des Akteurs interpretieren kann (Mauß/Kirste 1996: 307). So kann denn auch eine „gravierende [...] Veränderung bei der Wahl der außen- und sicherheitspolitischen Mittel“ (Risse 2004: 29) im wiedervereinigten Deutschland konstatiert werden, nämlich hin zu mehr Militäreinsätzen. Das Zivilmacht-konzept ist jedoch nicht als gleichbedeutend mit einer pazifistischen Außenpolitik zu verstehen: Zwar hat die Zivilmacht die Tendenz und Präferenz zu friedlicher Konfliktlösung, kann aber zur Durchsetzung bestimmter Werte durchaus auf militärische Mittel zurückgreifen.⁴⁴ Daher ist es ein Fehlschluss, aus der Veränderung der Mittel eine grundlegende Veränderung in den Zielen abzuleiten (Risse 2004: 29).

Zusammenfassend kann man also eine Veränderung der Mittel der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung ausmachen, die allerdings als notwendige Bedingung für das erfolgreiche Streben nach den alten Zielen der Zivilmacht gesehen werden muss. Mauß geht sogar so weit, dass er eine pro-aktivere deutsche Rolle und mehr Gestaltungswillen und -fähigkeit als unabdingbar ansieht für eine erfolgreiche Zivilmachtpolitik (Mauß 2004c: 23).

2.3.3. Herausforderungen und Dilemmata für die Zivilmacht

Obwohl der Einsatz militärischer Mittel nicht notwendigerweise die Aufweichung der Zivilmachtrolle bedeutet, können innere Inkonsistenzen das Zivilmacht-konzept herausfordern. Als Präzedenzfall ist hier der Kosovoeinsatz zu nennen. In dieser Situation stellten sich zwei Teile des Zivilmacht-konzepts plötzlich als widersprüchlich heraus. Denn einerseits war der Einsatz nicht durch eine Entscheidung des VN-Sicherheitsrates legitimiert worden – und damit war eine notwendige Voraussetzung für die Anwendung militärischer Mittel durch die Zivilmacht nicht erfüllt. Andererseits jedoch stand auch ein anderes Prinzip der deutschen Außenpolitik auf dem Spiel, nämlich der Einsatz für und der Schutz von Menschenrechten. „Bonn thus essentially had to choose between them. It did so by choosing solidarity and the promotion of human rights over its desire to avoid the use of force. [...] Germany had to choose between legality [...] and legitimacy“ (Mauß 1999: 29).

⁴⁴ So weist Risse darauf hin, dass das Zivilmacht-konzept in dieser Hinsicht oft missverstanden wird: „Zunächst ist zu betonen, dass das Zivilmacht-Konzept nicht mit Pazifismus gleichzusetzen ist. Auch wenn man am Primat der politischen vor der militärischen Friedenssicherung festhält, lässt sich der Gewalteinsatz als letztes Mittel unter strengen Kriterien rechtfertigen, wenn anders Völkermord oder humanitäre Katastrophen nicht zu verhindern sind“ (Risse 2004: 28). Auch Mauß ist der Ansicht, dass das Zivilmacht-konzept „vor dem Hintergrund der deutschen Erfahrungen mit militärischer Machtpolitik zwar keinen grundsätzlichen Pazifismus, aber doch eine profunde Skepsis gegenüber militärischen Machtmitteln“ (Mauß 2004c: 20) impliziert. „[Die] Zivilmacht setzt primär auf nicht-militärische Instrumente zur Durchsetzung ihrer Ziele. Sie muss jedoch in der Lage sein, sich gegen militärische Gewaltanwendung wirksam zu schützen und Prinzipien notfalls mit militärischer Gewalt durchsetzen“ (Mauß 1997: 69).

Im Kosovo gerieten nicht zum ersten und letzten Mal⁴⁵ zwei Normen innerhalb des Imperativs des *never again* in ein Spannungsverhältnis: „Begrenzte das Prinzip ‚Nie wieder Krieg‘ das Handeln, so forderte ‚Nie wieder Auschwitz‘ gerade zum Handeln auf“ (Geis 2008: 11). Dieses Dilemma hängt damit zusammen, dass die Scheu vor dem Einsatz militärischer Zwangsmaßnahmen nicht nur zu den Beschränkungen der Mittel einer Zivilmacht gehört, sondern auch Teil des normativen Zielkatalogs ist – insofern nämlich, als der Friede und die friedliche Konfliktbeilegung als Ziele der Zivilmacht gelten können. Die Zivilmacht ist jedoch darauf angewiesen, dass „die Natur der internationalen Beziehungen [...] der ‚weichen Macht‘ der Zivilmächte, die auf Verregelung und Verrechtlichung abzielt, entgegen kommt“ (Geis 2008: 7). Im Falle des Kosovo hatten eben diese weichen Mittel ihre Wirksamkeit eingebüßt. Allerdings kann man inzwischen nicht mehr von einem Einzelfall sprechen, denn deutsche Soldaten werden immer häufiger auch aus „weniger dramatische[n] Gründen“ (Geis 2008: 13) entsandt. Und dies kann *peu à peu* dazu führen, dass der Rückgriff auf militärische Mittel die normative Stärke des Ziels einer Zivilisierung der IB untergräbt. Andererseits birgt auch der Verzicht auf derartige Mittel eine Gefahr. Denn wenn die Mittel der Zivilmacht nicht mehr geeignet sind, um effektiv auf ihre Ziele hinzuarbeiten, dann droht ihr ein gradueller Aushöhlungsprozess: „In this scenario, German foreign and security policies would simply be neglected and deprived of resources. It assumes an elite and a society at large in which Germany’s postwar norms and values will gradually lose their appeal and effectiveness“ (Mauß 1999: 34).

Diese beiden Gefahren für das Zivilmachtkonzept stehen also im Raum: Einerseits die Schwächung von Zielen einer Zivilmacht durch die Wahl von nichtzivilen Mitteln, andererseits das Scheitern der bewährten Mittel an den neuen Herausforderungen der internationalen Umwelt. Kennzeichnend für diese Problematik ist auch, dass „der vormals typische Antagonismus zwischen ‚zivilen‘ und ‚militärischen‘ Mitteln tendenziell unschärfer“ (Hellmann et al. 2008b: 174) wurde. Zum Kernthema in der aktuellen Diskussion um die deutsche Außenpolitik entwickelte sich deshalb die „angemessene Schwerpunktsetzung zwischen zivilen und militärischen Maßnahmen“ (Hellmann et al. 2008b: 174). Während die einen für ein Nebeneinander oder eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Mitteln plädieren (Mauß 2004c: 23; Hellmann et al. 2008b: 175-176), vertreten andere den Standpunkt, dass, sofern die deutsche Zivilmacht auch „ihre ‚Friedenspolitik‘ ernst nehmen will [...], ein tatsächlicher, nicht nur rhetorischer Prioritätenwechsel von militärischen zu zivilen Mitteln“ (Geis 2008: 24) vollzogen werden müsste. Gemein haben diese Positionen, dass es offenbar einen definitorischen Mangel in der Außenpolitik und eine Lücke zwischen den rhetorischen Zielvorgaben und der Praxis gibt (Mauß 2011: 155).

⁴⁵ Vergleiche Geis 2008: 11-12. Hier wird darauf hingewiesen, dass Normkonflikte bereits bei der Frage nach der Beteiligung am Golfkrieg 2001 aufgetreten waren, insbesondere als ein Bedrohungsszenario für Israel durch irakische Raketen im Raum stand. Nach erneuten Diskussionen in Deutschland über die Entsendung von Soldaten in das ehemalige Jugoslawien stellte der Kosovo-Einsatz lediglich den Höhepunkt bisheriger Dilemmasituationen dar. Die generell schwierige Thematik eines Einsatzes deutscher Truppen in Verbindung mit Israel und seinem Schutz wurde erneut brisant, als es um die UNIFIL-Mission im Libanon ging. Die Frage nach einer Beteiligung von deutschen Soldaten entfachte in Deutschland eine hitzige Debatte, an deren Ende als Kompromiss die Entsendung von Marinesoldaten stand, die Unterstützung für die Durchsetzung des Waffenembargos gegen die Hisbollah liefern sollte. Ausführlich siehe dazu Asseburg/Busse 2011: 706-707.

2.3.4. Zivilmacht – quo vadis?

Während Maull der Bundesrepublik nach wie vor Zivilmachtcharakter zugesteht, interpretieren andere Autoren die zunehmenden Militäreinsätze als eine Abkehr von einem wesentlichen Kennzeichen der Zivilmacht, nämlich der Scheu vor dem Einsatz militärischer Mittel.⁴⁶ Eine dritte Position sieht spätestens seit der Entscheidung, nicht am Irakkrieg teilzunehmen, einen fundamentalen und substantiellen Wandel in der deutschen Außenpolitik.

2.3.4.1. Zivilmacht in den Zielen, aber nicht ohne Widersprüche?

Als einen Beleg dafür, dass die außenpolitische Rolle Deutschlands nach wie vor adäquat durch das Zivilmachtkonzept beschrieben wird, führt Maull an, dass “while having become a major contributor to international peace-keeping and peace-making efforts, [Germany’s] strategic culture has retained much of its skepticism towards the utility of military” (Maull 2011: 154).⁴⁷ In der Beteiligung an Militäreinsätzen im Kosovo und Afghanistan hingegen sieht er eine Bestätigung der bisherigen außenpolitischen Leitlinien (Maull 2004b: 105-106)⁴⁸ und bietet auch eine Möglichkeit zur Interpretation des Irakkrieges im Paradigma einer Zivilmacht Deutschland: Zwar gesteht er ein, dass die präventive Verweigerung eines Mittragens von Sanktionen selbst im Falle eines Mandats durch den VN-Sicherheitsrat dem Zivilmachtkonzept widersprach. Andererseits argumentiert er jedoch, dass die Ziele der amerikanischen Politik im Irak in einem fundamentalen Gegensatz zu den Grundüberzeugungen der Zivilmacht stünden (Maull 2007: 82). Der Zivilmachtcharakter scheint auch in den Einstellungen der deutschen Bevölkerung verwurzelt, die etwa Militäreinsätze zum Schutze der Menschenrechte tendenziell unterstützt, einen gewaltsamen Regimewechsel jedoch nicht als legitimen Kriegsgrund ansieht (Geis 2011: 27). Bestätigt wird dies durch die These, dass die Nichtbeteiligung am Irakkrieg vor allem wahltaktischen Erwägungen geschuldet war (Geis 2011: 29). Die Instrumentalisierung der Außenpolitik für innenpolitische Zwecke, insbesondere in Phasen des Wahlkampfes, stellt jedoch zugleich eine weitere Gefahr für das Beibehalten der Zivilmachtrolle dar (Maull 2007: 82-83). Als problematisch sieht Maull auch die Erosion von Willen und Fähigkeit zur Gestaltung der internationalen Politik an, die er auf einen Mangel an Ressourcen für auswärtige Politik zurückführt sowie auf das Missverhältnis in der Gewichtung von Innen- und Außenpolitik angesichts der Tatsache, dass die Zukunftsprobleme außerhalb der deutschen Grenzen liegen werden. Zudem moniert er eine fehlende konkrete Standortbestimmung der deutschen Außenpolitik in einer veränderten Welt, vor allem vor dem Hintergrund einer Revolution der amerikanischen Außenpolitik seit dem 11. September 2001 (Maull 2004a).⁴⁹

⁴⁶ Maja Zehfuss etwa geht sogar so weit, gerade die Ausweitung der deutschen Militäreinsätze als Ausgangspunkt für eine fundamentale Kritik des Realitätszugriffs konstruktivistischer Ansätze zu setzen. Sie exerziert diese Kritik detailliert und orientiert an den jeweiligen Spezifika der Einzeltheorien von Wendt, Onuf und Kratochwil durch. Siehe dazu Zehfuss 2002.

⁴⁷ Ein weiterer Beleg könnte die Enthaltung im Sicherheitsrat und die Nichtbeteiligung am NATO-Einsatz in Libyen sein.

⁴⁸ Dies liegt an der Begründung der Einsätze: „[...] Germany’s participation in the air strikes was based on the desire to show solidarity with its Western allies, on humanitarian concerns and worries about the future of European order, and on a commitment to core democratic values – all of which had deep roots in Germany’s troubled history“ (Maull 2004b: 106).

⁴⁹ In dem Videointerview prognostiziert Maull eine krisenhafte Erosion der Gestaltungsfähigkeit der deutschen Außenpolitik. Inwiefern man mit der Enthaltung Deutschlands im VN-Sicherheitsrat zur Frage eines Eingriffs in Libyen diese Prognose als zutreffend betiteln kann, bleibt zu untersuchen.

2.3.4.2. Ende der Zivilmacht, neue Standards der Angemessenheit?

Im Gegensatz zu Maull betont Hellmann eine substantielle Identitätsveränderung der deutschen auswärtigen Politik. Er entdeckt Deutschlands erste „Schritte auf dem Weg in eine neue Rolle“ (Hellmann 2006: 197) bereits im außenpolitischen Verhalten kurz nach der Wiedervereinigung in Somalia und auf dem Balkan, die jedoch „umso deutlicher [werden], je mehr man sich der Gegenwart nähert“ (Hellmann et al. 2008a: 197). Dabei macht er die Veränderungen vor allem daran fest, „dass der deutsche Antimilitarismus eine geringer werdende und der deutsche Multilateralismus eine größer werdende Rolle als zuvor spielte“ (Hellmann 2006: 199).⁵⁰ Vor allem sprachanalytische Untersuchungen führen ihn zu dem Ergebnis, dass „neue Akzentsetzungen hinsichtlich der eigenen außenpolitischen Identität unübersehbar sind“ (Hellmann et al. 2008a: 197). Diese Veränderungen lassen sich nach Hellmann vor allem in der Verwendung von Begriffen in der außenpolitischen Rhetorik festmachen, die sich in einem Netz um den Machtbegriff⁵¹ spinnen. Deutschland sei eigenständiger geworden, hätte eher nationale Interessen ins Zentrum gerückt und setze diese – und damit steht seine Analyse ganz im Gegensatz zu Maulls Kritik am zaghaften außenpolitischen Stil Deutschlands – mit „entsprechenden machtpolitischen Gestaltungsansprüche[n]“ (Hellmann et al. 2008a: 201) und im Glauben an die Legitimität dieser Forderungen durch. Er sieht damit die Voraussetzungen für neue außenpolitische Praktiken geschaffen: „Nicht nur der Gestaltungsanspruch, sondern auch die Gestaltungsmöglichkeiten (bzw. der Handlungsspielraum) deutscher Außenpolitik [haben sich] beträchtlich ausgeweitet [...]“ (Hellmann et al. 2008a: 202, Hervorhebungen im Original). Damit kommt Hellmann zu einem ganz anderen Ergebnis als Maull: Er konstatiert einen subtilen Identitätswandel, der auch mehr Gestaltungswillen mit sich bringt.⁵² Ganz im Sinne einer konstruktivistischen Außenpolitikanalyse enthüllt Hellmann mit dem neuen Selbstbewusstsein eine Veränderung in den Standards der Angemessenheit deutscher Außenpolitik (Hellmann 2011: 745). Insbesondere stimmen Selbst- (*ego*) und Fremdbild (*alter*) nicht mehr notwendigerweise überein: Die Erwartungen, die von außen an Deutschlands auswärtige Politik herangetragen werden, decken sich nicht mehr unbedingt mit den eigenen Standards der Angemessenheit. Und an eben dieser Frage, „wie die Angemessenheitsstandards Deutschlands, seiner Partner und/oder seiner Gegner konvergieren oder divergieren, entscheidet sich ein wesentlicher Teil der internationalen Politik“ (Hellmann 2011: 754).

⁵⁰ Wieder wäre für die Erprobung dieser These der Libyen-Einsatz ein spannender Fall.

⁵¹ Besonders bedeutsam sind in seiner Vokabularanalyse Begriffe wie Verantwortung, Normalität und Interesse, aber auch Selbstbewusstsein und Stolz, wenn es etwa um Befragungen der deutschen Bevölkerung zu ihrem Bild Deutschlands in der Welt geht. Siehe dazu Hellmann 2011; Hellmann et al. 2008a; Hellmann et al. 2008c.

⁵² In eine ähnliche Kerbe schlägt Rainer Baumann, wenn er die These formuliert, „dass der individuelle Nutzengewinn multilateraler Einbindung, und hier vor allem in Bezug auf Status- und Einflussgewinne, zu Lasten prinzipienorientierter Begründungsmuster an Bedeutung gewonnen haben“ (Baumann 2011: 449). Auch er fundiert seine Argumentation mit sprachanalytischen Untersuchungen, die sich vor allem auf eine Neuinterpretation des Verantwortungsbegriffs richten, aber auch auf nationales Interesse als „normale[r] Standard von Außenpolitik“ (Baumann 2011: 449) abheben. Er betont auch ganz ähnlich wie Hellmann, dass Wandel nicht nur eine „Rückkehr zu alten [...] Tendenzen deutscher Außenpolitik“ (Baumann 2011: 458) bedeuten könne. Im Gegenteil sei der Wandel gerade „in der Kombination bundesrepublikanischer Traditionen mit neuen Elementen“ (Baumann 2011: 458) zu finden.

2.4. Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurde gezeigt, dass das Zivilmachtkonzept in weiten Teilen eine ausgesprochen treffende Beschreibung – und auch Prognose – deutscher auswärtiger Politik zulässt und sich auch nach der Wiedervereinigung eine weitgehende Kontinuität in der deutschen Rolle nachzeichnen lässt. Gleichzeitig sieht sich die Zivilmacht vor allem als analytisches Konzept neuen Herausforderungen gegenüber, die sich mit der Wandlung des internationalen Systems nach Ende des Kalten Krieges zunehmend an die deutsche Außenpolitik stellen. Wenn man die Veränderungen im außenpolitischen Verhalten der Bundesrepublik als bloßen Lernprozess interpretiert, der eine Anpassung der Mittel an gewandelte Umweltbedingungen unter Beibehaltung der gleichen Ziele suggeriert, dann kann man Deutschland weiterhin den Zivilmachtcharakter zuschreiben. Dies schließt nicht aus, dass weiterhin einige Elemente der Zivilmacht von Deutschland nicht idealtypisch ausgefüllt werden, wie es etwa Maull in seiner Kritik am mangelnden Gestaltungswillen nahelegt. Allerdings gibt es auch Gegenpositionen wie die Hellmanns, die die scheinbaren Unzulänglichkeiten des deutschen Außenpolitikstils anders interpretieren – nämlich als Ausdruck neuer Standards der Angemessenheit. Diese wären als Ergebnis einer veränderten Wahrnehmung der eigenen Rolle und der internationalen Umgebung zu bewerten, woraus sich neue Normen deutscher Außenpolitik ergeben können.

Letztlich bleibt dennoch festzuhalten, dass das Zivilmachtkonzept als Norm insofern nicht verschwunden ist, als es nach wie vor wesentlich für das deutsche Rollenverständnis ist. Dass möglicherweise andere Normen im Diskurs aufgetreten sind, mindert nicht notwendigerweise die Stärke der Verhaltenserwartungen, die an eine Zivilmacht gestellt werden. Diese Standards angemessenen Handelns werden nach wie vor an die deutsche Außenpolitik angelegt, wie obige Diskussion zeigt. Das gilt insbesondere für die Erwartungen, die von innen an die Akteure herangetragen werden: Als sozietale Norm kann das Zivilmachtkonzept als vollständig internalisiert gelten. Wie eingangs erwähnt, muss sporadisches Abweichen des Rollenverhaltens vom Rollenkonzept nicht bedeuten, dass das Rollenkonzept deshalb aufgegeben wird⁵³ – es wirkt weiterhin nicht nur als Maßstab oder Begrenzung außenpolitischen Handelns und damit als handlungsanleitend, sondern bleibt als normatives Konzept bedeutsam und gehaltvoll.

⁵³ Mit Finnemore und Sikkink könnte man sagen, dass gerade durch den (einmaligen) Normverstoß erst deutlich wird, dass diese Norm existiert – es bedeutet aber eben gerade nicht, dass die Norm im selben Atemzug als abgeschafft gelten kann (Finnemore/Sikkink 1998: 904).

3. Völkerrecht und Menschenrechte als Normen der Zivilmacht

Vor dem Hintergrund dieser Diskussion des Zivilmachtkonzepts sollen zwei Normen konkretisiert werden, die Standards angemessenen Verhaltens für eine Zivilmacht Deutschland setzen. Konkret sollen die Normen Völkerrecht (Zivilisierung des Verhältnisses Staat-Staat) und Menschenrechte (Zivilisierung des Verhältnisses Staat-Mensch) so entwickelt werden, dass sie sich in einer empirischen Untersuchung anwenden lassen.

Die Abtrennung der Menschenrechte vom Völkerrecht scheint zunächst kontraintuitiv, sind sie doch Teil des Völkerrechts. Zwei Gründe seien für die separate Analyse der beiden Normen benannt. Erstens folgt das Völkerrecht⁵⁴ – verstanden im klassischen Sinne, das heißt als das Recht, das Staaten zum Subjekt und Objekt hat und ihr Verhältnis untereinander regeln soll – der Logik des Westfälischen Systems der gegenseitig anerkannten Souveränität unter Souveränen – es ist die „gemeinsame Frucht der historischen Entstehung des souveränen Staates als Modus der politischen Machtausübung“ (Aledo 2009 : 4, Übersetzung H.P.). Die Idee, dass internationale Verträge dem Einzelnen auch direkt Rechte und Pflichten zuschreiben könnten, manifestierte sich erstmalig in einem Rechtsspruch des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Jahre 1928,⁵⁵ wobei die Entwicklung hin zu einem internationalen Recht, das direkt auf das Individuum anwendbar wäre, sich nach dem Zweiten Weltkrieg rasant beschleunigte (Aledo 2009 : 145). Erst jetzt wurde der „Schutz des Menschen zu einer immer wichtiger werdenden Funktion des internationalen Rechts“ (Aledo 2009 : 144-145, Übersetzung H.P.). Mit den verschiedenen Generationen der Menschenrechte⁵⁶ und dem humanitären Völkerrecht wurde das Verhältnis von Staaten gegenüber Individuen geregelt und folgte damit zwangsläufig einer anderen Logik als das Verhältnis zwischen Staaten. Die erste Idee ist also, dass die Zivilmacht für zweierlei Arten von Zivilisierung eintritt: Zum einen die Zivilisierung des Verhältnisses von Staat zu Staat und zum anderen das Verhältnis zwischen Staat und Individuum.⁵⁷

Damit einher geht ein zweiter Grund für die Unterteilung in zwei Normen: Das klassische zwischenstaatliche Völkerrecht beinhaltet nicht nur Normen primärer, sondern auch Normen sekundärer Ordnung (Aledo 2009 : 21-23). Diese regeln nicht nur, wie Normen primärer Ordnung

⁵⁴ Das Verständnis des Begriffes Völkerrecht in dieser Arbeit richtet sich nach dem Statut des IGH, Artikel 38, der folgende Quellen des internationalen Rechtes als Grundlage für seine Rechtsprechung verwendet: „international conventions, whether general or particular, establishing rules expressly recognized by the contesting states, [...] international custom, as evidence of a general practice accepted as law; [...] the general principles of law recognized by civilized nations; [...] judicial decisions and the teachings of the most highly qualified publicists of the various nations, as subsidiary means for the determination of rules of law“ (United Nations 1945/1973a). Unter *International Conventions* sind hierbei Verträge zu verstehen, *International Custom* bezeichnet das Gewohnheitsrecht und die *General Principles of Law* bestehen aus denjenigen Rechtsgrundsätzen, die mehrere nationale Rechtssysteme kennen. Man kann unter dieser Aufzählung die Modi oder Quellen des Völkerrechts verstehen, wobei jede dieser Quellen nicht direkt wirksam wird, sondern der Interpretation bedarf. In diesem Sinne sind auch die Rechtsurteile und die Lehre als Hilfsmittel zur Bestimmung der rechtlichen Regeln zu verstehen, die so auch selbst zur Quelle des Völkerrechts werden können (Aledo 2009 : 99-102). Da in dieser Arbeit keine rechtlichen Fragen im Vordergrund stehen sollen, wird diese wenig komplexe Darstellung möglicher Quellen des Völkerrechts den hier verfolgten Zwecken genügen.

⁵⁵ Bei dem Urteil ging es um finanzielle Forderungen von Bahnbeamten aus Danzig gegenüber der Vertretung der Polnischen Bahn (Cour Permanente de la Justice 1928).

⁵⁶ Für weitere Ausführungen siehe Abhandlung zu den Menschenrechten unten.

⁵⁷ Das humanitäre Völkerrecht muss in dieser Logik mit den Menschenrechten gemeinsam behandelt werden, denn sie sind „complementary and mutually reinforcing“ (Goldstone et al. 2009: 302): „Beide streben den Schutz des Einzelnen an, jedoch unter unterschiedlichen Umständen und in unterschiedlicher Weise. Während das Humanitäre Völkerrecht auf die Situation bewaffneter Konflikte abstellt, zielt der Internationale Menschenrechtsschutz zunächst vor allem auf den Schutz des Einzelnen vor staatlichen Übergriffen in Friedenszeiten“ (Auswärtiges Amt 2011).

des Völkerrechts als solche erkannt und überhaupt geschaffen werden können, sondern legen auch Mechanismen fest, wie Regelverstöße gegen Primärnormen des internationalen Rechts zu sanktionieren sind. Das klassische Völkerrecht ist daher oft formaler und verfahrenstechnischer Natur, während die Menschenrechte sich durch ihre substantielle Füllung kennzeichnen. Deshalb sind im Folgenden, wenn vom Völkerrecht als einer Norm deutscher Außenpolitik gesprochen wird, nicht die verschiedenen, konkreten vertraglichen und gewohnheitsrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands gemeint, sondern vor allem die Befolgung des Völkerrechts, seine Unterstützung und die Anerkennung seiner Legitimitätskriterien für das Handeln im internationalen System sowie schließlich die Erwartung, dass auch andere sich daran halten.

3.1. Kategorienschema der Zivilmacht und das Völkerrecht

Was sind nun die konkreten Verhaltenserwartungen, die die so verstandene Norm an eine Zivilmacht richtet? Für eine Annäherung an das Verhältnis von Zivilmacht und Völkerrecht bietet sich das von Maull et al. vorgelegte Kategorienschema an. In Anlehnung an die obige Tabelle (siehe S.21, Nummern der Kategorien entsprechen Nummern in Tabelle und in Maull et al. 1997: 28) sollen die von Maull et al. entworfenen Kategorien vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen zur Zivilmacht spezifisch für das Völkerrecht interpretiert und weiterentwickelt werden, so dass sie in einem eigenen Schema darstellbar und für die Analyse operationalisierbar werden. Ebenso soll in 3.2. mit den Menschenrechten verfahren werden.

Zu 1. Gestaltungswille

1.1. Initiator/Promoter – In Bezug auf das Völkerrecht wäre ein *Initiator/Promoter* ein Staat, der neue Anstöße für die weitere Verrechtlichung der IB gibt und sich für die Ausweitung des Geltungsbereichs des Völkerrechts einsetzt. Zugleich versucht die Zivilmacht als *Promoter* des Völkerrechts, möglichst viele Akteure in internationale Verträge und Abkommen einzubinden und von einer Weiterentwicklung vor allem des geschriebenen (eher als des Gewohnheits-) Rechts zu überzeugen; ihre Bemühungen sind stets kollektiver Art. Die Zivilmacht zeichnet sich zudem dadurch aus, dass sie selbst Vorbildfunktion übernimmt, sich beispielhaft an völkerrechtliche Normen hält und sich für deren Durchsetzung einsetzt sowie Verträge rasch ratifiziert und internationales in nationales Recht überführt.

1.2. Key Institution Member – Eine Zivilmacht ist Mitglied in denjenigen Institutionen, die das Völkerrecht setzen, es anwenden und durchsetzen. Dazu zählt die Mitgliedschaft in den VN (insbesondere im Sicherheitsrat) und damit auch die Bindung an das Vertragsstatut IGH, wobei eine Zivilmacht zudem eine Unterwerfungserklärung für den IGH, die Unterzeichnung und Ratifizierung des Rom-Statuts zum IStGH. Sie ist Mitglied in internationalen Rechtsgemeinschaften (so in der EU) und unterwirft sich der Rechtsprechung von Gerichten auf regionaler Ebene. Sie wirkt an zentraler Stelle in Institutionen mit, die das Völkerrecht schaffen und durchsetzen.

Zu 3. Internationale Zielsetzungen – organisatorisch – Nachdem die Kategorie 2. *Nationale Zielsetzungen* nicht direkt für die Betrachtung des Verhältnisses einer Zivilmacht zum Völkerrecht relevant ist, schließt sich nun eine Betrachtung von 3. *Internationale Zielsetzungen* – or-

ganisatorisch an. Diese ist bereits für sich eine Kategorie, die sich hauptsächlich auf völkerrechtliche Fragen der Organisation der IB bezieht. Die Unterkategorien sollen hier dennoch für das betrachtete Verhältnis zugespitzt werden.

3.1. *Supranationalist* – Die Zivilmacht legt eine hohe Bereitschaft an den Tag, Souveränität zugunsten von (regionaler) Einbindung an eine supranationale Ebene abzugeben. Internationale Normen (insbesondere in Form von kodifiziertem Recht) erkennt sie als bindend an.

3.2. *Regime Builder/Deepener* – Zudem fördert sie die Bildung von Regimen und Institutionen und zielt auf die effiziente und nachhaltige Organisation von Kooperationsformen ab. Dazu gehört auch, dass sie „bestehende Regime [...] durch wachsende Verrechtlichung und Institutionalisierung [zu vertiefen]“ (Maull et al. 1997: 27) sucht. Dies schließt in Bezug auf das Völkerrecht ein, dass sie sich um eine Umwandlung von Gewohnheitsrecht in geschriebenes Recht bemüht, um Normen so klarer und direkter anwendbar zu gestalten.

3.3. *Promoter of the Rule of Law* – Diese Kategorie stellt im Schema von Maull et al. die klarste Orientierung der Zivilmacht an völkerrechtlichen Normen dar: Sie setzt sich eine „wachsende Verrechtlichung und Durchsetzung des Völkerrechts“ (Maull et al. 1997: 27) zum Ziel.

3.4. *Institution/Regime Enlarger* – Im Sinne einer erhöhten Legitimierung völkerrechtlicher Normen versucht die Zivilmacht, ihren Geltungsbereich auszuweiten und möglichst viele Akteure dazu zu bewegen, sich der Norm zu verschreiben.

3.5. *Supporter of strong UN, OSCE* – Die Zivilmacht setzt sich dafür ein, dass die VN eine starke Rolle in der Rechtssetzung und -durchsetzung sowie Konfliktregelung spielt, hierbei vor allem dafür, Konflikte im Rahmen von rechtswirksamen Sicherheitsratsresolutionen zu lösen. Die Zivilmacht beteiligt sich nicht nur an der Verabschiedung, sondern auch an der Umsetzung dieser Resolutionen im Rahmen von VN-Mandaten, um internationales Recht durchzusetzen.

Zu 4. Internationale Ziele – materiell-inhaltlich – Während unter 3. *Internationale Ziele – organisatorisch* eher verfahrenstechnische Fragen zur Gestaltung der IB abgehandelt werden, beschäftigt sich die vierte Kategorie eher mit substantiellen Zielen der Zivilmacht. In diesem Sinne wird an dieser Stelle das Völkerrecht als Ziel an sich verstanden, das es zu propagieren gilt.

4.1. *Propagator of Interdependent Interests* – Weil die Zivilmacht „nationale Interessen [...] als verflochtene Interessen“ (Maull et al. 1997: 27) ansieht, versucht sie zu vermitteln, dass die Schaffung und Umsetzung völkerrechtlicher Normen im Interesse aller ist. Sie versteht das System des Völkerrechts als Weltinnenpolitik.

4.2. *Value based Foreign Policy* – Die Zivilmacht begreift das Völkerrecht als universellen Wert und Teil ihres nationalen Interesses. Als solchen bewirbt die Zivilmacht das Völkerrecht und entwickelt eine Art Sendungsbewusstsein.

Zu 5. Außenpolitischer Stil

5.1. *Collective actor* und 5.2. *Opponent of Unilateral Action* – Wesentlich ist der Zivilmacht die „ausdrückliche Ablehnung unilateralen, autonomen Handelns“ (Maull et al. 1997: 28); sie setzt „partnerschaftliches bzw. kollektives Handeln“ (Maull et al. 1997: 28) als Norm ihrer Außenpoli-

tik. In diesem Sinne können völkerrechtliche Normen und ihre Durchsetzung als formalisierter Mechanismus verstanden werden, der unilaterales Handeln ausschließt.

5.3. *Promoter of Bargaining, Compromise and Mediation* und 5.4. *Regime/Institution User* –

Damit geht auch einher, dass die Zivilmacht friedliche Konfliktbeilegung anderen Formen vorzieht und Foren sucht, in denen Kompromisse gefunden und Schlichtungsverfahren durchgeführt werden können. Dazu gehören internationale Gerichtshöfe sowie rechtlich und kollektiv legitimierte Verfahren der Mediation, die auf die Abwendung ideologischer Konfrontation und das Erreichen einer *win-win*-Situation abzielen (Mauß et al. 1997: 28). „Unilaterale Gewaltanwendung wird grundsätzlich abgelehnt“ (Mauß et al. 1997: 28), wobei dies nicht zuletzt auf die rechtlich bindenden Mechanismen der kollektiven Sicherheit zurückzuführen ist, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen in Kapitel VII (siehe United Nations 1945/1973b) festgeschrieben sind. Die Zivilmacht sucht eine „Lösung für anstehende Probleme in institutionellen Kontexten“ (Mauß et al. 1997: 28); dabei präferiert sie solche Kontexte, in denen wirksam Rechtsbindung entfaltet wird, da diese Form der Problemlösung verbindlich und nachhaltig ist.

5.6. *Sanction Promoter* – Die Zivilmacht legt die Bereitschaft an den Tag, „Verstöße gegen internationale Normen kollektiv zu sanktionieren und an derartigen Maßnahmen mitzuwirken“ (Mauß et al. 1997: 28). Insbesondere ist die Zivilmacht daran interessiert, schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht zu ahnden. Deshalb bekennt sich die Zivilmacht zum Weltrechtsprinzip, wendet dieses an und entwickelt ein Völkerstrafrecht auf nationaler Ebene.⁵⁸

Zu 6. Außenpolitische Instrumente – Die Kategorie 6. *Außenpolitische Instrumente* weist teilweise Überschneidungen mit 5. *Außenpolitischer Stil* und 3. *Internationale Zielsetzungen – organisatorisch* auf, richtet den Fokus jedoch auf konkrete außenpolitische Maßnahmen, die die Zivilmacht typischerweise anwendet. Da die Unterkategorien sich sehr ähneln, werden sie im Folgenden zusammengefasst behandelt.

6.1. *Promoter of Collective Security*, 6.2. *Promoter of Cooperative Security* und 6.3. *Promoter of Multilateral, Legitimate Action/Integrated Instruments* – Die Zivilmacht wendet nur unter der Bedingung einer internationalen Legitimierung militärische Gewalt an, wobei diese im kollektiven Verbund eingesetzt wird. Auch andere Instrumente und Maßnahmen finden nur im Rahmen völkerrechtlich gesetzter Grenzen statt und die Zivilmacht setzt sich dafür ein, dass diese Praxis auch von anderen Akteuren angewandt wird. Gleichzeitig initiiert die Zivilmacht Abkommen, die kollektive Sicherheit begünstigen, so etwa zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, und versucht, in sicherheitsrelevanten Bereichen völkerrechtliche Normen zu etablieren.

⁵⁸ Eine ausführlichere Erklärung des Weltrechtsprinzips wird im Empirieteil erfolgen, weil es erst dort konkret zur Anwendung kommt.

3.2. Kategorienschema der Zivilmacht und die Menschenrechte

Unter der Norm Völkerrecht wurden nun vor allem verfahrenstechnische Aspekte verhandelt, die das Verhältnis zwischen Staaten regeln sollen und zwar insbesondere dann, wenn diese in Konflikt geraten. Welche Mittel kann die Zivilmacht legitimer Weise auf dem internationalen Parkett anwenden? Welche Form der Organisation der IB strebt sie an? Welche Instrumente und Foren präferiert sie zur Konfliktlösung? Wie versucht sie, das Völkerrecht als Wert zu propagieren und voranzubringen? Die Menschenrechte als eine konkrete, substantielle Norm des Völkerrechts bewegen sich analytisch gesehen auf einer anderen Ebene. Im Folgenden soll das Kategorienschema der Zivilmacht von Maull et al. im Hinblick auf die Menschenrechte konkretisiert und interpretiert werden.⁵⁹

Zu 1. Gestaltungswille

1.1. Initiator/Promoter und 1.2. Key Institution Member – Besonders wichtig ist hierbei der Vorbildcharakter der Zivilmacht. Als Vorreiter setzt sie sich nicht nur für die effektive Umsetzung der Menschenrechte ein, sondern unterwirft sich Menschenrechtskonventionen, die rechtlich bindend verpflichten. Konkret heißt das in Bezug auf die Menschenrechte, dass die Zivilmacht sich nicht nur zur rechtlich nicht bindenden Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bekennt (Heidelmeyer 1982: 33). Sie muss auch die Konventionen „über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (die ‚modernen‘ Menschenrechte) und [...] über staatsbürgerliche und politische Rechte (die ‚klassischen‘ Menschenrechte)“ ratifizieren (Heidelmeyer 1982: 43).⁶⁰

Eine Zivilmacht überführt die Menschenrechte zudem in positives nationales Recht, wofür etwa das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland mit seiner „papierne[n] Erklärung der Menschenrechte und Rechte des Bürgers (‚Grundrechte‘)“ (Heidelmeyer 1982: 28) als Musterbeispiel gelten kann: „Diese Verfassung ist ein Modell des bedeutenden Versuchs, die persönlichen Freiheiten und sozialen Notwendigkeiten in der Gestalt der staatlichen Ordnung zum Ausdruck zu bringen“ (Heidelmeyer 1982: 28). Weiterhin bindet sich die Zivilmacht zusätzlich an Regionalpakte (etwa der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten) und unterwirft sich der Rechtsprechung regionaler Gerichte (etwa dem Inter-amerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte). Dies bietet dem Individuum weitere rechtliche Möglichkeiten, wenn es „auf dem innerstaatlichen Rechtsweg eine Sicherstellung seiner durch die Konvention garantierten Rechte nicht erlangt hat“ (Heidelmeyer 1982: 42).

Zu 4. Internationale Zielsetzungen – materiell-inhaltlich

4.2. Value based Foreign Policy – Die Wertegebundenheit der Außenpolitik ist wesentliches Merkmal der Zivilmacht. Dabei werden diese Werte als konstitutiv für die durch die Zivilmacht ausgebildeten Interessen angesehen. Als universeller Wert gelten ihr insbesondere die Men-

⁵⁹ Ausführlich behandelt dies Pfeil 2000. Die Abhandlung wird sich an seinen Ergebnissen orientieren, sie aber teilweise abwandeln und am Zweck dieser Arbeit ausrichten.

⁶⁰ Im Gegensatz zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 entfalten diese beiden 1966 entworfenen und 1976 in Kraft getretenen Konventionen rechtliche Bindung (Heidelmeyer 1982: 43).

schenrechte (Maull et al. 1997: 27), wobei diese für die Zivilmacht „sowohl die bürgerlichen und politischen Rechte [...] als auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte“ (Pfeil 2000: 31, Hervorhebungen im Original) einschließen müssen: „Diese beiden Gruppen von Menschenrechten sind unteilbar und nicht einzeln zu verwirklichen, denn sie bedingen einander“ (Pfeil 2000: 31-32). Die Zivilmacht muss also „von einem umfassenden Menschenrechtsverständnis ausgehen“ (Pfeil 2000: 33). Das bedeutet auch, die Menschenrechtsverstöße in dem Sinne absolut zu bewerten, dass sie nicht durch den Verweis auf ähnliche Praktiken anderer Akteure gerechtfertigt werden können. Weil der Zugang zu positiven Rechten und der Schutz des Individuums vor Übergriffen des Staates (Abwehrrechte) vornehmte Interessen der Zivilmacht sind, setzt sie sich in Krisenzeiten dafür ein, dass das humanitäre Völkerrecht gewahrt bleibt. In diesem sind Grundsätze des Verhaltens des Staates gegenüber Kombattanten und Zivilisten festgehalten, die das Individuum auch zu Kriegszeiten schützen sollen. Daneben bekennt sich die Zivilmacht zu einem „harten Kern“ von Menschenrechten, [der] auch in Zeiten bewaffneter Konflikte nicht seine Geltungskraft [verliert]“ (Auswärtiges Amt 2011).

Damit die Bindung ihrer Außenpolitik an die Menschenrechte glaubwürdig bleibt, darf die Zivilmacht ökonomischen Interessen keinen vollständigen Primat vor diesem universellen Wert geben: „Auf keinen Fall darf eine idealtypische Zivilmacht sich den Anschein geben, Menschenrechte nur dort zu fördern, wo es sie möglichst wenig kostet“ (Pfeil 2000: 37). Die Menschenrechte müssen in den Abwägungsprozess außenpolitischen Verhaltens ebenso Eingang finden wie ökonomische Erwägungen. Sonst steht die Wertegebundenheit der Außenpolitik insgesamt in Frage und kann der Glaubwürdigkeitsüberprüfung nicht standhalten.

4.3. Promoter of Good Governance and the Rule of Law/Intervener, 4.4 Promoter of Democratization and Human Rights und Promoter of Sustainable Development – Neben ihrer Vorbildfunktion setzt sich die Zivilmacht auch aktiv für die Verwirklichung von Menschenrechten ein. Sie stellt ihre Außenpolitik unter einen Sendungs- und Missionsgedanken: Als universeller Wert sind die Menschenrechte und ihre Verwirklichung ein vornehmes Ziel der zivilisierenden Außenpolitik. Ein – gerade aus westlich-liberaler Perspektive – besonders relevanter Teil der Menschenrechtspolitik ist dabei das Propagieren der „bürgerlichen und politischen Menschenrechte, welche Demokratie, ordentliche Gerichtsverfahren und Rechtsstaatlichkeit fordern“ (Pogge 2005/2007: 97).⁶¹ Als Förderer von *Good Governance* (dazu gehören demokratisch-

⁶¹ Ob und inwiefern die Demokratie als politische Ordnung als notwendige Forderung der Menschenrechte oder Voraussetzung ihrer praktischen Geltung angesehen werden muss, ist sowohl in der (rechts-)philosophischen als auch in der politisch-praktischen Debatte umstritten: „Auf beiden Ebenen der Diskussion stellt sich dabei immer wieder die Frage nach Zusammengehörigkeit und wechselseitiger Bedingtheit von Menschenrechten und Demokratie“ (Böckenförde 1999: 233). So argumentiert Böckenförde etwa, dass die Demokratie als „Organisationsform staatlich-politischer Herrschaft“ (Böckenförde 1999: 237) an „soziokulturelle, politisch-strukturelle und ethische Voraussetzungen“ (Böckenförde 1999: 239) gebunden sei und es sich daher verbiete, „sie als universales und unbedingt gültiges politisches Ordnungsprinzip zu ren“ (Böckenförde 1999: 239). Insofern kann Demokratie nicht selbst als ein universelles Menschenrecht angesehen werden. Er sieht in der Einführung zudem die Gefahr, dass dort, wo Demokratie nicht möglich ist, so auch die Menschenrechte nicht bestehen können (Böckenförde 1999: 241). Dagegen argumentiert etwa Alexy, dass „die beste Konzeption der Menschenrechte auf nationaler Ebene am besten im demokratischen Verfassungsstaat realisiert werden kann“ (Alexy 1999: 244). In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte findet sich ein Verweis in Artikel 29, Absatz 2, wo es heißt: „In the exercise of his rights and freedoms, everyone shall be subject only to such limitations as are determined by law solely for the purpose of [...] meeting the just requirements of [...] the general welfare in a democratic society“ (United Nations 1948: Art. 29, Abs. 2). Auch im Pakt über bürgerliche und politische Rechte findet sich kein explizites Recht auf Demokratie, sondern nur indi-

pluralistische und partizipatorische Strukturen auf politischer sowie marktwirtschaftliche und effiziente Strukturen auf ökonomischer Ebene, siehe Maull et al. 1997: 28) knüpft sie bspw. ihre Unterstützung an Bedingungen (etwa Konditionalität der Entwicklungszusammenarbeit), nutzt aber auch „härtere“ Mittel zur Durchsetzung (Maull et al. 1997: 28). So legt sie die Bereitschaft zur „Einmischung in innere Belange“ (Maull et al. 1997: 28) an den Tag und greift dazu auf kollektive Sanktionen zurück (ausführlicher siehe unten bei 6. *Außenpolitische Instrumente*). Dass die Zivilmacht in ihrer Außenpolitik auch Nachhaltigkeit in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht anstrebt, untermauert ihr umfassendes Verständnis der Menschenrechte.

Zu 6. Außenpolitische Instrumente – Wurden in den Ausführungen zum Völkerrecht eher die Verfahren diskutiert, die eine Zivilmacht legitimer Weise zur Realisierung ihrer Außenpolitik und insbesondere zur Konfliktlösung anwenden kann, so gilt es hier die besonderen Mittel herauszuarbeiten, mit denen sie den Menschenrechten in Friedenszeiten und dem humanitären Völkerrecht in Kriegszeiten zu praktischer Wirksamkeit und faktischer Geltung verhelfen kann. Die folgenden Ausführungen werden sich daher nicht eng an den Unterkategorien von Maull et al. orientieren, sondern vielmehr eine Abwägung möglicher Instrumente im Lichte der bisherigen Erläuterungen über den Charakter der Zivilmacht darstellen.

Wie oben ausgeführt, ist die Zivilmacht ein *Intervener*: Bei Menschenrechtsverletzungen ist sie bereit, auch in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen. Deshalb gehört im Hinblick auf die Menschenrechte auch die humanitäre Intervention zu ihren Instrumenten, selbst wenn deren Kompatibilität mit dem Zivilmachtkonzept – teils zu Unrecht – angezweifelt wurde: „[...] die deutsche Beteiligung an *out-of-area*-Einsätzen [stellt] in Form und Inhalt keinen Bruch mit der außenpolitischen Identität einer Zivilmacht [dar]“ (Schmidt et al. 2007: 58, Hervorhebungen H.P.). Denn bei dem Phänomen der humanitären Intervention handelt es sich vielmehr um „die Anpassung der [...] Außen- und Sicherheitspolitik an die veränderte internationale Umwelt [...]“ (Schmidt et al. 2007: 58). Dennoch bleibt außer Zweifel, dass die Zivilmacht militärischen Mitteln eher kritisch gegenüber steht. Grundvoraussetzung bleibt stets die Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und die kollektive Legitimation eines solchen Einsatzes.

Umso wichtiger sind in ihrer Menschenrechtspolitik andere Instrumente zur Förderung und Durchsetzung. Dazu gehört die öffentliche Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen, wobei Pfeil zurecht darauf hinweist, dass es sich hierbei nur um eine Gratwanderung handeln kann: „Kritische Distanz und deutliches Engagement gegenüber dem Menschenrechtsverletzer muss gezeigt, reiner Symbolismus vermieden werden“ (Pfeil 2000: 40). Ein anderer Ansatzpunkt sind zivilgesellschaftliche Maßnahmen zur Stärkung der Menschenrechte, die man unter dem Schlagwort der Positivmaßnahmen zusammenfassen kann. „Die starke Orientierung auf

rechte Verweise auf Demokratie, so etwa in Artikel 21 (Recht auf Versammlungsfreiheit), Artikel 22 (Recht auf Zusammenschlüsse und Gewerkschaften) und in Artikel 14 (Anspruch auf Gerichtsverfahren) (Office of the High Commissioner for Human Rights 1966/1976). Weil sowohl Maull et al. als auch Maulls Schüler Pfeil die Demokratieförderung als einen Teil der Menschenrechtspolitik ausweisen oder die beiden zumindest in einem Atemzug nennen (Maull et al. 1997: 28; Pfeil 2000: 33), wird dieses Verständnis hier übernommen.

die direkte Förderung der Menschenrechte ‚von unten‘ [...] lassen Positivmaßnahmen als ein besonders wichtiges Instrument der Zivilmacht erscheinen“ (Pfeil 2000: 40).

Zusätzlich stehen der Zivilmacht auch härtere wirtschaftliche Maßnahmen zur Verfügung: Sie kann positive und negative wirtschaftliche sowie finanzielle Sanktionen verhängen und Auflagen für Wirtschaftsbeziehungen formulieren (Pfeil 2000: 44-54). Allerdings sind derartige Maßnahmen in Bezug auf die Menschenrechte sowohl in ihrer Effektivität als auch unter ethischen Gesichtspunkten fragwürdig, trifft es oftmals doch gerade die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, wenn wirtschaftliche Sanktionen verhängt werden (Pfeil 2000: 44). Deshalb ist die Zivilmacht auch daran interessiert, NGOs zu unterstützen, die direkter mit der Bevölkerung in Kontakt treten können und die sie finanziell und personell verstärken. Im Falle von humanitären Katastrophen ist die Zivilmacht bereit, schnell finanzielle Hilfe zu leisten.

Die Zivilmacht fördert also die Durchsetzung von Menschenrechten mit „weichen“, aber auch mit „harten“ Mitteln – im Zweifelsfall auch gegen den Widerstand von Staaten, die unter „Berufung auf ‚innere Angelegenheiten‘“ (Pfeil 2000: 35) und das Nichteinmischungsgebot die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen ablehnen. Die Zivilmacht befürwortet eine Herabsetzung der Souveränitätsschwelle. Zentral bleiben bei der Wahl der Instrumente stets der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel sowie die Anwendung gleicher Standards.

3.3. Operationalisierung in neuen Kategorien

Um die Kategorien der Zivilmacht für eine Analyse des deutschen außenpolitischen Verhaltens und Diskurses im Hinblick auf das Völkerrecht urbar machen zu können, bietet sich die Bildung neuer Kategorien anhand der Ergebnisse obiger Interpretation der Kategorien von Maull et al. an.⁶² Untenstehende Tabelle gibt eine Zusammenschau dessen, was von der Zivilmacht im Hinblick auf das Völkerrecht und die Menschenrechte im Sinne von Standards angemessenen Verhaltens erwartet werden kann. Erst bei der empirischen Analyse wird sich zeigen, ob alle Kategorien für die betrachteten Fälle prägnant sind.

⁶² Dieses Verfahren wurde bereits erfolgreich für die Analyse der deutschen Menschenrechtspolitik angewandt in Pfeil 2000. Teile seiner Kategorien werden für diese Arbeit verwendet und sind mit einem * markiert.

	Kategorie	Völkerrecht: Zivilisierung des Verhältnisses Staat-Staat	Menschenrechte: Zivilisierung des Verhältnisses Staat-Individuum
Gestaltungsfähigkeit	Promoter / Initiator (A)	(1. Konsequente Einhaltung)	(15. Vorbild)
		2. Effektiver und konsequenter Einsatz für das Völkerrecht (nach außen)	16. Glaubwürdigkeit* (gleiche Maßstäbe, hinreichende Berücksichtigung bei Ziel- und Rollenkonflikten)
		3. Initiation neuer völkerrechtlicher Normen	17. Umfassendes Menschenrechtsverständnis*
	Key Institution Member (B)	4. Führende Rolle in den VN	18. Führende Rolle in Menschenrechtsorganisationen und -organen
Ziele	Menschenrechte und Völkerrecht als universelle Werte (C)	5. Vermittlung des Völkerrechts als verbundenes Interesse aller	19. Verstöße gegen die Menschenrechte sind als absolut zu bewerten
		6. Stärkung der Ahndung und Aufklärung von Verstößen gegen das Völkerrecht	20. Umfassende und nachhaltige Stärkung der Menschenrechte, von <i>Good Governance</i> und Demokratie*
		7. Herabsetzung der Souveränitätsschwelle*	21. Harter Kern von Menschenrechten bleibt in Kriegszeiten bestehen und wird durch das humanitäre Völkerrecht ergänzt
	Institutionelle Stärkung der Durchsetzung (D)	8. Stärkung der VN und ihrer Organe als Ort der internationalen Konfliktregelung	22. Stärkung des Menschenrechtsschutzes auf der Agenda wesentlicher Institutionen
		9. Weitere und tiefere Verrechtlichung der IB	23. Unterstützung von NGOs zur effektiven Durchsetzung der Menschenrechte
	Mittel	Deklaratorische Mittel (E)	10. Verurteilung von Völkerrechtsverstößen
11. Werben für die Konfliktbeilegung innerhalb der VN und ihrer Organe			25. Klare Verurteilung und Anprangern von Menschenrechtsverstößen
Finanzielle und juristische Mittel (F)		12. (Unterstützung von) Klagen vor Internationalen Gerichtshöfen	26. Humanitäre Hilfe in Katastrophensituationen
		13. Anwendung des Weltrechtsprinzips	27. Dauerhafte finanzielle Förderung von Entwicklung und Positivmaßnahmen
„Harte“ Mittel (G)		14. Militärische Maßnahmen im völkerrechtlichen und multilateralen Rahmen	28. Wirtschaftliche Sanktionen sowie humanitäre Interventionen

Tabelle 3: Operationalisierung der Normen „Völkerrecht“ und „Menschenrechte“ der Zivilmacht, Tabelle von Hanna Pfeifer

4. Das Sonderverhältnis zu Israel und die deutsche Außenpolitik

Im Folgenden wollen wir uns einer weiteren Norm der deutschen Außenpolitik zuwenden. Wie in den Ausführungen über Deutschland als Zivilmacht deutlich wurde, beruht das deutsche Rollenverständnis in der Außenpolitik wesentlich auf dem Bruch mit und der Bewältigung der eigenen Vergangenheit. Zwei Grundkonstanten der deutschen Außenpolitik lassen sich daraus direkt ableiten: „die Anerkennung der Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs einschließlich der daraus entstehenden Wiedergutmachungsverpflichtungen, insbesondere im Verhältnis zu Israel [...], und eine wertorientierte Außenpolitik“ (Mauß 2006: 423).

In den Teilen 2 und 3 dieser Arbeit wurde bereits ausführlich auf das Rollenverständnis Deutschlands als das einer Zivilmacht und der damit verbundenen Verpflichtung auf Menschenrechte und das Völkerrecht eingegangen, die als zwei universelle Werte im Zentrum der deutschen wertgebundenen Außenpolitik stehen. Dies ist ein Teil der Lehre aus der Vergangenheit. Das folgende Kapitel der Arbeit soll sich der anderen unmittelbaren Konsequenz aus der Abgrenzung vom Nazireich widmen: dem Sonderverhältnis zu Israel. Dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sich von anderen bilateralen Verhältnissen unterscheiden, verdeutlicht die Debatte um Normalisierung und Besonderheit des deutsch-israelischen Verhältnisses – eine Dichotomie, die bereits in der Frage um Kontinuität oder Wandel in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung in Anschlag gebracht wurde (siehe I.2.3.2): Brachte Konrad Adenauer noch den Begriff der Normalisierung mit den deutsch-israelischen Beziehungen in Zusammenhang (Weingardt 2002: 11), so diagnostizierte Johannes Rau in seiner Rede vor der Knesset im Jahre 2000, dass die Normalität ebendieses Verhältnisses gerade in seiner Besonderheit läge (Rau 2000). Angela Merkel betonte, dass „diese Beziehungen [...] immer besondere Beziehungen in Erinnerung an die einzigartigen Vorgänge bleiben“ (zitiert in Zeit 2006) würden und auch Joschka Fischer stellte fest: „Die deutsch-israelischen Beziehungen werden für uns immer einen besonderen Charakter haben“ (zitiert in Klocke 2005: 2).

Das vorliegende Kapitel soll das deutsche Sonderverhältnis zu Israel in seiner Entwicklung als Norm aufzeigen. Entlang der oben vorgestellten Theorien zur Normentstehung und Sozialisation (siehe I.1.2) sollen die Schritte auf dem Weg hin zu einer internalisierten Norm des Sonderverhältnisses nachvollzogen werden. Diese soll dann wiederum durch ein Kategorienschema in ihren verschiedenen Dimensionen charakterisiert und operationalisiert werden.

4.1. Historische Entwicklung des Sonderverhältnisses – Entstehung einer Norm

„Lang war der Weg, dornig der Umgang, hoffnungsvoll für die Zukunft“ (Meyer 2005) – Deutschland und Israel verbinden „mehr als besondere Beziehungen“ (Meyer 2005). Am Anfang der deutsch-israelischen Beziehungen steht ein Verbrechen, das bis heute in seinen Ausmaßen und seiner Grausamkeit unfassbar ist: der Holocaust oder die Shoah.

Dass diese Gräueltat die Identität der beiden neu entstehenden Staaten⁶³ wesentlich prägen würde, stand außer Frage.⁶⁴ In höchstem Maße fraglich war hingegen, ob sich zwischen den beiden Staaten überhaupt irgendeine Form von Beziehungen, geschweige denn so etwas wie Freundschaft würde entwickeln können. Dass wir heute auf 46 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Ländern zurückblicken können, ist daher als Errungenschaft zu werten, die keineswegs als selbstverständlich gelten kann (Fischer zitiert in Klope 2005: 2).

4.1.1. Der Aufbau von Beziehungen im Schatten des Holocausts – Auftauchen einer Norm

Aus der Perspektive westdeutscher Politiker und insbesondere Konrad Adenauers hatte es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Staatsgründung 1949 oberste Priorität, das Vertrauen der Welt zurück zu gewinnen. Unter dieser Vorgabe standen die Westbindung, die Verpflichtung auf universelle Werte und der Aufbau einer stabilen und funktionierenden Demokratie nach dem Vorbild der westlichen Wertegemeinschaft (siehe I.2.3.1). In diesem Zusammenhang empfand Adenauer „die Art, wie die Deutschen sich den Juden gegenüber verhalten werden, [als] die Feuerprobe der deutschen Demokratie“ (zitiert in Weingardt 2002: 74).

Die Phase zwischen 1945 und 1951 war auf deutscher wie auf jüdisch-israelischer Seite von Schweigen über die Vergangenheit geprägt. „Feelings, whether of horror and guilt on the German side, or of grief and hostility on the Israeli side [...], simply were not expressed on a large scale or in any public or official way“ (Gardner Feldman 1984: 32). Die Konfrontation mit den Ausmaßen des Geschehenen führten bei den Deutschen zu psychologischen Abwehrmechanismen wie etwa die Projektion auf Hitler und die Nazis im Allgemeinen sowie simple Verleugnung des Geschehenen („denial“, Gardner Feldman 1984: 34). Die israelische Seite hingegen versuchte aktiv, all das aus dem Alltag zu verdrängen, was deutsch war: Produkte wurden ebenso boykottiert wie Diplomaten beider deutschen Staaten, die Einreise israelischer Staatsbürger nach Deutschland wurde durch einen Vermerk im Pass unterbunden und deutsche Kulturgüter wurden aus Israel verbannt (Jelinek 2004: 40-43).

Den Grundstein für die bloße Möglichkeit einer Annäherung legte die Bundesrepublik mit der vollen Anerkennung ihrer Rolle als Nachfolgerstaat des Dritten Reiches und allen damit verbundenen moralischen und materiellen Pflichten (Colschen 2010: 255; Wolffsohn 1991: 21; Klope 2005: 4). Im Hinblick auf Israel drückte sich die Verpflichtung auf Wiedergutmachung zunächst in finanzieller Form aus: Weil die Westmächte eine Vermittlerrolle zwischen den israelischen Ansprüchen auf Wiedergutmachung und Westdeutschland ablehnten, „musste Jerusalem [...]

⁶³ Die DDR wird an dieser Stelle bewusst nicht mit einbezogen. Da die deutsche Israelpolitik nach der Wiedervereinigung in der Kontinuität der BRD stand (Colschen 2010: 266), soll auf das Verhältnis zwischen Israel und der DDR nicht weiter eingegangen werden. Für weitere Ausführungen zu diesem Thema siehe bspw. Klope 2005, der ein „Nicht-Verhältnis“ zwischen der DDR und Israel konstatiert, oder auch Illichmann 1997.

⁶⁴ Dabei sollte man nicht so weit gehen, zu behaupten, dass erst der Holocaust die Gründung eines jüdischen Staates ermöglicht habe – die zionistische Bewegung entstand weit vorher. Die Rede vom „Mörder der Juden [...] [als] Geburtshelfer des jüdischen Staates“ (Wolffsohn 1991: 10) oder das Suggestieren zynischer Kausalitäten à la „Ohne Auschwitz kein Israel!“, wie der ehemalige Präsident des Jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann zu verkünden pflegte (Wolffsohn 1991: 10), sind nicht nur geschichtlich fragwürdig, sondern „eine Groteske, die Hitler einen Platz einräumt, der ihm weder historisch noch moralisch gebührt“ (Wolffsohn 1991: 10).

sich direkt an Bonn wenden“ (Wolffsohn 1991: 23). Nach dem offiziellen Schuldbekenntnis Konrad Adenauers in seiner Rede vor dem Bundestag im September 1951⁶⁵ und ersten Geheimverhandlungen auf Diplomatenebene wurden unter massivem Protest von Teilen der israelischen Bevölkerung direkte Entschädigungsverhandlungen zwischen Deutschland und Israel aufgenommen, die 1952 im sog. Luxemburger Abkommen gipfelten (Colschen 2010: 256-257; Kloke 2005: 4). Trotz aller Versuche verschiedener arabischer Staaten, eine Ratifizierung des Abkommens zu verhindern, trat dieses im März 1953 in Kraft und verpflichtete die Bundesrepublik zu Zahlungen von 3,45 Milliarden DM über 12 Jahre an den israelischen Staat und die *Conference on Jewish Material Claims against Germany* (Weingardt 2002: 81-93).⁶⁶

Es ist bemerkenswert, dass diese erste Phase der deutsch-israelischen Annäherung eher als taktisches Kalkül, mindestens jedoch als Pragmatismus gewertet werden muss: Sowohl die deutsche als auch die israelische Seite standen unter „Sachzwängen[n], ohne die bilaterale Gespräche zu dieser Zeit undenkbar gewesen wären (Weingardt 2002: 98).“ Zwar setzte Adenauer gegen innerdeutsche Widerstände das Luxemburger Abkommen durch. Dabei waren jedoch „seine Motive [...] keineswegs so ehrenwert und moralisch begründet wie die ‚Verpackung‘ der Entschädigungslieferungen“ (Weingardt 2002: 99). Die ersten, für das deutsch-israelische Verhältnis so grundlegenden Verhandlungen waren also eine *Win-Win*-Situation: „Die Annäherung zwischen Israel und der Bundesrepublik [war] bis zu jenem Zeitpunkt mit beträchtlichem persönlichen Nutzen für sämtliche Beteiligten verbunden“ (Jelinek 2004: 73).

Will man die Phase der Annäherung als Beginn der Etablierung einer Norm deutscher Außenpolitik – nämlich das Sonderverhältnis zu Israel – begreifen, so könnte man sie in das eingangs beschriebene Spiralmodell von Risse (siehe I.1.2.2) einordnen. Die Annäherung an Israel würde damit einer instrumentell-strategischen Handlungslogik folgen, „ganz im Dienst der allgemeinen außenpolitischen Zielsetzung, das Ansehen der Bundesrepublik wiederherzustellen“ (Weingardt 2002: 171). Damit kann der „Aufbau einer guten, im Westen ‚vorzeigbaren‘ Beziehung zu Israel“ (Weingardt 2002: 427) mit Risses Worten als „forced imposition“ (Risse 1999: 530) einer Norm oder taktische Konzession (Risse et al. 2002: 39) gewertet werden, die der Bundesrepublik in der Außenpolitik neue Handlungsspielräume verschaffen sollte. Damit kann erklärt werden, warum sich Deutschland überhaupt dieser Norm unterwarf. Eine andere Frage ist jedoch, wie diese Norm überhaupt zustande kommen konnte. Darauf kann man mit der ersten Phase im *Norm Life Cycle* von Finnemore und Sikkink antworten. Die *Norm Emergence* braucht zunächst

⁶⁵ Ob es sich bei der Erklärung Adenauers um ein tatsächliches Schuldeingeständnis handelte, ist nicht nur unter den israelischen Zeitgenossen umstritten. In seiner Rede heißt es: „Im Namen des deutschen Volkes sind [...] unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten, sowohl hinsichtlich der individuellen Schäden, die Juden erlitten haben, als auch des jüdischen Eigentums, für das heute individuell Berechtigte nicht mehr vorhanden sind“ (zitiert in Weingardt 2002: 79). Aus heutiger Sicht mutet schon die letzte Formulierung als eine Art zynischer Euphemismus für den Tod von 6 Millionen Juden an; anstößiger noch sind jedoch Adenauers Bemerkungen zum deutschen Volk unter der Naziherrschaft, das „in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und [...] sich nicht an ihnen beteiligt“ (zitiert in Weingardt 2002: 79) habe. Man hatte nicht erwartet, dass sich der neue Kanzler über die leid- und schmerzvolle Erfahrung der Juden so leicht hinwegsetzen würde“ (Jelinek 2004: 46).

⁶⁶ Welche Probleme mit den Begriffen der Wiedergutmachung und Entschädigung verbunden sind, inwiefern sie aber trotzdem sowohl für Gruppen in Israel als auch in Deutschland identitätsstiftend und überlebensnotwendig waren, wird in verschiedenen Beiträgen in dem Sammelband *Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel* erörtert (Frei et al. 2009).

einen *Norm Entrepreneur*, der in diesem Fall eindeutig in Israel selbst zu sehen ist. Die Israelis nutzten zwei Ebenen, um ihre moralischen Ansprüche an Deutschland geltend zu machen: Einerseits leisteten sie Überzeugungsarbeit bei den Alliierten und versuchten andererseits, die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, dass eine Wiederaufnahme Deutschlands in die Völkergemeinschaft nur unter Vorbedingungen denkbar sei.

Gerade in Bezug auf materielle Wiedergutmachung fiel es den Israelis zunächst schwer, die Alliierten auf ihre Seite zu ziehen. Zwar unterstützten sie die Forderungen Israels in moralischer Hinsicht; wirtschaftliche Erwägungen – etwa die Gefährdung der deutschen Wirtschaftsentwicklung – standen der materiellen Wiedergutmachung jedoch eindeutig entgegen (Jelinek 2004: 91-97). Schritte der Alliierten zugunsten einer größeren westdeutschen Selbstständigkeit und internationalen Rehabilitation – vor allem die Wiederbewaffnung Deutschlands auf Grund der NATO-Beschlüsse 1950 (Jelinek 2004: 84) – empörten die israelische Politik und Bevölkerung, so dass die Alliierten sich schließlich der Notwendigkeit bewusst wurden, „die israelische (und jüdische) Öffentlichkeit [...] zufriedenzustellen (Jelinek 2004: 86). Mit moralischen Argumenten schafften es die Israelis schließlich, die Alliierten für ihre Forderungen zu gewinnen: „Schließlich setzte sich das politisch-propagandistische Kalkül [im Sinne einer Rehabilitation der BRD, H.P.] und der moralische Faktor gegenüber den wirtschaftlichen Befürchtungen durch“ (Jelinek 2004: 101).⁶⁷ Letztlich konnte Israel so erreichen, dass auch die westlichen Mächte in Wiedergutmachungsbemühungen die einzige Möglichkeit sahen, Deutschland wieder in die Gemeinschaft der Nationen aufzunehmen. Der amerikanische Hochkommissar in Deutschland, John McCloy, ließ schließlich keinen Zweifel mehr daran, dass von Deutschland besondere Anstrengungen gegenüber Israel erwartet wurden: „The world will carefully watch the new West German state, and one of the tests by which it will be judged will be its attitude towards the Jews and how it treats them“ (zitiert in Gardner Feldman 1984: 51).

Auch gegenüber der Weltgemeinschaft versuchte Israel, von der deutschen Schuld und den daraus resultierenden Verpflichtungen zu überzeugen, und legte die Messlatte für eine Wiederaufnahme Deutschlands in die Völkergemeinschaft damit hoch. In einer Rede vor den VN äußerte sich der israelische Außenminister Moshe Sharett besorgt: “[We] view with consternation and distress the progressive readmission of Germany by the family of nations, with her revolving record intact, her guilt unexpiated, and her heart unchanged” (zitiert in Gardner Feldman 1984: 56). Die Israelis, aber auch Teile der deutschen Zivilgesellschaft wurden nicht müde, die Welt daran zu erinnern, dass Deutschland bisher noch nichts Positives für den Staat Israel getan hatte. Damit war eine Norm für die deutsche Außenpolitik aufgetaucht: Deutschland würde seiner Schuld gegenüber Israel in irgendeiner Form nachkommen müssen. Zahlen- und gewichtsmäßig hinreichend viele Staaten hatte Israel von dieser Norm überzeugen können – die *Norm Leaders* waren auf seiner Seite und ein *Tipping Point* war erreicht (Finnemore/Sikkink 1998: 895).

⁶⁷ Vorbedingung blieb jedoch weiterhin, dass Israel in direkte Verhandlungen mit der BRD trat, was der israelischen Bevölkerung gegenüber nur äußerst schwer zu vertreten war (Jelinek 2004: 99).

4.1.2. Die politischen Beziehungen – die Institutionalisierung einer Norm

Zwar hatte der Vertrag von Luxemburg einen Startpunkt für die bloße Möglichkeit zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Israel gesetzt; jedoch sollte der Weg bis zur Aufnahme tatsächlicher diplomatischer Beziehungen ein steiniger sein.

4.1.2.1. Beginnende Institutionalisierung – der Weg zu diplomatischen Beziehungen

Grundsätzlich stand diesem Schritt das traditionell gute Verhältnis der Deutschen zu den arabischen Staaten im Weg. Denn „durch die Aufnahme diplomatischer oder demonstrativ besonderer Beziehungen zu Israel“ (Wolffsohn 1991: 30) lief die BRD Gefahr, dass die arabischen Staaten ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Westdeutschland boykottieren würden; einige Staaten hatten sogar angedroht, die DDR offiziell anzuerkennen. Die Anreize für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurden auch durch die Interessen der USA im Nahen Osten gemindert: Da ihr Verhältnis zu den arabischen Staaten sich in den 50er Jahren massiv verschlechtert hatte und ihr Einfluss in der Region drastisch gesunken war, sahen sie in Deutschland den einzigen Akteur, der dort potentiell ihre Interessen wahren konnte (Weingardt 2002: 175).

Dennoch mussten zumindest inoffiziell Zugeständnisse an Israel gemacht werden, um die Er rungenschaften durch das Luxemburger Abkommen nicht zu gefährden. So wurden seit 1957 geheime militärische Beziehungen mit Israel geführt (Weingardt 2002: 175). Geschätzt wurde auf israelischer Seite zudem, dass Adenauer sich in der Suezkrise 1956/57 dem amerikanischen Druck nicht gebeugt hatte, der auf ein Aussetzen der Wiedergutmachungszahlungen an Israel abgezielt hatte (Wolffsohn 1991: 30-31). Eine weitere Bewährungsprobe stellte die Affäre um Adolf Eichmann zu Beginn der 60er Jahre dar, die nicht zuletzt durch das von Vertrauen geprägte Verhältnis zwischen Adenauer und Ben-Gurion zu einem positiven Ende fand (Wolffsohn 1991: 33). Schwieriger konnten derartige Krisen unter den neuen Regierungen der beiden Staaten bewältigt werden. Nachdem zuerst bekannt wurde, dass deutsche Raketenexperten über Jahre für die ägyptische Regierung gearbeitet hatten, geriet die deutsche Nahostpolitik spätestens mit dem Bekanntwerden der bis dato geheimen Waffenlieferungen an Israel in die Bredouille: Erhard sah sich veranlasst, die Waffenlieferungen zu stoppen, die er gerade kurz zuvor auf Veranlassung der Amerikaner noch erhöht hatte (Weingardt 2002: 176-177). Schließlich entschied er sich 1965 für die „Flucht nach vorn [...] die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel und die Beibehaltung derselben zur arabischen Welt“ (Weingardt 2002: 177). Damit war das Fundament für eine Institutionalisierung der deutsch-israelischen (Sonder-) Beziehungen gelegt. Innerhalb solcher Institutionen, so hatte Konrad Adenauer noch geglaubt, würde sich eine Normalisierung des deutsch-israelischen Verhältnisses erreichen lassen, um so „die ‚Schatten der Vergangenheit‘ von der Tagespolitik fernhalten zu können“ (Weingardt 2002: 178). Moral und Realpolitik sollten sich nicht vermischen. Eben dieses Motiv war es jedoch, das sich durch die folgenden Regierungen ziehen würde: die „Quadratur des Kreises“ (Wolffsohn 1991: 37).

4.1.2.2. Zwischen Vergangenheit und Gegenwart – Solidarität in den Herzen und Ausgewogenheit in der Politik

Die Israelpolitik der folgenden beiden Koalitionen war geprägt durch Willy Brandt, zunächst als Außenminister, dann als Kanzler. Unter ihm wurde die deutsche Außenpolitik gegenüber Israel einerseits zunehmend selbstbewusster (Weingardt 2002: 236-237) und unter dem Eindruck des Sechstagekrieges pochte man auf Verständnis gegenüber der „gebotenen politischen Neutralität“ (Wolffsohn 1991: 37). Gleichzeitig schaffte Brandt jedoch den Spagat zwischen diesem (selbstaufgelegten) Gebot der Ausgewogenheit und einer emotionalen Füllung des deutsch-israelischen Verhältnisses, was in geflügelten Worten wie „völkerrechtliche Neutralität ohne Trägheit des *Herzens*“ oder [den] ‚normalen Beziehungen von besonderem *Charakter*‘ (Weingardt 2002: 239, Hervorhebungen im Original) seinen Ausdruck fand. Allerdings gelang es Brandt letztlich nicht, „die Aktie der Normalität auf der Börse der deutsch-israelischen Beziehungen zu platzieren“ (Wolffsohn 1991: 37); dennoch schaffte er es, ausgewogene und interessenorientierte Realpolitik zu betreiben, ohne dabei den Anschein zu erwecken, die Vergangenheit aus den Augen zu verlieren. Begünstigt wurde dieser Drahtseilakt durch die Entwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit: Europa mit einer Stimme sprechen zu lassen, erlaubte es der BRD, Positionen einzunehmen, die es alleine gegenüber Israel nicht hätte vertreten können (Weingardt 2002: 238). Dieses Auseinanderfallen des bilateralen (solidarischen) Verhaltens gegenüber Israel und der international vertretenen (ausgleichenden) Position sollte sich als Muster der deutschen Nahostpolitik herausstellen (Weingardt 2002: 427). Zweigleisig fuhr man auch weiterhin zwischen offizieller und verdeckter Politik im Rüstungsbereich (Wolffsohn 1991: 39). Die Bundesregierung verschaffte sich damit einerseits den Anschein einer normalisierten Nahostpolitik, ließ Israel aber indirekt nach wie vor seine Unterstützung zukommen (Wolffsohn 1991: 39).

4.1.2.3. Politische und gesellschaftliche Krisen – das Scheitern der Normalisierung

Einen nüchterneren Ton schlug die Regierung unter Kanzler Schmidt und Außenminister Genscher an. Sie verfolgten eine „Israelpolitik ohne Sühnesymbolik“ (Wolffsohn 1991: 40). Dies zeigte sich bspw. in der Forderung des deutschen Botschafters bei den VN nach einem unabhängigen Palästinenserstaat (Wolffsohn 1991: 40). Dem lag auch die immer weiter verbreitete Überzeugung zugrunde, dass die „deutsche Solidarität mit Israel auch eine moralische Mitverantwortung für die Palästinenser als den sekundären ‚Opfer(n) der deutschen Judenpolitik‘ einschließen müsse“ (Kloke 2005: 12). Zwar wurde den deutsch-israelischen Beziehungen nach wie vor ein besonderer Charakter zugeschrieben, jedoch wurde dies klar von der Tagespolitik getrennt. Hier hatte weiterhin ein Ausgleich zwischen israelischen und arabischen Verhaltenserwartungen den Primat (Weingardt 2002: 300). Unter dem Eindruck weltpolitischer Geschehnisse (Golfkrieg, sowjetischer Afghanistaneinmarsch) und der weiteren Vertiefung der europäischen Integration rückten die bilateralen Beziehungen zu Israel in den Hintergrund (Weingardt 2002: 301-302). Die weitere Europäisierung der Außenpolitik eröffnete zudem neue Handlungs-

spielräume. Erst ein politischer Eklat brachte Israel und die deutsche Vergangenheit wieder zurück ins Bewusstsein der Bundesregierung: Die sog. Begin-Schmidt-Kontroverse, ausgelöst durch die deutsche Absicht, Panzer an Saudi-Arabien zu liefern, erhitzte die Gemüter. Hatte Schmidt Begin zunächst als „Gefahr für den Weltfrieden“ (Wolffsohn 1991: 40) bezeichnet und sich zudem einen *Fauxpas* in einem Fernsehinterview erlaubt,⁶⁸ so warf Begin dem Kanzler seine Vergangenheit als Oberleutnant der Wehrmacht vor und machte die Kollektivschuldthese stark (Wolffsohn 1991: 41). Im Nachgang dieses Konfliktes war die Bundesregierung eher um Schadensbegrenzung als um die weitere Intensivierung des deutsch-israelischen Verhältnisses bemüht; der zwischenstaatliche Kontakt reduzierte sich auf den formalen und institutionalisierten Verkehr. Im Gegensatz zu Brandt gelang es der Regierung Schmidt nicht, moralische Glaubwürdigkeit zu vermitteln; ihre Israelpolitik war eher als ein Teil einer übergeordneten Nahostpolitik zu verstehen (Weingardt 2002: 303).

Auch Kohl versuchte mit seiner Politik an die eher pragmatische Traditionen anzuknüpfen: „Normalisierung und Ausgewogenheit“ (Weingardt 2002: 371). Dass die deutsch-israelischen Beziehungen wieder mehr in den Vordergrund rückten, war einerseits durch die Begin-Schmidt-Kontroverse bedingt, hatte aber auch mit der US-Nahoststrategie zu tun, die wesentlich die Freundschaft zu Israel ins Auge nahm (Weingardt 2002: 371). In Israel entstand jedoch der Eindruck, dass Deutschland mehr und mehr versuchte, die historische Verantwortung vom tagesspolitischen Geschehen abzukoppeln. Die Bundesregierung war der Ansicht, „Israel solle Auschwitz nicht als Argument missbrauchen“ (Wolffsohn 1991: 43); Bundeskanzler Kohl sprach von der „Gnade der späten Geburt“ (Kloke 2005: 13), was mithin als leichtfertiger Umgang mit der Vergangenheit angesehen wurde (Weingardt 2002: 372). Als Wendepunkt muss der sog. Historikerstreit als Höhepunkt einer ganzen Kette von Ereignissen angesehen werden, die das deutsch-israelische Verhältnis auf eine erneute Probe gestellt hatten.⁶⁹ Ausgelöst wurde der Historikerstreit durch eine Rede von Martin Walser, in der er die “endless repetition of depicting the German ‘shame’” (Brenner 2008: 19) monierte, wobei er versuchte, den Holocaust in eine historische Kontinuität einzuordnen (Wolffsohn 1991: 48), und ein Abwerfen des Begriffs Tätervolk forderte (Leggewie 2008: 50). Dem wurde (bspw. durch Jürgen Habermas) die Einzigartigkeit des Holocausts entgegengesetzt (Wolffsohn 1991: 48) sowie die Warnung davor, die Vergangenheit zu entsorgen (Leggewie 2008: 50).⁷⁰

⁶⁸ Schmidt hatte einige Völker aufgezählt, die unter Hitler gelitten hatten, dabei jedoch das jüdische Volk nicht namentlich erwähnt (Wolffsohn 1991: 42).

⁶⁹ Dazu zählen der teilweise missglückte Besuch Kohls in Israel, Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien und schließlich der gemeinsame Besuch mit Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, auf dem auch SS-Soldaten begraben sind (Weingardt 2005: 28).

⁷⁰ Michael Brenner weist darauf hin, wie tief diese Debatte in den gesellschaftlichen Diskurs eindrang. Dabei erklärten nicht nur ewig Gestrige Walser die Solidarität, sondern bspw. auch der langjährige Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (“We are vulnerable, too“, zitiert in Brenner 2008: 19) und Rudolf Augstein, damals Herausgeber des Spiegels (in Bezug auf das Holocaust-Mahnmal in Berlin: “One cannot dictate to us from outside the country how we build our new capital in memory of the past“, zitiert in Brenner 2008: 20).

4.1.2.4. Vertrauen und Ausgewogenheit – Mehrebenenspiele

Diese gesellschaftlichen Debatten und schließlich das auch in Israel verbreitete Unbehagen über die deutsche Wiedervereinigung forderten der Bundesregierung mehr Anstrengungen ab, das Vertrauen „in die Stabilität der Demokratie und in die Haltung Deutschlands gegenüber Israel“ (Weisskirchen 2007: 22) zu festigen. Im Laufe seiner langen Amtszeit entwickelte Kohl Sensibilität und Geschick für die Nahostpolitik: In den 90er Jahren engagierte sich Deutschland vermehrt in der Region, wobei sich in Israel wegen der scheinbar voranschreitenden Friedensverhandlungen Verständnis für die deutsche Maßgabe der Ausgewogenheit breitmachte (Weingardt 2002: 373). Deutschland war zudem treibende Kraft hinter dem Assoziierungsabkommen der EU mit Israel von 1995, so dass diese Phase als Blütezeit der deutsch-israelischen Beziehungen gelten kann. Kohl war über 16 Jahre ein berechenbarer und verlässlicher Partner Israels gewesen; das deutsch-israelische Verhältnis wurde zusehends unaufgeregt, vor allem jedoch von niemandem mehr ernsthaft in Frage gestellt (Weingardt 2002: 375). In diesen ruhigeren Fahrwassern schwamm auch die Regierung Schröder-Fischer weiter. Insbesondere gelang es Fischer, bei Israelis und Palästinensern gleichermaßen Ansehen für seine schlichtenden Eingriffe im Nahostkonflikt zu gewinnen, wobei er eine offizielle Vermittlerrolle stets ablehnte (Weingardt 2005: 29). Schröder und Fischer bauten das Mehrebenenspiel weiter aus: Während man auf internationaler Ebene versuchte, „Israel gegenüber formal-nüchterne Neutralität“ (Weingardt 2005: 30) an den Tag zu legen, setzte man sich auf bilateraler Ebene und innerhalb der EU für eine Vertiefung der Beziehungen ein.

4.1.2.5. Besondere Beziehungen – die Institutionalisierung einer Norm auf gesellschaftlicher Ebene

Betont etwa Weingardt, dass Großteile der deutsch-israelischen Beziehungen auf diplomatischer Ebene und im Regierungsverkehr inzwischen als normalisiert gelten können (Weingardt 2002: 375),⁷¹ so besteht ein breiter Konsens darüber, dass die bilateralen Beziehungen in verschiedenen Bereichen besonderen Charakter aufweisen. Damit ist vor allem (aber nicht nur) die ungewöhnlich breite gesellschaftliche Zusammenarbeit gemeint, die zwischen Israel und Deutschland herrscht (Primor 2000a: 110-111; Robbe 2007: 9; Gardner Feldman 2008: 15-16). Grundsteine für diese enge Kooperation wurden bereits direkt nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Gründung der deutsch-israelischen Gesellschaft (1965), seinem Äquivalent auf israelischer Seite, der Israelisch-Deutschen Gesellschaft (1971) sowie einer überparteilichen Freundschaftsgesellschaft im Bundestag (1966) gelegt (Kloke 2005: 11). Zugleich fand von Beginn der 50er Jahre ein reger Jugendaustausch statt (Kloke 2005: 11), der etwa im Rahmen von Aktion Sühnezeichen unter dem Leitbild der Holocaust-Bildung stand (Gardner Feldman 2008: 15). Diese zwischenmenschlichen Kontakte waren von größter Bedeutung für das Bild, das sich Israelis und Deutsche voneinander machten, und stand deshalb ganz oben auf der Agenda des ersten deutschen Botschafters in Israel (Primor 2000a: 106). Mit den

⁷¹ Für eine Diskussion siehe Teil I.4.1.3 der Arbeit.

Wiedergutmachungszahlungen, die zu großen Anteilen in Form von Industriegütern geliefert wurden, führten zu einem regen Personenaustausch: Deutsche Ingenieure kamen nach Israel, um ihre Kollegen über den Einsatz von Maschinen zu instruieren, während Israelis in Deutschland Fertigungstechniken erlernten. Erst diese täglichen Begegnungen zwischen Individuen konnten eine „neue Wirklichkeit schaffen, die stärker war als jede Politik oder Propaganda“ (Primor 2000b: 92, Übersetzung H.P.). Ganz in diesem Geiste wurden auch Städte- und Kreispartnerschaften aufgebaut, die heute 100 an der Zahl betragen (Dreßler 2005: 6) und einen breiten Jugendaustausch ermöglichen. Auch die Wirtschaftsbeziehungen sind von ungewöhnlicher Intensität; Deutschland ist Israels zweitgrößter Handelspartner mit steigender Tendenz (Dreßler 2005: 6), in der Kooperation in Wissenschaft und Forschung sogar der größte Partner (Primor 2000a: 111; Kloke 2005: 16), und die kulturellen Beziehungen florieren (Dreßler 2005: 6). Doch auch im Bereich der Sicherheit und damit der *High Politics* sind die Verflechtungen tief, so etwa im Bereich Rüstungsk Kooperation, der justiziellen Zusammenarbeit, aber auch in ganz konkreten militärischen Operationen (Primor 2008: 8) sowie zwischen den Geheimdiensten, besonders intensiv seit den 70er Jahren und der wachsenden Herausforderung durch Terrorismus (Shapiro 2002: 34). Es bestehen regelmäßige Regierungskonsultationen und es gibt sogar Überlegungen, einen Koordinator für die deutsch-israelischen Beziehungen einzusetzen (Stein 2008: 10). Die Sonderbeziehungen zu Israel können damit als in höchstem Maße institutionalisiert gelten.

4.1.3. Identität und Internalisierung – Sonderverhältnis als Norm?

Wie die obige Nachzeichnung der deutsch-israelischen Beziehungen zeigt, war sowohl die Frage danach, ob es sich um ein Sonderverhältnis handelt, als auch ob es sich um ein solches handeln soll, stets umstritten. So betont etwa Weingardt, dass zunächst nicht klar sei, was ein Sonderverhältnis überhaupt sein solle, und hält der Betonung moralischer Gesichtspunkte als Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen entgegen, dass diese *per se* kaum eine Rolle gespielt hätten: Das deutsche Verhalten gegenüber Israel sei stets durch ein Streben nach mehr Souveränität geprägt gewesen, das die moralischen Erwägungen nur durch die Hintertür und instrumentell eingesetzt habe, nämlich als notwendige Voraussetzung für mehr Vertrauen in die deutsche Politik und damit als bloße Handlungsbeschränkung außenpolitischer Optionen. In diese Kerbe schlägt auch Zuckermann, wenn er betont, dass das, „was im Jahre 1952 zwischen Israel und Deutschland geschah, [...] mit Moral herzlich wenig, wenn überhaupt etwas, zu tun [hatte]“ (Zuckermann 2001: 83).

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die eine Untrennbarkeit von Moral und Staatsräson (Hansen 2001: 33), von Geschichts- und Tagespolitik (Wolffsohn 1991) sowie die Normalität, die in der Besonderheit läge (Rau 2000), betonen. Interessant ist, dass zu den Befürwortern dieser These vor allem Akteure der Außenpolitik zählen, wie etwa ehemalige und aktuelle Bot-

schafter in Israel.⁷² Doch was heißt schon besonders oder einzigartig (Stein 2008: 9)? Die Besonderheit lässt sich nicht nur durch die vertieften gesellschaftlichen Verflechtungen kennzeichnen, sondern durch psychologische Faktoren – zuvorderst den Holocaust – aber auch ideologische Faktoren – die Wertegemeinschaft, insbesondere Demokratie und Pluralismus, die geteilte Erinnerungskultur an den Holocaust – und eben die realpolitischen Gesichtspunkte, die hier jedoch nur als *ein* Teil der Sonderbeziehungen angesehen werden (Lagodinsky 2007: 49-51). Die vorliegende Arbeit argumentiert, dass es sich beim Sonderverhältnis zu Israel um eine Norm handelt, die nicht der Funktionalität eines harten Interesses untergeordnet ist. Hierfür sprechen zwei Argumente. Zum einen müsste die Instrumentalisierung des Sonderverhältnisses in dem Moment aufhören, wo Deutschlands Souveränität unbestritten und seine Rehabilitation in der Welt abgeschlossen ist. Das würde bedeuten, dass das Sonderverhältnis heute keine Rolle mehr im politischen Entscheidungsprozess spielen dürfte. Dass dem nicht so ist, soll im folgenden empirischen Teil gezeigt werden. Dies deutet zweitens darauf hin, dass es sich beim Sonderverhältnis zu Israel um solch eine starke, nämlich konstitutive Norm handelt, dass sie die außenpolitische Identität Deutschlands wesentlich bestimmt. In bestimmten Situationen – nämlich dann, wenn israelische Interessen auf dem Spiel stehen – assoziiert die BRD eine bestimmte Selbstkonzeption mit ihrem Handeln (siehe March/Olsen 1998: 951), und zwar diejenige eines moralischen Verhältnisses zu Israel. War dieses am Anfang noch durch Scham geprägt, entwickelte sich eine Erinnerungskultur der Schuld, die dann einen positiven Begriff von Verantwortung hervorbrachte (in Brenner 2008: 19-21). Mögen zu Beginn des deutsch-israelischen Verhältnisses instrumentelle Erwägungen eine Rolle gespielt haben, so darf nicht unterschätzt werden, welche Auswirkung die Sozialisierung entlang der Norm des Sonderverhältnisses auf die Identität Deutschlands hatte: „Actors enter into new relationships for instrumental reasons but develop identities and rules as a result of their experience, thus shifting increasingly toward rule-based action” (March/Olsen 1998: 951). Die Norm des Sonderverhältnisses zu Israel ist in höchstem Maße institutionalisiert und habitualisiert; sie ist auch das Resultat der immer wieder gescheiterten Normalisierungsversuche, also, nach March und Olsen, der Erfahrung in ähnlichen Situationen. Sie ist von den außenpolitischen Akteuren vollkommen internalisiert, Teil der deutschen außenpolitischen Identität geworden.⁷³ Die Existenz und Sicherheit Israels sind deutsches Interesse – und zwar ganz im konstruktivistischen Sinne ein Interesse, das sich erst aus der Identität Deutschlands gegenüber Israel ergibt.⁷⁴ Dass die Norm als sozietale⁷⁵ wie

⁷² So betonen sie, dass der Widerspruch zwischen „vergangenheitsbedingte[r] Moral und Realpolitik“ (Hansen 2001: 40) nicht immer aufzulösen sei, Moral und Staatsräson bei „kluger und weitsichtiger Politik“ (Hansen 2001: 33) jedoch zusammen gehörten. Die gesicherte Existenz Israels ist Teil der deutschen Staatsräson (Dreßler 2005: 8) und Israel bekomme „das, was es zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht, [...] dann, wenn es gebraucht wird“ (Gerhard Schröder zitiert in Dreßler 2005: 5). „As unique as the Shoah is, so, too, is the German-Israeli relationship unique“ (Kindermann 2008: 7).

⁷³ „Für uns Deutsche geht es hier um Grundfragen unserer Politik und Ethik. Kein anderes außenpolitisches Thema rührt so tief an unser Selbstverständnis als Nation, ja an unsere Identität wie dieses [Sonderverhältnis, H.P.]“ (Fischer 1999: 9).

⁷⁴ Dazu etwa Dreßler: „Normal’ [...], anders ausgedrückt: vorschriftsmäßig oder gewöhnlich, üblich oder durchschnittlich, können die deutsch-israelischen Beziehungen nicht sein. Als Deutscher erlaube ich mir den Zusatz, dass dies im deutschen Interesse ist“ (Dreßler 2005: 5).

⁷⁵ Die öffentliche Meinung in Deutschland ist hierzu nicht eindeutig. Während nur 20% der Deutschen denken, dass die BRD Israel nicht wie irgendein anderes Land behandeln kann (Vopel 2007: 24), stimmen 49% der Aussage zu, dass das deutsche Volk eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk habe (Vopel 2007: 20). Gleichzeitig sind 58% der

auch als internationale⁷⁶ Norm *contested* ist, ja vielleicht schon Teil eines diskursiven Prozesses des Hinterfragens ihrer Gültigkeit und der deutschen Identität in Bezug auf Israel, bleibt offen für die Analyse. Wichtig ist an dieser Stelle, dass die Norm des Sonderverhältnisses zu Israel ein Standard angemessenen Handelns ist, der von der politischen Elite und insbesondere den außenpolitischen Entscheidungsträgern geteilt wird.⁷⁷

4.2. Operationalisierung der Norm des Sonderverhältnisses

Wie nun kann man dieses Sonderverhältnis operationalisieren? Die folgende Tabelle soll einen Überblick über mögliche Argumentationsschemata geben, die Ausdruck des Sonderverhältnisses sein könnten. Als Begriffe sind diejenigen gewählt worden, die sowohl in den verschiedenen untersuchten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen als auch in konkreten Äußerungen von Politikern⁷⁸ immer wieder auftauchen. Sie lassen sich in moralisch-historische und solidarisch-freundschaftliche Argumente unterteilen, wobei beide Kategorien Wertecharakter haben und als Ausdruck eines Sonderverhältnisses gesehen werden können. Der Unterschied besteht darin, dass die moralisch-historischen Argumente auf einer emotionaleren Ebene angesiedelt sind, die die deutsche Identität tiefgründiger berühren. Sie können zudem als einzigartig gelten. Die solidarisch-freundschaftlichen Kategorien sind insofern auch besonders, als sie in keinem Fall für alle Beziehungen Deutschlands Geltung haben. Allerdings heben sie weder spezifisch auf die deutsche Identität ab, noch sind sie in dem Verhältnis zwischen dritten Staaten undenkbar. Die Gegenkategorie wäre eine Argumentation innerhalb eines realpolitisch-interessenorientierten Musters, die nicht mehr Ausdruck eines Sonderverhältnisses sein kann. Diese Kategorie ist nicht wertorientiert, sondern bewegt sich klar in einem realistisch-materialistischen Paradigma.

A. Moralisch-historisch	B. Solidarisch-freundschaftlich	C. Realpolitisch-interessenorientiert
1. Demut	9. Demokratie / Rechtsstaat	16. Realpolitik
2. Verantwortung	10. Existenzrecht	17. Souveränität
3. Holocaust/Shoah	11. Freundschaft	18. Strategisches Interesse
4. Scham	12. Partnerschaft	
5. Schuld	13. Sicherheit	
6. Sonderverhältnis als Staatsräson	14. Solidarität	
7. Verpflichtung	15. Wertegemeinschaft	
8. Wiedergutmachung		
Sonderverhältnis		Normalisierung

Tabelle 4: Operationalisierung der Norm „Sonderverhältnis zu Israel“, Tabelle von Hanna Pfeifer

Befragten dafür, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen (Vopel 2007: 18). Stein behauptet, dass „as far as German public opinion is concerned, such a process of normalization seems to be underway. Public opinion polls since the beginning of the 1980s show a growing lack of sympathy, criticism, and indifference with regard to Israel“ (Stein 2008: 10).

⁷⁶ Zumindest Teile der arabischen Staaten und Palästinenser erwarten von Deutschland weniger Solidarität mit Israel (siehe etwa Hansen 2001: 41).

⁷⁷ „Die Israelis wissen, dass sie [...] auf Deutschland verlassen können, und zwar in fast jeder Hinsicht“ (Alroi-Arloser 2005: 10). „Das Gros der politischen Klasse in Deutschland [leitet] aus der historischen Verantwortung ab [...], Israels Sicherheit und Interessen Priorität einzuräumen“ (Asseburg/Busse 2011: 710). Und auch „der Deutsche Bundestag [...] wird das Haus des Hüters bleiben, für die Solidarität mit Israel“ (Weisskirchen 2007: 84).

⁷⁸ Besonders prägnant ist hier die Rede der Bundeskanzlerin Merkel vor der Knesset im Jahr 2008. Allein darin kommen alle Begriffe der ersten und zweiten Spalte außer Demut, Wiedergutmachung und Schuld vor (Bundeskanzlerin 2008a). Ähnliches gilt für die Rede von Bundespräsident Köhler vom Februar 2005 (Bundespräsident 2005).

III. Normenkonflikte deutscher Außenpolitik: Praxis

Mit dem Normenpaar der Zivilmacht Völkerrechte und Menschenrechte sowie der Norm Sonderverhältnis zu Israel sollen nun das Verhalten der deutschen Bundesregierung im Gazakonflikt 2008/2009 sowie der innerdeutsche politische Diskurs analysiert werden. Ein erster Teil soll die Geschehnisse in Gaza kurz schildern sowie einen Überblick über die völkerrechtliche Beurteilung des Konfliktes geben.

1. Der Gazakonflikt 2008/2009 und sein Nachgang

Nachdem die Hamas aus den Wahlen in Palästina 2006 siegreich hervorgegangen war, jedoch weder von Israel noch von der westlichen Staatengemeinschaft anerkannt wurde, entfachte sich zwischen den Palästinensern ein heftiger Bruderkrieg, der schließlich in der gewaltsamen Machtübernahme durch die Hamas im Sommer 2007 mündete. Im Westjordanland setzte sich die Fatah als Regierungspartei durch und galt ab dann als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes im Friedensprozess und als Ansprechpartnerin des Westens und Israels. Die Hamas wurde als Terrororganisation geächtet und daher von internationalen Verhandlungen ausgeschlossen. Als Reaktion auf die Entführung des israelischen Soldaten Gilad Shalit hatte Israel den Gazastreifen zwar bereits im Juni 2006 mit einer Blockade belegt, diese jedoch nach der Machtübernahme der Hamas noch einmal drastisch verschärft (Asseburg 2010: 1). Im September 2007 erklärte Israel den Gazastreifen zu feindlichem Gebiet (Johannsen 2009: 101). Während der Jahre der zunehmenden Abriegelung des Gazastreifens verstärkten sich die Raketenangriffe durch die Hamas und andere palästinensische Gruppen aus dem Gazastreifen stetig. Von 2000 bis 2008 waren 12.000 Raketen und Mörsergranaten auf Israel abgeschossen worden (Israeli Government 2009), wobei von 2004 bis 2008 mindestens 18 Israelis ums Leben kamen, darunter 4 Kinder (Amnesty International 2009: 66). Die Qualität und Reichweite der Geschosse wurden zudem immer besser, so dass die Bedrohung auch für die dichter besiedelten Gebiete – etwa Ashkalon und Eilat – eine immer realere Bedrohung erwuchs. Auf der anderen Seite kostete die Blockade in Verbindung mit wiederkehrenden Operationen durch das israelische Militär im Gazastreifen auch 3.000 Palästinenser das Leben (Johannsen 2009: 100-101).

1.1. Operation „Gegossenes Blei“ – ein „Kleiner Krieg“

Eine Ursache oder den eigentlichen Beginn des Gazakrieges auszumachen, ist auf Grund dieser komplexen Konfliktlage schwierig: Während die Israelis den permanenten Raketenbeschuss als Auslöser angeben, beziehen sich die Palästinenser auf die Blockade und wiederkehrende Militäroperationen im Gazastreifen. Der unklare Kriegsbeginn kennzeichnet den Gazakrieg von 2008/2009 neben anderen Merkmalen als einen sog. „Kleinen Krieg“, der zwischen asymmetrischen Kriegsparteien auf staatlicher und substaatlicher Ebene ausgetragen wird, vor allem aber der klaren Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nonkombattanten entbehrt und daher in der Mehrzahl Zivilisten als Opfer fordert (Johannsen 2009: 100-101).

War es Ägypten noch im Juni 2008 gelungen, einen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas auszuhandeln und in Kraft zu setzen, so wurde die Vereinbarung bereits in den Tagen

nach dem Inkrafttreten von beiden Seiten mehrfach gebrochen (Leisegang et al. 2008: 125). Am 18. Dezember 2008 erklärte die Hamas das Stillhalteabkommen mit Israel für aufgekündigt und begründete dies mit der weiter bestehenden Blockade, deren Abschaffung als Teil der Vereinbarung ausgehandelt worden sei. In der Folge wurde der Süden Israels wieder von heftigem Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen erschüttert, worauf die israelische Armee mit Luftangriffen reagierte. Trotz des Ausrufens einer Feuerpause durch die Hamas und der Ankündigung, einen längeren Waffenstillstand unter bestimmten Voraussetzungen in Betracht zu ziehen, begann Israel am 27. Dezember 2008 die Operation „Gegossenes Blei“ mit massiven Luftschlägen auf dicht besiedelte Gebiete im Gazastreifen. Am 3. Januar 2009 begann die israelische Armee eine Bodenoffensive, die „eine Spur der Verwüstung“ (Leisegang et al. 2009: 125) hinterließ; der Raketenbeschuss durch die Hamas ging unvermindert weiter, richtete jedoch selten größere Schäden an. Am 17. Januar erklärte Israel eine einseitige Waffenruhe, die einen Tag später von der Hamas bestätigt wurde. Der Forderung nach einem Rückzug kam die israelische Armee nach und beendete den Truppenabzug am 21. Januar (Leisegang et al. 2009: 125).

Das Ziel der Operation blieb bis zum Ende diffus. Hatte Ehud Olmert zu Beginn der Luftschläge noch davon gesprochen, „die sicherheitspolitische Realität im Süden Israels grundlegend zu verbessern“ (zitiert in Johannsen 2009: 98) und andere Politiker sogar die Hoffnung gehegt, die Hamas gewaltvoll zu entmachten und ihre führenden Köpfe festzunehmen, so zeigten die Realitäten des Luftkampfes und der Bodenoffensive, dass diese Ziele nicht erreicht werden würden. Schließlich berief sich die israelische Regierung auf die Unterbindung des Raketenbeschusses aus dem Gazastreifen und die Zerstörung der Tunnel, die für den Waffenschmuggel benutzt worden waren. Doch auch diese Ziele wurden letztendlich verfehlt: Der Raketenbeschuss ging weiter und neue Tunnel wurden gebaut. Die Hamas ging aus der Operation insofern gestärkt hervor, als ihr Rückhalt in der Bevölkerung nach dem Ende der Kämpfe wuchs. Sie rief nach dem Rückzug der Israelis den Sieg der Palästinenser im Gazastreifen aus: Die Hamas hatte überlebt und nur wenige ihrer Führer waren ums Leben gekommen (Johannsen 2009: 100).

Auch wenn die Operation „Gegossenes Blei“ nur drei Wochen dauerte, fielen ihr zahlreiche Menschen zum Opfer. Die Angaben divergieren je nach Quelle zwischen 1.167 und 1.419 getöteten Palästinensern, davon zwischen 295 und 918 Zivilisten.⁷⁹ Durch den anhaltenden Raketenbeschuss während der Operation „Gegossenes Blei“ starben in Israel drei Zivilisten, weitere 182 wurden verletzt (Amnesty International 2009: 66). Sechs israelische Soldaten kamen durch palästinensische Angriffe ums Leben (Amnesty International 2009: 3), während vier im *Friendly Fire*, also durch die eigenen Angriffe starben (Amnesty International 2009: 107).

⁷⁹ Angaben der israelischen Armee: 1.166 getötete Palästinenser, davon 295 „nicht involvierte Palästinenser“ (Neue Zürcher Zeitung 2009), 49 Frauen, 89 Kinder; Angaben des *Palestinian Centre for Human Rights* (PCHR): 1.419 getötete Palästinenser, davon 1167 Non-Kombattanten, 918 Zivilisten, 318 Kinder (Palestinian Centre for Human Rights 2009a; 2009b); Israelische Friedensbewegung B'Tselem: 1.385 getötete Palästinenser, davon 762 Non-Kombattanten, 318 Kinder (B'Tselem 2009).

1.2. Der Gazakrieg, die Menschenrechte und das Völkerrecht

Bei der Frage nach der völkerrechtlichen Beurteilung der Operation „Gegossenes Blei“ kann man zunächst eine Unterteilung in das *jus ad bellum* und das *jus in bellum* vornehmen. Während ersteres die Frage beantwortet, wann ein Krieg überhaupt legitim sein kann, regelt letzteres das Verhalten innerhalb eines militärischen Konfliktes. Zunächst soll in Bezug auf die Operation im Gazastreifen die Frage nach dem Recht auf Krieg untersucht werden, ob also der Gebrauch von militärischer Gewalt als rechtmäßig angesehen werden konnte, um dann anhand des Goldstone-Reports die Verstöße gegen das Recht im Krieg während der Operation „Gegossenes Blei“ nachzuzeichnen.⁸⁰

1.2.1. Das Recht auf Krieg

Nach der Charta der Vereinten Nationen gilt ein generelles Gewaltverbot, das nur zwei Ausnahmen zulässt: Zum einen kann der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nach Kapitel VII, Artikel 42 „mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen“ (United Nations 1945/1973b). Zum anderen ist in Kapitel VII, Artikel 51 das „im Falle eines bewaffneten Angriffs [...] naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat“ (United Nations 1945/1973b), festgeschrieben. Auf diesen Artikel berief sich die israelische Regierung, die ihren Einsatz im Gazastreifen mit dem Recht auf Selbstverteidigung rechtfertigte (Israeli Government 2008). Was jedoch ist ein bewaffneter Angriff, der ein solches Recht auslöst?

Geht man zunächst davon aus, dass es sich bei der Hamas um einen nicht-staatlichen Akteur handelt, so stellt sich die Frage, inwiefern bewaffnete Angriffe auch von anderen Entitäten als Staaten begangen werden können. In seinem Urteil vom 27. Juni 1986 im Fall Nicaragua gegen USA stellt der Internationale Gerichtshof fest, dass nicht nur solche Handlungen als bewaffneter Angriff gewertet werden können, die von regulären Streitkräften, sondern auch „the sending by a State of armed bands on to the territory of another State, if such an operation because of its *scale and effects*, would have been classified as an armed attack had it been carried out by regular armed forces“ (International Court of Justice 1986: 165, Hervorhebungen H.P.).⁸¹ Dies würde bedeuten, dass Israel sich dann auf sein Selbstverteidigungsrecht berufen könnte, wenn die Raketenangriffe in Ausmaß und Effekt einer Militäraktion durch reguläre Streitkräfte gleich-

⁸⁰ Mit der Frage nach dem *jus ad bellum* setzt sich der Goldstone-Report explizit nicht auseinander, wie Richard J. Goldstone mehrfach betonte. Das Mandat der Mission sei darauf ausgerichtet gewesen, der Frage nachzugehen, inwiefern die Konfliktparteien gegen humanitäres Völkerrecht und die Menschenrechte verstoßen hätten. Die Kommission hätte dagegen nicht evaluieren wollen, inwiefern der Rückgriff auf militärische Mittel gerechtfertigt gewesen sei, also die Frage nach dem *jus ad bellum*. Seine eigene Position bezüglich dieser Frage machte Goldstone jedoch recht deutlich: „Let me be clear: International law allows and indeed requires Israel to protect its citizens against terror attacks“ (Goldstone 2009a: ab 00:13).

⁸¹ Diese Sichtweise wurde mehrfach durch internationale und regionale Rechtsprechung bestätigt (Kattan 2009: 103-104). Für gewöhnlich wird bei der Frage nach dem Vorliegen eines bewaffneten Angriffs zudem auf die Resolution 3314 der Generalversammlung der VN zurückgegriffen, die eine Aggressionsdefinition beinhaltet und insbesondere diese Sicht des IGH in Art. 3, Abs. g bestätigt (Herdegen 2007: 222-223). Seit dem 11. September 2001 und der Einstufung der Terrorangriffe auf die USA als bewaffneten Angriff „hat der Sicherheitsrat [zudem] unter Berufung auf diese Terrorakte das Recht auf Selbstverteidigung im Sinne der UN-Charta bekräftigt“ (Herdegen 2007: 225).

kämen.⁸² Auch wenn eine derartige Aufrechnung zynisch anmutet, ist umstritten, ob die Raketenangriffe der Hamas als ein bewaffneter Angriff gewertet werden können: “The deaths of a dozen civilians, over a one-year period, deplorable as that is, would probably not qualify as an armed attack for the purposes of Article 51 of the U.N.” (Kattan 2009: 104).⁸³

Eine weitere Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit des Einsatzes von militärischer Gewalt durch Israel zu beurteilen, besteht in der Frage, ob “any use of force in self-defence to repel an armed attack [is] necessary, proportionate, and in conformity with international humanitarian law” (Kattan 2009: 106). Wenn man nicht die Charta der VN für eine Beurteilung zu Grunde legt, sondern sich stattdessen auf das Gewohnheitsrecht der Selbstverteidigung bezieht, so gilt die sog. *Caroline Doctrine*⁸⁴ als Referenzrahmen. Die Bedingungen für den Selbstverteidigungsfall nach Gewohnheitsrecht sind demnach Notwendigkeit (*Necessity*), Unmittelbarkeit (*Immediacy*) und Proportionalität (*Proportionality*) (Erakat 2009: 169). Als zweifelhaft können alle drei Bedingungen angesehen werden – die Notwendigkeit, weil der der Operation „Gegossenes Blei“ vorausgehende Waffenstillstand zwischen der Hamas und Israel als erfolgreich angesehen werden muss und durch Israel zumindest nicht erneuert wurde, auch nicht auf neue Angebote der Hamas hin (Erakat 2009: 172-174);⁸⁵ die Unmittelbarkeit aus dem Grund, dass die Pläne für eine Operation gegen die Hamas bereits mehrere Monate vorher bestanden hatten, nämlich zum Zeitpunkt des Waffenstillstandes (Erakat 2009: 174-176; Paech/Seifer 2010: 9-10). In Bezug auf die Proportionalität beginnt das *jus ad bellum* mit dem *jus in bellum* zu verschwimmen. Eine gänzlich andere völkerrechtliche Sicht auf die Vorfälle ergibt sich in dem Moment, wo man den Gazastreifen als besetztes Gebiet ansieht. Diese Sichtweise liegt insofern nahe, als sie als akademischer Konsens angesehen werden kann, wenn auch das Oberste Gericht Israels im Nachgang des Abzuges der Siedler und Truppen aus dem Gazastreifen 2005 urteilte, dass der Gazastreifen von nun an nicht mehr als besetzt gelten könne (Kattan 2009: 107).⁸⁶ Wenn jedoch der Gazastreifen weiterhin als kriegsrechtlich besetztes Gebiet (“belligerent occupation“,

⁸² Dies kann auch durch die Kumulation einzelner Gewaltakte erreicht werden (Herdegen 2007: 227).

⁸³ Herdegen weist darauf hin, dass durch das bei unterschwelligem Aggressionen bestehende Gewaltverbot eine gewisse Asymmetrie zwischen Aggressor und Angegriffenem entsteht. Diese lasse sich am besten dadurch lösen, dass das „Selbstverteidigungsrecht auch unterhalb der Schwelle des bewaffneten Angriffs proportionale Abwehrmaßnahmen rechtfertigt“ (Herdegen 2007: 225). Da auch hier wieder auf die Proportionalität abgehoben wird, sei auf unten stehende Diskussion verwiesen.

⁸⁴ Der *Caroline* Vorfall passierte im Jahr 1837, als ein US-amerikanisches Schiff mit Waffen und Material beladen nach Kanada fuhr, um die dortigen Aufständischen in einer bewaffneten Rebellion gegen die Briten zu unterstützen. Die Briten antworteten mit der Einnahme des Schiffes, das sie in Brand steckten und dann über den Niagarafällen versenkten. Dabei beriefen sie sich auf Selbstverteidigung. Die sog. *Caroline Doctrine* setzte damit einen Standard für internationales Gewohnheitsrecht in Bezug auf Selbstverteidigung (Erakat 2009 168-169). Im Gegensatz zum Selbstverteidigungsrecht, wie es durch die Charta der VN nahegelegt wird, beinhaltet das Gewohnheitsrecht auf Selbstverteidigung auch eine präventive Dimension (Herdegen 2007: 228).

⁸⁵ Zwar wird immer wieder betont, dass die Hamas den Waffenstillstand einseitig aufgekündigt hat; die Frage jedoch, wer zuerst das Waffenstillstandsabkommen gebrochen hat, ist schwieriger zu beantworten. Auch dies ist wieder ein Charakteristikum des „Kleinen Krieges“: Anfang und Ende eines militärischen Konfliktes sind kaum auszumachen.

⁸⁶ In der akademischen Welt gilt der Gazastreifen aus folgenden Gründen als von Israel besetztes Gebiet: “Israel controls all of the Strip’s entry and exit points, its airspace, its territorial waters, its local monetary market, and population registry. [...] The capacity of the Israeli army to invade the Gaza Strip at its time of choosing; to block humanitarian access; to close the border crossings at will; to blockade and limit the fishing zone; to control the supply of food, fuel, and electricity; to determine Gaza’s currency and control its taxes and custom duties; and to bar all foreign correspondents and human rights monitors from entering the Strip, which it enforced prior to the latest conflict; all point to the conclusion that the Gaza Strip remains under effective Israeli control, despite Israel’s 2005 ‘disengagement’” (Kattan 2009: 107-108). Auch in der internationalen Gemeinschaft herrscht zu dieser Frage ein weitgehender Konsens vor (Kattan 2009: 107).

Kattan 2009: 109) gilt, so greift nicht mehr der völkerrechtliche Rahmen des *jus ad bellum*, sondern des *jus in bellum*. Dieses verweist insbesondere auf das *principle of distinction* und das *principle of proportionality*, die beide als ins Gewohnheitsrecht übergegangen angesehen werden können (Cassese 2005: 418).

In einem Brief hatten am 11. Januar 2009 über 20 internationale Rechtsgelehrte – vornehmlich Professoren aus Großbritannien und den USA – gegen die Berufung auf das Selbstverteidigungsrecht durch Israel Stellung bezogen. Sie gingen nicht nur davon aus, dass die Raketenangriffe durch die Hamas nicht als bewaffneter Angriff nach Artikel 51 der Charta der VN gewertet werden konnten und dass Gaza weiterhin als effektiv kontrolliertes und damit besetztes Gebiet gelten musste. Darüber hinaus bewerteten sie die israelische Militäraktion ihrerseits als Aggression (Kattan 2009: 102). Sie stuften die Operation als kollektive Bestrafung der 1,5 Millionen Einwohner des Gazastreifens ein, was gegen humanitäres Völkerrecht und die internationalen Menschenrechte verstoße. Zudem seien die Zerstörung von ziviler Infrastruktur, die Blockade humanitärer Hilfe und die Verhinderung des Zugangs zu Gütern des Grundbedarfs als “prima facie war crimes” (zitiert in Kattan 2009: 102) zu sehen. Im Schluss ihres Briefes bekannten sich die Autoren klar zu einer völkerrechtlichen Verurteilung der Raketenangriffe und Selbstmordattentate durch Hamas, wiesen jedoch mit Nachdruck darauf hin, dass “the manner and scale of its operations in Gaza amount to an act of aggression and is contrary to international law” (zitiert in Kattan 2009: 102).

Aus diesem kurzen Abriss der Debatte, der keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, wird deutlich, dass schon die Frage nach dem *jus ad bellum* im Falle der Operation „Gegossenes Blei“ alles andere als eindeutig ist, ja dass mithin viele Gründe für eine dünne rechtliche Grundlage der Operation sprechen. Dabei muss man nicht so weit gehen, sich die Frage zu stellen, ob es sich bei der Operation um einen bewaffneten Angriff seitens Israels handelte, was nicht nur der Brief der Rechtsgelehrten nahelegt.⁸⁷ Es bleibt – ohne ein abschließendes Urteil fällen zu wollen – festzuhalten, dass die Rechtmäßigkeit der Operation und insbesondere die Berufung auf das Recht auf Selbstverteidigung höchst umstritten und keinesfalls eindeutig sind.

1.2.2. Das Recht im Krieg

Die oben angerissene Frage der Verhältnismäßigkeit stellt ein Kriterium des *jus ad bellum*, gehört jedoch zu den Grundsätzen des *jus in bellum*. Die Einhaltung dieses Rechts durch die Konfliktparteien im Gazakrieg machte eine Kommission um Richard J. Goldstone zum Gegenstand ihrer Untersuchungen. Die *Fact-Finding Mission* wandte verschiedene Arten internationalen Rechts an, vor allem jedoch das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechte. Dabei kam auch die Kommission zu dem Schluss, dass es sich beim Gazastreifen um durch Israel besetztes Gebiet handelte (Goldstone et al. 2009: 73).

⁸⁷ Für eine ausführliche Diskussion siehe Kattan 2009: 110-117 oder Paech/Seifer 2010: 7-17. Beide Artikel beschäftigen sich auch mit der Frage, inwiefern Israel gegen seine Pflichten als Besatzungsmacht gemäß der *Hague Regulations respecting the Laws and Customs on Land* von 1907 und der IV. Genfer Konvention von 1949 verstoßen, und dabei insbesondere durch die Blockade dazu beitrugen, dass die Hamas überhaupt erst zu massivem Raketenbeschuss überging (Kattan 2009: 109-110; Paech/Seifer 2010: 10-11).

In Bezug auf das humanitäre Völkerrecht wies der Bericht darauf hin, dass alle Parteien eines Konfliktes – also auch nichtstaatliche Akteure – an seine Normen gebunden seien (Goldstone et al. 2009: 80). Angesichts der Konvergenz dieser Normen und Prinzipien in internationalen und nicht-internationalen Konflikten, sei es von zweitrangiger Bedeutung, den Konflikt einer der beiden Kategorien zuzuordnen (Goldstone et al. 2009: 75). Wichtiger schien, dass “‘what is inhumane, and consequently proscribed, in international wars, cannot but be inhumane and inadmissible in civil strife’. This relates not only to the protection of civilians but also to both methods and means of warfare” (Goldstone et al. 2009: 75).⁸⁸

Weiterhin berief sich die Kommission in ihrer Beurteilung auf internationales Strafrecht, das “has become a necessary instrument for the enforcement of IHL⁸⁹ and IHRL” (Goldstone et al. 2009: 76), weil seine Sanktionen eine abschreckende Wirkung und einen Gerechtigkeitsmaßstab bieten. Unter Gewohnheitsrecht ziehen Verstöße gegen zentrale humanitäre Prinzipien – Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Genozid – individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit nach sich. Für sog. schwere Verletzungen von Prinzipien gegenüber geschützten Personen, die in den Genfer Konventionen festgehalten sind, muss die Gesetzgebung von Staaten hinreichend effektive Strafmaßnahmen für Täter oder Auftraggeber dieser Verstöße bereithalten (Goldstone et al. 2009: 76).⁹⁰ Im Bericht der *Fact-Finding Mission* wird weiterhin darauf hingewiesen, dass Menschenrechtsverträge, von denen Israel die wichtigsten unterschrieben hat, in Situationen des bewaffneten Konfliktes weiterhin Geltung bewahren. Israel hat als Besatzungsmacht zudem die besondere Verpflichtung, die Realisierung der Menschenrechte im Gazastreifen zu ermöglichen (Goldstone et al. 2009: 78-79).

Die Kommission versuchte, den Gazakrieg in Zusammenhang mit “a continuum of policies aimed at pursuing Israel’s political objectives [...] [many of which] are based on or result in violations of international human rights and humanitarian law” (Goldstone et al. 2009: 404) zu setzen. Die Blockade werteten sie als Kollektivbestrafung der Bevölkerung des Gazastreifens (Goldstone et al. 2009: 404). Sie habe dazu geführt, dass “the dignity of the people of Gaza had been severely eroded” (Goldstone et al. 2009: 405), bevor die Militäroperationen begannen, die mit ihren Methoden “considerably exacerbated the aforementioned effects of the blockade. The result [...] was unprecedented long-term damage both to the people and to their development and recovery prospects” (Goldstone et al. 2009: 405). Die Darstellung der Operation „Gegossenes Blei“ als Spitze einer Gesamtentwicklung bekommt besondere Brisanz durch folgende Feststellung des Berichts: “While the Israeli Government has sought to portray its operations as

⁸⁸ Damit gälten insbesondere fundamentale Garantien und Schutzmechanismen des Ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen,⁸⁸ die als Gewohnheitsrecht angesehen würden, unabhängig davon, um welche Art des Konfliktes es sich handelte (Goldstone et al. 2009: 75-76). Zudem habe der Israelische Höchste Gerichtshof festgestellt, dass Israel sich auch dem Gewohnheitsrecht unterwerfen muss, das Prinzipien des Ersten Zusatzprotokolls der Genfer Konventionen widerspiegelt, auch wenn es dieses nicht ratifiziert hat (Goldstone et al. 2009: 72).

⁸⁹ IHL steht für International Humanitarian Law, während IHRL International Human Rights Law abkürzt.

⁹⁰ Unter die Liste der schwere Verletzungen fallen vorsätzliche Tötung, Folter oder inhumane Behandlung, vorsätzliche Herbeiführung von großem Leid oder schwerwiegender Verletzung von Körper oder Gesundheit, unrechtmäßige Deportation oder Transfer einer geschützten Person, Zwang einer geschützten Person, der feindlichen Macht zu dienen u.a. (Art. 147 der IV. Genfer Konventionen, Tomuschat 2005).

essentially a response to rocket attacks in the exercise of its right to self-defence, the Mission considers the plan to have been directed, at least in part, at a different target: the people of Gaza as a whole” (Goldstone et al. 2009: 406).

In Bezug auf die Proportionalität der Operationen heißt es weiter: “Deeds by the Israeli armed forces and words of military and political leaders prior to and during the operations indicate that [...] they were premised on a deliberate policy of disproportionate force aimed [...] at the ‘supporting infrastructure’. In practice, this appears to have meant the civilian population” (Goldstone et al. 2009: 406-407). Dies scheint der wohl schwerstwiegende Vorwurf des Berichts zu sein, der gerade im Hinblick auf die oben diskutierte Frage der Rechtmäßigkeit des Krieges überhaupt starke Relevanz hat. Das wiederholte Scheitern einer Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten führte die Mission nicht auf partikulares Fehlverhalten, sondern auf überlegte Anweisungen zurück, die den Soldaten gegeben worden seien. Sowohl Leben als auch Lebensgrundlage vieler Zivilisten seien mit dem Ziel zerstört worden, die Würde der Menschen anzugreifen, so dass die Kommission “an overall image of humiliation and dehumanization of the Palestinian people” (Goldstone et al. 2009: 407) gewann. Die Gesamteinschätzung der israelischen Operation lautete daher, “that what occurred [...] was a deliberately disproportionate attack designed to punish, humiliate and terrorize a civilian population, radically diminish its local economic capacity both to work and to provide for itself, and to force upon it an ever increasing sense of dependency and vulnerability” (Goldstone et al. 2009: 408). Da die Vorwürfe gegen Israel äußerst komplex sind, befindet sich eine Übersichtstabelle im Anhang (siehe Anhang 1), in der die untersuchten Fälle von Rechtsverstößen aufgelistet sind.

Auch der Hamas und anderen bewaffneten Palästinensergruppen wurden schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte sowohl gegenüber Palästinensern als auch Israelis vorgeworfen (siehe Absätze 1950-1953 in Goldstone et al. 2009). Erstere beinhalten vor allem zwei wesentliche Punkte: Die anhaltende Inhaftierung des Soldaten Gilad Shalit und der Raketenbeschuss Südisraels.⁹¹ Während Gilad Shalit die Bedingungen für den Status eines Kriegsgefangenen nach der III. Genfer Konvention erfülle, würden ihm die Rechte verwehrt, die mit diesem Status einhergingen, so etwa die Erlaubnis zur Kommunikation nach außen.⁹² Auch Verstöße gegen die Menschenrechte wurden festgestellt: So sei es zu außergerichtlichen Exekutionen, willkürlichen Festnahmen und schlechter Behandlung vor allem von politischen Gegnern der Hamas durch deren Sicherheitskräfte gekommen (siehe Absätze 1954-1956).⁹³ Bezüglich der durch bewaffnete Palästinensergruppen abgefeuerten Raketen und Gra-

⁹¹ Es wurden außerdem Vorwürfe untersucht, die den bewaffneten palästinensischen Gruppen unterstellt hatten, sich hinter Zivilisten zu verschanzen, zivile Einrichtungen als Verstecke zu nutzen sowie Raketen aus dicht besiedelten Gebieten geschossen zu haben. Einige der Vorwürfe konnte die Kommission entkräften, während sie bei anderen nicht ausschließen konnte, dass sie zuträfen. Zwar wurde keiner der Vorwürfe bestätigt, allerdings bekräftigte der Bericht, dass, sollten sich derartige Vorfälle ereignet haben, dies “serious violations of the obligation on the armed groups to take constant care to protect civilians from the inherent dangers created by military operations” (Goldstone et al. 2009: 124) darstellen würde. Für Details siehe Absätze 439-498.

⁹² Für Details siehe Absätze 1336-1344 in Goldstone et al. 2009.

⁹³ Für Details siehe Absätze 1345-1372 in Goldstone et al. 2009. Konkret wurde gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verstoßen, und zwar gegen das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person (Art. 3), das Folterverbot (Art. 5), den Schutz vor Verhaftung und Ausweisung (Art.9), den gerichtlichen Rechtsschutz (Art. 10), das Recht auf Un-

naten kam die Kommission zu dem Schluss, dass es sich um unpräzise Waffen handle, mit denen nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen zu unterscheiden sei. Dies widerspreche dem Grundsatz der Unterscheidung und der Pflicht, Zivilisten zu schützen.⁹⁴ Zudem seien teilweise Raketen auf Gebiete abgefeuert worden, in denen es keine militärischen Ziele gegeben habe und die mit dem Ziel gefeuert worden seien, Angst und Terror unter der Zivilbevölkerung zu verbreiten. Dies sei ein vorsätzlicher Angriff gegen Zivilisten und könne daher als Kriegsverbrechen gelten, vielleicht sogar ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein (siehe Absätze 1950-1953).⁹⁵

Die Kommission gab auch Empfehlungen für das weitere Verfahren ab. Diese beinhalteten eine Befassung mit dem Bericht durch den Menschenrechtsrat, der ihn nicht nur an die Generalversammlung und über den Generalsekretär an den Sicherheitsrat der VN weiterleiten, sondern ihn auch dem Chefankläger des IStGH vorlegen sollte (Goldstone et al. 2009: 423). Dem Sicherheitsrat wurde nahegelegt, den Konfliktparteien sechs Monate für eigenständige Untersuchungen Zeit zu geben und im Falle von unbefriedigenden Ergebnissen den Fall – Kraft des Artikels VII der Charta der Vereinten Nationen und in Ausübung des Artikels 13 (b) des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes – an den IStGH überweisen (Goldstone et al. 2009: 423-424).⁹⁶ Weiterhin solle die Generalversammlung Berichte vom Sicherheitsrat über Fortschritte in der Sache einfordern, einen Fond für Kompensationszahlungen an die betroffenen Palästinenser einrichten sowie die dringende Diskussion über ein Verbot der von Israel verwendeten Waffen (Fléchettes, Weißer Phosphor, DIME) anzuberaumen (Goldstone et al. 2009: 425). Außerdem folgten Empfehlungen an die israelische Regierung und die bewaffneten Palästinensergruppen sowie die Autonomiebehörde (Goldstone et al. 2009: 425-427). Besonders interessant ist der Aufruf an die Unterzeichnerstaaten der Genfer Abkommen, auf das Weltrechtsprinzip zurückzugreifen und diejenigen schweren Verstöße gegen die Genfer Abkommen anzuklagen, für die genügend Beweise vorlägen.⁹⁷ Schließlich sollten die Bevölkerung in Gaza sowie israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen finanziell unterstützt werden (Goldstone et al. 2009: 427-428).

schuldsvormutung und ein faires Gerichtsverfahren (Art. 11) sowie gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 19) (Tomuschat 2005). Art. 51 (4)+(6) des Zusatzprotokolls I verbieten zudem unterschiedslose Angriffe sowie Repressalien gegen Zivilisten (Tomuschat 2005)

⁹⁴ Prinzip der Unterscheidung nach Gewohnheitsrecht, wie in Art. 48 Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen widergespiegelt, sowie Schutz von Zivilisten nach Gewohnheitsrecht und Art. 27 IV. Genfer Abkommen.

⁹⁵ Verbot von Gewaltandrohung oder -anwendung mit dem primären Ziel, Schrecken unter der Bevölkerung zu verbreiten nach Art. 51 (2) Zusatzprotokoll I, Verbot von terroristischen Handlungen nach Gewohnheitsrecht (widergespiegelt in Art. 4 (2) (d) Zusatzprotokoll II), für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit nach sich ziehen, siehe Art.7+8 Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofes (Tomuschat 2005). Für Details zu den Vorwürfen siehe 1594-1691 in Goldstone et al. 2009.

⁹⁶ Dieses Verfahren ist notwendig, weil Israel sich der Rechtsprechung des IStGH nicht unterworfen hat und der Fall deshalb nur durch eine Resolution des Sicherheitsrates vor dieses Gericht gebracht werden kann. Mangels anerkannter Staatlichkeit sind auch die Palästinensergebiete nicht Teil des Vertrages, weshalb ebenso verfahren werden muss. Die Palästinenser hatten in dieser Sache allerdings gemäß Art. 12 (3) des Statuts eine Erklärung abgegeben, dass sie sich der Ausübung der Gerichtsbarkeit unterwerfen würden (Goldstone et al. 2009: 424).

⁹⁷ Nach dem Weltrechtsprinzip gibt es bestimmte Rechtsgüter, deren Verteidigung jedem Staat erlaubt ist. Das bedeutet, dass bestimmte Verbrechen unabhängig von Nationalität der Täter und Opfer und vom Ort des Geschehens überall strafrechtlich geahndet werden können. Dazu gehören u.a. Völkermord, Kriegsverbrechen und bestimmte terroristische Gewaltakte. Die Vertragsparteien der Genfer Abkommen haben zugleich das Weltrechtsprinzip für Verstöße gegen einige der in ihnen enthaltenen Rechtsgrundsätze festgelegt (Herdegen 2007: 180-182).

2. Reaktionen der Internationalen Gemeinschaft

Die hohen Opferzahlen, das Ausmaß der Verwüstung im Gazastreifen und die humanitäre Lage im Gazastreifen rief auch verschiedene Organe der VN relativ schnell auf den Plan. Im Folgenden soll dargestellt werden, wie in den VN mit dem Gazakrieg umgegangen wurde, wie es zur *Fact Finding Mission* kam und wie sich der Nachgang des Berichts gestaltete. Speziell soll untersucht werden, wie sich deutsche Diplomaten jeweils zu den Vorgängen verhielten und welche Aussagen sie dazu trafen. Da Deutschland bis zum 12. Mai 2009 im Menschenrechtsrat war und seit 1. Januar 2011 einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat innehat und diesen beiden Räten im Prozess um den Gazakrieg zentrale Bedeutung zukam, werden diese Organe neben der Generalversammlung Gegenstand der Untersuchung sein.

2.1. Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

2.1.1. Befassung mit dem Konflikt

Auf Antrag Libyens und Ägyptens befasste sich der Sicherheitsrat der VN in einer Krisensitzung am 31. Dezember 2008 mit dem Konflikt im Gazastreifen, nachdem er zuvor in einem Pressestatement seinen "serious concern at the escalation of the situation in Gaza" (Security Council 2008a) ausgedrückt und zu "an immediate halt to all violence" (Security Council 2008a) aufgerufen hatte, dies jedoch ungehört geblieben war. Auf der Krisensitzung betonte der Generalsekretär der VN Ban Ki-moon, dass von der "indiscriminate rocket attacks carried out by Hamas militants and the disproportionality of Israel's continuing military operation" (Security Council 2008b) eine Gefahr nicht nur für die Zivilbevölkerung des Gazastreifens und seine Volkswirtschaft, sondern auch für den Friedensprozess überhaupt und die Region insgesamt ausgehe. Er rief zu einer beidseitigen Waffenruhe auf mit dem Ziel, eine Öffnung der Grenzübergänge in den Gazastreifen und eine Rückkehr zu politischen Gesprächen zu ermöglichen.

Bereits die Krisensitzung war äußerst hitzig: Während Libyen anprangerte, Israel verstoße mit seinem Vorgehen nicht nur gegen die Humanität, sondern beginge im Gazastreifen zudem einen Genozid und Kriegsverbrechen (Security Council 2008b). Israel hingegen betonte, dass "the targets of this operation are the terrorists and their infrastructure alone. We are not at war with the Palestinian people, but with Hamas and other terrorist groups in Gaza" (Security Council 2008b). Die Europäer, vertreten durch den tschechischen Repräsentanten, betonten, dass sowohl dem Raketenbeschuss durch die Hamas als auch der israelischen Militäroperation ein baldiges Ende gesetzt werden müsse, "urging both sides to respect their obligations under international law, including international humanitarian law" (Security Council 2009a).

Während die libysche Version für eine Resolution abgelehnt wurde, nahm der Sicherheitsrat am 8. Januar 2009 eine von Großbritannien vorgelegte Resolution unter Enthaltung der USA an (Security Council 2009b). Die Resolution forderte "an immediate, durable and fully respected ceasefire, leading to the full withdrawal of Israeli forces from Gaza" (Security Council 2009c). Der Sicherheitsrat unterstrich zudem seine Besorgnis um die humanitäre Lage im Gazastreifen sowie die Wichtigkeit des Schutzes von Zivilisten.

Nachdem die Zahl der zivilen Opfer weiter stieg, kritisierte John Holmes, *Under-Secretary-General for Humanitarian Affairs* der Vereinten Nationen, dass “the Israel Defence Forces were no doubt trying [...] to take steps to minimize civilian casualties, ‘but they [were] clearly not succeeding” (Security Council 2009d). Weder die Hamas noch Israel respektierten die Vorgaben durch das humanitäre Völkerrecht, wobei er betonte, dass Verletzungen durch die eine Partei nicht die der anderen Partei rechtfertigten. Holmes forderte daher, dass alle derartigen Verstöße einer vollen Aufklärung zugeführt und Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden müssten.

Ägypten versuchte mit breiter Unterstützung der internationalen Gemeinschaft sowohl mit der Hamas als auch mit Israel Gespräche über einen umfassenden und nachhaltigen Waffenstillstand zu führen (Security Council 2009g), der auch knapp einen Monat nach dem Abzug prekär geblieben war. Zwar hatten zahlreiche Staaten humanitäre Hilfe geleistet, aber der Zugang zum völlig zerstörten Gazastreifen war nach wie vor nicht vollständig gewährleistet, obwohl Robert H. Serry, *Special Coordinator for the Middle East Peace Process* und Vertreter des Generalsekretärs betonte, dass “meeting the humanitarian needs of the people of Gaza was Israel’s obligation under international law” (Security Council 2009g).

Angesichts des Ausmaßes der Verwüstungen im Gazastreifen wurden auch im Sicherheitsrat die Rufe nach einer Untersuchung von Menschen- und Völkerrechtsverstößen lauter. B. Lynn Pascoe, *Under-Secretary-General for Political Affairs*, stellte zwei Monate nach der Operation fest, dass “there was a need for serious steps to hold Israel accountable for its crimes against the Palestinian population and the Council should conduct an investigation into Israel’s grave breaches of international law” (Security Council 2009i). Auch Mitte des Jahres waren wesentliche Punkte der Resolution 1860 noch nicht umgesetzt und die humanitäre Lage im Gazastreifen noch keiner deutlichen Verbesserung zugeführt worden (Security Council 2009h); der Waffenschmuggel nach Gaza hatte weiterhin nicht unterbunden werden können und die Grenzübergänge blieben geschlossen. Auf Grund der weiter andauernden Blockade des Gazastreifens und der desolaten Lage der dortigen Bevölkerung wuchs innerhalb des Sicherheitsrates Kritik an der Untätigkeit der VN. So monierte der Vertreter Nicaraguas, dass “in Gaza, here had been no progress since the Israeli military operation seven months ago. [...] Seriously ill people could not receive treatment, children suffered from psychological problems, yet the blockade continued while the United Nations did nothing” (Security Council 2009j). Auch die Folgemonate waren geprägt von weiterem Raketenbeschuss, der mit Luftschlägen und Gegenangriffen beantwortet wurde; wieder gab es vor allem zivile Opfer (Security Council 2009f).

2.1.2. Diskussion des Goldstone-Berichtes

Nach der Veröffentlichung des Goldstone-Berichtes am 15. September 2009 beantragte der ständige Vertreter der Arabischen Jamahiriya Libyen, zu der Zeit nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates, am 6. Oktober in einem Brief an den Präsidenten des Sicherheitsrates eine Dringlichkeitssitzung, um den Bericht zu diskutieren (Libyan Arab Jamahiriya 2009a). Am 7.

Oktober 2009 folgte ein Schreiben, in dem der Bericht an den Sicherheitsrat übersendet wurde (Libyan Arab Jamahiriya 2009b). Für die Forderung nach einer Sondersitzung drückte Syrien im Namen der OIC (Syrian Arab Republic 2009) sowie Ägypten im Namen des *Non-Aligned Movements* in schriftlichen Mitteilungen an den Präsidenten des Sicherheitsrates ihre volle Unterstützung aus (Arab Republic of Egypt 2009). Bereits am 1. Oktober hatte der Beobachter der Arabischen Liga bei den Vereinten Nationen einen eigenen Bericht beim Sicherheitsrat eingereicht, der durch die Arbeit einer von ihr im Februar eingerichteten Kommission zur eigenen Untersuchung der Vorfälle im Gazastreifen entstanden war (League of Arab States 2009).⁹⁸ Auf Grund des libyschen Antrags auf eine Sondersitzung wurden am 7. Oktober unter Ausschluss der Öffentlichkeit Verhandlungen zum weiteren Vorgehen des Sicherheitsrates geführt (Haaretz 2009). Das Thema sollte statt in einer Sondersitzung im Rahmen einer regulären Sitzung zur Situation im Nahen Osten diskutiert werden können. Die USA machten bereits nach diesen Verhandlungen klar, dass "Washington would not favor any council action resulting from the [...] debate" (Haaretz 2009). Überzeugung der Amerikaner sei es, dass der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen der richtige Ort sei, um sich mit dem Thema zu befassen. Diese Position spiegelte sich auch in den meisten Diskussionsbeiträgen des Treffens des Sicherheitsrates am 14. Oktober wider: Man wolle abwarten, welche Handlungen der Menschenrechtsrat dem Bericht folgen lassen würde. Dennoch wurde der Bericht von nahezu allen Sicherheitsratsmitgliedern begrüßt: Er beinhalte ernste Anschuldigungen und die Mehrheit der Mitglieder betrachtete ihn als ausgewogen. Davon wich lediglich die Einschätzung der USA ab, die den Bericht als unausgewogen zu Ungunsten Israels einstufte. Viele der Redner betonten, dass die Verstöße gegen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht in keinem Fall ungestraft bleiben dürften. Die Konfliktparteien wurden daher mehrfach dazu aufgerufen, seriöse Untersuchungen der vorgebrachten Vorwürfe vorzunehmen (Security Council 2009e). Der Resolution der Generalversammlung vom 5. November 2009 folgend übermittelte Ban Ki-moon am 10. November den Goldstone-Bericht auf dem offiziellen Weg noch einmal dem Sicherheitsrat (Secretary-General 2009). Allerdings befasste sich der Sicherheitsrat auf Grund der von der Generalversammlung gesetzten Frist für eigene Untersuchungen der Konfliktparteien zunächst nicht mehr mit dem Bericht. Auch im Januar befanden sich die Mitglieder noch in abwartender Haltung auf den nächsten Bericht des Generalsekretärs zum Fortschritt der Implementierung Strafverfolgung, betonten aber auch, dass die *Follow-Up* Prozesse in den VN von Ernsthaftigkeit zeugen müssten (Security Council 2010).

⁹⁸ Das sog. Independent *Fact-Finding Committee on Gaza to the League of Arab States* hatte sich aus internationalen Experten aus Europa, Südafrika und Australien zusammen gesetzt und das Mandat bekommen, über Verstöße gegen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu berichten sowie Informationen über die Verantwortung für das Begehen internationaler Verbrechen während der Operation zu sammeln. Ihre Ergebnisse stützten sich neben Felduntersuchungen vor Ort im Gazastreifen auf Berichte von israelischen, palästinensischen und internationalen NGOs sowie auf Zeitungsberichte und offizielle Informationen israelischer Ministerien. Neben einer Darlegung der vorgefundenen Fakten spricht der Bericht auch rechtliche Beurteilungen und Empfehlungen zum weiteren Umgang aus (League of Arab States 2009). Weil einer durch die VN eingesetzte Kommission jedoch *a priori* eine größere Neutralität und vor allem höhere Legitimität unterstellt werden muss, werden hier nur die Ergebnisse des Goldstone-Reports Verwendung finden, wenn sich die analytischen und normativen Beurteilungen jedoch auch teilweise ähneln.

In folgenden Treffen rückten die Blockade und der Vorfall um die Gaza-Flottillen mehr in den Vordergrund der Sicherheitsratsdiskussionen zum Nahen Osten. Die Debatte um den Report wurde erst wieder angeheizt, als Goldstone die Veröffentlichung des zweiten Berichts der Mission zur Implementierung des von ihm mitverfassten Berichts zum Anlass nahm, sich von einigen Ergebnissen ebendieses Berichts zu distanzieren (Zeit 2011b): „Wenn ich gewusst hätte, was ich heute weiß, wäre der Goldstone-Bericht [...] ein völlig anderes Dokument geworden“ (Zeit 2011c). Insbesondere habe sich für ihn nun klar herausgestellt, dass Israel nie vorsätzlich Zivilisten attackiert habe. Zudem interpretierte er den Bericht der Kommission so, dass die Israelis die Standards für transparente und unabhängige Untersuchungen inzwischen erfüllt hätten, ganz im Gegensatz zur Hamas. Nur kurze Zeit später reagierten die drei anderen Mitglieder der *Fact-Finding Mission* und distanzierten sich ihrerseits von den Äußerungen Goldstones: Es sei “necessary to dispel any impression that subsequent developments have rendered any part of the mission's report unsubstantiated, erroneous or inaccurate” (Guardian 2011). Es gebe keine neuen Erkenntnisse, die die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Berichts in Frage stellen würden. Zudem hätten die geforderten Untersuchungen von Israel und der Hamas nach 18 Monaten immer noch nicht den Punkt erreicht, an dem sie als “credible and in accordance with international standards” (Guardian 2011) angesehen werden könnten. Sie wiesen darauf hin, dass es sich bei den israelischen Untersuchungen nicht um Strafverfolgung, sondern um sog. *Command Investigations* handle, die durch das Militär selbst ausgeführt würden (Guardian 2011). Wesentlichen Vorwürfen des Goldstone-Berichts sei noch gar nicht nachgegangen worden. Sich dem öffentlichen Druck zu beugen, unter dem die Kommission von Anfang an gestanden hatte, würde “a serious injustice to the hundreds of innocent civilians killed during the Gaza conflict, the thousands injured, and the hundreds of thousands whose lives continue to be deeply affected by the conflict and the blockade” (Guardian 2011) bedeuten.⁹⁹ Goldstone dementierte im selben Monat Gerüchte, er wolle eine offizielle Bitte an die VN richten, den Bericht als VN-Dokument nichtig zu machen. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu befand, der Goldstone-Report “must be tossed into history's trash can” (Division for Palestinian Rights 2011). In eine ähnliche Kerbe schlug die US-Vertreterin bei den Vereinten Nationen Susan Rice: Sie wolle, dass der Report verschwände. In einem Gespräch mit dem Generalsekretär bat der israelische Präsident Shimon Peres ihn darum, den Bericht öffentlich zurück zu ziehen sowie um eine Annullierung als offizielles Dokument der VN. Der US-Senat verabschiedete eine Resolution, in der eine Außerkraftsetzung des Berichts gefordert wurde (Division for Palestinian Rights 2011). Auch im Sicherheitsrat vertraten die USA die Position, dass Israel seiner Aufklärungspflicht entsprochen habe, während sich andere Staaten der Meinung der drei restlichen Autoren des Reports anschlossen (Security Council 2011f).

⁹⁹ Spekulationen darüber, dass Richard Goldstones öffentliche Relativierung des Reports der *Fact-Finding Mission* nur dem Druck durch jüdische Gemeinden geschuldet war (siehe etwa Spiegel 2011b), sollen hier erwähnt werden, tun aber nichts weiter zur Sache.

2.1.3. Deutsches Verhalten im Sicherheitsrat

Das deutsche Verhalten im Sicherheitsrat wird – wie es naheliegend erschiene – nicht erst relevant, nachdem die BRD dort einen nichtständigen Sitz bekam. Verschiedene Quellen (Haaretz 2010; Zeit 2010) berichten unter Berufung auf Enthüllungen der Plattform Wikileaks, dass Deutschland bereits im Herbst 2009 versuchte, indirekt Einfluss auf die Geschehnisse im Sicherheitsrat zu nehmen. Zum Zeitpunkt der vornehmlich arabischen Bemühungen um eine Sondersitzung zum Goldstone-Bericht soll laut einer Depesche der amerikanischen Botschaft in Berlin, die auf Wikileaks veröffentlicht wurde, ein Treffen zwischen dem außen- und sicherheitspolitischen Berater der Bundeskanzlerin und US-Diplomaten stattgefunden haben. Dabei habe der Berater der Bundeskanzlerin, Christoph Heusgen, versucht, die Amerikaner davon zu überzeugen, dass sie eine für Israel vorteilhafte Behandlung des Reports nur dann verfolgen sollten, wenn Israel eine definitive Zusage zu einem kompletten Baustopp in den besetzten Gebieten geben würde. Zu diesem Zeitpunkt waren die deutsch-israelischen Beziehungen durch einen fast gescheiterten Staatsbesuch von Ministerpräsident Netanjahu in Deutschland belastet, dessen Zustandekommen die israelischen Diplomaten an eine Aussparung des Siedlungsthemas geknüpft hatten. Die amerikanischen Diplomaten zeigten sich von dem deutschen Vorstoß überrascht und lehnten eine Kopplung des Siedlungsstopps an die Goldstone-Diskussion ab, “but agreed that it was worth pointing out to the Israelis that their policy on settlements was making it difficult for their friends to hold the line in the UNSC” (Haaretz 2010).¹⁰⁰

Abgesehen von diesem aufsehenerregenden Intermezzo verhielt sich die deutsche Diplomatie bezüglich des Themas Gazakrieg und Goldstone-Report im Sicherheitsrat eher zurückhaltend. Die ist naheliegender Weise darauf zurückzuführen, dass Deutschland erst zu einer Zeit seinen Sitz im Sicherheitsrat erhielt, als das Thema schon wieder weiter in den Hintergrund gerückt war. Wie oben dargestellt, erneuerte sich die Diskussion jedoch auch im Sicherheitsrat mit der teilweisen Distanzierung Goldstones von dem Bericht der *Fact-Finding Mission*. In der betreffenden Sitzung des Sicherheitsrates äußerte sich der deutsche Vertreter Peter Wittig mit keinem Wort zum Goldstone-Bericht. Zwar zeigte er sich besorgt über die Stagnation des politischen Prozesses und äußerte seine Hoffnung darüber, dass entscheidende Schritte hin zu einer palästinensischen Staatlichkeit unternommen würden, machte jedoch gleichzeitig klar, dass die BRD keine unilateralen Akte unterstützen würde, die Endstatusfragen betreffen. Er verurteil-

¹⁰⁰ Es ist schwierig zu beurteilen, wie verlässlich die auf Wikileaks veröffentlichten Dokumente sind, und die Vertrauenswürdigkeit der Onlineplattform ist stark umstritten. Allerdings haben sich zahlreiche der von Wikileaks veröffentlichten Dokumente als authentisch herausgestellt und wurden von einigen als äußerst hilfreich für die Erforschung von Zeitgeschichte eingestuft, so etwa von Timothy Garton Ash: „Es ist der Traum der Historiker. Es ist der Alptraum der Diplomaten“ (Spiegel 2010). Zwar sind auch schon Fälschungen auf der Online-Plattform erschienen; diese seien aber immer als solche kenntlich gemacht worden. Die nervösen Reaktionen verschiedener Regierungen, Geheimdienste und Militärvertreter und die hohen Wellen, die Wikileaks in der Politik und in diplomatischen Kreisen schlug, deuten darauf hin, dass es sich zumindest bei größeren Teilen der Veröffentlichungen um Originaldokumente handeln dürfte (siehe z.B. Frankfurter Rundschau 2010). Darauf deuten auch die heftigen Reaktionen auf das jüngste Bekanntwerden der *leaks* bei Wikileaks hin, von denen zu befürchten steht, dass sie eine ernsthafte Gefahr für Informanten der Plattform darstellen (Spiegel 2011a). Die Berichte über Heusgen und sein Gespräch mit Philip D. Murphey scheinen aus genannten Gründen und von der inhaltlichen Logik der Depesche insgesamt realistisch, sind aber letztlich nicht nachprüfbar. Ein Original ist derzeit zwar auf der eigentlichen Website von Wikileaks nicht zugänglich, aber zu finden unter <http://wikileaksablegate.blogspot.com/2010/12/viewing-cable-09berlin1433-national.html>.

te zudem die erneuten Raketenangriffe aus dem Gazastreifen und verdeutlichte seine Skepsis und Sorge über die Ankündigung einer neuen Gaza-Flottille. Die Geschehnisse von der Jahreswende 2008/2009 fanden in seinen Erklärungen jedoch ebenso wenig Berücksichtigung wie der Goldstone-Report, zu dem aus gegebenem Anlass viele seiner Kollegen Stellung bezogen hatten (Security Council 2011f). Er sagte lediglich, dass “the loss of civilian lives in Gaza is deeply regrettable” (Security Council 2011e). In einer vorangehenden Sitzung zum Stillstand der Friedensverhandlungen hatte Wittig jedoch betont, dass “the policy of closure must end” (Security Council 2011d), und die Konfliktparteien dazu aufgerufen, die Resolution 1860 des Sicherheitsrates voll umzusetzen, wobei er die Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit und “Israel’s legitimate security concerns” (Security Council 2011d) forderte. Das Thema Gaza wurde auch in einem Treffen des Sicherheitsrates zum Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten vom deutschen Vertreter ausgespart, wobei dies auch für viele seiner anderen Kollegen galt. Im Vordergrund dieses Treffens standen die aktuellen Konflikte in Libyen und Syrien sowie in anderen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und des subsaharischen Afrikas. Lediglich Valerie Amos, *Under-Secretary-General for Humanitarian Affairs*, und die Vertreter der Vereinigten Arabischen Emirate, des Libanons, Qatars sowie der Türkei bezogen die Problematik überhaupt auf Gaza (Security Council 2011a; 2011b).

Eine weit eindeutigeren und entschlosseneren Position nahm Deutschland – gemeinsam mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich – bezüglich des Siedlungsbaus ein. Eine entsprechende Resolution, die die israelischen Siedlungsaktivitäten als illegal bezeichnet und zu einem sofortigen Baustopp, war von den drei Staaten im Sicherheitsrat unterstützt worden, scheiterte jedoch am Veto der USA (Security Council 2011c).¹⁰¹ Auch Werner Hoyer, der als Staatsminister im Auswärtigen Amt eine Sitzung des Sicherheitsrates zum Nahen Osten auf Grund der deutschen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011 leitete, bekräftigte noch einmal, dass der Siedlungsbau illegal und sofort zu unterbinden sei. Gleichzeitig verurteilte er erneut die Raketenschläge aus dem Gazastreifen (Security Council 2011g).

Insgesamt ist das deutsche Verhalten im Sicherheitsrat bezüglich der Gaza-Problematik als zurückhaltend zu werten. Dies wird jedoch durch zwei Faktoren relativiert. Zum einen standen zum Zeitpunkt der deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat andere Themen im Vordergrund, insbesondere die Umbrüche in den arabischen Staaten und, bezogen auf Gaza, die Möglichkeit neuer Flottillen. Der Gazakrieg und der Goldstone-Report waren insgesamt in den Hintergrund gerückt, wenn auch festzuhalten ist, dass die Vertreter der BRD sich nie zu dem Thema äußerten, auch wenn es zur Sprache kam. Zum anderen sticht die deutsche Zurückhaltung insofern nur wenig hervor, als auch andere europäische Staaten sich im betreffenden Zeitraum nur wenig zu dem Thema äußerten oder es ganz aussparten.

¹⁰¹ Auffällig ist hierbei höchstens, dass der deutsche Vertreter keine eigene Begründung seines Votums abgab, was jedoch dadurch relativiert wird, dass auch der französische Vertreter seine Haltung durch die britische Stellungnahme abgedeckt sah.

2.2. Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen

Mehr Informationen zum deutschen Verhalten lassen sich aus der Untersuchung des Umgangs mit dem Gazakrieg im Menschenrechtsrat und in der Generalversammlung erschließen, wie sich im Folgenden anhand von einer Darstellung des Vorgehens zeigen wird. Auch wenn Deutschland nur bis Juli 2009 einen Sitz im Menschenrechtsrat innehatte, sollen die Ereignisse darüber hinausgehend nachvollzogen werden. Dies ermöglicht ein umfassendes Verständnis der Prozesse, die dann auch zu entsprechenden Resolutionen in der Generalversammlung führten.

2.2.1. Der Weg zur Einrichtung einer *Fact-Finding Mission*

Als Antwort auf eine Verbalnote im Namen der arabischen, afrikanischen, islamischen und blockfreien Staaten (Arab Republic of Egypt et al. 2009) befasste sich auch der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in einer Sondersitzung am 12. Januar 2009 mit den Kampfhandlungen. In der Resolution S-9/1 unterstrich der Rat die Anwendbarkeit der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts auf die besetzten Gebiete, verurteilte alle Formen der Gewalt gegen Zivilisten sowie die Militäroperation der Israelis im Gazastreifen und forderte einen Rückzug der israelischen Truppen, das Ende des Raketenbeschusses sowie die Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch alle beteiligten Parteien. Zudem verlangte die Resolution nach Untersuchungen von Menschen- und Völkerrechtsverstößen durch verschiedene VN-Beauftragte und Mandatsträger, wobei betont wurde, dass die Besatzungsmacht Israel zur Kooperation aufgefordert würde. Insbesondere beschloss der Rat, eine unabhängige internationale *Fact-Finding Mission* einzusetzen, die allen Verstößen Israels gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte nachzugehen hätte (Human Rights Council 2009g).

Im Weiteren verabschiedete der Menschenrechtsrat noch zwei Resolutionen, die sich mit dem Gazakonflikt auseinander setzten. In der Resolution 10/19 verurteilte der Menschenrechtsrat das Töten von Zivilisten durch die israelische Besatzungsmacht und den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen und forderte von beiden Seiten die Einstellung der Kampfhandlungen. Ein Fokus lag dennoch darauf, den Schutz palästinensischer Zivilisten einzufordern, wobei der Gazakrieg in den größeren Zusammenhang der Besatzung gestellt wurde (Human Rights Council 2009i). Die Resolution ist jedoch insofern als Weiterentwicklung der Vorgängerresolution S-9/1 zu sehen, als sie auch die Angriffe der Hamas verurteilte. In einem *Follow-up* zu dieser Resolution wurde Israel dazu angehalten, mit der Kommission zu kooperieren und ihr ungehinderten Zugang zu den betroffenen Gebieten und Akteuren zu gewähren (Human Rights Council 2009j). Die Einseitigkeit des durch die Resolution S-9/1 ausgesprochenen Mandates der *Fact-Finding Mission* hatte dazu geführt, dass Mary Robinson, ehemalige Hochkommissarin für Menschenrechte der VN, die ihr angetragene Einladung ablehnte, die Untersuchungen in Gaza zu führen (Robinson 2009). Der Menschenrechtsrat der VN war schon zuvor des Öfteren in die Kritik geraten, dass er zwar mehrfach Israel für seine Menschenrechtsverstöße verurteilt hatte, sich jedoch selten dazu durchringen hatte können, gravierende Verletzungen durch andere Staaten

anzuprangern (Deutschlandfunk 2009). Am 3. April wurde schließlich der Südafrikaner und ehemalige Chefankläger der Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda Richard J. Goldstone zum Leiter der unabhängigen Untersuchungskommission benannt. Ihm zur Seite gestellt wurden Christine Chinkin (Professorin für Internationales Recht an der *London School of Economic and Political Science*), Hina Jilani (Anwalt des Höchsten Gerichtshofes in Pakistan und ehemalige Sonderrepräsentantin des Generalsekretärs der VN) sowie Colonel Desmond Travers (ehemaliger Colonel der Irischen Streitkräfte und Vorstandsmitglied des *Institute for International Criminal Investigations*). Zwar nahmen die vier den Auftrag an, jedoch nur unter der Bedingung einer Mandatserweiterung, um so dem Vorwurf der Voreingenommenheit oder Einseitigkeit zu entgehen (Robinson 2009): "It is in the interest of all Palestinians and Israelis that the allegations of war crimes and serious human rights violations related to the recent conflict on all sides be investigated" (Human Rights Council 2009f). Es gab keine offizielle Resolution durch den Menschenrechtsrat, die die Erweiterung des Mandats formal bestätigt hätte; jedoch erlaubten die informellen Absprachen zwischen Goldstone und dem Präsidenten des Menschenrechtsrates "the mandate to be interpreted in such a way as to allow his team to address the actions taken by both parties to the conflict" (Robinson 2009).

2.2.2. Mandat, Verlauf der Mission und Vorstellung des Berichtes

Das letztendliche Mandat der Mission, so wie es im Bericht festgehalten ist, lautete "to investigate all violations of international human rights law and international humanitarian law that might have been committed at any time in the context of the military operations that were conducted in Gaza during the period from 27 December 2008 and 18 January 2009, whether before, during or after" (Goldstone et al. 2009: 13). Im Zentrum des Mandats und in den Untersuchungen auf Völkerrechtsverbrechen stand die Zivilbevölkerung der Region. Die Mission führte Felduntersuchungen in Gaza und Amman sowie öffentliche Anhörungen durch. Bis zum Ende erklärte sich Israel nicht bereit, mit der Mission zu kooperieren, was sich auch darin äußerte, dass es der Untersuchungskommission den Zutritt zum Gazastreifen verweigerten und keine israelischen Funktionäre befragt werden oder öffentliche Anhörungen in Israel oder dem Westjordanland stattfinden konnten. Die Mission um Goldstone reiste deshalb über Ägypten in den Gazastreifen ein, um die Untersuchungen vor Ort durchzuführen. Die Kommission sendete auch Fragebögen an die betroffenen Parteien, die zwar von den Behörden im Gazastreifen und der PA, nicht jedoch von den Israelis ausgefüllt wurden. Am 15. September 2009 wurde eine Pressezusammenfassung des Berichts herausgegeben, bevor Goldstone die ausführlichen und endgültigen Ergebnisse am 29. September 2009 im Menschenrechtsrat vorstellte, woran sich eine Debatte im Plenum anschloss. In einer markigen Rede legte Goldstone noch einmal dar, welche Motive ihn und seine Kollegen dazu gebracht hatten, den Auftrag durch den Präsidenten des Menschenrechtsrates anzunehmen: "We accepted [this mission, H.P.] with the conviction that pursuing justice is essential and that no state or armed group should be above the law. Failing to pursue justice for serious violations during any conflict will have a deeply corrosive

effect on international justice” (Goldstone 2009b: 1). Er drückte zudem nicht nur sein Bedauern über die öffentlichen Angriffe auf Kommissionsmitglieder aus, sondern auch über die Tatsache, dass Israel sich bisher noch nicht mit den Inhalten des Reports auseinander gesetzt hätte (Goldstone 2009b: 1-2). Nach einer Darlegung der Vorgehensweise und wesentlicher Ergebnisse wies er darauf hin, dass das Schüren von Hass und Lehren von Entmenschlichung auf beiden Seiten zu einer Destabilisierung der gesamten Region beitrage (Goldstone 2009b: 5). Zum Schluss hob er die Bedeutung der Übernahme und Zuschreibung von Verantwortung hervor, die als einziges Mittel Frieden und Versöhnung ermögliche sowie der Verhängung von Kollektivschuld vorbeuge (Goldstone 2009b: 6).

Die Diskussion des Reports teilte den Menschenrechtsrat in drei Lager: Eine deutliche Mehrheit bildeten die uneingeschränkten Unterstützer der Forderungen des Berichts, zu denen neben den arabischen und islamischen auch zahlreiche afrikanische und asiatische Staaten sowie die Schweiz gehörten. In ihren Augen sei der Bericht ausgewogen und gebe Anlass zu weiterer Auseinandersetzung innerhalb der VN (Human Rights Council 2009a).

Israel lehnte den Report als politisch motiviert ab und warf der Kommission vor, nicht Fakten gesucht, sondern eine Kampagne gegen Israel gestartet zu haben, die versuche, der internationalen Gemeinschaft das gleiche Gift zu injizieren, das bereits den Menschenrechtsrat unterminiert habe (Human Rights Council 2009a: ab 00:24). Der israelische Vertreter monierte, dass die internationale Gemeinschaft das Versprechen an Israel gebrochen habe, es in seinem Selbstverteidigungsrecht gegen den Terrorismus zu stützen. Auch die USA beurteilten den Bericht als lückenhaft und einseitig, konkretisierten die Mängel jedoch zunächst nicht (Human Rights Council 2009a: ab 01:06). Sie verwiesen auf die unzureichende Berücksichtigung der Asymmetrie des Konfliktes und distanzieren sich von der Mehrheit der Empfehlungen.

Im Namen der Europäischen Union stellte Schweden zwar kritische Fragen hinsichtlich der Auswirkungen des Mangels an israelischem Input auf die Methodologie sowie des Effekts des Berichts auf den Friedensprozess. Des Weiteren verlangte der Vertreter nach einer Präzisierung der Vorstellungen über den Ablauf der Untersuchung durch die beiden Konfliktparteien. Er betonte jedoch, dass der Bericht von einer seriösen Untersuchung zeugte. Die Ergebnisse gäben Anlass zu Besorgnis und weiterer Behandlung (Human Rights Council 2009a: ab 00:59).¹⁰²

Nach dieser hitzigen Debatte nahm der Menschenrechtsrat am 16. Oktober 2009 die Resolution S-12/1 an, in der die betreffenden Organe der VN dazu aufgefordert wurden, die Empfehlungen der *Fact-Finding Mission* anzunehmen und ihre Implementierung sicherzustellen. Gleichzeitig wurde entschieden, den Goldstone-Report an die Generalversammlung zu überstellen. Der Generalsekretär wurde beauftragt, über die Umsetzung der Empfehlungen zu berichten (Human Rights Council 2009h). Die Resolution wurde gegen die Stimmen fünf europäischer Staaten und der USA und bei Enthaltung vier europäischer und sieben weiterer Staaten angenommen.

¹⁰² Ein weiteres Lager könnte man durch Libyen und den Iran gebildet sehen, deren faktisch zweifelhafte Ausführungen und polemische Rhetorik nicht nur zwei *points of order* durch die schwedische Delegation nach sich zogen, sondern den israelischen Repräsentanten auch dazu veranlassten, den Saal zu verlassen (Human Rights Council 2009a: ab 02:35).

2.2.3. Nachgang des Berichtes und Einrichtung einer Nachfolgekommission

Nach mehreren Berichten des Generalsekretärs der VN und des Hohen Kommissars für Menschenrechte über die Implementierung der Empfehlungen des Berichts der *Fact-Finding Mission* sowie über die angestellten eigenen Untersuchungen der Konfliktparteien und deren unbefriedigende Ergebnisse, beschloss der Menschenrechtsrat in seiner Resolution 13/9 vom 14. April 2010, ein unabhängiges Nachfolgekomitee zu bestimmen, um die Untersuchungen zu überwachen (Human Rights Council 2010c). Das Komitee setzte sich zunächst aus dem deutschen emeritierten Völkerrechtsprofessor Christian Tomuschat, der amerikanischen *Supreme Court* Richterin Mary McGowan David und dem malaysischen Juristen und Menschenrechtsexperten Param Cumaraswamy zusammen. Es wurde mit dem Mandat ausgestattet, "to monitor and assess any domestic, legal or other proceedings undertaken by both the Government of Israel and the Palestinian side [...] including the independence, effectiveness, genuineness of theses investigations and their conformity with international standards" (Human Rights Council 2010b). Nachdem Tomuschat jedoch den Eindruck gewonnen hatte, dass die israelische Kooperation mit dem Komitee zu mangelhaft sei, um „den Dingen auf den Grund zu gehen“ (Zeit 2011b), hatte er die Gruppe gemeinsam mit Chumaraswamy nach Abgabe des ersten Berichts verlassen. Die beiden wurden durch den schwedischen Richter Lennart Aspergren ersetzt (McGowan Davis/Aspegren 2011). Diese Verweigerung der Zusammenarbeit wurde auch in der Resolution 15/6 des Menschenrechtsrates vom 6. Oktober 2010 verurteilt, die Israel erneut dazu aufrief, die ihnen vorgeworfenen Verstöße pflichtgemäß einer seriösen Untersuchung zu unterziehen (Human Rights Council 2010a). Das Mandat der Kommission wurde verlängert und brachte am 18. März 2011 einen neuen Bericht hervor.

Beide Berichte stellen auf israelischer Seite zwar eine Untersuchung einiger der im Bericht der *Fact-Finding Mission* erhobenen Vorwürfe und auch die Existenz adäquater Institutionen für derartige Untersuchungen in Israel fest. Die eigenen israelischen Untersuchungsvorgänge jedoch klassifizierte das Komitee im ersten Bericht als unzureichend, weil sie durch Gerichtssysteme des Militärs durchgeführt wurden und somit Interessenkonflikte die Ergebnisse zu verfälschen drohten (Tomuschat et al. 2010: 22-23). Weiterhin waren weder Opfer oder Zeugen noch Interessenparteien hinreichend über die fortlaufenden Untersuchungen informiert worden; Vorwürfen gegen Entscheidungsträger und "those who designed, planned, ordered and oversaw 'Operation Cast Lead'" (Tomuschat et al. 2010: 23) wurde durch die israelischen Untersuchungen nicht nachgegangen. Bis zur Veröffentlichung des zweiten Berichts hatte das Komitee dann zwar Zugang zu vereinzelt offiziellen Informationen mit Aussagen über den Ablauf des Untersuchungsprozesses, allerdings wurde ihm nach wie vor keine Einreise gewährt. Inzwischen hatte Israel sich 400 Vorwürfen angenommen und Untersuchungen eingeleitet, von denen die meisten im Berichtszeitraum noch nicht abgeschlossen worden waren. Weiterhin waren keine Untersuchungen gegen Verantwortliche für die Operation „Gegossenes Blei“ eingeleitet worden. Bedenken gegenüber der adäquaten Beteiligung von Opfern und Zeugen blieben ebenso be-

stehen wie die Besorgnis darüber, dass mehr als ein Viertel der im Goldstone-Bericht erhobenen Vorwürfe noch nicht adressiert worden waren und die Untersuchungen durch die langwierigen Prozesse ihre Effektivität und “prospects of ultimately achieving accountability and justice” (McGowan Davis/Aspegren 2011: 22) einbüßten.

Auch von der palästinensischen Seite waren Untersuchungen eingefordert worden, und zwar sowohl von der Autonomiebehörde als auch von der *de facto* Regierung im Gazastreifen. Während die PA unmittelbar eine Untersuchungskommission eingerichtet hatte, die von den Experten als unabhängig eingestuft wurde, und Menschenrechtsverstöße hatte feststellen können, waren ihre Untersuchungen im Gazastreifen durch das Einreiseverbot stark eingeschränkt worden. Auch die Hamas hatte zwei Komitees eingerichtet, die allerdings hauptsächlich die Vorwürfe gegen Israel untersuchten bzw. nur zweifelhafte Strafverfolgung eingeleitet hatten (Tomuschat et al. 2010: 23-24). Auch im zweiten Bericht des Expertenkomitees wurden die Anstrengungen der PA gewürdigt, die trotz widriger Umstände solide Ergebnisse hatte hervorbringen können. Mängel wurden allerdings darin festgestellt, dass nicht in allen Vorwürfen effektive Mechanismen zur Zuschreibung von Verantwortung angewendet wurden. Die Hamas hatte inzwischen Anstrengungen unternommen, Menschenrechtsverstöße von palästinensischen Sicherheitskräften zu ahnden, allerdings hatten sie die Angriffe mit Raketen auf Israel nicht zum Gegenstand der Untersuchungen gemacht (McGowan Davis/Aspegren 2011: 23).

Der Menschenrechtsrat nahm den zweiten Bericht des Expertenkomitees zum Anlass, in seiner Resolution 16/32 vom 13. April 2011 noch einmal an alle betroffenen VN-Gremien zu appellieren, die im Goldstone-Report formulierten Empfehlungen zu implementieren, und sein Bedauern über das Scheitern der Konfliktparteien zum Ausdruck zu bringen, internationalen Standards angemessene Untersuchungen durchzuführen. Der Rat forderte die Generalversammlung dazu auf, sich erneut mit dem Goldstone-Report zu befassen und dem Sicherheitsrat vorzulegen, der wiederum eine adäquate Vorgehensweise finden sollte, wobei insbesondere die Möglichkeit einer Überstellung an den Internationalen Strafgerichtshof in Erwägung gezogen werden sollte. Die Generalversammlung solle sich mit der Angelegenheit so lange befassen, bis “it is satisfied that appropriate action has been taken at the domestic or international level to ensure justice for victims and accountability for perpetrators” (Human Rights Council 2011).

2.2.4. Deutsches Verhalten im Menschenrechtsrat

Im Zeitraum der deutschen Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat sind drei Resolutionen zum Gazakrieg relevant: die Resolution der Sondersitzung vom Januar 2009 sowie zwei Resolutionen der 10. Sitzung vom März 2009.¹⁰³ Die Resolution S-9/1 der Sondersitzung, in der Israels Militärschläge verurteilt, ein Rückzug ihrer Truppen sowie ein Ende des Raketenbeschusses gefordert worden waren, wurde mit 33 Stimmen und einer Gegenstimme von Kanada ange-

¹⁰³ Zwar liegen im Untersuchungszeitraum noch eine Sitzung und zwei weitere Sondersitzungen mit deutscher Teilnahme, allerdings beschäftigen sie sich gar nicht (10. und 11. Sondersitzung) oder nur am Rande mit dem Gazakrieg (11. Sitzung; lediglich ein erster Bericht des Generalsekretärs über den Stand der *Fact-Finding Mission*). Sie bleiben daher in den Ausführungen unberücksichtigt.

nommen. Dadurch wurde auch das Mandat für eine Untersuchungsmission erteilt, das zunächst allerdings nur einforderte, Völkerrechtsverstößen seitens der Israelis nachzugehen. Gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten enthielt sich Deutschland seines Votums.

Zuvor hatte der deutsche Diplomat Konrad Scharinger eine Rede gehalten, in der er seine Besorgnis über die extrem gravierende Lage in Gaza ausdrückte. Er verurteilte "the high number of civilian casualties and suffering in the region" (Human Rights Council 2009d: 00:01) und sprach den Familien der israelischen und palästinensischen Opfer sowie den VN, die einen Tag zuvor zwei ihrer Mitarbeiter verloren hatten, sein tiefstes Beileid aus. Deutschland unterstütze die Resolution 1860 des Sicherheitsrates und sehe sie als "strong signal for a joint commitment of the international community to act" (Human Rights Council 2009d: 00:02). Alle Parteien müssten die Resolution ohne Verzögerung implementieren. Er begrüßte die Initiative des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak, der eine befristete sofortige Waffenruhe vorsah, um die Bewohner des Gazastreifens mit dem Notwendigsten zu versorgen, während sich die Parteien an den Verhandlungstisch setzen sollten (Süddeutsche Zeitung 2009). Deutschland werde alle Anstrengungen unternehmen, um diesen Plan zu unterstützen. Des Weiteren kündigte er eine Reise von Außenminister Frank-Walter Steinmeier in die Region an. Er würde mit den Ägyptern, Israelis und Palästinensern sprechen, um dem ägyptischen Vorstoß Schwung zu verleihen. Er mahnte an, dass in dieser Situation des großen Leidens der Bevölkerung humanitäre Hilfe höchste Dringlichkeit habe. Deutschland rufe alle Parteien dazu auf, humanitärer Hilfe vollen Zugang zu gewähren und sicheres Geleit zu garantieren. Er wies darauf hin, dass sich allein die deutschen Hilfen für den Gazastreifen im Jahr 2009 auf 11 Millionen Euro beliefen, wovon 1 Million eine Aufstockung vor dem Hintergrund der Krise darstelle. Er sei überzeugt, dass es für den Konflikt nur eine politische Lösung geben könne, die zu zwei in Frieden und Sicherheit nebeneinander existierenden Staaten führe. Des Weiteren schließe er sich den Ausführungen des tschechischen Vertreters an, der im Namen der EU gesprochen hatte. Dieser hatte in seiner Rede unterstrichen, dass ein sofortiger und andauernder Waffenstillstand vonnöten und das humanitäre Völkerrecht von allen Seiten zu respektieren sei. Die militanten Palästinensergruppen sollten bedingungslos den Raketenbeschuss stoppen und Israel solle seine Militäraktionen beenden. Ein Ende der Kämpfe würde auch eine Öffnung aller Grenzübergänge in den Gazastreifen erlauben. Die EU habe zudem als Ganze und durch die Mitgliedsstaaten Gelder für die humanitäre Hilfe bereitgestellt und arbeite eng mit den VN und NGOs zusammen. Die Abspernung des Gazastreifens würde den Zugang zu diesen Gütern jedoch erschweren. Es sei essentiell, dass Lebensmittel, medizinische Versorgungsmittel und Benzin die Menschen erreichten, die Verletzten evakuiert und an sicheren Orten versorgt werden könnten. Es müsse ein humanitärer Korridor geschaffen werden.

In einer Rede im Namen der EU kurz vor der Abstimmung begründete der deutsche Vertreter Reinhard Schweppe die Entscheidung der europäischen Staaten, sich zu enthalten. Die Resolution hätte die Chance gehabt, die Menschenrechtslage im Gazastreifen und in Israel in den

Fokus zu rücken und dennoch die Interessen aller Opfer in den Blick zu nehmen. Zwar könnten die Europäer einige Punkte der Resolution unterstützen, so etwa den Aufruf an alle Parteien, in Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht und dem internationalen Menschenrecht zu handeln. Jedoch berücksichtige die Resolution letztlich nur eine Seite des Konfliktes und bringe zudem Anschuldigungen in legal fest definierten Begriffen vor, für die es keine hinreichende Beweislage gebe (Human Rights Council 2009e).

Nicht so einig war man sich bezüglich der Resolution 10/19, in der das Töten von Zivilisten durch beide Seiten verurteilt wurde, wobei das Fehlen einer Verurteilung von Angriffen durch militante Palästinensergruppen zuvor für die Europäer Anlass gewesen war, der Resolution S-9/1 einvernehmlich nicht zuzustimmen. In diesem Fall war das europäische Lager geteilt. Während die Schweiz sowie Bosnien und Herzegowina zustimmten, enthielten sich Frankreich, die Slowakei, Slowenien und das Vereinigte Königreich. Deutschland, Italien und die Niederlande stimmten gegen die Resolution. Im Gegensatz zum niederländischen Vertreter, der auch im Namen von Italien das Wort ergriff, begründete der deutsche Vertreter das Abstimmungsverhalten nicht (Human Rights Council 2009k). Das Argument der Niederländer war das der Unausgewogenheit der Resolution, weshalb man gegen den Entwurf stimmte (Human Rights Council 2009b). Warum Deutschland sich dieser Erklärung nicht anschloss, bleibt unklar.

In der sehr kurzen *Follow-Up* Resolution zu S-9/1 wurde Israel erneut dazu aufgerufen, seinen Verpflichtungen unter internationalem Recht nachzukommen und mit der einzurichtenden Untersuchungskommission zu kooperieren. Wieder enthielten sich alle europäischen Staaten geschlossen (Human Rights Council 2009j). Diesmal gab der deutsche Vertreter im Namen der EU eine Erklärung ab. Er betonte, dass die europäischen Staaten zutiefst besorgt seien angesichts der humanitären und Menschenrechtslage im Gazastreifen und dass die EU vor allem den Tod der zahlreichen Zivilisten missbillige. Allerdings sei man zu dem Schluss gekommen, dass die Resolution wiederum nur eine Seite des Konfliktes anspreche, was auch für die Einsetzung der *Fact-Finding Mission* gegolten habe. Während man anerkenne, dass die Verstöße gegen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht untersucht werden müssten, und alle Parteien dazu aufrufe, Untersuchungen durchzuführen, sei man überzeugt, dass die vom Menschenrechtsrat eingesetzte Mission nicht das richtige Mittel dazu sei. Das Mandat sei unausgewogen. Dass man bis dato noch niemanden gefunden habe, der die Mission leiten wolle, sei dafür ein weiteres Indiz. Des Weiteren hätte Israel bereits Untersuchungen eingeleitet. Deshalb wolle die EU sich als Ganze enthalten (Human Rights Council 2009c).

2.3. Generalversammlung der Vereinten Nationen

In Bezug auf die Generalversammlung soll nicht nur der Umgang mit dem Gazakrieg und der Goldstone-Kommission nachvollzogen werden, sondern auch Resolutionen berücksichtigt werden, in denen der Gazakrieg als Teil allgemeinerer Resolutionen zum israelisch-palästinensischen Konflikt Erwähnung findet. Dieses Vorgehen hat folgenden Hintergrund. Die Generalversammlung beschäftigt sich seit mehreren Jahren wiederkehrend mit verschiedenen

Aspekten dieses Konfliktes. Die Resolutionen unterscheiden sich dabei oft von einer zur nächsten Sitzung nur marginal, weil in den meisten Problemfeldern keine konkreten Fortschritte erzielt wurden. In den Resolutionen von 2009 und 2010 wurde der Gazakrieg als Teilaspekt mit aufgenommen. Um das deutsche Abstimmungsverhalten in Bezug auf die Resolutionen beurteilen zu können, die sich dezidiert mit dem Gazakrieg und seinem Nachgang auseinandersetzten, ist es sinnvoll, es mit dem deutschen Votum zu anderen Resolutionen abzugleichen und zu versuchen, es auf inhaltliche Varianzen zurückzuführen. Wieder folgt zunächst ein Überblick über die Vorgänge in der Generalversammlung während und nach dem Gazakrieg.¹⁰⁴

2.3.1. Resolutionen zum Gazakrieg und zum Goldstone-Report

Ähnlich wie der Menschenrechtsrat und der Sicherheitsrat hatte sich auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen in einer *Special Emergency Session* mit den Vorfällen in Gaza auseinandergesetzt. In ihrer Resolution ES-10/18 vom 16. Januar 2009 forderte sie die Konfliktparteien dazu auf, die Sicherheitsratsresolution 1860 voll zu respektieren und unterstrich deren Forderungen nachdrücklich, insbesondere für eine sofortige Waffenruhe (General Assembly 2009g). Den Empfehlungen des Menschenrechtsrates folgend verabschiedete die Generalversammlung am 5. November 2009 eine Resolution, in der sie den Generalsekretär darum bat, den Bericht der *Fact-Finding Mission on the Gaza Conflict* an den Sicherheitsrat weiterzureichen. Zudem wurden beide Konfliktparteien dazu aufgefordert, in einer Frist von drei Monaten Untersuchungen derjenigen Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht durchzuführen, die Gegenstand des Berichts gewesen waren. Nach Ablauf der Frist sollte der Generalsekretär einen Bericht über die Fortschritte abliefern, dessen Ergebnisse Schlussfolgerungen über weitere Maßnahmen zulassen würden (General Assembly 2009b). In einem weiteren *Follow-Up* am 26. Februar 2010 wurde wieder auf die Verpflichtung aller Parteien auf das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte verwiesen und unterstrichen, dass alle Verstöße dagegen geahndet werden müssten, um keine Straflosigkeit zuzulassen, Gerechtigkeit sicherzustellen, von Verstößen abzuschrecken und auf Frieden hinzuarbeiten (General Assembly 2010g). Wieder wurden beide Seiten dazu angehalten, ihre Untersuchungen internationalen Standards entsprechend durchzuführen.

2.3.2. Resolutionen mit Berücksichtigung der Lage im Gazastreifen

Die gravierende humanitäre Lage im Gazastreifen gab Anlass zu weiteren Resolutionen, die sich vor allem mit der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation beschäftigten. Hierbei wurde nicht nur die herausragende Bedeutung verschiedener Unterstützungsmechanismen und der jüngsten, am 2. März 2009 in Sharm al-Sheikh abgehaltenen *International Conference in Support of the Palestinian Economy for the Reconstruction of Gaza* hervor gehoben. Die Staaten wurden auch dazu aufgerufen, palästinensischen Gütern auf heimischen Märkten möglichst günstige Konditionen zu gewähren und Hilfszusagen an die Palästinenser zu erfüllen.

¹⁰⁴ Da die Sitzungsperiode der Generalversammlung 2011 erst am 13. September beginnen wird, können die in der 66. Sitzung zu verabschiedenden Resolutionen leider nicht mehr in die Untersuchung einbezogen werden.

Die Generalversammlung forderte zudem eine effektive Implementierung des *Agreement on Movement and Access* vom 15. November 2005 und damit ein Ende der Abschottung. Dies gelte gerade für den humanitären Zugang zu den Palästinensern (General Assembly 2009a).¹⁰⁵

In einer weiteren Resolution wurde Israel dazu aufgerufen, eine Kompensation für die von seinen Militärkräften zerstörten Schulen, das Lager und die Hauptzentrale der UNRWA im Gazastreifen.¹⁰⁶ Die Resolution rief Israel weiterhin dazu auf, nach den in der *Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations* festgelegten Grundsätzen die Sicherheit des Personals von UNRWA, dem Schutz seiner Institutionen und der Sicherheit seiner Einrichtungen zu gewährleisten. Die Situation von UNRWA hätte sich durch die israelischen Angriffe finanziell und infrastrukturell massiv verschlechtert, so dass gerade jetzt der Zugang von Baumaterialien und Personal ungehindert vonstatten gehen müsse (General Assembly 2009c).¹⁰⁷ Auf die Zerstörung von Infrastruktur im Allgemeinen hob die Resolution 64/185 ab,¹⁰⁸ in der die Beeinträchtigung der Wasser- und Abwasserversorgung sowie die Umweltverschmutzungen und die Zerstörung von Rohstoffen insbesondere durch die israelischen Operationen im Gazastreifen mit Besorgnis zur Kenntnis genommen und Entschädigungen für die dadurch verursachten Schäden und Verluste eingefordert wurden (General Assembly 2009h).¹⁰⁹

Dass auch auf das *Occupied Palestinian Territory* die Genfer Konvention in Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten anwendbar sei, wurde abstrakt und ohne direkten Bezug zum Gazakonflikt erneut in den Resolutionen 64/92 und 65/103¹¹⁰ bestätigt. Diese Anwendbarkeit solle auch von Israel voll anerkannt werden (General Assembly 2009e; General Assembly 2010c). Zudem wurden die Berichte des *Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Palestinian People and Other Arabs of the Occu-*

¹⁰⁵ In der Nachfolgeresolution des Jahres 2010 gab es weder in den *Introductory* noch in den *Operative Clauses* größere Änderungen. Nach wie vor wurde die Lage im Gazastreifen als desolat beschrieben und zu Unterstützung aufgerufen; auch die Einforderung der Besatzungspflichten Israels und die Aufrufe zum Stopp des Siedlungsbaus bleiben nahezu die gleichen, siehe General Assembly 2010h.

¹⁰⁶ Bei der israelischen Operation vom 15. Januar 2009 waren drei Artilleriegranaten und sieben Phosphorgranaten auf das Lagerhaus und den Produktionsbetrieb des UNRWA Gebäudekomplexes in Gaza Stadt geschossen worden. Dabei waren durch die Phosphorgranaten massive Feuer ausgelöst worden, die mehrere Hundert Tonnen Lebensmittel vernichtet hatten. Zudem hatte die UNRWA neben etwa 120.000 Liter Benzin auch Medikamente, Lebensmittel und Kleidung eingelagert (Goldstone et al. 2009: 133-134). Zum Zeitpunkt der Angriffe hatten in dem Gebäudekomplex zwischen 600 und 700 Zivilisten Zuflucht vor den israelischen Angriffen gesucht und zwar "directly in response to Israeli warnings" (Goldstone et al. 2009: 134).

¹⁰⁷ Auch bezüglich UNRWA unterstrich die Nachfolgeresolution lediglich die Appelle an Israel, die Blockade im Hinblick auf den freien Waren- und Personenverkehr zu lockern. Gerade im Bildungsbereich hatte sich die Lage im Gazastreifen weiter verschlechtert; Schulgebäude konnten nicht wieder aufgebaut werden und es herrschte ein eklatanter Mangel an Klassenräumen. Zudem wurde eingefordert, die finanziellen Zusagen der Konferenz von Sharm al-Sheikh zu erfüllen. Nach wie vor hatten Teile der internationalen Angestellten von UNRWA wegen der unsicheren Lage im Gazastreifen das dortige Hauptquartier verlassen (General Assembly 2010a). Israel hatte für die Zerstörungen während der Operation „Gegossenes Blei“ inzwischen 10 Millionen US-Dollar Entschädigung an die UNRWA gezahlt, dabei jedoch betont, dass dies keinen Präzedenzfall statuieren würde. Von Seiten der Kräfte der Vereinten Nationen vor Ort wurden die Zahlungen als unzureichend eingestuft. Es war das erste Mal gewesen, dass Israel überhaupt eine Entschädigung für Schäden gezahlt hatte, die an VN-Einrichtungen in den besetzten Gebieten durch ihre Handlungen entstanden waren (The Times 2010).

¹⁰⁸ Hauptthema dieser Resolution und des Nachfolgedokuments war die Souveränität des Palästinensischen Volkes sowie der Syrer im Golan über die Nutzung natürlicher Rohstoffvorkommen (General Assembly 2009h; General Assembly 2010f).

¹⁰⁹ Die Nachfolgeresolutionen aus dem Jahr 2010 (General Assembly 2010f; General Assembly 2010e) beinhalteten nur unwesentliche Veränderungen, da von Israel zwar Schritte zur Erleichterung des Zugangs zum Gazastreifen angekündigt worden, die Politik jedoch nicht umfassend geändert worden war (General Assembly 2010e).

¹¹⁰ Die Inhalte der beiden Resolutionen sind nahezu wortgleich.

*pied Territories*¹¹¹ zum Gegenstand der Plenardebatte gemacht (General Assembly 2009d; General Assembly 2010b). Beide Berichte betonten, dass die Verhältnisse im Gazastreifen das Level einer humanitären Katastrophe erreicht hätten, was auf die Blockade insgesamt zurückzuführen sei, sich durch die Militäroperationen von 2008/2009 und der Verschärfung der Blockade in deren Nachgang aber noch einmal drastisch verschlechtert hätte (Ali et al. 2009: IV.; Ali et al. 2010: IV.). Als besonders bedenklich wurde eingestuft, dass die Bewohner des Gazastreifens wegen der Schließung aller Grenzübergänge sowohl nach Ägypten als auch nach Israel förmlich im Kriegsgebiet gefangen gewesen seien, ohne eine Möglichkeit zur Flucht (Ali et al. 2009: V.). Die Blockade stelle eine Kollektivbestrafung (Ali et al. 2010: VII.A.) dar.¹¹² Zudem kamen die Berichte zu dem Schluss, dass eingedenk der im Goldstone-Report angeprangerten Vorwürfe die israelischen Untersuchungen nicht von “effectiveness, independence and transparency” (Ali et al. 2010: V.C) zeugten. Das Komitee drängte daher in seinen Empfehlungen darauf “[to] intensify diplomatic efforts including the imposition of appropriate sanctions to enforce Israel’s compliance with [...] international humanitarian and human rights law” (Ali et al. 2009: VII.A.-B.), sowie dem Gazastreifen besondere Unterstützung zukommen zu lassen. In den betreffenden Resolutionen der Generalversammlung wurden die Empfehlungen insofern abgeschwächt, als die Praktiken und *Policies* lediglich missbilligt wurden, die die Menschenrechte der Palästinenser in den besetzten Gebieten verletzen, wobei die Gewaltanwendung gegen Zivilisten im Gazastreifen, die Zerstörung von Eigentum sowie Maßnahmen der Kollektivbestrafung besonders hervorgehoben wurden (General Assembly 2009d; General Assembly 2010b). Außerdem wurde die Blockade *per se* als “gross and grave violation of human rights” festgestellt. Forderungen nach Sanktionen, wie sie in den Empfehlungen des Berichtes enthalten waren, wurden nicht in die Resolution aufgenommen.¹¹³

¹¹¹ Dieses Komitee wurde bereits im Jahre 1968 durch die Resolution 2243 der Generalversammlung der VN eingesetzt und setzt sich jeweils aus drei Mitgliedsstaaten zusammen, die vom Präsidenten der Generalversammlung ernannt werden. Ihre Aufgabe ist es, der Generalversammlung über die Menschenrechtssituation in den besetzten Gebieten (die Golanhöhen, das Westjordanland, der Gazastreifen und Ostjerusalem) und israelischen Verhaltensweisen zu berichten. Gegenstand der Untersuchungen ist daher die Zivilbevölkerung in den nach 1967 durch Israel besetzten Gebieten (Ali et al. 2009: I-II).

¹¹² Der Bericht von 2010 stellte fest, dass “the closure of the Gaza Strip remained extreme, despite Israel’s announcement in June 2010 that it would ease the blockade of Gaza” (Ali et al. 2010: V.B.). Wichtige Materialien würden die Menschen nach wie vor nicht erreichen; zudem sei der Export von Gütern aus dem Gazastreifen durch die Blockade unmöglich. Dies führte dazu, dass den dort lebenden Palästinensern nicht nur das Recht auf adäquate Ernährung, Kleidung und Wohnung weitgehend verwehrt würde, sondern auch das Recht auf Arbeit und Gesundheit (Ali et al. 2009: C-E; Ali et al. 2010: V.E.-G.). Auch gegen das Recht auf Leben sei durch die gewaltvolle Konfliktaustragung mehrfach verstoßen worden. Allein im Gazastreifen waren zwischen Januar und Mai 2010 insgesamt 31 Palästinenser – darunter neun Zivilisten – und drei israelische Soldaten umgekommen. Vor allem die von Israel unilateral erklärte Pufferzone in dem palästinensischen Teil des Gebietes um die Mauer zwischen dem Gazastreifen und Israel hatte immer wieder auch friedliche Demonstranten das Leben gekostet (Ali et al. 2010: V.C.).

¹¹³ In den Resolutionen zu “Israeli practices affecting the human rights of the Palestinian people in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem” von 2009 und 2010 wurde auf ähnliche Punkte abgehoben wie in den Resolutionen zu den Berichten des Sonderkomitees. Allerdings werden im Gegensatz zu letzteren Resolutionen nicht nur die menschenrechtswidrigen Praktiken Israels angeprangert, sondern auch terroristische Akte und insbesondere gegen Israel gerichtete Raketenangriffe verurteilt. Wie schon mehrfach in anderen Resolutionen wird Israel zu einem Ende der Blockade, einem Baustopp der Mauer und dem Unterlassen von Siedlungsaktivitäten sowie zur Erfüllung seiner Pflichten unter internationalem Recht, zu einem Ende der Gewalt und zum Schutz von Zivilisten aufgerufen und die Mitgliedsstaaten zu politischer und wirtschaftlicher Unterstützung der Palästinenser vor allem im Gazastreifen angehalten. Auch diese beiden Resolutionen sind bis auf wenige Absätze – etwa die Berücksichtigung der Ankündigungen Israels, die Blockade zu lockern, in der Resolution von 2010 – deckungsgleich (General Assembly 2009f; General Assembly 2010d).

2.3.3. Deutsches Verhalten in der Generalversammlung

Wie angesichts der deutschen Äußerungen im Menschenrechtsrat zu erwarten war, stimmte Deutschland in der Generalversammlung für die Resolution ES-10/18, die der Resolution 1860 des Sicherheitsrates volle Unterstützung aussprach. Im Gegensatz dazu stimmte Deutschland gegen die Resolution 64/10, die sich erstmals mit dem Report der *Fact-Finding Mission* auseinandersetzte und Verfahren zum weiteren Umgang innerhalb der VN vorschlug, was eine Überstellung des Berichts an den Sicherheitsrat beinhaltete. Die *Follow-Up* Resolution von 2010 legte wie ihr Vorgängerdokument noch einmal nahe, im Falle mangelhafter Untersuchungen der Anschuldigungen des Reports durch die Konfliktparteien auch in Erwägung zu ziehen, den Sicherheitsrat zu weiterem Handeln aufzufordern. Die beiden Resolutionen unterschieden sich lediglich dadurch voneinander, dass letztere den Generalsekretär nicht mehr damit beauftragte, den Bericht an den Sicherheitsrat zu überstellen. Dennoch variierte das deutsche Abstimmungsverhalten: Es enthielt sich bei der *Follow-Up* Resolution 64/254. Bei beiden Voten fällt auf, dass Deutschland jeweils eine Stufe skeptischer abstimmte als die meisten anderen europäischen Staaten:¹¹⁴ Hatte eine Mehrheit der Europäer sich bei der ersten Resolution zum Goldstone-Report enthalten, so stimmten die meisten der Nachfolgeresolution zu.

Vergleicht man die deutschen Voten zum Gazakrieg und Goldstonereport mit denen zu anderen Resolutionen, die den Fokus auf allgemeinere Themen legen und Gaza nur als einen Punkt berücksichtigen, so lassen sich folgende Muster feststellen. Resolutionen, in denen völkerrechtswidrige Praktiken wie der Siedlungs- oder der Mauerbau als solche festgestellt und die Israelis dazu aufgerufen werden, sie zu unterlassen, ohne ein konkretes Verfahren für den Fall der Nichtumsetzung nahezulegen, wurden ebenso unterstützt wie Resolutionen, die die Konfliktparteien zur Einhaltung des internationalen Rechts aufforderten.¹¹⁵ Deutschland stimmte ebenfalls für Resolutionen, die zu ökonomischer Unterstützung für die Palästinenser aufriefen, ja sogar für solche, die Israel zu Entschädigungszahlungen an UNRWA und für zerstörte palästinensische Infrastruktur aufriefen.¹¹⁶ Dies umfasst die meisten der verabschiedeten Resolutionen zum israelisch-palästinensischen Konflikt. Ausgenommen sind neben den oben analysierten Resolutionen zum Gazakrieg und zum Report der *Fact-Finding Mission* lediglich die beiden Resolutionen zu *Work of the Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Palestinian People and Other Arabs of the Occupied Territories*,¹¹⁷ bei denen Deutschland sich enthielt. Worin liegt nun der Unterschied zu den anderen Resolutionen? Zunächst kann man festhalten, dass das variiere Verhalten nicht am Thema Menschenrechte und Völkerrecht im Allgemeinen liegen kann, denn in weiteren diesbezüglichen

¹¹⁴ Eine Ausnahme stellen interessanter Weise die Niederlande und Italien dar, die auch im Menschenrechtsrat jeweils gemeinsam mit Deutschland ein tendenziell negatives Votum abgegeben hatten.

¹¹⁵ Siehe Resolutionen 64/19 (General Assembly 2009a), 65/16 (General Assembly 2010h), 64/92 (General Assembly 2009e), 65/103 (General Assembly 2010c), 64/94 (General Assembly 2009f), 65/105 (General Assembly 2010d).

¹¹⁶ Siehe Resolutionen 64/19 (General Assembly 2009a), 65/16 (General Assembly 2010h), 64/89 (General Assembly 2009c), 65/100 (General Assembly 2010a), 64/185 (General Assembly 2009h), 65/179 (General Assembly 2010f).

¹¹⁷ Siehe Resolutionen 64/91 (General Assembly 2009d) und 65/102 (General Assembly 2010b).

Resolutionen votierte Deutschland positiv.¹¹⁸ Die nicht unterstützten Resolutionen haben Folgendes gemeinsam: Sie fordern Israel zu einer Kooperation bei Untersuchungen durch Komitees der VN auf, sie fokussieren auf Verstöße seitens der Israelis – teilweise ohne Erwähnung der palästinensischen Verstöße – oder sie fordern konkrete Maßnahmen und Verfahrensweisen innerhalb der VN oder sie beinhalten alle drei Elemente. Daraus lassen sich zwei Erklärungen für das deutsche Verhalten schließen. Erstens scheint es den deutschen Diplomaten wichtig zu sein, dass in Resolutionen Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte von beiden Konfliktparteien Erwähnung finden. Dies deckt sich mit der oben wiedergegebenen Begründung für das deutsche Abstimmungsverhalten im Menschenrechtsrat. Zweitens scheint Deutschland diejenigen Resolutionen vermeiden zu wollen, die konkrete politische und rechtliche Folgen für Israel haben könnten, wobei hierunter insbesondere eine Behandlung durch den Sicherheitsrat fällt. Denn alle unterstützten Resolutionen gehen über Appelle letztlich nicht hinaus, während diejenigen Resolutionen, die nicht unterstützt oder sogar abgelehnt wurden, konkrete Folgen für die Nichteinhaltung bestimmter Forderungen anmahnen.

3. Reaktionen der deutschen Politik

Die obige Analyse des deutschen Verhaltens in den VN lässt nur wenig Rückschluss auf die Motive für diese Entscheidungen zu. Dies liegt zum einen daran, dass Deutschland nur selten eine direkte Rechtfertigung seiner Voten abgab. Zum anderen funktionieren Rechtfertigungsmuster im internationalen und vor allem diplomatischen Rahmen sicherlich nach einer eigenen Logik: Sie sind zurückhaltend und meist eher kurz.

Um Aufschlüsse über die Triebfedern hinter dem deutschen Verhalten zu erhalten, scheint eine Betrachtung der innerdeutschen politischen Diskurse sinnvoll. Zunächst bietet es sich an, die Äußerungen von Regierungsmitgliedern zu analysieren: Diese richten sich sowohl an das eigene Volk als auch an ein mögliches internationales Auditorium und bilden somit eine Schnittstelle. Als noch ausführlicher und kritischer dürften sich die Debatten innerhalb des Bundestages erweisen. Hierbei steht zu erwarten, dass Angehörige der Regierung und Regierungsparteien auch auf „unangenehme“ Themen angesprochen und von ihnen fundierte Begründungen deutschen Verhaltens eingefordert werden.

Im Folgenden sollen zunächst die Äußerungen wesentlicher Akteure der Außenpolitik zum Gazakonflikt und seinen Folgen untersucht werden. Darunter werden hier die Bundeskanzlerin und die Außenminister verstanden. Dies gilt für den vorliegenden Fall insbesondere deswegen, weil einerseits „Angela Merkel die Beziehungen zu Israel zur Chefsache“ (Asseburg/Busse 2011: 702) gemacht hatte, Frank-Walter Steinmeier jedoch während der Geschehnisse in Gaza ein stärkeres Profil in Bezug auf die Region entwickelte (Asseburg/Busse 2011: 702).

¹¹⁸ Für Menschenrechte siehe Resolutionen 64/92 (General Assembly 2009e) und 65/103 (General Assembly 2010c), Völkerrecht im Allgemeinen: 64/19 (General Assembly 2009a), 65/16 (General Assembly 2010h), 64/92 (General Assembly 2009e), 65/103 (General Assembly 2010c).

3.1. Die Bundesregierung

Im Gegensatz zu den obigen Ausführungen zu den Vereinten Nationen geht es in diesem Teil weniger darum, einen Prozess nachzuzeichnen, als vielmehr darum, Argumentationsmuster und Standpunkte aufzudecken und in ihrer Dominanz zu untersuchen. Die Darstellung erfolgt daher nicht chronologisch sondern anhand von Argumenten. Untersuchungsmaterial sind Reden und Stellungnahmen der betreffenden Akteure sowie Antworten der Bundesregierung auf kleine Anfragen, Pressemitteilungen und Pressekonferenzen.

3.1.1. Zuweisung von Schuld und Bedingungen für eine Waffenruhe

Zwar war sich die Bundesregierung von Anfang an einig, dass die Rückkehr zum politischen Prozess und zu diplomatischen Lösungen dringend notwendig sei und der Wiedereinstieg in die Friedensverhandlungen mit dem Ziel einer Zweistaatenlösung gelingen müssten (Auswärtiges Amt 2008c; 2009c; 2009g; Bundesregierung 2008; 2009d; 2009e; 2009i; 2009p; 2009t; 2009w). Kanzlerin und Außenminister teilten die Überzeugung, dass es keine militärische Lösung des Konfliktes geben könnte. Allerdings würde ein Waffenstillstand als Basis für die Suche nach politischen Lösungen bestimmten Bedingungen unterliegen.

Kurz nach Ausbruch der Kampfhandlungen im Gazastreifen drückte Frank-Walter Steinmeier in einem Telefonat mit seiner Amtskollegin Livni seine Besorgnis über die Lage im Gazastreifen aus und betonte, dass der Bundesregierung für die Aufkündigung der Waffenruhe jegliches Verständnis fehle (Auswärtiges Amt 2008a). Israel habe „legitime[s] Recht [...], sich selbst zu verteidigen“ (Auswärtiges Amt 2008a) und es sei eine Situation zu schaffen, die seine Sicherheit gewährleiste (Auswärtiges Amt 2009d). Bundeskanzlerin Merkel machte diesen Standpunkt noch deutlicher. Zwar zeigte auch sie sich über die Lage im Gazastreifen sehr besorgt (Bundesregierung 2009e; 2009i), ließ jedoch keinen Zweifel über die Schuldfrage zu: „Die Verantwortung für die Entwicklung der Lage in der Region [liege] eindeutig und ausschließlich bei der Hamas“ (Bundesregierung 2008), so hätte sie in einem Telefongespräch in Übereinstimmung mit Ehud Olmert festgestellt. Es sei wichtig, „dass bei der Beurteilung der Situation im Nahen Osten Ursache und Wirkung nicht vertauscht oder in Vergessenheit geraten“ (Bundesregierung 2008; siehe auch Bundeskanzlerin 2008b). Der „Terror der Hamas“ (Bundeskanzlerin 2008b) sei „die Ursache und der Anlass für die [israelische] Operation“ (Bundesregierung 2009d). Es sei das „legitime Recht Israels [...], die eigene Bevölkerung zu schützen und das eigene Territorium zu verteidigen“ (Bundesregierung 2008). An dieser Haltung änderte auch der Hinweis der LINKEN in einer kleinen Anfrage nichts, dass Israel den Waffenstillstand 2008 durch eine Militäraktion in einem Tunnelsystem im Gazastreifen gebrochen habe und die Hamas mit Raketenangriffen reagiert habe. Die Bundesregierung erkannte dieses Faktum unkommentiert an (Bundesregierung 2009v).

Entsprechend dieser Zuweisung von Verantwortung lauteten denn auch die Appelle, die nachdrücklich an die Hamas gerichtet wurden: Der Raketenbeschuss sei sofort und dauerhaft einzustellen (Auswärtiges Amt 2008a; 2008b; 2008c; 2009a; 2009d; Deutsche Botschaft Beirut

2009b). Dies wurde für die Kanzlerin auch zur Vorbedingung einer Waffenruhe: Die Sicherheit Israels müsse gewährleistet werden (Bundesregierung 2009b; 2009d; 2009e; 2009j; 2009l), was nur durch die Unterbindung des Schmuggels von Waffen nach Gaza (Bundesregierung 2009b; 2009c; 2009i; 2009n) und ein Ende des Raketenbeschusses durch die Hamas (Bundesregierung 2009e; 2009i) zu verwirklichen sei. Ohne die Erfüllung dieser Sicherheitsgarantien für Israel sei eine Waffenruhe nicht denkbar (Bundesregierung 2009g); nur wenn der Raketenbeschuss aufhören würde, könnte auch die israelische Militäraktion beendet werden (Bundesregierung 2008; Bundeskanzlerin 2009b). Erst dann könnten auch die Grenzen zum Gazastreifen kontrolliert wieder geöffnet werden (Bundesregierung 2009e), wobei der Grenzübergang Rafah Priorität habe (Bundesregierung 2009i). Ein Ende des Waffenschmuggels stellte auch für Steinmeier die Voraussetzung einer Grenzöffnung dar. Im Gegensatz zu Merkel sprach er jedoch nicht davon, dass dies die Bedingung für eine Waffenruhe, sondern für einen dauerhaften Waffenstillstand sei (Auswärtiges Amt 2009b; 2009h; 2009i).

3.1.2. Priorität der Humanitären Hilfe

Für ihn hatte von Anfang an Priorität, dass die humanitäre Hilfe die palästinensische Zivilbevölkerung erreichte; Steinmeier wurde nicht müde, diesen Punkt immer wieder anzumahnen (Auswärtiges Amt 2008a; 2008b; 2008c; 2008d; 2009d; 2009e; Bundesregierung 2009d; Deutsche Botschaft Beirut 2009a). Auch die Kanzlerin insistierte, dass humanitäre Hilfe ohne Hindernisse ermöglicht werden müsse (Bundesregierung 2008). Sprach Steinmeier gegenüber dem palästinensischen Präsidenten Abbas am Anfang noch von einer „humanitären Katastrophe“ (Auswärtiges Amt 2008c), so schwächte er sein Vokabular im Verlauf immer weiter ab, über eine „humanitäre Krise“ (Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères 2009) bis hin zu einer „äußerst schwierig[en]“ (Auswärtiges Amt 2009b) oder „kritischen Lage“ (Bundesregierung 2009j; 2009l).¹¹⁹ Um dem Anspruch, sich der humanitären Lage zuvörderst anzunehmen, auch mit Taten gerecht zu werden, machte Steinmeier schnell finanzielle Zusagen – oder rief diese in Erinnerung. Zunächst wies er auf die jüngste Aufstockung des Budgets für Entwicklungsprojekte in Gaza hin und stellte eine Anhebung der Unterstützung für die UNRWA im Jahr 2009 auf 8 Millionen Euro in Aussicht (Auswärtiges Amt 2008a).¹²⁰ Zusätzlich stellte die Bundesregierung bereits am 30. Dezember weitere zwei Millionen Euro Soforthilfe zur Unterstützung der Arbeit des IKRK im Gazastreifen zur Verfügung (Auswärtiges Amt 2008d; Bundesregierung 2009d), von der er sich im Januar bei einem Gespräch mit dem Präsidenten des IKRK selbst überzeugte (Auswärtiges Amt 2009e). Mehrfach wurde nicht nur auf die Mittelaufstockung für verschiedene Bereiche, sondern auch auf die rege Zusammenarbeit mit verschiedenen NGOs hingewiesen (Bundesregierung 2009p).

¹¹⁹ Dies ist insofern interessant, als die ersten Berichte über die Situation im Gazastreifen auf keinerlei Verbesserung hindeuteten (siehe bspw. Security Council 2009h).

¹²⁰ Interessanterweise schrumpfte das Gesamtbudget für die UNRWA, die sich auch um palästinensische Flüchtlinge in Jordanien, dem Libanon und Syrien kümmert, im Jahre 2009 von 12,3 auf 11,6 Millionen (Bundesregierung 2010e: 77). Vermutlich handelte es sich bei der „Aufstockung“ der Mittel um eine Verschiebung innerhalb des Budgets in Richtung Gaza.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen sicherte er deutsche Unterstützung beim Wiederaufbau im Gazastreifen zu (Auswärtiges Amt 2009b; 2009i) und sagte auf der internationalen Wiederaufbaukonferenz in Sharm al-Sheikh einen deutschen Beitrag von 150 Millionen Euro zu, die vom Auswärtigen Amt und dem BMZ zur Verfügung gestellt würden (Auswärtiges Amt 2009b). Im Sinne einer Stabilisierung der Waffenruhe signalisierte Steinmeier auch früh die deutsche Bereitschaft, Ägypten bei der schwierigen Aufgabe einer effektiven Grenzkontrolle zu unterstützen (Auswärtiges Amt 2008a). Zudem würde die europäische Grenzmission in Rafah ihre Arbeit wieder aufnehmen, sofern ein Einverständnis aller Parteien vorläge (Auswärtiges Amt 2009a).¹²¹ Das deutsche Angebot für einen Beitrag zur Grenzsicherung sollte sich auf Unterstützung durch technisches Gerät, Fachpersonal oder Ausbildung beschränken, so dass kein Eingriff in die ägyptische Souveränität oder Exekutivaufgaben zu befürchten stünde. Von Anfang an war auch klar, dass sich die deutsche Hilfe nicht aus ägyptischem Territorium hinaus bewegen würde (Bundesregierung 2009j); eine Beteiligung der Deutschen an einer seeseitigen Kontrolle käme für Deutschland „nicht in Betracht“ (Bundesregierung 2009p).

Steinmeier versuchte, einen Arbeitsplan vorzulegen, wie man in fünf Schritten weiter mit dem Nahostkonflikt verfahren könnte (Auswärtiges Amt 2009f), wobei er damit das Ziel verfolgte, europäisches Handeln zu vereinheitlichen (United Nations 2009). Der Plan setzte als oberste Priorität den effektiven Zugang der Zivilbevölkerung zu humanitärer Hilfe. In einem zweiten und dritten Schritt solle in Zusammenarbeit mit Ägypten der Waffenschmuggel bekämpft werden, so dass die Grenze zu Rafah geöffnet werden könnte. Mittelfristig solle der Wiederaufbau in Gaza sowie eine Wiederbelebung des Friedensprozesses eingeleitet werden (Deutsche Welle 2009).

Der Außenminister brachte den von ihm entwickelten Plan auch beim Ratstreffen der europäischen Außenminister am 26. und 27. Januar 2009 in Brüssel ein. Die fünf Punkte fanden sich so auch im Ratsbeschluss wieder, der dem Beenden des humanitären Leids im Gazastreifen ebenfalls höchste Priorität einräumte. Um eine sichere Grenzöffnung zu ermöglichen, unterbreitete die EU Ägypten das Angebot, die EUBAM nicht nur zu reaktivieren, sondern ihre Tätigkeiten auszuweiten, sofern dies gewünscht sei. Der Rat der EU kündigte zudem eine Aufstockung der finanziellen Hilfen insbesondere für die UNRWA an und bekräftigte seinen Willen, einen substantiellen Beitrag beim Wiederaufbau zu. Eine Rückkehr zu Friedensverhandlungen müsse am Ende dieses Prozesses stehen (Rat der Europäischen Union 2009).

Im Sinne der von ihm gesetzten Priorität auf eine rasche Verbesserung der humanitären Lage war es dann auch Steinmeier, der sich schnell für eine humanitäre Waffenruhe einsetzte (Auswärtiges Amt 2008d; 2009a; 2009c; 2009f; Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères 2009). Er war auch derjenige, der nicht nur die Sicherheit Israels einforderte, son-

¹²¹ Die sog. *European Union Border Assistance Mission in Rafah* besteht seit November 2005 und soll die Vorgänge am Grenzübergang zwischen Ägypten und dem Gazastreifen überwachen. Sie wurde in Folge des *Agreement on Movement and Access* zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und Israel eingerichtet, das eine Kontrolle der Einhaltung der vorgesehenen Regeln durch die PA vorsieht. Diese Kontrollfunktion soll laut Abkommen eine Drittpartei übernehmen, für die die EU ausgewählt wurde. Seit Juni 2007 befindet sich die Mission auf Grund der politischen Lage im *Standby* Modus (Europäische Union 2011).

dem auch die der Palästinenser (Auswärtiges Amt 2009e; Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères 2009; Bundesregierung 2009p). Diese Waffenruhe solle zunächst stabilisiert (Auswärtiges Amt 2009e; 2009h) und dann in einen dauerhaften Waffenstillstand überführt werden (Auswärtiges Amt 2008c; 2008d; 2009c; 2009f; 2009i; Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères 2009; Bundesregierung 2009h; 2009j; 2009o; 2009p; 2009w; Deutsche Botschaft Beirut 2009a; 2009b). Er begrüßte, dass Israel einen humanitären Korridor schaffen wollte (Auswärtiges Amt 2009e) und später auch die einseitig durch Israel erklärte Waffenruhe (Deutsche Botschaft Beirut 2009b). Mit Erleichterung quittierte er, dass „nun endlich auch Hamas zu einer Waffenruhe bereit“ (Deutsche Botschaft Beirut 2009a) schien.

Für den Außenminister war der Zeitpunkt einer humanitären Waffenruhe früher gekommen als für die Kanzlerin. Dies wurde auch deutlich, als bei einer Pressekonferenz nachgehakt wurde, warum die Kanzlerin sich nicht für eine sofortige humanitäre Waffenruhe eingesetzt habe. In der Antwort verwies der Sprecher der Kanzlerin wiederum darauf, dass eine solche an bestimmte Bedingungen gekoppelt sei, die mit Israels Sicherheit zusammenhingen. Noch kurz zuvor hatte sein Kollege aus dem Außenministerium erklärt, es gebe Bedingungen für einen Waffenstillstand (Bundesregierung 2009d). Dass der feine Unterschied zwischen einem Waffenstillstand und einer Waffenruhe rhetorisch unterschlagen wurde, legt den Schluss nahe, dass hier eine Uneinigkeit in Bezug auf den geeigneten Zeitpunkt für eine humanitäre Waffenruhe kaschiert werden sollte. Dazu passt, dass die Kanzlerin erstmalig in einer gemeinsamen Erklärung mit ihrem britischen Kollegen Brown am 15. Januar dafür plädierte, eine humanitäre Waffenruhe herbeizuführen (Bundesregierung 2009k), der Sprecher des Außenministeriums die Zeit für eine solche schon am 12. Januar als „reif“ erachtete (Bundesregierung 2009j), Steinmeier den Begriff jedoch bereits am 30. Dezember 2008 ins Spiel gebracht hatte (Auswärtiges Amt 2008d).

3.1.3. Appelle an verschiedene Akteure

Einen effektiven Transmissionsriemen für die Forderungen an die Hamas erhoffte sich die BRD von den gerne als „konstruktive arabische Partner“ (Zeit 2008) bezeichneten Anrainern der Region. Dabei kam Ägypten in den Augen der Bundesregierung eine Schlüsselrolle zu, nicht nur im Friedensprozess im Allgemeinen, sondern auch in dieser Situation der Eskalation.

Standen am Anfang des Konfliktes noch Bemühungen der Arabischen Liga, die sich bereits Ende Dezember mit dem Generalsekretär der VN getroffen hatte, um über eine mögliche Waffenruhe zu beraten (CBS News 2008), kristallisierte sich schnell eine ägyptische Führungsrolle heraus. Dies lag zum einen an den massiven Protesten der Bevölkerung in diversen arabischen Staaten, in denen den Palästinensern Solidarität bekundet, der Arabischen Liga jedoch Unfähigkeit attestiert wurde: Sie stünden nicht stark genug für die Interessen der Bevölkerung des Gazastreifens ein (CNN World 2008). Zum anderen hatte Ägypten sich mehrfach in der Vermittlerrolle bewährt, auch wenn es bei der Bevölkerung im eigenen Land und anderen arabischen Staaten für sein freundschaftliches Verhältnis mit Israel und den USA immer mehr unter Kritik geriet (CNN World 2008). Dennoch ergriff Ägypten auch in diesem Konflikt wieder die Initiative.

Mubarak stellte am 7. Januar 2009 gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Sarkozy einen Plan vor, wie man zu einer möglichst schnellen Waffenruhe kommen könnte, auf den sich auch die Resolution 1860 bezog.¹²² Hatte die BRD am Anfang noch die vereinten Bemühungen innerhalb der Arabischen Liga unterstützt (Auswärtiges Amt 2009a) und sowohl an sie als auch an die OIC appelliert, ihren jeweiligen Einfluss auf Hamas geltend zu machen, um den Raketenbeschuss zu stoppen (Auswärtiges Amt 2009c; Bundesregierung 2009e), so schwenkte man nach der Vorstellung der ägyptischen Pläne auf diese Linie ein. Steinmeier würdigte gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Kouchner „die fortwährenden ägyptischen Bemühungen um ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzung“ (Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères 2009) und sprach dem Plan die volle Unterstützung der Bundesregierung aus (Auswärtiges Amt 2009h). Auch Angela Merkel hob mehrfach die zentrale Rolle Ägyptens bei der Vermittlung eines Waffenstillstands hervor (Bundesregierung 2009i) und sicherte Mubarak gemeinsam mit dem britischen Premierminister Gordon Brown und dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy nicht nur volle Unterstützung zu, sondern auch eigene Mithilfe zur Unterbindung des Waffenschmuggels in Form von konkreten Maßnahmen (Bundesregierung 2009n).¹²³ Ägypten stellte zudem den eingeübten und gut funktionierenden Kommunikationskanal des Westens mit der Hamas dar (Bundesregierung 2009p), was nach Ansicht der Bundesregierung jedes Überdenken der deutschen Haltung gegenüber der Hamas obsolet machte: Direkte Gespräche brächten zum einen keinen Mehrwert (Bundesregierung 2009p) und seien zum anderen so lange undenkbar, wie die Terrororganisation auf „vollkommen inakzeptable Weise gegen Israel hetzt und die Existenz Israels nicht anerkenn[e]“ (Bundesregierung 2009p). Mehrfach betonten Sprecher der Bundesregierung, dass als Gesprächspartner auf der palästinensischen Seite generell nur Akteure in Frage kämen, die das Existenzrecht Israels bedingungslos anerkannten (Bundesregierung 2009h; 2009u; 2009w; 2010a), was auch den Bedingungen des Nahost-Quartetts entspreche.

Neben den Appellen an die arabischen Staaten, ihre Verantwortung in der Region wahrzunehmen, setzte die Bundesregierung auf eine starke Rolle und enge Kooperation mit den USA (Auswärtiges Amt 2009g; 2009i; Bundesregierung 2008). Dies galt insbesondere für die Rückkehr zum politischen Prozess und dem Hinwirken auf eine Zweistaatenlösung, die immer wieder als einzige dauerhafte Lösung herausgestellt wurde und für die gerade in die neue US-Administration und den amerikanischen Sondergesandten neue Hoffnung gesetzt wurde (Bundeskanzlerin 2009a). Deutschland wolle hier gemeinsam mit seinen europäischen Partnern

¹²² Der ägyptische Vorschlag war ein umfassender Friedensplan, für den Verhandlungen über die sichere Grenzöffnung Rafah einen Schritt in Richtung eines Waffenstillstandes darstellen sollte. Die Sicherung der Grenzen sollte als wesentliche Verbesserung gegenüber dem *status quo ante* einen Fortschritt für den Friedensprozess darstellen (Reuters France 2009).

¹²³ Dass kurz zuvor auch eine EU-Troika unter tschechischer Ratspräsidentschaft in die Region gereist war, um sich ein Bild der Lage zu machen, von dem französisch-ägyptischen Vorstoß jedoch zunächst wusste, war Anlass für den ehemaligen Außenminister Joschka Fischer, die Nahostpolitik der EU als „Flohziirkus“ (Focus 2009) zu bezeichnen. Er kritisierte auch die deutsche Bundesregierung, die ihr Gewicht nicht ausreichend für eine einheitliche europäische Linie eingesetzt hätte (Focus 2009). Fischer lobte die Kanzlerin jedoch für ihr klares Bekenntnis zur Solidarität mit Israel, die er als „Teil unserer Staatsräson seit Gründung der Bundesrepublik“ (Focus 2009) bezeichnete. Sollten der Steinmeier-Plan und seine Berücksichtigung im Ratsbeschluss von Ende Januar 2009 als Reaktion auf diese harsche Kritik zu verstehen sein, bleibt fraglich, ob eine weitere Strategie nicht vielmehr zusätzliche Unklarheit über die europäische Position auslöste.

ebenfalls Verantwortung übernehmen (Bundeskanzlerin 2009a). Allerdings wurde auch die aktivere Beteiligung der internationalen Gemeinschaft insgesamt nicht ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang wurde die Resolution 1860 als „wichtiges Signal der internationalen Staatengemeinschaft an beide Seiten“ (Auswärtiges Amt 2008b) im Sinne einer Deeskalation sowie als Bestätigung der deutschen Position angesehen (Bundesregierung 2008; 2009j). Steinmeier äußerte am 3. Januar die Hoffnung, der Sicherheitsrat würde sich noch einmal mit der Frage nach einer schnellen und effektiven Waffenruhe beschäftigen, und schlug vor, über „die Entsendung von Beobachtern unter VN-Dach unter der Voraussetzung [nachzudenken], dass alle Parteien zustimmen und verbindlich auf jegliche Gewaltanwendung verzichten“ (Auswärtiges Amt 2009c). Auch Merkel hielt eine internationale Unterstützung der Waffenruhe für möglich und animierte ihren türkischen Kollegen Erdogan, im Sicherheitsrat entsprechende Ansätze zu schaffen (Bundesregierung 2009c; 2009e). Später jedoch bezog sich die Bundesregierung nur mehr auf die Resolution 1860 des Sicherheitsrates, die Grundlage aller Bemühungen sein müsste, und stellte Forderungen nach einer weiteren Befassung durch den Sicherheitsrat ein (Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères 2009; Bundesregierung 2009i). Von Anfang an herrschte bezüglich eines möglichen Einsatzes von Friedenstruppen zudem die Meinung vor, „dass der Ruf nach internationalen Truppen möglicherweise nicht der Schlüssel zur Lösung des Konflikts ist“ (Bundesregierung 2008). Für Deutschland gelte in dieser Frage ohnehin eine „historisch verständliche Zurückhaltung“ (Bundesregierung 2008). Dennoch bekräftigte Merkel, dass „Deutschland [...] sich seiner Verantwortung bewusst [sei] und [...] ihr gerecht [werde]“ (Bundeskanzlerin 2009b), als sie zu einer Teilnahme an einer etwaigen internationalen Mission, die den Raketenbeschuss durch die Hamas effektiv unterbinden würde. Zwar werde man sich mit der Frage erst beschäftigen, wenn sie sich tatsächlich stelle; man habe bereits beim UNIFIL-Einsatz das deutsche Verantwortungsbewusstsein unter Beweis gestellt.

3.1.4. Kritische Zwischentöne

Wie oben dargelegt, waren die hohen Opferzahlen der Operation „Gegossenes Blei“ und auch der große Anteil an Zivilisten früh bekannt. Dementsprechend überraschend ist, dass die besorgten Äußerungen der Bundesregierung sich fast ausschließlich auf die humanitäre Lage im Gazastreifen bezogen. Der Appell zum Schutz von Zivilisten wurde nur in Bezug auf die Einstellung des Raketenbeschusses durch die Hamas laut. Eine Ausnahme stellen die Schlussfolgerungen des Rates der EU vom 27. Januar 2009 dar, in denen der Verlust von Leben während des Konflikts und insbesondere die zivilen Opfer beklagt werden. Alle Seiten wurden dazu angehalten, die Menschenrechte zu achten und ihren Verpflichtungen unter dem humanitären Völkerrecht nachzukommen, und die EU würde “follow closely investigations into alleged violations of international humanitarian law” (Rat der Europäischen Union 2009). Da die Schlussfolgerungen von Deutschland mit getragen wurden, können sie als Teil der deutschen Haltung angesehen werden.

Lediglich in den ersten Tagen des Konfliktes ließen sich auch von Außenminister Steinmeier Andeutungen vernehmen, die Israel zum Einhalten des humanitären Völkerrechts aufriefen, wenn auch eher implizit. So stimmte Steinmeier in Gesprächen mit dem EU-Außenbeauftragten Solana und seinem tschechischen Amtskollegen darin überein, dass Israel „seinerseits alles tun [müsse], um zivile Opfer zu vermeiden“ (Auswärtiges Amt 2008b). Nach seinem Gespräch mit der israelischen Außenministerin Livni bekräftigte Steinmeier diesen Aufruf und erklärte zudem, Israel habe „bei den Militäraktionen das Gebot der Verhältnismäßigkeit zu respektieren“ (Auswärtiges Amt 2008a). Diese beiden Forderungen wiederholte Steinmeier gegenüber dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Abbas am 29. Dezember 2008 zum letzten Mal (Auswärtiges Amt 2008b); allerdings wurden sie in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN noch einmal zitiert (Bundesregierung 2009v). Kanzlerin Merkel war in dieser Hinsicht zurückhaltender: Zwar bekräftigte sie zu Beginn der Operation gegenüber dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert, „dass alles dafür getan werden muss, um zivile Opfer in dieser Situation zu vermeiden“ (Bundesregierung 2008), tat jedoch gleichzeitig ihre Überzeugung kund, dass Israel dieser Maxime ohnehin folgte und sich um eine Eingrenzung der humanitären Kriegsfolgen bemühte (Bundesregierung 2008; 2009j). Direkt auf die Verwendung des völkerrechtlich belegten Begriffs der Verhältnismäßigkeit angesprochen, erklärte der Sprecher des Auswärtigen Amtes Peschke, dass der Zusammenhang der Aussage Steinmeiers der folgende gewesen sei: Einerseits hätte er die Hamas dringend aufgefordert, den Raketenbeschuss israelischer Siedlungen einzustellen, und andererseits hätte er – wie die Kanzlerin – auch an Israel appelliert, „alles zu tun, um zivile Opfer zu vermeiden und bei den Aktionen *sozusagen* das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen“ (Bundesregierung 2008, Hervorhebungen H.P.). Damit sei klar zu erkennen, dass die Bundesregierung eine „einheitliche Linie“ (Bundesregierung 2008) verfolge.

Nach dieser Pressekonferenz beschränkte sich Steinmeier darauf, „seine große Sorge über das Andauern der Kampfhandlungen“ (Auswärtiges Amt 2009a) auszudrücken, die in seinen Augen nicht nur die bisherigen Ergebnisse der Friedensverhandlung gefährdeten, sondern auch das Risiko bargen, „die Position gesprächsbereiter Kräfte auf arabischer Seite“ (Auswärtiges Amt 2009a) zu untergraben. Dieses Argument weitete Steinmeier bei einem Besuch in Jerusalem aus, bei dem sich sein Ton wieder verschärfte. Er verurteilte die israelischen Angriffe auf Einrichtungen der UNO und ein Krankenhaus im Gazastreifen und warnte Israel davor, dass sie Gefahr liefen, internationale Unterstützung zu verlieren: „Das sind militärische Angriffe und Eskalationen, die unakzeptabel sind“ (Spiegel 2009). Auch in diesem Fall musste Sprecher Peschke sich den Nachfragen der Journalisten stellen. Interessanterweise betonte dieser nicht noch einmal, dass der Außenminister die Angriffe auf das VN-Hauptquartier und das Krankenhaus verurteilt hatte, sondern machte vielmehr den aus israelischer Perspektive pragmatischen Gesichtspunkt stark: „Dinge wie der gestrige Angriff [...] [stellen eine Eskalation dar], die Israel doch Gefahr laufen lässt, internationale Unterstützung in einem bedrohlichen Ausmaß zu verlie-

ren und internationale Kritik in einem verstärkten Maße auf sich zu ziehen. [...] Er [Steinmeier, H.P.] hat deutlich gemacht, dass man sozusagen die strategischen Kosten einer fortgesetzten Militäraktion angesichts der laufenden Ereignisse jederzeit und immer stärker bedenken muss“ (Bundesregierung 2009l).

3.1.5. Umgang mit dem Goldstone-Report und den erhobenen Vorwürfen

Als die ersten Berichte über schwerwiegende Menschenrechtsverstöße seitens Israels während der Operationen im Gazastreifen im Juli 2009 von Amnesty International veröffentlicht worden waren, wurde das Thema auch bei Pressekonferenzen auf die Tagesordnung gesetzt. Ob derartige Vorwürfe durch den Außenminister bei seinen Gesprächen in Israel aufgegriffen würden, beantwortete man damit, dass die Bundesregierung gegenüber Israel immer wieder sein eigenes Interesse verdeutlicht habe, die Vorfälle aufzuklären und zu bereinigen. Der Bericht von Amnesty International sei der Regierung noch nicht bekannt. Allerdings verweise sie auf die laufenden Untersuchungen Israels und der VN, für die man Israel zur Kooperation aufgerufen habe. Als Reaktion auf die frühe Anfrage der GRÜNEN, die den völkerrechtlich geächteten Gebrauch von Waffen thematisierte, zog sich die Bundesregierung auf laufende Ermittlungen und ungesicherte Erkenntnisse zurück (Bundesregierung 2009r) oder wies darauf hin, dass Israel manche Abkommen nicht ratifiziert habe (Bundesregierung 2009v). Man vertraue auf die israelischen Untersuchungen „mit der gebotenen Gründlichkeit und Dringlichkeit“ (Bundesregierung 2009t). Dass eine internationale Untersuchung überhaupt einen Mehrwert bringen sollte, zweifelte die Bundesregierung an (Bundesregierung 2009t). Allerdings unterstütze sie die Untersuchung des Beschusses von VN-Stellen (Bundesregierung 2009u). Ob die deutsche Position kompatibel sei mit den von Javier Solana geforderten internationalen Untersuchungen, wurde nicht beantwortet (Bundesregierung 2009u). Vordringlich seien die konkrete Verbesserung der Lebenssituation im Gazastreifen und das Aufrechterhalten der prekären Ruhe. In diesem Rahmen würde das Thema Gaza auch angesprochen werden (Bundesregierung 2009a; 2009t). Schon früh wurde durch Pressevertreter auch die Möglichkeit angesprochen, dass bestimmte Verbrechen nach dem Weltrechtsprinzip auch vor nationalen Gerichten angeklagt werden könnten. Man bestätigte, dass solche Möglichkeiten auch in Deutschland bestünden, das über ein Völkerstrafgesetz verfüge. Allerdings läge die Annahme solcher Fälle in den Händen der ermittelnden Behörden und bisher sei noch keine derartige Klage bekannt (Bundesregierung 2009x). Als schließlich der Goldstone-Bericht veröffentlicht wurde, sahen sich die Regierungsvertreter zunächst angesichts des Umfangs und der Komplexität nicht in der Lage, dazu Stellung zu beziehen; der Bericht müsse erst eingehend geprüft und bewertet sowie mit den Partnern in der EU abgestimmt werden. Auch eine Beurteilung der israelischen Verweigerung einer Zusammenarbeit mit der Goldstone-Kommission wolle man nicht abgeben; es sei eine „Entscheidung der israelischen Regierung selbst“ (Bundesregierung 2009m), auch wenn man immer wieder deren eigenes Interesse an einer Klärung der Geschehnisse betont habe und weiterhin zur Aufklärung ermutige. Allerdings müssten Völkerrechtsverletzungen „unabhängig von ihrem konkre-

ten Zusammenhang genau untersucht werden“ (Bundesregierung 2009m) und Verantwortlichkeiten seien zu klären. Zudem habe man bei einer flüchtigen Durchsicht des Berichts den Eindruck gewonnen, „dass man doch eine umfassende Untersuchung aller Vorgänge“ (Bundesregierung 2009m) vorgenommen habe, obwohl das Mandat zunächst nur für eine einseitige Untersuchung gegolten hatte.¹²⁴ Als die Sprecher zwei Wochen später noch einmal zur Haltung der Bundesregierung in Bezug auf den Goldstone-Report befragt wurden, riefen sie in Erinnerung, „was der Auseinandersetzung im Gazastreifen vorausgegangen [war], nämlich der monatelange Beschuss israelischen Staatsgebiets und der zivilen Bevölkerung“ (Bundesregierung 2009y). Aus dieser Lage heraus hätte sich die israelische Regierung genötigt gesehen, „zur Verteidigung ihrer eigenen Bevölkerung militärisch im Gazastreifen tätig zu werden“ (Bundesregierung 2009y). Diese Kausalität dürfe nicht vergessen werden. Weiterhin sei der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen das „richtige Gremium, um den Bericht zu diskutieren“ (Bundesregierung 2009y; siehe auch Bundesregierung 2010m; 2010o), wobei die BRD zwar kein Mitglied mehr sei, aber in ihrer Funktion als Beobachter ihre Haltung in die Positionierung der EU einbringe. Man wehre sich gegen jede Befassung durch andere Gremien (Bundesregierung 2010o). Ebenso trete man für „eine angemessene und ausgewogene Behandlung des Goldstone-Berichts“ (Bundesregierung 2009q; siehe auch Bundesregierung 2010n; 2010o) ein, was hieße, dass „mögliche Verletzungen des Völkerrechts [...] sorgfältig untersucht und aufgearbeitet werden, Vorverurteilungen und Versuchen der Instrumentalisierung [...] entgegengetreten werden [müsse]“ (Bundesregierung 2010n). Die Aufklärung der Vorfälle läge im Interesse aller Parteien. Die Sorge in einer kritischen Nachfrage, dass man durch die ablehnende Haltung gegenüber dem Bericht nicht Gefahr laufe, die Ergebnisse – nämlich Vorwürfe an beide Seiten – zunichte zu machen, und somit auch der Hamas in die Hände spiele, teilten die Regierungssprecher nicht. Die deutsche Position gegenüber dem menschenverachtenden Verhalten der Hamas sei deutlich. Die Bemerkung, dass die Sprecher ausschließlich auf die Vorwürfe gegen Hamas rekurrieren würden, wurde mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass die Frage sich auch nur auf die Hamas bezogen habe (Bundesregierung 2009y).

Abstrakt bekannte sich die Bundesregierung auf Nachfrage dazu, dass strafrechtliche Untersuchungen internationalen Standards zu entsprechen hätten, „wie sie sich etwa im humanitären Völkerrecht und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte [niederschlägen]“ (Bundesregierung 2010h). Generell sei es jedoch vielmehr die Priorität der Bundesregierung, den Friedensprozess wieder in Gang zu bringen und die Situation vor Ort zu verbessern. Auch auf mehrfaches Nachhaken positionierten sich die Sprecher nicht zu der Frage der Ausgewogenheit, sondern bezeichneten den Bericht lediglich als „wichtige[n] Diskussionsbeitrag“ (Bundesregierung 2009q), der jedoch „in seiner ganzen Heuristik gewisse Mängel“ (Bundesregierung 2009q) aufweise, da es „nur schwer möglich war, auf der israelischen

¹²⁴ Es mutet etwas merkwürdig an, dass der Sprecher des Auswärtigen Amtes Peschke offensichtlich erst durch die Veröffentlichung des Berichtes darüber informiert wurde, dass das Mandat ausgeweitet worden war. Denn diese Ausweitung war ja überhaupt erst die Bedingung gewesen, unter der Richard J. Goldstone den Kommissionsvorsitz angenommen hatte.

Seite zu recherchieren“ (Bundesregierung 2009q). Diese Argumentation wiederholten die Regierungsvertreter, als eine Erklärung für die deutsche Ablehnung der Resolution der Generalversammlung zum Goldstone-Bericht verlangt (Bundesregierung 2009f) und eine Stellungnahme zu Goldstones Relativierungen des Berichts erwartet wurde (Bundesregierung 2011a).¹²⁵ Als der Kanzlerin die Befürchtung entgegengehalten wurde, dass man mit dem Ausbleiben jeglicher Reaktion auf das Ignorieren des Goldstone-Reports durch die Israelis nicht die Bedeutung der VN marginalisiere, die man doch sonst immer als „Orientierungsrahmen für Entscheidungen bemühe“ (Bundeskanzlerin 2009c), ging Angela Merkel schlicht nicht darauf ein.

Die hier verdeutlichte Position findet sich auch besonders prägnant in der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der LINKEN wieder.¹²⁶ In dem Dokument wurden quasi alle augenscheinlichen Unstimmigkeiten im Umgang der deutschen Regierung mit dem Bericht der *Fact-Finding Mission* aufgedeckt und hinterfragt. So wurde etwa eine Begründung für die Varianz des Abstimmungsverhaltens der BRD in Bezug auf die Resolutionen 64/10 und 64/254 eingefordert. Wie oben vermutet, sei „die geforderte Verweisung an den VN-Sicherheitsrat“ (Bundesregierung 2010h; siehe auch Bundesregierung 2010m) für die Ablehnung ersterer Resolution entscheidend gewesen, wodurch sie sich von letzterer unterscheide, die keinen derartigen Einbezug anderer Gremien vorgesehen habe. Die Bundesregierung sah in der ausschließlichen Behandlung durch den Menschenrechtsrat auf Nachfrage auch keine Gefahr für die strafrechtliche Verfolgung der erhobenen Vorwürfe, da „die nationale strafrechtliche Aufarbeitung [...] durch die internationale Behandlung nicht beeinflusst [werde]“ (Bundesregierung 2010h). Wie man im Falle einer Weigerung zur Aufklärung durch die Parteien mit der strafrechtlichen Verfolgung umgehen solle, sei nicht relevant, da es eine solche Weigerung nicht gebe.¹²⁷ Auf die Frage, wie man „die Chancen auf Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen [bewerte], wenn die Vorwürfe der Kriegsverbrechen nicht strafrechtlich untersucht [würden]“ (Bundesregierung 2010h) antwortete die Bundesregierung nicht direkt.

In den Menschenrechtsbericht der Bundesregierung für den Berichtszeitraum von März 2008 bis Februar 2010 ging die deutsche Haltung gegenüber Israel und dem Gazastreifen als treffende Zusammenfassung wie folgt ein. Im Gazastreifen seien unter der Herrschaft der Hamas schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen worden; so seien etwa 6 Personen in der Haft ums Leben gekommen. In Israel würden vorgeworfene Menschenrechtsverletzungen „offen diskutiert“ (Bundesregierung 2010a: 205) und man erkenne sein „legitimes Selbstverteidigungsrecht“ (Bundesregierung 2010a: 205) an. Dennoch werde Israel aufgefordert, keine unverhältnismäßigen Maßnahmen zu treffen und die Zivilbevölkerung zu schützen. Der Goldstone-Bericht sei aufmerksam verfolgt worden und man setze sich für eine angemessene und

¹²⁵ Siehe auch Zusammenfassung der Haltung der Bundesregierung zum Goldstone-Bericht wider (Beirut 2009).

¹²⁶ Da es sich zwar beim Fragesteller um eine Fraktion des Bundestages handelt, die Antwort jedoch von der Bundesregierung als Ganzer gegeben wurde, soll das Dokument an dieser Stelle und nicht bei den Parlamentsdebatten berücksichtigt werden.

¹²⁷ Interessanterweise wird hiermit suggeriert, dass es auch auf Seiten der Hamas keine Verweigerung der Aufklärung gegeben habe. Dies widerspricht jedoch den in anderen Redebeiträgen und Äußerungen vertretenen Ansichten der Regierung oder Regierungsparteien, siehe im Weiteren.

ausgewogene Behandlung sowie Aufarbeitung der schweren Vorwürfe durch die Parteien ein. Die BRD engagierte sich zudem in der Unterstützung zahlreicher NGOs, die sich mit Menschenrechten befassen. Die Bundesregierung habe darüber hinaus auf bilateraler Ebene etwa die Todesfälle in palästinensischen Gefängnissen und den Umgang israelischer Streitkräfte mit gewaltlosem Widerstand angesprochen und „die Einhaltung geltender Normen ange-mahnt“ (Bundesregierung 2010a: 206). Die EU habe Israel außerdem zur Nichtdiskriminierung der Bürger Ostjerusalems aufgerufen sowie an seine Verpflichtungen unter humanitärem Völkerrecht erinnert.

3.1.6. Gaza-Flottillen und Mauerbau im Vordergrund

Die wiederkehrende Erklärung, dass im Zentrum der deutschen Bemühungen die humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau im Gazastreifen einerseits und die Rückkehr zum Friedensprozess und zu politischen Gesprächen mit dem Ziel einer Zweitsaatenlösung standen, wurde auch immer dann verwendet, wenn Regierungsmitglieder direkt auf die Vorwürfe des Goldstone-Reports und die deutsche Haltung diesbezüglich gegenüber Israel angesprochen wurden. Kurz nach Erscheinen des Berichts nach ihrer Meinung zum Bericht und den darin formulierten Anschuldigungen befragt, riet Angela Merkel davon ab, den Bericht „emotional zu bewerten“ (Bundeskanzlerin 2009c), und rief dazu auf, „keine Hindernisse auf dem Weg zu einem Friedensprozess aufzubauen“ (Bundeskanzlerin 2009c). So antwortete Bundeskanzlerin Merkel auf die Nachfrage, ob die ausgebliebenen Untersuchungen zu mutmaßlichen Kriegsverbrechen seitens der Hamas und Israels zum Gegenstand der deutsch-israelischen Regierungskonsultationen gemacht worden seien: „Wir haben natürlich den gesamten Bereich der Kooperation besprochen und uns dabei sehr auf die möglichen Friedensverhandlungen konzentriert. Das beinhaltet [...] durchaus auch kritische Anmerkungen, was die Frage des Siedlungsbaus angeht - wenngleich es hierbei auch immer sehr wichtig ist, im Vergleich zu bleiben und zu hören, wie die israelische Seite dies sieht. Wir haben heute aber nicht spezifisch über diese Fragen [die nach den Vorwürfen des Goldstone-Reports, H.P.] gesprochen“ (Bundesregierung 2010i). Auf spezifischere Nachfrage, wie das Gebot, keine Waffenlieferungen in Krisengebiete vorzunehmen, mit der deutsch-israelischen Rüstungskooperation zu vereinbaren sei, verwies die Kanzlerin auf die lange Tradition des deutschen „Einstehen[s] nicht nur für das Existenzrecht, sondern auch für die sichere Zukunft Israels“ (Bundesregierung 2010i), die Rüstungskooperation einschließe.

In das Muster, dass im Selbstbild der Bundesregierung die Haltung gegenüber Israel hinreichend kritisch ist, passen auch die oben erwähnten Enthüllungen von Wikileaks. Dass man den Siedlungsbaustopp eintauschen wollte gegen eine begünstigende Behandlung im Sicherheitsrat, blieb von den israelischen Medien nicht unbemerkt. Die Kanzlerin wurde von einem israelischen Medienvertreter mit den Aussagen ihres Beraters konfrontiert, „dass man Israel und Netanyahu bedrohen sollte“ (Bundesregierung 2011c). Merkel wehrte sich gegen eine Kommentierung von Wikileaks-Enthüllungen und fügte lapidar an: „Das machen wir bei uns zu Hause auch

nicht“ (Bundesregierung 2011c). Weiter nach dem Goldstone-Bericht befragt verkürzte sie „die verschiedenen Berichte und Bewertungen“ (Bundesregierung 2011c) auf eine für sie klare Forderung, nämlich den Siedlungsbau zu stoppen und zu Gesprächen zurückzukehren.

Im Jahr 2010 verlagerten sich die Diskurse weg vom Gazakrieg und hin zu den Gaza-Flottillen, die erneut einen internationalen Aufschrei provoziert hatten.¹²⁸ Interessanterweise wurden die deutschen Forderungen an Israel in dieser Phase deutlich schärfer: Im Gegensatz zum Gazakrieg sah die Bundesregierung in Bezug auf die Flottillen die Notwendigkeit einer umfassenden und transparenten Untersuchung der Ereignisse, die im Sinne der Unabhängigkeit auch unter internationaler Beteiligung stattfinden sollten (Bundesregierung 2010c; 2010d). Viel klarer wurde auch die Frage nach der Verhältnismäßigkeit des israelischen Einsatzes gestellt (Bundeskanzlerin 2010; Bundesregierung 2010p). Die Forderung nach einer gesicherten Öffnung der Grenzen wurde nun deutlicher formuliert, indem man ein Ende der „Blockade“ oder „Abriegelung“ (Bundesregierung 2010b; 2010d; 2010j) verlangte. Dennoch bekräftigte die Regierung, dass die Freundschaft zwischen Israel und Deutschland in keiner Weise belastet sei.¹²⁹ Die Ankündigung einer signifikanten Lockerung der Blockade und die Einführung einer Negativliste¹³⁰ wurden von der Bundesregierung begrüßt; man hoffe auf eine rasche Umsetzung (Bundesregierung 2010g; 2010l). Guido Westerwelle, dessen Rolle in Bezug auf den Nahen Osten gerade im Vergleich zu seinem Vorgänger als eher schwach eingestuft werden muss,¹³¹ würdigte nicht nur die Lockerung der Blockade, sondern hob hervor, dass der Politikwechsel „von der israelischen Regierung nicht nur beschlossen worden [sei], sondern auch geschultert [werde]“ (Bundesregierung 2010f). Diese Standhaftigkeit sei angesichts des großen innenpolitischen Drucks nicht selbstverständlich. Weiterhin lobte er die Bereitschaft Israels, mit internationalen Untersuchungsteams in der Affäre um die Gaza-Flottillen zusammen zu arbeiten.

3.1.7. Auswertung: Bundesregierung als Zivilmacht?

Die obige Analyse hat gezeigt, dass die Haltung der Bundesregierung keinesfalls als homogen angesehen werden kann. In zwei wesentlichen Punkten unterschied sich die Position der Kanz-

¹²⁸ Am 31. Mai 2010 waren sechs mit Hilfsgütern beladene Schiffe, die von verschiedenen internationalen Organisationen betrieben wurden und unter unterschiedlichen Flaggen fuhren, vor der Küste des Gazastreifens durch die israelische Marine aufgebracht worden. Dabei kamen neun türkische Aktivisten ums Leben und mehrere Soldaten und Aktivisten wurden verletzt. Die Hauptorganisation der sog. „*Freedom-Flottille*“ ist die internationale Hilfsorganisation „*Free Gaza Movement*“; auf den Flottillen waren jedoch auch andere Organisationen und prominente Unterstützer vertreten, darunter zwei Bundestagsabgeordnete der LINKEN. Erklärtes Ziel der Aktion war es, die israelische Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen oder auf sie aufmerksam zu machen (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2010). Während ein jüngst veröffentlichter Bericht der Vereinten Nationen zwar generell die Blockade der Küste und deren Durchsetzung als legitim auswies, kritisierte die Untersuchung den Einsatz der israelischen Marine als exzessiv und unverhältnismäßig. Weil Israel dem Verlangen der Türkei nach einer Entschuldigung für den Tod von neun türkischen Aktivisten nicht nachgekommen war, hatte es jüngst Verwerfungen in deutsch-türkischen diplomatischen Beziehungen gegeben (Zeit 2011a).

¹²⁹ Dies galt auch nach dem missglückten Versuch von Entwicklungsminister Niebel, in den Gazastreifen einzureisen, um ein von der BRD finanziertes Klärwerk zu begutachten. Das israelische Außenministerium hatte ihm die Einreise kurzfristig verweigert; der alternative Weg über Ägypten hätte von den Israelis jedoch nur als ein Affront gewertet werden können. Doch auch nach diesem Vorfall wurde die Regierung nicht müde, die Ungetrübtheit der Beziehungen zu betonen und darauf zu drängen, das Augenmerk auf die wesentlichen Fragen zu richten, nämlich auf eine Verbesserung der Lage im Gazastreifen (Bundesregierung 2010k).

¹³⁰ Mit einer Negativliste ist gemeint, dass nur mehr diejenigen Güter aufgeführt werden, die nicht in den Gazastreifen eingeführt werden dürfen. Im Gegensatz dazu stehen auf einer Positivliste diejenigen Güter, die überhaupt eingeführt werden dürfen.

¹³¹ Bei den Recherchen ließen sich zum Thema Gaza kaum Äußerungen, Stellungnahmen oder Ankündigungen über ein Tätigwerden des Außenminister in der Region finden. Damit steht er im krassen Gegensatz zu seinem Vorgänger, dessen vehementes Engagement gerade in Zeiten der Eskalation das Profil der Bundesregierung geprägt hatte.

lerin von der des Außenministers. Erstens stand für Merkel die Sicherheit Israels als Vorbedingung für alle weiteren Schritte an oberster Stelle, während für Steinmeier die Verbesserung der humanitären Lage Priorität hatte. Dies schlug sich vor allem in der unterschiedlichen Beurteilung des richtigen Zeitpunktes einer Waffenruhe und deren Vorbedingungen nieder. Zweitens bekannten sich zwar beide zum Selbstverteidigungsrecht Israels. Die Akzentuierungen dieses Bekenntnisses waren jedoch unterschiedlich: Während die Kanzlerin mehrfach die Schuld der Hamas an der Eskalation herausstrich und daher auch bei ihr die Verantwortung verortete, den Weg zu einem Ende der Gewalt durch das Einstellen des Raketenbeschusses zu beschreiten, war die Haltung des Außenministers differenzierter. Er schien im Gegensatz zur Kanzlerin nicht von Anfang an überzeugt, dass Israel sich völkerrechtlich einwandfrei verhielt. Sein Aufruf, Israel müsse bei seinen Militäraktionen die Verhältnismäßigkeit wahren, war ein deutliches Signal für Bedenken gegenüber dem israelischen Vorgehen. Allerdings verhallten derartige Aufrufe schnell wieder, was darauf schließen lässt, dass es innerhalb der Regierung zu einer Vereinheitlichung der politischen Linie gekommen sein muss.

Das vorliegende Zwischenfazit soll die Haltung der Bundesregierung daraufhin auswerten, ob es demjenigen einer Zivilmacht entspricht. Dabei soll aus dem deutschen Verhalten in den VN und den Positionen der Kanzlerin und des Außenministers ein Gesamtbild der Regierungshaltung entstehen. Zunächst soll zusammengefasst werden, welche *Mittel* einer Zivilmacht die BRD verwandte, um dann zu beurteilen, ob sie die *Ziele* einer Zivilmacht verfolgte. Erst danach kann beurteilt werden, ob die BRD *Gestaltungswillen* an den Tag legte.¹³²

Auf der deklaratorischen Ebene fand keine direkte *Verurteilung von Völkerrechtsverstößen* (10) statt. Die Raketenangriffe wurden als Terror bezeichnet und waren in den Augen der Bundesregierung offenbar als bewaffneter Angriff und somit als völkerrechtswidrig zu beurteilen. Ansonsten hätte sich die Bundesregierung in ihrer Argumentation zumindest juristisch nicht auf das legitime Selbstverteidigungsrecht Israels beziehen können. Dass die Bundesregierung die Frage nach dem *jus ad bellum* so eindeutig beantwortete und immer wieder als Basis für jegliche Beurteilung der Geschehnisse heranzog, darf als erstaunlich gelten. Denn die Bundesregierung sieht den Gazastreifen nach wie vor offiziell als besetztes Gebiet an (Bundesregierung 2009v; Bundesregierung 2010q). Wie aus der obigen Diskussion der *jus ad bellum* Problematik hervorgeht, entzieht sich die Frage des Selbstverteidigungsrechtes der völkerrechtlichen Logik, sobald es sich um ein besetztes Gebiet handelt. In dem Moment nämlich greift die Logik des *jus in bello* und Fragen nach der Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit werden aufgeworfen. Die Position der Bundesregierung scheint damit in sich widersprüchlich. Allerdings kann das Argument des legitimen Selbstverteidigungsrechtes auch so gedeutet werden, dass es weniger auf das juristische als vielmehr auf das moralische Recht abhebt. Durch die kleine Anfrage der LINKEN direkt auf diese Widersprüchlichkeit hingewiesen, wich die Bundesregierung genau auf diese weniger juristisch anmutende Rhetorik aus: Man sprach nicht mehr vom legitimen Selbstvertei-

¹³² Die Zahlen in den Klammern korrespondieren mit dem oben entwickelten Kategorienschema (siehe I.3.3).

digungsrecht, sondern vom „legitime[n] Recht Israels, seine Bevölkerung zu schützen und das eigene Territorium zu verteidigen“ (Bundesregierung 2009v).¹³³ In jedem Fall bleibt die Beurteilung der Frage nach dem *jus ad bellum* durch die Bundesregierung unklar: Es liegt keine Argumentation für die Rechtmäßigkeit des Krieges vor; gleichzeitig wurde auch von einer völkerrechtlichen Verurteilung abgesehen. In Bezug auf das *jus in bellum* sind lediglich Steinmeiers Aufrufe zur Verhältnismäßigkeit zu erwähnen; die Kanzlerin machte in dieser Frage nur deutlich, dass der Schutz zivilen Lebens wichtig sei. Die Äußerungen Steinmeiers wurden allerdings dahingehend relativiert, dass sein Sprecher die Bedeutung des Appells auf den Schutz von Zivilisten generell reduzierte. Ähnlich verhielt es sich mit der expliziten Verurteilung der Angriffe auf Einrichtungen der VN und Krankenhäuser. Die Kraft dieser Aussage wurde durch die Rechtfertigung geschmälert, dass solche Angriffe deswegen nicht im israelischen Interesse lägen, weil sie dadurch internationale Unterstützung verlieren würden. Dies bedeutet nämlich im Umkehrschluss, dass die Angriffe dann hätten akzeptiert werden können, wenn sie nicht mit dieser Gefahr verbunden gewesen wären. Eine klare Verurteilung stellte auch der Aufruf des Rates der EU zur Einhaltung des Völkerrechts nicht dar.

Die BRD warb nur insofern für eine Konfliktbeilegung innerhalb der VN und ihrer Organe (11), als sie für eine weitere Befassung mit der Angelegenheit im Menschenrechtsrat plädierte. Stärker waren die Appelle an die USA und die arabischen Staaten, Verantwortung in der Sache zu übernehmen. In keinem Fall sei der Sicherheitsrat der VN der geeignete Ort für die Behandlung. Auch die Aufklärungsarbeit solle von den Parteien selbst übernommen werden. Eine *klare Verurteilung von Menschenrechtsverstößen* (25) gab es in Bezug auf die Hamas, nicht jedoch auf Israel. Hier wurde daran erinnert, dass das Thema der Menschenrechtsverstöße in Israel offen diskutiert würde, aber keine eigene Stellung bezogen. Daher *distanzierte sich die Bundesregierung auch nur von der Hamas und nicht von Israel* (24). Generell spielte das Thema Menschenrechte in den Positionierungen der Bundesregierung keine auffällige Rolle.

Dass der Schwerpunkt des Außenministers Steinmeier auf der Verbesserung der humanitären Lage lag, machten nicht nur seine Worte, sondern auch schnelle finanzielle Zusagen deutlich. Diese bezogen sich einerseits auf unmittelbare *humanitäre Hilfe* (26), andererseits aber auch auf die längerfristige Aufstockung der Unterstützung des Gazastreifens. Auch der deutsche Beitrag zur Grenzsicherung zwischen Ägypten und dem Gazastreifen und die großzügige und langfristige Unterstützung lokaler NGOs, also *Positivmaßnahmen* zur Stärkung der Zivilgesellschaft, dürfen als substantiell für *eine dauerhafte Förderung von Entwicklung* (27) angesehen werden. Dies wird auch dadurch bestätigt, dass die BRD einer der größten Geber für Palästina überhaupt ist (BMZ 2011), und Resolutionen konsequent unterstützte, die auf eine Verbesserung

¹³³ Die LINKE zeigte sich auch hier sehr differenziert und fragte explizit, ob die Bundesregierung der Auffassung sei, „dass es sich bei der israelischen Militäroffensive und dem Bombardement des Gazastreifens um die Ausübung des Selbstverteidigungsrechts nach Artikel 51 der UNO-Charta wegen palästinensischer Raketenbeschüsse handel[e]“ (Bundesregierung 2009v). Sollte dies der Fall sein, so wollte die LINKE zudem wissen, wie die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes beurteilt würde. Die Bundesregierung ging wiederum nicht direkt auf die Fragen ein, sondern beschrieb noch einmal den von Steinmeier entwickelten 5-Stufen-Plan.

der wirtschaftlichen Lage im Gazastreifen abzielten. Insgesamt dürfen die finanziellen Mittel der Zivilmacht durch das deutsche Verhältnis als ausgeschöpft gelten.

Anders verhält es sich mit den juristischen Mitteln: Eine *Klage vor dem IStGH* (12) strebte Deutschland nicht an. Es versuchte im Gegenteil, den einzigen möglichen Rechtsweg über den Sicherheitsrat zu verhindern. Das Thema des *Weltrechtsprinzips* (13) kam nur einmal kurz und abstrakt zur Sprache, allerdings wurde die Anwendbarkeit auf den Fall im Allgemeinen bestätigt. Der *Einsatz militärischer Maßnahmen* (14) wurde nur in Bezug auf Friedenstruppen unter dem Dach der VN thematisiert, die eine Waffenruhe hätten absichern sollen. Einen solchen Einsatz hielt die Bundesregierung nicht für den richtigen Weg, um den Konflikt zu lösen, schloss ihn jedoch nicht gänzlich aus. Skeptisch zeigte man sich hinsichtlich einer deutschen Beteiligung an einem derartigen Einsatz. Ein Einsatz aus humanitären Gründen wurde von niemandem in Erwägung gezogen, weshalb für einen solchen der multilaterale Rahmen gefehlt hätte. Daher ist es im Sinne der Zivilmacht konsequent, dass eine solche Option auch innerhalb der deutschen Regierung nie thematisiert wurde. Ebenso wenig spielten wirtschaftliche Sanktionen eine Rolle, weder für die deutsche Politik gegenüber Israel noch der Hamas.

In Bezug auf die Ziele kann man zunächst würdigen, dass es tatsächlich Anspruch der Bundesregierung war, das *Völkerrecht als verbundenes Interesse aller zu vermitteln* (5). Dies wurde aus den vielfachen Bekräftigungen deutlich, dass es im Interesse der Konfliktparteien selbst läge, die Ungereimtheiten des Gazakrieges auszuräumen. Mehrfach wurde auch betont, dass Verantwortlichkeiten zu klären seien. Dass Israel schon aus pragmatischen Gesichtspunkten das humanitäre Völkerrecht einhalten sollte, passt allerdings nicht zu dieser Logik des Interesses am Völkerrecht an sich. Zudem schien das gemeinschaftliche Interesse an der Aufklärung für die Bundesregierung dann nicht so weit zu gehen, als dass sie sich über Appelle hinausgehend für eine *Ahndung und Aufklärung* (6) eingesetzt hätten. Vor dem Hintergrund der Einschätzung der Bundesregierung, dass die Hamas weder willig noch fähig sei, eigene Untersuchungen durchzuführen, scheinen die Aufrufe wenig glaubwürdig. Ebenso wurde schnell klar, dass auch die israelische Seite weder mit den internationalen Kommissionen zusammenarbeiten noch zügige und effektive eigene Aufklärungsarbeit betreiben würde. Dies galt vor allem für die Strafverfolgung. Dennoch wurde immer wieder der Glaube daran bekräftigt, dass eine seriöse Aufarbeitung seitens Israels stattfinden würde. Gegen ein ernsthaftes Bemühen um Ahndung spricht auch das des Öfteren zitierte Argument, dass in der Lage nicht die Aufklärung der Vorfälle, sondern der Wiederanschluss an den Friedensprozess und die Stabilisierung der Ruhe Priorität haben sollten. Sehr deutlich ging aus der Analyse hervor, dass die *Herabsetzung der Souveränitätsschwelle* nicht Teil des deutschen Zielkataloges in Bezug auf den Gazakonflikt war. Immer wieder wurde bekräftigt, dass es die Konfliktparteien selbst sein sollten, die die Vorfälle aufklärten. In Bezug auf Israel wurde dies stets in einem klaren Plädoyer für dessen Souveränität in dieser Sache begründet: Israel sei ein Rechtsstaat und könne derartige Untersuchungen durchführen. Dazu passt auch der oben zitierte Kommentar, dass die Entscheidung, in

Fragen der Aufklärung nicht mit den entsprechenden VN-Stellen zusammen zu arbeiten, allein bei Israel liege. Dies verstärkt den Eindruck, dass die Aufklärung von Menschen- und Völkerrechtsverstößen hinter der israelischen Souveränität zurückstand. Aber selbst die Hamas wurde mehrfach dazu aufgerufen, Menschenrechtsverbrechen aufzuklären, obwohl dies eindeutig dem Bild widerspricht, dass sie eine Terrororganisation und nicht zur Rechtsstaatlichkeit fähig sei.

Wenn die Bundesregierung auf die Inhalte des Goldstone-Berichtes angesprochen wurde, verwies sie stets auf die Schuldfrage, die in keinem Fall in Vergessenheit geraten dürfe. Die Verstöße der Hamas gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht seien Ursache der Eskalation gewesen. Die Aufforderung, dies stets zu bedenken, steht in einem Spannungsverhältnis zu dem Ziel einer Zivilmacht, *Menschenrechtsverstöße als absolut falsch zu bewerten* (19). Denn das Argument enthält eine Relativierung: Eingedenk der Verletzungen durch die eine Seite werden die Reaktionen der anderen Seite weniger gravierend, so die Überspitzung der Logik. Dies widerspricht der Idee der Universalität bestimmter Rechte. Ähnlich verhält es sich mit dem in Begründungen für verschiedene Voten vorgebrachten Argument, die Resolution sei unausgewogen. Auch diese Argumentation folgt einer Logik, die nicht mit den Ansprüchen an eine Zivilmacht vereinbar scheint: Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte sind nur dann zu ahnden, wenn dies gleichermaßen für die Verstöße aller beteiligten Parteien oder – noch schärfer – in allen Fällen geschieht. Auch dieses Argument läuft einer Vermittlung der Universalität von Menschenrechten und dem Völkerrecht zuwider.¹³⁴

Schwieriger zu beurteilen ist die Frage, ob die Bundesregierung im Zusammenhang des Gazakrieges das Ziel einer *umfassenden und nachhaltigen Stärkung der Menschenrechte, von Good Governance und Demokratie* (20) verfolgte. Das folgende Argument greift bereits auf die Mittel der Zivilmacht vor, was zur Beurteilung der Zieldimension notwendig ist. Einerseits war der deutsche Einsatz vor, nach und während des Gazakrieges für die Verbesserung der humanitären Lage und der Lebensbedingungen in Gaza glaubwürdig und nachhaltig. Gleichzeitig darf nicht vergessen werden, dass sich auch die BRD nach wie vor weigerte, mit der Hamas zu verhandeln, obwohl sie aus den Wahlen 2005 als Sieger hervorgegangen war. Das Aufrechterhalten dieser Weigerung widerspricht der Förderung von Demokratie. Dass zudem mächtigere internationale Aufklärungsverfahren verhindert wurden, machte es unmöglich, Teile der Hamasführung zur Rechenschaft zu ziehen. Dies wäre gemeinsam mit einem politischen Dialog eine Möglichkeit gewesen, auf *Good Governance* hinzuarbeiten: Nämlich indem man die moderaten Kräfte in der Hamas gestärkt und die Radikalen im doppelten Sinne geschwächt und delegitimiert hätte. Erst in dem Moment kann die zweifelsfrei umfassende Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte sich auch auf die politischen und bürgerlichen Menschenrechte positiv auswirken. So lange aber, wie die politische Führung im Gazastreifen isoliert, die Bevölkerung jedoch gleichzeitig versorgt wird, kann sich in der Bevölkerung kein Mechanismus der

¹³⁴ Dies bedeutet nicht, dass hinter dem Argument keine positive Motivation stecken kann. Vielmehr steht tatsächlich zu vermuten, dass die Ablehnung unausgewogener Resolutionen den Zweck verfolgte, die Konfrontation zwischen den Konfliktparteien einerseits und zwischen Israel und den VN andererseits zu entschärfen.

korrekten Zuschreibung von Verantwortung für Verbesserungen und Verschlechterungen der eigenen Situation einstellen. Insofern kann eine einseitige Förderung von Menschenrechten sogar zu einer Verschlechterung von *Good Governance* und demokratischen Strukturen führen, was wiederum auf die Verwirklichung politischer und bürgerlicher Menschenrechte rückwirkt. Insofern wurden nur Teile dieser Zieldimension tatsächlich angestrebt, nämlich die Verwirklichung wirtschaftlicher und sozialer Menschenrechte.

Ebenfalls schwierig zu beurteilen ist die Frage, ob die BRD ein Interesse daran hatte, dass *ein harter Kern der Menschenrechte in Kriegszeiten bestehen blieb* (21). Lediglich in den Schlussfolgerungen des Rates der EU wurde festgeschrieben, dass sich alle Konfliktparteien an die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu halten hätten. Dies spricht für das Ziel, dass grundlegende Menschenrechte im Gazakrieg gewahrt würden und das humanitäre Völkerrecht lediglich als Komplement angesehen wurde. Die Bundesregierung selbst sprach jedoch nicht einmal die Menschenrechtssituation während des Gazakrieges an. An die Gebote des humanitären Völkerrechts wurde zumindest zu Beginn des Konflikts erinnert. Außerdem hatten die deutschen Vertreter im Menschenrechtsrat bekräftigt, dass sie eine Resolution mitgetragen hätten, in der die Menschenrechtslage in Israel und im Gazastreifen in den Mittelpunkt gerückt und beide Konfliktparteien dazu aufgerufen worden wären, die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu respektieren. Dies kann als Überzeugung gewertet werden, dass auch in Kriegszeiten ein harter Kern von Menschenrechten bestehen bleiben muss. Insgesamt kann jedoch nur geschlossen werden, dass die BRD das Ziel, die *Menschenrechte und das Völkerrecht als universelle Werte* (C) zu vermitteln, nicht ernsthaft verfolgte.

Dem Anspruch, die *VN als Ort der Konfliktaustragung* (8) zu stärken, wurde nicht genügt. Zwar war es Ziel der deutschen Politik, den Menschenrechtsrat als Gremium der Behandlung des Goldstone-Reports zu stärken. Allerdings war es genauso dezidiert das Ziel, eine Befassung des Sicherheitsrates zu verhindern. Die BRD stimmte jeweils gegen diejenigen Resolutionen, die ein weiteres Verfahren innerhalb der Gremien der VN ausgelöst hätten. Eben der Sicherheitsrat wäre aber das Gremium gewesen, das überhaupt effektiv für eine Konfliktregelung hätte eintreten können. Viel nachdrücklicher waren zudem die Appelle an andere Akteure, nämlich die USA, die „konstruktiven“ arabischen Partner, darunter insbesondere Ägypten, die Verantwortung übernehmen sollten. Zudem verfolgte die BRD nur zu Beginn Bemühungen, Israel zu einer Kooperation mit den Kommissionen der VN zu bewegen. Als die umfassenden und schweren Anschuldigungen des Goldstone-Reports vorlagen, verschwanden diese Anstrengungen. Dies muss insgesamt als Schwächung der VN als Ort der Konfliktaustragung gewertet werden. Damit direkt einher geht auch, dass *das Ziel einer weiteren und tieferen Verrechtlichung der IB* (9) nicht im Vordergrund zu stehen schien. Hierfür ist das Argument charakteristisch, es sei wichtiger, zum Friedensprozess zurückzukehren und humanitäre Hilfe zu leisten, als die rechtlichen Fragen mit internationaler Unterstützung zu klären. Dass der Mehrwert einer internationalen Untersuchung in Frage gestellt wurde, läuft dem Ziel zuwider. Dass gegen Re-

solutionen gestimmt wurde, die eine Befassung durch den Sicherheitsrat und durch internationale Gerichte vorsahen, kann zudem als verpasste Chance gewertet werden, einen bis dato juristisch unklaren Bereich zu verrechtlichen: die asymmetrische Kriegsführung und der Terrorismus. Mit einer ernsthaften Auseinandersetzung in wesentlichen Institutionen hätte man in dieser Hinsicht Fortschritte erzielen und vielleicht Präzedenzfälle schaffen können. Deutschland hätte zudem ein Interesse daran haben sollen, auch Israel in mehr Rechtsregime einzubinden. Die BRD trat auch nicht für eine *Stärkung des Menschenrechtsschutzes auf der Agenda wesentlicher Institutionen* (22) ein, wobei die Betonung auf wesentlich liegt. Natürlich wollte man, dass die Frage immer wieder im Menschenrechtsrat thematisiert würde, wo das Thema ja auch hingehöre. Aber gerade die kategorische Ablehnung einer Behandlung des Goldstone-Berichts durch den Sicherheitsrat spricht dafür, dass die BRD das Thema nicht bei wesentlichen Institutionen stärken wollte. Unterstützend stand die Bundesregierung hingegen der Resolution 1860 des Sicherheitsrates gegenüber, die sich jedoch gerade nicht mit der Menschenrechtssituation beschäftigte. Insofern bestand keine generelle Weigerung der BRD, dass sich der Sicherheitsrat mit dem Gazakonflikt beschäftigte; die Bedenken kamen erst auf, als gravierende Anschuldigungen im Raum standen. Im Gegensatz dazu verfolgte die Bundesregierung ernsthaft das Ziel, *NGOs und insbesondere Menschenrechtsorganisationen zu unterstützen* (23). Dies geht nicht nur daraus hervor, dass ihre Rolle immer wieder als zentral dargestellt wurde, sondern auch aus der effektiven finanziellen Unterstützung (siehe dazu auch die Diskussion der Mittel). Besonders hervorzuheben ist die Kooperation mit dem Roten Kreuz und den Menschenrechtsorganisationen in Israel und Palästina, die im Menschenrechtsbericht aufgeführt werden. Diese Unterkategorie kann als erfüllt angesehen werden. Insgesamt muss das Ziel der institutionellen Stärkung der Menschenrechte und des Völkerrechts aber als unzureichend verfolgt angesehen werden. Denn wenn auch auf „niedrigeren“ Ebenen auf die Stärkung hingewirkt wurde, lehnte die BRD sie in den entscheidenden Gremien kategorisch ab.

Auch so lange es Mitglied in den verschiedenen Gremien der VN war, übernahm Deutschland insgesamt *keine führende Rolle* (4) bezüglich der Gazathematik. Zwar war es im Untersuchungszeitraum zeitweise Mitglied im Sicherheitsrat und im Menschenrechtsrat sowie stets in der Generalversammlung vertreten, setzte sich dort jedoch gar nicht oder nur sehr unauffällig für das Thema ein. Der nicht vollständig aufgeklärte Versuch, die für Israel positive Verhandlung des Goldstone-Reports im Sicherheitsrat an einen Siedlungsstopp zu knüpfen, spricht höchstens für eine starke deutsche Rolle in Bezug auf letztere Thematik. Denn die Vertreter der BRD sprachen die Gazaproblematik kein einziges Mal mehr an, als sie im Sicherheitsrat saßen, obwohl es dazu durchaus Gelegenheit gegeben hätte. Dass die BRD bei den betreffenden Entscheidungen des Menschenrechtsrates stellvertretend die Rechtfertigung für das Votum aller europäischen Staaten übernahm, deutet zunächst auf eine exponierte Rolle Deutschlands hin. Allerdings handelte es sich bei den begründeten Positionen jeweils um Enthaltungen, also eine unentschlossene oder neutrale Position. Gerade als die BRD negativ votierte und damit ein

deutliches Signal abgab, begründete sie ihr Verhalten nicht. Von einem starken Auftreten hätte man zudem erwartet, dass die BRD fähig gewesen wäre, eigene Vorschläge durchzusetzen, die für alle zustimmungsfähig gewesen wären. Da dies nicht der Fall war, kann Deutschland im *Menschenrechtsrat keine Führungsrolle* (18) unterstellt werden. Auch das Abstimmungsverhalten der BRD in der Generalversammlung deutet auf eine schwache Rolle in den VN hin. Die Voten wirkten auf den ersten Blick teilweise inkonsistent, was eine uneindeutige Positionierung suggerierte; Statements dazu wurden in den betreffenden Sitzungen nicht abgegeben. Die Abstimmungsentscheidungen drückten tendenziell ein Misstrauen gegenüber der vom Menschenrechtsrat eingesetzten Untersuchungskommission und weiteren Verfahren in den VN aus. Insgesamt muss die *deutsche Rolle in den VN daher als schwach* (4) angesehen werden.

Vor dem Hintergrund dieser Auswertung der Ziele, Mittel und Schlüsselrolle in Institutionen kann nun beurteilt werden, ob die BRD als *Promoter* und *Initiator* im Bereich des Völkerrechts und der Menschenrechte gelten kann. Dabei ist zu beachten, dass die Kategorien *konsequente Einhaltung des Völkerrechts* (1) und *Vorbild* in Bezug auf die Menschenrechte (15) unberücksichtigt bleiben müssen. Denn schließlich geht es im vorliegenden Fall nicht um den Verdacht, Deutschland würde selbst gegen internationales Recht verstoßen.

Ein *effektiver und konsequenter Einsatz für das Völkerrecht* (2) kann nicht unterstellt werden. Dazu hatte die rechtliche Aufarbeitung der Vorfälle in Gaza weder eine genügend hohe Priorität, noch wurde eine institutionelle Stärkung des Völkerrechts anvisiert. Zudem übernahm die BRD in keiner wesentlichen Institution eine Führungsrolle. Kritisch bleibt unter diesem Aspekt auch die mangelnde Auseinandersetzung mit der Frage nach dem *jus ad bellum*. Von einem *Initiator neuer völkerrechtlicher Normen* (3) hätte man zudem erwartet, dass er verschiedene durch den Gazakonflikt offensichtlich gewordene Mängel im Bereich des Völkerrechts angegangen hätte. Dazu zählt nicht nur das Bemühen um neue Normen für die Behandlung von asymmetrischen Kriegen und Terrorismus, sondern etwa auch ein aktives Angehen der Problematik um die von Israel verwendeten Waffen. Von diesen wurde durch verschiedene Seiten festgestellt, dass sie unnötiges Leid hervorriefen und vermutlich einer völkerrechtlichen Ächtung bedürften. Dieses Thema wurde von der Bundesregierung gänzlich ausgespart.

Der Einsatz für die Menschenrechte kann auch nur bedingt als *glaubwürdig* gelten (16). Dies liegt zum einen daran, dass der Schutz der Menschenrechte in der deutschen Priorisierung hinter das Aufrechterhalten der Ruhe und die Rückkehr zum Friedensprozess gestellt wurde. In diesem Zielkonflikt kam dem effektiven Einsatz für die Menschenrechte eindeutig untergeordnete Bedeutung zu. Zumindest in der Argumentation der Kanzlerin stand er auch hinter den israelischen Sicherheitsbedürfnissen zurück. *Gleiche Maßstäbe* wurden insofern nicht angelegt, als eine eindeutige Distanzierung von den Praktiken der Hamas stattfand, nicht jedoch von denen Israels. Dies soll nicht bedeuten, dass die beiden Akteure auf der gleichen Ebene anzusiedeln wären. Aber objektive Menschenrechtsverstöße beider Seiten wurden nur auf einseitig angeprangert. Besonders deutlich wurde dies im Menschenrechtsbericht der Bundesregierung. Zugute

halten kann man in diesem Punkt, dass in den Verhandlungen zu Resolutionen in den VN eine gleiche und ausgewogene Berücksichtigung der Menschenrechtsverstöße beider Seiten angestrebt wurde. Allerdings impliziert das nicht gleiche Maßstäbe. Ein *umfassendes Menschenrechtsverständnis* (17) kann deshalb nicht unterstellt werden, weil die deutschen Bemühungen sich auf wirtschaftliche und soziale, nicht jedoch auf politische und bürgerliche Menschenrechte konzentrierten. Dass gegen fundamentale Menschenrechte der 1. Generation verstoßen wurde, spielte in den Einlassungen der Bundesregierung kaum eine Rolle. Daher kann die BRD in Bezug auf den Gazakonflikt insgesamt nicht als *Promoter* oder *Initiator* angesehen werden.

Damit ergibt sich ein Gesamtbild, bei dem die Bundesregierung keine der sieben Oberkategorien einer Zivilmacht vollständig erfüllt hat. Lediglich in Bezug auf *finanzielle und juristische Mittel* verhielt sie sich in weiten Teilen wie eine Zivilmacht. Dass sie keine *harten Mittel* anwandte, kann nicht als dem Verhalten einer Zivilmacht widersprüchlich angesehen werden, denn es fehlte am multilateralen Rahmen für derartige Instrumente. Deshalb ist es für eine Zivilmacht konsequent, die Mittel nicht eingesetzt zu haben, und die Aussagekraft der Kategorie ist gering.

Inwiefern kann das deutsche Verhalten nun auf die Durchsetzung der Norm des Sonderverhältnisses zurückgeführt werden? Auf der internationalen Ebene spielten derartige Argumente keinerlei Rolle. Kein einziges Mal wurde dort im Zusammenhang mit dem Gazakrieg auf das deutsch-israelische Sonderverhältnis verwiesen. Anders verhält es sich in Bezug auf die Einlassungen der Bundesregierung. Hier wurden vier Aspekte des Sonderverhältnisses stark gemacht. Am dominantesten war das Bekenntnis zu Israels Sicherheit. Vor allem Bundeskanzlerin Merkel machte aus der *Sicherheit* (13) Israels die Vorbedingung aller weiteren Bemühungen und damit eine unverhandelbare Prämisse deutscher Politik. Konnte man zu Beginn noch den Eindruck gewinnen, dass es für Steinmeier die Sicherheit nicht um jeden Preis zu erzielen galt, so schwenkte er spätestens zur Jahreswende auf die Linie der Kanzlerin ein. Aus dem Primat der Sicherheit leitete sich auch das viel zitierte legitime israelische Recht auf Verteidigung seines Territoriums und seiner Bevölkerung ab. Dies hängt unmittelbar mit einer weiteren Kategorie zusammen, die in der Haltung der Bundesregierung präsent war: das *Existenzrecht* (10) Israels. Es kam in zwei Zusammenhängen zur Geltung: Zum einen als ausschlaggebendes Argument dafür, dass mit der Hamas nicht verhandelt werden könnte, weil sie das Existenzrecht Israels ablehnte. Zum anderen verwies die Kanzlerin auf das Entstehen für das Existenzrecht als Tradition des deutsch-israelischen Verhältnisses, um zu begründen, dass auch während des Ausbruchs des Konflikts die Waffenlieferungen an Israel nicht ausgesetzt worden waren.

Als zwei weitere im Sonderverhältnis begründete Argumente tauchten der Verweis auf den *rechtsstaatlichen und demokratischen Charakter Israels* (9) und die Betonung *gemeinsamer Werte* (15) auf. Ersteres kam in der Debatte um die Aufarbeitung der Vorwürfe von Völkerrechtsverstößen auf und war die Basis für die deutsche Ansicht, dass die Konfliktparteien die Vorwürfe selbst aufarbeiten sollten. Immer wieder wurde auch auf den israelischen Pluralismus hingewiesen, in dem eine offene Menschenrechtsdebatte möglich sei. Die Bundesregierung

betonte stets ihr Vertrauen in die Fähigkeit und den Willen Israels, adäquat mit den Vorwürfen umzugehen. Des Weiteren zeigte sie sich überzeugt, dass Israel die durch das humanitäre Völkerrecht vertretenen Werte teile und seine Maximen ohnehin befolge.

All die vorgebrachten Argumente befinden sich in der *solidarisch-freundschaftlichen Sphäre* (B) des Sonderverhältnisses zu Israel. *Realpolitisch-interessenorientierte Argumente* (C) wurden, wie zu erwarten gestanden hatte, nicht ins Feld geführt. Dass ebenso wenig *moralisch-historische Argumente* (A) angebracht wurden, ergibt angesichts des Publikums, an das sich das bisher untersuchte Material richtete, auch Sinn: Denn darunter befanden sich neben der heimischen auch die internationale Öffentlichkeit, teils direkte Amtskollegen aus Drittländern. Ihnen gegenüber im *moralisch-historischen Paradigma* (A) zu argumentieren, hätte vermutlich kein Verständnis hervorgerufen. Die Vermittlung des Bildes einer solidarisch-partnerschaftlichen Beziehung zwischen Deutschland und Israel trifft im internationalen System wohl allein schon deswegen auf mehr Verständnis, weil es den Gepflogenheiten anderer Staaten entspricht. Ob sich dies in der heimischen Arena anders verhält, soll der folgende Teil beleuchten.

3.2. Der Bundestag

Der Bundestag bietet nicht nur für die Regierung ein Forum, ihre Haltung und Handlungen zu rechtfertigen, sondern stellt einen Ort des Diskurses dar, wo auch die Opposition als Kontrollorgan ausführlich ihre Position darstellen kann. Ein Mehrwert für die Untersuchung entsteht daher aus folgenden Gründen. Erstens sind die Beiträge im Bundestag speziell auf ein Thema zugeschnitten und lassen daher ausführliche Argumentationen und Nuancierungen für die vertretenen Standpunkte zu. Zweitens findet ein Meinungsaustausch zwischen Regierung und Opposition statt, der die kritischen Punkte – wenn auch aus politischem Interesse – klarer hervorbringt und einen größeren Druck für die Rechtfertigung aufbaut. Drittens lässt sich anhand der Parlamentsdebatten aufdecken, inwiefern die betroffenen Normen tatsächlich von einer breiten Mehrheit geteilt werden. Letztlich lassen sich so auch Hinweise darauf finden, ob eine Norm im Wandel begriffen ist oder nicht. Die Gliederung der untersuchten Parlamentsdebatten erfolgt anhand von Parteien. Dies lässt einerseits zu, zwischen Argumentationen der Regierung und der Opposition zu unterscheiden, und wird andererseits auch feinere Differenzen in den Argumentationsschemata der Parteien verdeutlichen.

3.2.1. Argumentationsschemata der CDU/CSU: Israels Sicherheit *first*

Die CDU/CSU-Fraktion zeigte sich von Beginn an als geschlossen hinter der Position der Kanzlerin stehend. Im Zentrum der Redebeiträge zum Gazakrieg stand die Aufforderung, „die Frage nach der Verantwortung und die Frage nach Ursache und Wirkung [zu] stellen“ (von Klaeden 2009: 21456; siehe auch Mißfelder 2009: 21465), um festzustellen, dass die Israelis ihr Recht auf Selbstverteidigung wahrn[ä]hmen“ (von Klaeden 2009: 21456; siehe auch Mißfelder 2009: 21465). Somit sei der Gazakrieg eine „Frage von Bedrohung und Unsicherheit“ (Kiesewetter 2011: 10705) gewesen. Die „unbedingte Bekenntnis zum Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels“ (Bär 2009: 21463) sowie zu seiner Sicherheit sei zentral für die deutsche Politik

und Teil der deutschen Staatsräson (Silberhorn 2011: 10706), weshalb die Union bereit sei, „dort an der Seite Israels Partei zu ergreifen“ (Mißfelder 2009: 21465). Ein klares „Signal der Solidarität mit Israel“ (Kiesewetter 2011: 10705) sei notwendig, denn man sei „der Sicherheit Israels verpflichtet“ (Kiesewetter 2011: 10705). Auch wenn aus der deutschen Bevölkerung mehr und mehr kritische Stimmen gegenüber Israel kämen, gehöre es zu den Pflichten des Bundestages, diese Staatsräson immer wieder deutlich zu machen und „keinerlei Verbrüderung oder Sympathie mit Terroristen zu[zu]lassen“ (Mißfelder 2009: 21465).

Früh war für die Union klar, dass die Hamas „die eigene Bevölkerung sehr stark als Schutzschild missbraucht[e]“ (Bär 2009: 21463) und zudem „die eigene Bevölkerung zugrunde richtet[e], nur um Israels Ruf in der Weltöffentlichkeit zu ruinieren“ (Bär 2009: 21463). In keinem Fall dürfe man die „fundamentalistischen Kräfte durch die Teilnahme an direkten, offiziellen Verhandlungen legitimieren“ (von Klaeden 2009: 21456). Unter Verweis auf Menschenrechtsberichte von NGOs erinnerte die Union an die „Verbrechen der Hamas gegen ihre palästinensischen Landsleute im Gazastreifen“ (Polenz 2009: 22564) und die „verübten Terroranschläge, die das konkrete Ziel [hätten], möglichst viele Zivilisten zu töten“ (Polenz 2009: 22564).

Kritisch wurde hinterfragt, ob die Politik der „Verantwortung für elementare Daseinsfürsorge“ (von Klaeden 2009: 21456) des Westens gegenüber den Palästinensern nicht dazu führe, dass es der „Bevölkerung [...] sehr schwer [falle], einen Zusammenhang zwischen der Politik ihrer Führung und den Einschränkungen [...] in ihrem täglichen Leben [...] herzustellen“ (von Klaeden 2009: 21456). Dennoch sei nun dringend humanitäre Hilfe nötig, weshalb es nun in Kooperation mit den arabischen Staaten einen dauerhaften Waffenstillstand herzustellen gelte und zum politischen Prozess zurückzukehren sei. Allerdings sei die Sicherheit Israels Vorbedingung für alle weiteren Schritte (Mißfelder 2009: 21465; Polenz 2009: 22564).

In Bezug auf den Goldstone-Report bekräftigten die Parlamentarier der Union, dass die Zuständigkeit für jede weitere Behandlung klar beim Menschenrechtsrat der VN liege (Kiesewetter 2011: 10705; Silberhorn 2011: 10706). Man halte eine „Überweisung des Sachverhaltes an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für nicht notwendig“ (Kiesewetter 2011: 10705). Grundsätzlich stimme die Fraktion zwar zu, „dass Verletzungen des Völkerrechts sorgfältig untersucht und aufgearbeitet werden“ (Kiesewetter 2011: 10705) müssten, und man sehe gerade die strafrechtliche Aufarbeitung als zentral an, allerdings durch die Konfliktparteien selbst. Der Bericht der Tomuschat-Kommission sei zudem ein Beleg dafür, dass derartige Untersuchungen bereits erfolgt seien.¹³⁵ Deshalb seien Forderungen nach weiteren Untersuchungen „voll auf der Linie derjenigen, die das VN-Verfahren gegen Israel positionieren woll[t]en“ (Kiesewetter 2011: 10705). Zwar gestand man zu, dass einige Kritik am Militäreinsatz ihre Berechtigung haben könnte, allerdings sei der Unterschied zwischen Israelis und Palästinensern, dass erstere über die „notwendigen Mechanismen zur Aufarbeitung der Vorwürfe“ (Kiesewetter 2011: 10705) ver-

¹³⁵ Dieses Argument ist aus zwei Gründen fragwürdig: Erstens war ein Fazit des Berichtes ja gerade gewesen, dass die Untersuchungen auf beiden Seiten nicht als ausreichend eingestuft werden könnten, und zweitens gesteht dieses Argument auch der Hamas zu, hinreichende Untersuchungen durchgeführt zu haben, was nicht in das sonstige Bild der Union von der Hamas passt.

fügten. Weiterhin könne der „Auftrag des gegen westliche Stimmen eingesetzten Expertengremiums nicht als neutral angesehen werden“ (Silberhorn 2011: 10706).¹³⁶ Teile der Union gingen so weit, eine „Neubesinnung der EU-Politik gegenüber dem Staat Israel“ (Bundesregierung 2011b) zu fordern, als die relativierenden Äußerungen Richard J. Goldstones zum Report der *Fact-Finding Mission* veröffentlicht worden waren. „Unter Berücksichtigung des erheblichen Schadens, den dieser Bericht dem Staat Israel zugefügt [habe]“ (Bundesregierung 2011b) seien die deutsche und europäische Israel- und Nahostpolitik zu überdenken.¹³⁷

Die Union konstatierte, dass die Palästinenser mit „Unterversorgung, eingeschränkten Menschen- und Bürgerrechten und israelischen Militäraktionen konfrontiert [seien]“ (Silberhorn 2011: 10706), folgte aus dieser Sachlage allerdings keine Veränderung ihrer Nahostpolitik, die weiterhin aus zwei Eckpfeilern bestehe: „Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sind ‚Teil der deutschen Staatsräson‘. Ebenso klar treten wir [die Union, H.P.] dafür ein, dass direkte Friedensgespräche mit dem Ziel der Zwei-Staaten-Lösung wieder aufgenommen werden“ (Silberhorn 2011: 10706).

Die CDU/CSU-Fraktion sah auch keine Notwendigkeit die Militär- und Rüstungskoooperation mit Israel zu überdenken.¹³⁸ Eine Einschränkung oder gar Aussetzung der Waffenlieferungen und Zusammenarbeit sei „gerade vor dem Hintergrund der besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sowie der historischen Verantwortung Deutschlands [...] nicht vertretbar“ (Hörster 2010: 6972). „Israels legitime Sicherheitsinteressen muss[t]en vollständig gewahrt werden“ (Kiesewetter 2010: 6973) und Deutschland habe dafür „eine historische Verpflichtung, eine besondere Verantwortung gegenüber Israel als jüdischem Staat“ (Kiesewetter 2010: 6973); dies sei „Teil der deutschen Staatsräson“ (Kiesewetter 2010: 6973). Zwar würden alle Genehmigungen von Waffenexporten einer Einzelfallprüfung unterzogen; eine Veränderung der Politik sei jedoch nicht notwendig.

3.2.2. Argumentationsschemata der SPD: Verantwortung durch Pragmatismus

Zwar stellte auch die SPD fest, dass die Hamas eine Verantwortung am Waffengang Israels trage, der „nicht vom Himmel gefallen“ (Steinmeier 2009: 21452) sei, allerdings sah sie die Klärung der Schuldfrage als nicht hilfreich für die Verbesserung der Situation an. Es sei nicht zielführend, „Schwarz-Weiß-Bilder zu malen“ (Mützenich 2009: 21464) und über Schuld zu disku-

¹³⁶ Auch dieses Argument ist auf Grund seiner Implikationen bemerkenswert. Erstens war hinlänglich bekannt, dass das Mandat der Goldstone-Kommission mit dem Einverständnis des Präsidenten des Menschenrechtsrates ausgeweitet worden war. Zweitens ist das vorgebrachte Argument auch unter demokratischen Gesichtspunkten bedenklich, denn schließlich sollte eine Anerkennung von einer durch die VN eingesetzte Kommission nicht davon abhängen, dass die westlichen Staaten dafür stimmen.

¹³⁷ Der Inhalt der Frage 10 der Abgeordneten Kudla (CDU/CSU) bezüglich der deutschen Politik erschließt sich dem Leser nicht ohne weiteres. Darin heißt es: „Welche Auswirkungen auf die deutsche Politik wird die Revidierung des Goldstone-Berichtes haben, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Freiheitsbewegungen im Nahen Osten unter Berücksichtigung, dass Israel die einzige Demokratie von 24 Nahost-Staaten ist und der einzige Staat, in dem die freiheitlichen Grundrechte gewahrt sind?“ (Bundesregierung 2011b). Offenbar hatte auch Staatsminister Hoyer Probleme, den Zusammenhang zu den Arabischen Revolutionen herzustellen, denn er beschränkte sich auf Ausführungen zum deutschen Verhalten gegenüber dem Goldstone-Report und ging nicht auf die Freiheitsbewegungen ein (Bundesregierung 2011b).

¹³⁸ Die LINKE hatte den Gazakrieg zum Anlass genommen, einen Antrag zu stellen, in dem die Einstellung aller Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens gefordert wurde. Der Libanonkrieg 2006 und der Gazakrieg 2008/2009 seien bewaffnete Auseinandersetzungen im Sinne der politischen Grundsätze der Bundesregierung gewesen, was eine Lieferung von Waffen in diese Krisenregion verboten hätte. Dennoch hätten derartige Waffenlieferungen stattgefunden; im Falle des Libanonkrieges hätten sogar beide Seiten deutsche Waffen verwendet (Fraktion DIE LINKE 2010b). Für Details siehe unten.

tieren; dies würde lediglich eine „Ideologisierung der Außenpolitik“ (Mützenich 2009: 21464) darstellen. Man plädierte stattdessen dafür, „mit diplomatischen Mitteln und einem neuen Realismus“ (Mützenich 2009: 21464) tatsächliche Beiträge zu einer Entspannung zu leisten. Dies sei auch die Folgerung, die man aus dem Sonderverhältnis mit Israel ziehen müsse: „Von dieser Schuld, von dieser Verantwortung werden wir uns nie wieder frei machen können. [...] Man wird diese Schuld durch gute Reden nicht zur Seite drängen, [...] nicht abtragen können. Das kann man nur, indem man Verantwortung übernimmt und konkrete politische Wege aufzeigt, um die Existenz in der Region sicher zu machen“ (Mützenich 2009: 21463-21463). Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zur CDU/CSU-Fraktion dar: Während für sie die Sicherheit Israels oberste Priorität und alle anderen Ziele sich diesem unterzuordnen hatten, trat die SPD für einen eher pragmatischen Weg ein in der Überzeugung, dass Sicherheit nur über „den Willen zum Kompromiss“ (Mützenich 2009: 21464) und eine Verbesserung der Lebensumstände für alle Seiten erreicht werden könne.

Folgerichtig setzte sich die SPD dann auch vehement für eine humanitäre Waffenruhe ein, wenn ein „konsentierter[r] Waffenstillstand“ (Steinmeier 2009: 21453) und seine Voraussetzungen noch nicht herzustellen seien.¹³⁹ Dann müssten die Kampfhandlungen dauerhaft beendet werden, was „ein erhöhtes Maß an Sicherheit für die israelische Bevölkerung“ (Steinmeier 2009: 21452) voraussetze und von einer effektiven Regelung für die sichere Öffnung aller Grenzen gefolgt werden müsse, um die Versorgung der Bevölkerung des Gazastreifens sicherzustellen. Man müsse zudem finanzielle Anstrengungen unternehmen, um den Wiederaufbau in Gaza voranzutreiben (Weisskirchen 2009: 22565). Allerdings wäre gleichzeitig sicherzustellen, dass die „staatlichen Funktionen [...] auf der Verlässlichkeit der handelnden Akteure aufgebaut [würden]“ (Weisskirchen 2009: 22565). Wenn Gaza weiterhin ein quasi *Failing State* bliebe, dann würde man die Unterstützung in „ein Fass ohne Boden werfen“ (Weisskirchen 2009: 22565). Daher müssten wieder alle Kräfte auf die Gründung eines palästinensischen Staates gerichtet werden. Dafür seien insbesondere vermehrte Kraftanstrengungen der Amerikaner nötig, die sich in den letzten Jahren unter Bush kein besonders großes Profil in der Lösung dieses Kernkonfliktes erarbeitet hätten. Man setze deshalb Hoffnungen in die neue Administration (Mützenich 2009: 21464; Weisskirchen 2009: 22565).

Die SPD-Rhetorik gegenüber der Hamas war weitaus gemäßigter als die der Unionsfraktion, und zwar nicht nur in dem, was die Schuldfrage anging. Es sei nicht nur die Hamas, die „Gewalt in diese Region getragen [habe]“ (Mützenich 2009: 21464), und man müsse „zur Kenntnis nehmen, dass die Hamas bei den letzten Wahlen eine politische Mehrheit gewonnen [habe]“ (Mützenich 2009: 21464). Man solle daher erwägen „mit konkreten Schritten [...] ein neues Verhältnis zu unterschiedlichen Akteuren aufzubauen“ (Mützenich 2009: 21464).

¹³⁹ In der Antwort auf eine Frage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN stellte Staatsminister Erler die Sachlage so dar, als hätte die sofortige humanitäre Waffenruhe „für die *Bundesregierung* höchste Priorität“ (Bundesregierung 2009s, Hervorhebungen H.P.) gehabt. Dass dies für die Bundesregierung als Ganze gegolten haben soll, kann auf Grund der obigen Analyse nicht bestätigt werden. Und auch die Beispiele, die Erler heranzog, um den Einsatz der Bundesregierung zu dokumentieren, bezogen sich ausschließlich auf die SPD (Bundesregierung 2009s).

In Bezug auf die Aufarbeitung der Vorwürfe des Goldstone-Reports warnte die SPD eindringlich davor, „Israel an den Pranger zu stellen“ (Gloser 2011: 10706). Zwar erkannte man an, dass der Goldstone-Report „der bislang umfassendste Versuch der Aufarbeitung des Konfliktes“ (Gloser 2011: 10707) und nicht als „reines Machwerk der Feinde Israels“ (Gloser 2011: 10707) anzusehen sei, wenn auch die israelische Seite viel deutlicher beleuchtet worden sei als die palästinensische. Allerdings befänden sich die Vorwürfe immer noch in einer „Grauzone der Intransparenz. So konnte Objektivität bislang nicht gewährleistet werden“ (Gloser 2011: 10707). Im Gegensatz zur Union sah die SPD im Bericht der Kommission um Tomuschat auch eher einen Hinweis darauf, dass „keine der Seiten [...] ausreichend mit den Vereinten Nationen kooperiert [habe]“ (Gloser 2011: 10707). Die SPD trete ein für „eine umfassende juristische Aufarbeitung des Gaza-Krieges und die aktive Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen dabei“ (Gloser 2011: 10708). Wiederum im Kontrast zur CDU/CSU-Position machte die SPD deutlich, dass das Vorgehen der israelischen Armee nicht durch die Traumatisierung vom Raketenbeschuss zu rechtfertigen sei. Es scheine so, als wäre ein Ziel die kollektive Bestrafung der Palästinenser im Gazastreifen für die Machenschaften der Hamas gewesen, was „in keiner Weise dem Völkerrecht [entspreche]“ (Gloser 2011: 10707). Dies gelte auch für die weiter anhaltende Blockade des Gazastreifens, die von den Israelis unterbunden werden müsste: „Diese Forderung erheben wir [die SPD, H.P.] im Zusammenhang mit dem Ziel der Wahrung der Menschenrechte und einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen“ (Gloser 2011: 10707). Ähnlich wie die Union argumentierte die SPD jedoch in zwei Punkten. Zum einen sei „die Provokation einer israelischen Reaktion [...] geradezu Teil der perfiden Strategie der Hamas [...], [die] das eigene Selbstbild als Widerstandsbewegung zu befestigen [suche]“ (Gloser 2011: 10707). Das Agieren der Hamas sei aber durch nichts zu rechtfertigender Terror und kein Freiheitskampf. Es sei tragisch, dass die Israelis mit ihrer Reaktion diesem Kalkül geradezu in die Hände gespielt hätten. Zum zweiten nahm auch die SPD die Unterscheidung der betroffenen Akteure entlang ihrer rechtsstaatlichen Fähigkeit zur Aufklärung vor: Israel verfüge „wenigstens grundsätzlich [über] alle gesetzlichen Grundlagen und Strukturen, die notwendig [seien], um mögliche Kriegsverbrechen von israelischer Seite aufzuklären“ (Gloser 2011: 10707).

3.2.3. Argumentationsschemata der FDP: Kritisch in der Opposition, unauffällig in der Koalition

Noch in der Opposition bestärkte die FDP den Außenminister sowohl in seinen Bemühungen um eine Waffenruhe als auch in seinen Bedenken, die Schuldfrage zum zentralen Thema zu erheben. Denn „an wechselseitiger Schuldzuweisung, am Aufrechnen ist in der Vergangenheit schon fast alles gescheitert, was zum Frieden hätte führen können“ (Hoyer 2009b: 21454). In Bezug auf die Aufklärung von Vorwürfen wiederholte man die Gefahr, „die Situation jetzt durch Schuldzuweisungen von außen weiter zu verhärten“ (Hoyer 2009a: 22566). Auch wenn der Impuls bestehe, „erkanntes Unrecht der einen oder anderen Seite anzuprangern“ (Hoyer 2009a: 22566), würde dies keinen konstruktiven Beitrag leisten. Ziel sei es stattdessen, die „Ge-

sprachsfähigkeit zwischen den Konfliktparteien so zu institutionalisieren, dass die Tagespolitik den Friedensprozess als solchen nicht dominieren [könne]“ (Hoyer 2009a: 22566).¹⁴⁰ Auch für die FDP habe die Rückkehr zu Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung oberste Priorität. Dabei sei davor zu warnen, dass diese durch die Trennung der Palästinensergebiete nicht zusehends unrealistisch würde. Deutschland müsse sich klar dazu bekennen, dass es keine Ein-Staaten-Lösung geben könne, denn das wäre „das Ende von der Vorstellung eines jüdischen Staates Israel. Für das Existenzrecht des jüdischen Staates Israel einzutreten [...] war und [sei] Staatsräson im Nachkriegs- und Nach-Holocaust-Deutschland“ (Hoyer 2009b: 21455).

Kritisch äußerte sich die FDP dahingehend, dass Israel „offenbar unter innenpolitischen und wahltaktischen Zwängen [stehe] und [glaube], besonders konsequent und mit erheblicher Härte gegen die Hamas vorgehen zu müssen“ (Hoyer 2009b: 21454), obwohl sich schon jetzt gezeigt hätte, „dass das Kalkül, eine harte Haltung gegenüber den Raketenterroristen der Hamas würde die Bevölkerung im Gazastreifen von der Hamas-Führung entfremden, nicht [aufgegangen sei]“ (Hoyer 2009b: 21455). Es sei eine Fehleinschätzung, wenn Israel glaube, „sie hätten im jüngsten Waffengang einen Sieg davongetragen“ (Hoyer 2009a: 22565). Die Politik der vollständigen Isolation der Hamas, die in sich sehr heterogen sei, müsse daher hinterfragt werden. Deutschland solle angesichts seiner Verpflichtung auf das Existenzrecht des jüdischen Staates einerseits und seiner guten Stellung in der arabischen Welt andererseits als „seine guten Dienste als ehrlicher Makler“ einbringen (Hoyer 2009b: 21455). In keinem Fall jedoch könne es eine deutsche Beteiligung an einer etwaigen internationalen Friedensmission geben, denn ein robustes Auftreten „ausgerechnet deutschen Soldaten gegenüber Palästinensern und Israelis abzuverlangen, [sei] [...] ein abwegiger Gedanke“ (Hoyer 2009b: 21455). Die pragmatische Haltung, die sich in den Äußerungen der FDP widerspiegelt, hat sie mit der SPD gemein.¹⁴¹

Als es um die Frage der Aufklärung der Ereignisse und die Diskussion des Goldstone-Reports ging, befand sich die FDP bereits in Regierungsverantwortung. An diesem Punkt begannen sich ihre Positionen deutlicher von der SPD zu unterscheiden. Man übernahm das Argument der CDU/CSU, demzufolge „der Menschenrechtsrat, also gerade die Institution, die die Goldstone-Kommission zur Aufklärung der Ereignisse ins Leben gerufen [habe], auch der richtige Ort [sei, an dem] der Goldstone-Bericht behandelt werden [solle]“ (Stinner 2011: 10708). Generell seien der Goldstone-Report und die Tomaschut-Kommission „fehlerhaft“ (Stinner 2011: 10708)¹⁴² und zeugten von einer sarkastisch¹⁴³ als progressiv bezeichneten Auslegung des humanitären Völkerrechts. Unberücksichtigt sei im Report nicht nur die Tatsache geblieben, dass es sich bei der Hamas um eine Terrororganisation handle und der Charakter des Konflikts daher asymmetrisch

¹⁴⁰ An dieser Stelle sollte man unterstellen, dass es sich auch in den Augen der FDP bei den schwerwiegenden Vorwürfen des Goldstone-Reports gegen beide Seiten um mehr als um Tagespolitik handelte.

¹⁴¹ Die gegenseitige Sympathie für die Positionen lässt sich auch daran festmachen, dass zahlreiche Abgeordnete den Rednern der jeweils anderen Partei Beifall spendeten, siehe etwa Hoyer 2009b und Steinmeier 2009.

¹⁴² Dass sich innerhalb der Regierung hinsichtlich der Beurteilung der Tomaschut-Kommission ein Widerspruch ergibt, scheint unbemerkt geblieben zu sein: Während die CDU/CSU sich gerade auf deren Ergebnisse berufen hatte, um die israelische Aufklärungsarbeit als zureichend zu qualifizieren, bezeichnete ihn die FDP als fehlerhaft.

¹⁴³ Im Originalwortlaut: „Darüber hinaus gibt es innerhalb der Rechtswissenschaft viel Kritik an der – ich will sie einmal ‚progressiv‘ nennen – Auslegung des humanitären Völkerrechts“ (Stinner 2011: 10708).

sei – dies war auch das Argument der Amerikaner gegen den Report gewesen. Auch fehle die eine Betrachtung des Kontextes, die „sich zumindest mit dem Recht Israels auf Selbstverteidigung auseinandersetze“ (Stinner 2011: 10708).¹⁴⁴ Im Übrigen seien bereits zahlreiche Forderungen des Goldstone-Berichts umgesetzt worden, so etwa die Befassung der Generalversammlung der VN mit dem Thema oder die Einführung von Rechtsberatung für Militäreinsätze in Israel. Er wies auch auf die Untersuchungen hin, die in Israel „bereits zu strafrechtlichen Verurteilungen und Disziplinarverfahren geführt [hätten]“ (Stinner 2011: 10709).¹⁴⁵ Es sollten „Bedingungen in den betreffenden Ländern geschaffen werden, die eine Aufarbeitung ermöglichen[t]en“ (Stinner 2011: 10708), weshalb man die Konfliktparteien fortwährend „ermunter[e] [...], die gegen sie erhobenen Vorwürfe selbst aufzuarbeiten“ (Stinner 2011: 10709).¹⁴⁶ Dies habe der Außenminister auch in seinem Gespräch mit seinem Amtskollegen Lieberman getan (Stinner 2011: 10709). Dass Israel „als einzige Demokratie in der Region“ (Stinner 2011: 10709) dazu in der Lage sei, mache eine Überweisung des Falles an den IstGH obsolet.

Die Forderung nach einem Überdenken der militärischen Kooperation wurde unter Verweis auf die „vor dem Hintergrund seiner Geschichte [zu verstehende] Verantwortung für die Existenz und Sicherheit des Staates Israel“ (Schnurr 2010: 6975) zurückgewiesen. Der Rüstungsexport sei Teil der deutschen Verantwortung für Israels Sicherheit. Die „deutsch-israelische Sonderbeziehung schließ[e] ein, dass Deutschland eine enge Zusammenarbeit mit Israel auch im Verteidigungsbereich betreib[e]“ (Schnurr 2010: 6975). Im Übrigen profitiere auch die BRD von dieser Form der Kooperation. Gleichzeitig sei die Rüstungspolitik im Nahen Osten nach wie vor verantwortungsvoll und restriktiv.

3.2.4. Argumentationsschemata der GRÜNEN: Sicherheit durch Frieden und Gerechtigkeit

Für die GRÜNEN war es zunächst wichtig festzuhalten, dass „der Beschuss von Dörfern, die gezielte Attacke von zivilen Personen mit Raketen [...] ein Kriegsverbrechen sei. Das [sei] durch kein Wort des Völkerrechts gedeckt, und so [müsse] man das auch behandeln“ (Trittin 2009: 21459). Angesichts dieser Situation gebe es ein Recht auf Selbstverteidigung. Allerdings habe die einseitige Schuldzuweisung der Bundesregierung nicht dazu beigetragen, den Konflikt zu entschärfen, sondern im Gegenteil „ein Stück Bestätigung der Entscheidung für die kriegszerstörerische Lösung“ (Trittin 2009: 21459) geliefert. Man könne ebenso „glaubwürdig für das Selbstverteidigungsrecht Israels eintreten und dennoch gegen den Krieg in Gaza sein“ (Trittin 2009: 21459).

¹⁴⁴ An dieser Stelle sei an die Vorbemerkung des Reports erinnert, der sich explizit nicht mit der Frage des *jus ad bellum* auseinandersetzen wollte. Die Frage wäre zudem, ob die Berücksichtigung dieses Aspekts zu einer Legitimation der israelischen Militäroperation geführt hätte. Unklar bleibt an den Aussagen auch, inwiefern die Zuschreibung des Status Terrororganisation auf die Hamas etwas an deren oder an Israels rechtlichen Verpflichtungen geändert hätte. Denn erst die Tatsache, dass man im Bericht die Hamas überhaupt als Konfliktpartei anerkannte, führte zur Anwendbarkeit verschiedener Rechtsgrundsätze auch auf ihr Handeln, so etwa die IV. Genfer Konvention.

¹⁴⁵ Es wurde hierbei nicht darauf verwiesen, dass es sich bei den von ihm erwähnten Verurteilungen um zwei der drei überhaupt eingeleiteten Fälle von Strafverfolgung handelte. Während das Verfahren zum Vorfall um den Angriff auf Zivilisten, die eine weiße Fahne schwenkten, nach wie vor anhängig ist, gab es zwei strafrechtliche Verurteilungen: Einmal siebeneinhalb Monate Haft für den Diebstahl einer Kreditkarte und einmal drei Monate auf Bewährung für die Verwendung eines palästinensischen Kindes als menschliches Schutzschild. Siehe dazu McGowan Davis/Aspegren 2011: 6-10.

¹⁴⁶ Auch an dieser Stelle ist die Argumentation nicht auf den ersten Blick schlüssig, hatte der Redner doch zuvor erwähnt, dass die Hamas die erhobenen Vorwürfe weder aufarbeiten wolle noch könne.

Angesichts der Opferzahlen des Gazakrieges falle es schwer, sich „mit dem Wort ‚Unverhältnismäßigkeit‘ zu begnügen“ (Trittin 2009: 21460). Gerade die Angriffe auf Einrichtungen der VN seien „höchst fragwürdig“ (Trittin 2009: 21460).¹⁴⁷

Die Bevölkerung des Gazastreifens befinde sich in doppelter Geiselnahme: Die Hamas verstecke sich hinter zivilen Einrichtungen und „die Israelis [gingen] dagegen vor, was wiederum Opfer unter der Zivilbevölkerung zur Folge [habe]“ (Trittin 2009: 21460). Dringlich sei nun ein sofortiger Waffenstillstand, in dem „die legitimen Interessen aller Seiten gewahrt werden muss[t]en“ (Trittin 2009: 21460) und der es möglich mache, „das Elend zu beenden“ (Trittin 2009: 21461). Deshalb formulierten die GRÜNEN in einer Fragestunde auch eine diesbezügliche Anfrage an die Bundesregierung, von der man wissen wollte, „welche Vorschläge [...] sie [mache], um das Leiden der Zivilbevölkerung zu lindern“ (Bundesregierung 2009s).¹⁴⁸ Dies sei auch im Hinblick auf die Entwicklungen innerhalb Deutschlands unbedingt nötig. Wie die Union zeigten sich die GRÜNEN besorgt über die teils heftigen Demonstrationen gegen das israelische Vorgehen im Gazastreifen. Der „Grundkonsens über Solidarität mit und das Selbstbestimmungsrecht von Israel“ (Trittin 2009: 21461), wie er sich „über die Aufarbeitung des Holocausts durchgesetzt hat[te]“ (Trittin 2009: 21461), sei gefährdet. Allerdings zögen die GRÜNEN daraus nicht die Schlussfolgerung, die Solidarität zur Staatsräson zu erheben und als solche einzuklagen; man wolle vielmehr „eine Gesellschaft, in der [...] [es] als selbstverständlicher Bestandteil der Gemeinschaft der Demokraten verstanden wird“ (Trittin 2009: 21461). Eine Verbesserung der humanitären Lage im Gazastreifen sei daher auch im Sinne des deutsch-israelischen Verhältnisses.

Nachdenklich zeigte man sich bei der Frage der Aufarbeitung der Vorwürfe von Völkerrechts- und Menschenrechtsverstößen. Bald nachdem erste Verdachtsmomente aufgekommen waren, stellten die GRÜNEN eine kleine Anfrage zu schwerwiegenden humanitären Völkerrechtsverstößen durch die beiden Konfliktparteien. Dabei ging es ihnen vor allem um die Aufklärung der von beiden Seiten verwendeten Waffen, deren Herkunft sowie rechtmäßigen Gebrauch.

Die GRÜNEN würdigten den Goldstone-Bericht als einen Beitrag zur Wahrheitsfindung, denn „seine Perspektive [sei] die der Opfer – auf beiden Seiten“ (Koenigs 2011: 10709). Wahrheit sei der „erste Schritt zur Versöhnung, und das [sei] die Voraussetzung für den Frieden, weil sie die Opfer würdig[e] und ihre verletzten Menschenrechte benenn[e]“ (Koenigs 2011: 10709). Der Goldstone-Bericht benenne auch die Verstöße der Hamas gegen das humanitäre Völkerrecht – die Raketenangriffe und die Haftbedingungen von Gilad Shalit –, von denen einige sogar Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein könnten. Der Goldstone-Bericht habe „ausgewogen über die Ereignisse berichtet. Leider [hätten] es Israel, die Palästinenser, Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft bisher versäumt, dem Bericht die Anerkennung zu verleihen, die er verdient [habe]“ (Koenigs 2011: 10709). Der Bericht habe die Menschenrechtsverletzun-

¹⁴⁷ Eine völkerrechtliche Beurteilung gab der Redner nicht ab, denn man könne „ganz lange darüber streiten, was das Völkerrecht für die einen wie für die anderen [hergebe]“ (Trittin 2009: 21460).

¹⁴⁸ Die Antwort war eine detaillierte Auflistung diverser Hilfsprojekte und Organisationen, die Deutschland finanziell unterstütze (Bundesregierung 2009s).

gen auf beiden Seiten aufgedeckt und „allen Opfern einen Namen, eine Stimme und ein Gesicht gegeben“ (Koenigs 2011: 10709). Die Zustände im Gazastreifen seien eine „vom Menschen geschaffene Krise der Menschenwürde“ (Koenigs 2011: 10709). Nur wenn auch Israel die von ihm begangenen Menschenrechtsverletzungen anerkenne, würden auch die Stimmen der israelischen Opfer nicht verhallen: „Menschenrechte messen nicht mit zweierlei Maß“ (Koenigs 2011: 10709). Kritisch hinterfragte man daher das deutsche Abstimmungsverhalten in der Generalversammlung und bezog sich auf die Resolution 64/10, gegen die Deutschland votiert hatte, obwohl sie „von einer großen Mehrheit der Staaten angenommen [worden sei]“ (Bundesregierung 2010m) und Untersuchungen der Vorfälle von beiden Seiten einfordere. Die beiderseitige Anerkennung der Menschenrechtsverletzungen sei die Voraussetzung für Gerechtigkeit und damit für Frieden. Damit seien auch „die Sicherheitsinteressen Israels [...] untrennbar mit den Menschenrechten der Palästinenser verbunden“ (Koenigs 2011: 10709). Die GRÜNEN sind damit die Ersten, die eine Kausalität zwischen Gerechtigkeit und Frieden herstellen und dann den Bogen zur Sicherheit schlagen – die anderen Parteien konstruierten erstere beiden als *Trade-Off* in dem Sinne, dass die Forderung nach Gerechtigkeit ein Hindernis für den Frieden darstelle, oder stellten das Sicherheitsinteresse Israels über die anderen Ziele. Ein ähnliches Argument führten die GRÜNEN auch in der Debatte um ein Überdenken der deutsch-israelischen Militärkooperation an. Deutschland habe „vor dem Hintergrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber dem Existenzrecht Israels und der Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Dies [bedeute] jedoch nicht, dass Deutschland alle Forderungen der israelischen Regierung erfüllen [müsse]. Es [gebe] keine historische Verpflichtung, Israel aufzurüsten“ (Keul 2010: 6977). Man müsse sehr genau überlegen, ob nicht die destabilisierende und gewaltfördernde Wirkung von Waffen überwiegen. Es gelte sicherzustellen, dass deutsche Waffen nicht unter Verletzung des Kriegsvölkerrechts angewandt würden. Eine militärische Lösung des Konfliktes könne es nicht geben und die Kriege im Libanon und in Gaza gäben Anlass zu einer Reflexion des deutschen Rüstungsexports. Dennoch sei es deutsche Pflicht, Israel in seinem Selbstverteidigungsrecht zu unterstützen (Keul 2010: 6978).

3.2.5. Argumentationsschemata der LINKEN: Taten statt Worte

Die Stellung der LINKEN im Bundestag lässt sich in Bezug auf das Thema Nahost am besten mit „isoliert“ beschreiben. Alle Anträge der LINKEN zu diesem Thema wurden abgelehnt, auch wenn sich die SPD und die GRÜNEN bei manchen von ihnen enthielten.

Die Schuldzuweisung durch die CDU/CSU-Fraktion an die Hamas lehnte die LINKE mit der Begründung ab, sie sei „einseitig und falsch“ (Gysi 2009: 21457). „Denn die Völkerrechtsverletzung eines Staates berechtig[e] einen anderen Staat nicht, eine ebensolche zu begehen“ (Gysi 2009: 21458). Zwar sei zu verurteilen, dass die Hamas die Existenz des Staates Israel nicht anerkenne und Raketen auf sein Staatsgebiet abschieße. Allerdings hätte auch die israelische Regierung Fehler begangen: Die Kollektivstrafe durch die Abriegelung des Gazastreifens sei völkerrechtswidrig. Zudem sei auch durch die Israelis das Waffenstillstandsabkommen von

2008 gebrochen worden. „Völlig inakzeptabel und maßlos überzogen“ (Gysi 2009: 21458) sei hingegen die „Führung eines Krieges mit Bomben und Bodentruppen durch Israel – und nun auch noch unter der völkerrechtswidrigen Verwendung schrecklicher Phosphorwaffen“ (Gysi 2009: 21458). Der Krieg habe bereits jetzt fast 300 Kinder das Leben gekostet, obwohl „das Völkerrecht [...] im Krieg den Schutz der Zivilbevölkerung [vorschreibe]“ (Gysi 2009: 21458). Zudem berechtige das Völkerrecht zu keinem Krieg, dessen Ziel es sei, einer fremden Bevölkerung vorzuschreiben, „welche Führung sie zu wählen [habe] oder welche Führung sie auch ohne Wahlen haben [dürfe]“ (Gysi 2009: 21458). Der Krieg sei „inhuman und völkerrechtswidrig“ (Gehrcke 2009: 22525) gewesen und habe nur Verlierer produziert.

Ein Waffenstillstand sei daher „nicht baldmöglichst [...], sondern sofort“ (Gysi 2009: 21458) zu etablieren. Im Gegensatz zu den anderen Parteien appellierte die LINKE nicht an die arabischen Partner oder die USA, die EU oder das Nahostquartett, sondern an den Sicherheitsrat der VN und seine ständigen Mitglieder, „ihrer diesbezüglichen Verantwortung in jeder Hinsicht gerecht zu werden“ (Gysi 2009: 21458). Die internationale Gemeinschaft müsse „aufhören mit sinnlosen Appellen“ (Gysi 2009: 21459) und ihren Worten Taten folgen lassen. Erst die jüngsten Missachtungen der Resolutionen der VN hätten „der Welt erneut die Hilflosigkeit der UNO vor Augen geführt“ und ihr Ansehen beschädigt. Man brauche jedoch „eine UNO, die wirklich stark agieren und Konflikte zu Ende bringen [könne]“ (Gehrcke 2009: 22525). Zunächst habe der Sicherheitsrat unter strikter Wahrung des Völkerrechts einen Gewaltverzicht aller Seiten durchzusetzen, was durch eine internationale Friedenstruppe überwacht werden sollte. Einen Einsatz deutscher Soldaten bei diesem Einsatz schloss auch er aus, „schon aus historischen Gründen“ (Gysi 2009: 21459). Die Palästinenser benötigten „eine Art Marshallplan“ (Gysi 2009: 21459), um ihnen einen umfassenden Zugang zu Menschenrechten zu ermöglichen.¹⁴⁹ Zudem sei unter Beteiligung der Anrainerstaaten – auch Syriens und des Libanons – eine darüber hinausgehende Friedensregelung zu finden. Die Hamas müsse in den Friedensprozess einbezogen werden. Offensichtlich konfliktbehaftet waren für die LINKE Vorstöße einzelner Parteimitglieder, auf Grund des Gazakrieges zu einem Boykott israelischer Waren aufzurufen, was sich „angesichts der deutschen Geschichte [...] verbiete“ (Gehrcke 2009: 22525). Gleichzeitig sei es auch nicht akzeptabel, „dass jede Kritik an der Politik Israels in die Schublade ‚Antisemitismus‘ gepackt w[e]rde“ (Gehrcke 2009: 22525). Denn die deutsche Rolle müsse sein, „dass man Freunden klar sag[e], was geh[e] und was nicht geh[e]“ (Gehrcke 2009: 22525). Dazu sei auch der Umgang mit den Ergebnissen des Goldstone-Reports zu zählen, denen trotz zweimaliger Fristverlängerung weiterhin nicht begegnet worden sei. „Die Gerechtigkeit für die Opfer [des Gazakrieges, H.P.] steh[e] immer noch aus“ (Groth 2011: 10589) und es sei nun an der Zeit, die internationale Strafgerichtsbarkeit einzuschalten. Man könne nicht zulassen, dass schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht ungeahndet blieben. Eine Praxis, derartige

¹⁴⁹ Der Redner nannte neben dem Zugang zu Bildung, Arbeit, Brot auch Ehre und „eine Zukunft, die sie aktiv mitgestalten können, damit für sie Frieden und nicht Kampf oder Krieg attraktiv [werde]“ (Gysi 2009: 21458). Alle Menschen im Nahen Osten hätten ein „Recht auf Frieden, auf Leben, auf Gesundheit, auf Kultur und soziale Wohlfahrt“ (Gysi 2009: 21459). Diese Art von Rechten sei hier unter einem umfassenden Menschenrechtsverständnis zusammengefasst.

Verstöße nicht anzuklagen, führe zu einer Legitimierung von Verbrechen und „einem allgemeinen Klima der Straflosigkeit“ (Groth 2011: 10589). Zudem sei „die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechte eine wesentliche Voraussetzung für Frieden in der Region“ (Groth 2011: 10590). Die LINKE forderte die Bundesregierung daher explizit auf, als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der VN einen erneuten Versuch zu unternehmen, den Bericht der *Fact-Finding Mission* auf die Tagesordnung zu setzen.

Dass die Waffenlieferungen an Israel während der Kampfhandlungen nicht ausgesetzt worden seien, wurde als offener Verstoß gegen einen einstigen Konsens im Bundestag gewertet, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern (Gysi 2009: 21457). Daraus ergab sich für sie auch die logische Folgerung, mit ihrem Antrag einen Abbruch der Waffenlieferungen in den Nahen Osten ebenso zu fordern wie die „Beendigung aller Formen militärischer Zusammenarbeit mit Staaten in dieser Region“ (Gehrcke 2010: 6976).

Die LINKE hatte während des Untersuchungszeitraums insofern eine exponierte Stellung, als sie nicht nur die meisten Anträge zu dem Thema einreichte, sondern auch eine Reihe von Fragen für die Fragestunden und zwei kleine Anfragen stellte. Damit trug sie deutlich zur kritischen Reflexion der Politik der Bundesregierung bei und zeigte sich relativ treffsicher, was etwaige Unstimmigkeiten anging.¹⁵⁰ In ihrem Antrag *Forderungen des Goldstone-Berichts nach unabhängigen Untersuchungen des Gaza-Kriegs unterstützen* hatte die LINKE die Bundesregierung dazu aufgefordert, sowohl die palästinensische als auch die israelische Seite in bilateralen Gesprächen zu Untersuchungen „entsprechend den Forderungen des Goldstone-Berichts durchzuführen“ (Fraktion DIE LINKE 2010a) sowie zur Kooperation mit den entsprechenden von den VN eingesetzten Kommissionen zu drängen. Zudem sollten die im Bericht und verschiedenen Resolutionen der Generalversammlung enthaltenen Forderungen an den Sicherheitsrat unterstützt werden, hierbei insbesondere die Empfehlung zur Vorlage der Angelegenheit beim Chefankläger des IStGH. Der Antrag wurde im Bundestag beraten, dann jedoch zurücküberweisen an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe. In ihrem Antrag *Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens einstellen – Militärische Zusammenarbeit beenden – Atomwaffenfreie Zone befördern* forderte die LINKE die Bundesregierung dazu auf, „umgehend den Export von Kriegswaffen oder kriegswaffenähnlichen Rüstungsgütern in alle Länder des Nahen Ostens zu stoppen“ (Fraktion DIE LINKE 2010b). Des Weiteren solle die Ausbildungskooperation mit Israel eingestellt sowie alle Bemühungen um eine Kern- bzw. Massenvernichtungswaffenfreie Zone Nahost uneingeschränkt und mit eigenen Initiativen gestützt werden. In der Begründung der LINKEN hieß es, dass deutsche Waffenlieferungen „die politische Vermittlungsfähigkeit und die Möglichkeiten, einen Beitrag zur Vermeidung gewaltsamer Konflikte zu leisten“ (Fraktion DIE LINKE 2010b) unterminierte, wobei der Libanon- und der Gazakrieg als jüngste Anlässe zur Sorge herangezogen wurden – in beiden Fällen hätte die Maxime greifen müssen, dass die BRD keine Waffen in Kriegsgebiete liefere.

¹⁵⁰ Da die Fragen und Anfragen der LINKEN bereits in die obigen Betrachtungen eingeflossen sind, sollen sie hier nicht mehr einzeln beleuchtet werden.

Der Antrag, der zunächst im Bundestag diskutiert und dann an die entsprechenden Ausschüsse (Auswärtiger, Verteidigungs- und Ausschuss für Wirtschaft und Technologie) überwiesen wurde, wurde der Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses folgend mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD, FDP und der GRÜNEN abgelehnt.¹⁵¹

Ebenso verhielt es sich mit dem Vorstoß *Den Prozess von Annapolis durch eigenständige Initiativen unterstützen*. Er hatte verschiedene Vorschläge für Initiativen gemacht, zu denen man das Nahost-Quartett animieren sollte. Dazu zählten die effektive Durchsetzung der IV. Genfer Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten sowie die Unterstützung nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung in den Palästinensergebieten (Fraktion DIE LINKE 2008).¹⁵²

Schließlich stellte die LINKE jüngst einen erneuten Antrag, in dem sie zur *Überweisung des Goldstone-Berichtes an den Internationalen Strafgerichtshof durch den UN-Sicherheitsrat* aufrief. Der Antrag wurde allerdings direkt an den Auswärtigen Ausschuss verwiesen, wo er erst am 21. September diskutiert wurde. Die Argumentation des Antrags lautet, dass Vorwürfe bezüglich Menschen- und Völkerrechtsverstößen trotz zweimaliger Fristverlängerung von keiner der beiden Konfliktparteien hinreichend aufgearbeitet worden seien, insbesondere nicht die Vorwürfe von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deshalb solle sich die BRD als Mitglied des Weltsicherheitsrates nun gegen „die Straflosigkeit für schwere Völkerrechtsverbrechen weltweit und für das Recht der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung“ (Fraktion DIE LINKE 2011) einsetzen. Konkret solle sie eine Befassung des Gremiums mit dem Bericht und den entsprechenden Resolutionen der Generalversammlung sowie die Überweisung der Angelegenheit gemäß den Bestimmungen des Römischen Statutes an den IStGH erwirken. Eingedenk der vorhergehenden Argumentationsmuster und Abstimmungsverhalten der anderen Parteien darf es als äußerst unwahrscheinlich gelten, dass der Antrag auf Zustimmung stoßen wird.

3.2.6. Auswertung: Austragung des Normenkonfliktes im Bundestag

Weil der Bundestag keine Exekutivgewalt hat, kann das Schema der Zivilmacht bei der Analyse der Debatten nicht als Maßstab von Handlung, sondern nur als diskursiver Bezugsrahmen dienen. Des Weiteren soll ein Fazit gezogen werden, welche Dimensionen des Sonderverhältnisses zu Israel zur Geltung kamen. Weil die Positionen der Parteien, die im Untersuchungszeitraum an einer Regierung beteiligt waren, weitgehend in der oben erläuterten Haltung der Bundesregierung aufgehen, sollen hier lediglich parteispezifische Akzentuierungen und Abweichungen berücksichtigt werden. Der Fokus soll auf der Position der GRÜNEN und der LINKEN liegen, die während der gesamten Zeit in der Opposition waren.

Klar wurde aus der Parlamentsdebatte, dass die CDU/CSU-Fraktion während der ganzen Zeit auf Regierungslinie war, ja diese in gewissen Punkten sogar noch verschärfte. Wesentlich war

¹⁵¹ Inzwischen hatte die LINKE für 16 Staaten des Nahen Ostens einzelne Anträge auf einen Stopp von Waffenlieferungen gestellt, die allesamt an die Ausschussarbeit verwiesen wurden und dort noch anhängig sind (Deutscher Bundestag 2011a).

¹⁵² Der Antrag bezog sich nicht auf den Gazakrieg, weil er bereits vor Beginn der Operation „gegossenes Blei“ verfasst worden war. Die dazugehörige Debatte im Bundestag am 5.3.2009 berücksichtigte die jüngsten Ereignisse hingegen adäquat, wie die oben ausgewerteten Redebeiträge belegen.

ihr die klare Zuschreibung von Schuld an die Hamas. Sie ging dabei sogar so weit, ihr die Strategie zu unterstellen, Israel zu Völkerrechtsverletzungen zu provozieren, um so dessen Legitimität in der Welt zu schmälern und die eigene zu steigern. Gespräche mit der Hamas wurden kategorisch abgelehnt. Radikaler verurteilt wurden auch die Vorstöße, die Untersuchungen innerhalb der VN weiter zu verfolgen. Dies wurde klar als Politik gegen Israel, nicht als Interesse am Völkerrecht bewertet. Die Legitimität verschiedener Organe und Kommissionen wurde mehrfach angezweifelt, so der Menschenrechtsrat, die Goldstone-Kommission und ihre Nachfolger, die Israels Ruf in der Welt beschädigt hätten. Die Menschenrechtslage in Gaza wurde zwar als schwierig anerkannt, die Schuld dafür jedoch nur der Hamas zugewiesen. Insgesamt kann die CDU/CSU-Position daher als noch deutlicher vom Zivilmachtschema abweichend angesehen werden als die der Bundesregierung insgesamt. In der Begründung ihrer Positionen verwendete die CDU/CSU-Fraktion sowohl die *moralisch-historische* (A) als auch die *solidarisch-freundschaftliche Dimension* (B). Wie schon bei der Bundesregierung hatte das Argument der *Sicherheit* eine exponierte Stellung und absolute Priorität. Dazu gesellten sich das Eintreten für das *Existenzrecht* (10) und die klare *Solidarität* (14) mit Israel. Dies wurde zurückgeführt auf eine *historische Verpflichtung* (7) und *besondere Verantwortung* (2), die Deutschland gegenüber Israel habe. Beide seien Teil der deutschen *Staatsräson* (6), der es auch gegen Widerstand in der Bevölkerung treu zu bleiben gelte.

In der SPD-Fraktion wurde die Schuldfrage als wenig relevant und zielführend dargestellt, was auch schon den wesentlichen Unterschied zwischen den Positionen Merkels und Steinmeiers dargestellt hatte. Die Haltung der SPD fokussierte nicht auf die unmittelbare Sicherheit Israels, sondern eher auf Pragmatismus und die Rückkehr zum politischen Prozess; nur dies sei ein Weg aus der Tragik oder dem Dilemma des Konfliktes. Dazu war für sie die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Gaza wesentlich, weswegen sie die Aufhebung der Blockade forderte, was im Sinne der Menschenrechte und einer Verrechtlichung der IB sei. Die SPD-Fraktion nahm die Förderung von *Good Governance* und Demokratie insofern ernst, als sie darauf verwies, dass die Hamas demokratisch gewählt worden sei und für die Stärkung von Staatlichkeit im Gazastreifen eintrat. Allerdings setzte sich diese Haltung in der Regierungspolitik nicht durch. Eindeutig stand für die SPD fest, dass die Aggressionen der Hamas als Terror und nicht als Freiheitskampf zu bewerten waren, und auch sie sah dahinter die Strategie, Israel zu provozieren. Wenn auch zurückhaltend, so wurde doch kritisiert, dass bestimmte Praktiken Israels auch vor dem Hintergrund der Aktionen der Hamas als bedenklich zu bewerten seien. Dies kann jedoch nicht als klare Verurteilung gewertet werden. In der Beurteilung des Aufarbeitungsprozesses zeigte sich die SPD-Fraktion kritischer als die Regierung: Es gebe Nachholbedarf auf beiden Seiten und die Vorfälle bedürften dringend einer Aufklärung. Das Sonderverhältnis wurde von der SPD vor allem über die *moralisch-historische Ebene* (A) ins Spiel gebracht und – anders als bei der Union – mit ihrem Plädoyer für Pragmatismus verknüpft: Die historische *Schuld* (5) könne man höchstens dadurch abbauen, dass man *Verantwortung für Israel* (2) wohl ver-

stehe und konkrete politische Wege aufzeige. Nur dadurch könnten auch die *Sicherheit* (13) und das *Existenzrecht* (10) Israels dauerhaft gesichert werden.

Die FDP vertrat in der Opposition eine ähnliche Position wie die SPD, schwenkte in der Regierung jedoch auf die CDU/CSU-Linie ein, und setzte nur leichte eigene Akzente. Ihre Kritik am israelischen Militärschlag richtete sich vornehmlich gegen den Glauben, ein derartig hartes und konsequentes Vorgehen würde Erfolg haben. Sie plädierte daher für den politischen Weg der Zwei-Staaten-Lösung und eine Annäherung auch an unliebsame Akteure. Interessanterweise fanden sich in der Oppositionszeit weder Stellungnahmen zu völker- und menschenrechtlichen Fragen noch Vorschläge für den weiteren Umgang mit dem Gazakrieg. In Regierungsverantwortung war der Ton der FDP gegenüber den Aufklärungsversuchen der VN noch einmal deutlich harscher, als es der Regierungsposition zu entnehmen gewesen war. Sie sprach den Berichten nahezu vollständig ihre Berechtigung ab und legte niedrige Standards an die Aufklärung der Völkerrechtsverstöße an, die sie durch Israel bereits als erfüllt ansah. Jede weitere internationale Behandlung hielt man daher für obsolet. Interessanterweise lassen sich keine Elemente des Zivilmachtmodells in der Argumentation der FDP wiederfinden, womit sie als am weitesten vom Idealtyp entfernt angesehen werden dürfen. Entsprechend wurde das Sonderverhältnis mit Israel auch nicht im direkten Zusammenhang mit Menschen- und Völkerrechtsverstößen beschworen, denn diese wurden ohnehin nicht thematisiert. Das Bekenntnis zum *Existenzrecht eines jüdischen Staates Israel* (10) war für die FDP der Grund, warum man eine Ein-Staaten-Lösung in jedem Fall ablehnen musste, denn dieser Staat würde seinen jüdischen Charakter verlieren. Das Eintreten für einen *jüdischen* Staat sei jedoch deutsche *Staatsräson* (6) seit dem *Holocaust* (3). Dies mache Deutschland in Kombination mit seinem guten Verhältnis zu den arabischen Staaten zu einem Mittler und Makler. Im Aufarbeitungsprozess wurde ähnlich wie bei der CDU/CSU der Status Israels als einzige *Demokratie* (9) des Nahen Ostens stark gemacht. Ebenso verhielt es sich mit dem Argument, dass eine Aussetzung der militärischen Kooperation vor dem Hintergrund der *historischen Verantwortung Deutschlands* (2) für die *Existenz* (10) und *Sicherheit* (13) des Staates Israel undenkbar sei. Auffällig ist bei der FDP, dass die verschiedenen Sphären des Sonderverhältnisses nicht klar zu trennen sind. Als einzige Partei berief sich die FDP auf Argumente aus der *realpolitisch-interessenorientierten Sphäre* (C), nämlich durch ihr *strategisches Interesse* (18) an der Kooperation im Verteidigungsbereich.

Im Verhältnis zu den drei ersten Parteien nahmen die GRÜNEN eine nachdenkliche und differenzierte Position ein. Dies begann mit der eindeutigen Verurteilung der Raketenangriffe der Hamas als Kriegsverbrechen, ging aber auch in Bezug auf Israel weiter. Das Recht, sich selbst zu verteidigen, gestanden die GRÜNEN Israel zu, hielten den Krieg aber dennoch für falsch. Das Vorgehen Israels wurde deutlich angezweifelt und mit Attributen wie mehr als unverhältnismäßig und höchst fragwürdig versehen. Zudem kann den GRÜNEN schon früh ein ernsthaftes Interesse an der Aufklärung der Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht unterstellt werden: Ihre kleine Anfrage diesbezüglich war gleichzeitig ausgewogen und auf Präzision be-

dacht, stand also ganz im Geiste einer neutralen völkerrechtlichen Beurteilung der Geschehnisse, ohne unangenehme Fragen auszusparen. Noch deutlicher wurde die Position vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, als es um den Goldstone-Report ging. Man verstand ihn als ausgewogenen Bericht im Interesse der Menschenrechte. Diesem Bericht sollte international mehr Geltung verschafft werden. Deutlich wurde man auch gegenüber Israel, das seine Menschenrechtsverstöße anerkennen sollte, distanzierte sich jedoch ebenso klar von der Hamas. Die Argumente der GRÜNEN lassen sich den Kategorien (C) und (D) der Zivilmacht zuordnen: Sie fordern sowohl eine tatsächliche universelle Gültigkeit der Menschenrechte und des Völkerrechts ein und plädieren für deren institutionelle Stärkung. Auch die *deklaratorischen Mittel* (E) der *Verurteilung* (10, 25) und *Distanzierung* (24) sowie Werbung für die *Austragung des Konfliktes mit Hilfe der VN* (11) können unter Berücksichtigung der Oppositionsrolle als angewendet gelten. Zudem plädierte die Fraktion für gleiche Maßstäbe und damit die *Glaubwürdigkeit* der Menschenrechtspolitik (16) und vermittelte ein *umfassendes Menschenrechtsverständnis* (17), wenn sie etwa dafür eintrat, allen Opfern ein Gesicht zu geben. Insgesamt zeigten die GRÜNEN viele Bezugspunkte zum Zivilmachtschema, wenn sie auch wenig Versuche unternahmen, diese Haltung tatsächlich in die Regierungspolitik zu tragen. Dass die Haltung der GRÜNEN sehr nah an dem einer Zivilmacht ist, erklärt auch ihr Verständnis des deutschen Sonderverhältnisses. Die *Solidarität mit Israel* (14) als Grundkonsens der Gesellschaft, wie er sich auf Grund des *Holocausts* (3) herausgebildet hatte, sahen sie durch das große Leid der Palästinenser gefährdet. Die GRÜNEN wollten das Sonderverhältnis zu Israel jedoch eben nicht als *Staatsräson* (6) verstanden wissen, sondern als Überzeugung. Diese Überzeugung könne die deutsche Bevölkerung nur über Gerechtigkeit im Nahen Osten gewinnen, was die Wahrheitsfindung voraussetze. Erst mit Gerechtigkeit könne Frieden und damit auch *Sicherheit* (13) für alle garantiert werden. Für diese *Sicherheit* (13) und das *Existenzrecht Israels* (10) habe Deutschland auch klarerweise eine *historische Verantwortung* (2), die aber in keinem Fall so weit gehen könne, dass sie eine Verpflichtung zur Aufrüstung impliziere. In diesem Sinne ist auch die Aussage zu verstehen, dass die Sicherheit Israels und die Menschenrechte der Palästinenser einander notwendig bedingen. Die GRÜNEN schafften damit fast eine gedankliche Auflösung des Normenkonfliktes, ohne jedoch hinreichend konkrete politische Wege und Maßnahmen aufzuzeigen.

Die LINKE kann als Musterbeispiel von Argumentation innerhalb des Zivilmachtschemas gelten. Sie forderte mehrfach eine *führende Rolle Deutschlands in den VN* (4), wo es den Goldstone-Report auf *die Agenda wesentlicher Gremien* (22), nämlich des Sicherheitsrates, setzen sollte. Sie sah auch überhaupt die Verantwortung bei den Mitgliedern des Weltsicherheitsrates und plädierte für eine *führende Rolle der VN in der Konfliktregelung* (8). Dies ging sogar so weit, dass sie eine *VN-Friedenstruppe* zur Absicherung der Waffenruhe und Durchsetzung des Völkerrechts verlangte (20). Nach Überschreitung der den Konfliktparteien gesetzten Fristen forderte sie eine *Klage vor dem IStGH* (12). Damit trat die LINKE auch für eine *Herabsetzung der Souveränitätsschwelle* (7) ein. Sie warnten vor einer langfristigen Schädigung des Völkerrechts,

wenn man Verstöße nicht *konsequent ahnde* (6). Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte seien als *absolut zu bewerten* (19), denn sie könnten nicht durch die gleiche Praxis anderer Akteure gerechtfertigt werden. Die LINKE wollte den Palästinensern *umfassenden Zugang zu Menschenrechten* (17) ermöglichen, was nicht nur wirtschaftliche und soziale Rechte durch einen Marshallplan und sofortige humanitäre Hilfe (26, 27), sondern auch politische, kulturelle und das Recht auf Frieden beinhaltete. Die LINKE *verurteilte* auch als einzige Partei *klar die Menschen- und Völkerrechtsverstöße* (10, 25) auf beiden Seiten und plädierte für das *Anlegen gleicher Maßstäbe* (16). Zudem lehnte sie die Begründung des Krieges mit dem Sturz der Hamas als illegal ab. Sie widerspreche zudem Prinzipien der *Demokratie* (20) und Selbstbestimmung, auf die die Palästinenser ein Recht hätten. Die Argumente der LINKEN sind somit in nahezu allen Unterkategorien und insgesamt in allen Oberkategorien idealtypisch für eine Zivilmacht. Dies bezieht sich auf Ziel und Mittel, aber auch auf den Gestaltungswillen.

Wie nun konnte die LINKE ihre Argumentation mit der Norm des Sonderverhältnisses zu Israel in Einklang bringen? Zunächst begrenzten die besonderen Beziehungen auch für die LINKE – oder zumindest den größten Teil der Fraktion – die Wahl der Mittel, die Deutschland in Bezug auf den Gazakonflikt einsetzen konnte. Diese Argumente bewegten sich eindeutig in der *moralisch-historischen Sphäre* (A): Aus historischen Gründen, die interessanterweise nicht näher erläutert oder klar definiert wurden, schlossen sich für die Fraktion sowohl eine deutsche *Beteiligung an einer VN-Friedenstruppe* (siehe Zivilmacht 14) als auch *der Boykott israelischer Waren* (siehe Zivilmacht 28) aus. Sonst jedoch spielte das Sonderverhältnis in der Argumentation der LINKEN keine einschränkende Rolle – im Gegenteil: Sie drehten das Argument viel eher um. Gerade *Freunde* (11) müssten einander sagen können, wenn sie einen Fehler gemacht hätten. Damit entsteht für die LINKE überhaupt kein Widerspruch mehr zwischen den Normen Völkerrecht und Menschenrechte auf der einen und dem Sonderverhältnis auf der anderen Seite. Vielmehr wird das Sonderverhältnis im Sinne der ersteren beiden Normen und zu deren effektiver Durchsetzung urbar gemacht.

IV. Schluss: Sonderverhältnis sticht Zivilmacht

Im Falle des Gazakrieges hat sich eindeutig gezeigt, dass sich im konkreten außenpolitischen Verhalten die Norm des Sonderverhältnisses zu Israel gegenüber den Normen des Völkerrechts und der Menschenrechte einer Zivilmacht durchsetzen konnte. Auf der internationalen Ebene wurde zunächst nur klar, dass die BRD sich nicht wie eine idealtypische Zivilmacht verhielt. Dieser Eindruck verstärkte sich durch die Analyse auf Ebene der Bundesregierung. Wurde der Grund für das vom Zivilmachttypus abweichende Verhalten auf der internationalen Ebene noch nicht offensichtlich, so fanden sich in den Begründungen und Einlassungen der Bundesregierung erste Anhaltspunkte für die Durchsetzung der Norm des Sonderverhältnisses zu Israel. Das dominante Argument war hierbei die israelische Sicherheit und im Verlauf des Aufklärungsprozesses der Verweis auf den demokratischen und rechtstaatlichen Charakter Israels. Damit bewegte sich die Norm des Sonderverhältnisses zunächst im Rahmen einer solidarisch-

freundschaftlichen Beziehung. Hätte sich die Begründung des deutschen Verhaltens auf diese Dimension beschränkt, so wäre der Charakter des deutsch-israelischen Verhältnisses gar nicht weiter besonders gewesen. Eine ähnliche Beziehung, so hätte man argumentieren können, ließe sich auch zu anderen Staaten finden, wenn diese in einer ähnlichen Situation wären – man denke etwa an die deutsch-französische Freundschaft oder die deutsch-amerikanische Partnerschaft. Die tiefer liegenden Sphären, und damit die tatsächliche Besonderheit des deutsch-israelischen Verhältnisses, wurden erst durch die Analyse der Bundestagsdebatten aufgedeckt. Hier zeigte sich deutlich, dass sich die Beziehungen nicht auf Freundschaft und Solidarität beschränken, sondern eben auch eine moralisch-historische Dimension haben. Wenn auch in variierender Intensität und mit unterschiedlichen Argumentationsmustern bezogen sich alle im Bundestag vertretenen Parteien auf die historisch-moralischen Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber Israel. Diese wurden teils als Handlungsbeschränkung, teils als Handlungsaufforderung rekonstruiert. Im Schlusskapitel sollen die gefunden Ergebnisse in die in Teil I geführten Theorieabhandlungen eingespeist, interpretiert und bewertet werden.

1. Das Sonderverhältnis als konstitutive Norm

Im Theorieteil zu den deutsch-israelischen Beziehungen standen sich am Ende zwei Interpretationen des Sonderverhältnisses gegenüber. Auf der einen Seite machte vor allem Weingardt die These stark, dass dem Rekurs auf verschiedene Aspekte der sog. besonderen Beziehungen letztlich nur instrumenteller Charakter zugestanden werden kann, sie mithin im Dienste der Rehabilitation und des Souveränitätsgewinns Deutschlands in der Welt stehen. Eine eigenständige handlungsleitende oder gar konstitutive Wirkung wird dem Sonderverhältnis in dieser Argumentation nicht zugestanden. Dem entgegen positionierten sich vor allem deutsche Politiker und Diplomaten, die gerade die moralisch-historische Komponente des Sonderverhältnisses als identitätsstiftend für die deutsche Außenpolitik betonten. Eine Normalisierung oder bereits bestehende Normalität wurde abgelehnt.

Der in dieser Arbeit untersuchte Fall ist auch deshalb spannend, weil sich zunächst keine harten oder realpolitischen Argumente finden lassen, die ein deutsches Verhalten entlang dem Idealtypus der Zivilmacht hätten verhindern sollen. Es standen weder wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel, noch handelte es sich um einen für Deutschland direkt sicherheitsrelevanten Konflikt. Materialistisch verstandene Interessen können daher ausgeschlossen werden. Angesichts der massiven Kritik an Israel im eigenen Lande und eingedenk der klaren Mehrheitsverhältnisse in der Welt gegen das israelische Vorgehen könnte man sogar von einer negativen Anreizstruktur sprechen: Alle Zeichen deuteten darauf, dass man sich Nachteile durch ein solidarisches Verhalten gegenüber Israel hätte einhandeln, vielleicht sogar innergesellschaftliche und internationale Vorteile durch klare Kritik hätte verschaffen können. Folgt man der Argumentation Weingardts, dass Deutschland nur dann auf sein Sonderverhältnis pocht, wenn es sich im Sinne einer *Logic of Expected Consequences* Gewinne erhofft, dann ergibt das deutsche Verhalten keinen Sinn. Damit wird klar, dass sich das deutsche Verhalten nur innerhalb einer *Logic*

of *Appropriateness* erklären lässt. Dies untermauert die hier zugrunde gelegte These, dass das Sonderverhältnis zu Israel den Charakter einer eigenständigen außenpolitischen Norm hat.

Das leitet auf die Frage über, ob es sich dabei um eine konstitutive oder eine regulative Norm handelt. An dieser Stelle muss man zwischen den verschiedenen Parteien differenzieren. Jedoch sei eine allgemeine Beobachtung vorweg geschickt. Im Kontext der moralisch-historischen Dimension spielen die Unterkategorien *Demut* (1), *Scham* (4) und *Wiedergutmachung* (8) keine, sowie *Schuld* (5) nur eine untergeordnete Rolle. Dies ist charakteristisch für den Status des deutsch-israelischen Verhältnisses, wie ihn auch Michael Brenner mit Verweis auf Aleida Assmanns Charakterisierung beschreibt: Die deutsche Gesellschaft des Nachkriegszeit war eine Schamgesellschaft, wurde in den 1960er Jahren zu einer Schuldgesellschaft und ist im 21. Jahrhundert eine Gesellschaft, die Verantwortung für ihre Vergangenheit übernimmt (Brenner 2008:19-21). Dieses Stadium der Aufarbeitung fand sich exakt in den oben analysierten Argumenten wieder: Das dominante Erklärungsmoment war die historisch begründete Verantwortung bzw. Verpflichtung gegenüber Israel. Dies kann auch als der Kern der deutschen außenpolitischen Identität angesehen werden, die die Geschehnisse in Nahost ansprachen.

Besonders deutlich wird diese Art einer konstitutiven Norm bei der CDU/CSU. Bei ihr ist das Bekenntnis zur Sicherheit Israels klar in der deutschen Identität gegenüber Israel verwurzelt: die des historisch Verantwortlichen und besonders Verpflichteten. Eine ähnliche Struktur lässt sich bei der SPD finden, auch wenn sie daraus andere Konsequenzen zieht: Deutschland sei gegenüber Israel in tiefer Schuld, weshalb man Verantwortung übernehmen und für Israels Sicherheit eintreten müsse. Ein geteiltes Bild ergibt sich bei der FDP: Zwar ist auch für sie das Eintreten für die Sicherheit und das Existenzrecht Israels auf Grund der historischen Verantwortung ein nicht in Frage zu stellender außenpolitischer Imperativ. Ebenso verhielt es sich mit dem deutschen Interesse am jüdischen Charakter des Staates, das im Holocaust begründet sei. Allerdings wurden diese Argumente mit der realpolitisch-interessenorientierten Sphäre verknüpft. Letztlich scheint aber auch für die FDP die außenpolitische Identität gegenüber Israel klar diejenige einer historisch begründeten Bringschuld zu sein. Die realpolitisch-interessenorientierten Argumente können als Surplus im politischen Diskurs angesehen werden, also als zusätzliche Rechtfertigung oder Überdeterminierung der Verhaltensbegründung. Alle drei Parteien teilen ein Selbstbild, das auf der Verantwortung und Verpflichtung gegenüber Israel beruht („konsensuale Sinnkonstruktion“, Risse 2003: 8-9). Sie alle definierten den Gazakrieg klar als Situation, in der diese außenpolitische Identität zum Zuge kommen musste.

Auch für die GRÜNEN konstituiert die Norm des Sonderverhältnisses die außenpolitische Identität Deutschlands als Verantwortlichem für die Sicherheit und die Existenz Israels sowie als solidarischen Partner auf Grund des Holocausts. Klar wird bei den GRÜNEN allerdings auch, dass sie diese konstitutive Norm in Relation zu anderen Normen deutscher Außenpolitik setzen, die im Zweifelsfall konkurrierende Interessen hervorbringen können. Die Identität als Verpflich-

teter ist insofern schwächer ausgeprägt; die Verantwortung hat für die GRÜNEN Grenzen.¹⁵³ Die Argumentation der GRÜNEN bewegt sich dennoch innerhalb dieses Identitätsparadigmas. Ganz anders verhält es sich mit der LINKEN. Bei ihnen kommt das Sonderverhältnis lediglich als regulative Norm zur Geltung, nämlich indem es bestimmte Verhaltensweisen ausschloss, jedoch keine eigenen Interessen hervorbrachte. Aus dem historisch-moralischen Sonderverhältnis folgert die LINKE nur, dass bestimmte Handlungen nicht angemessen sind – also nicht der *Logic of Appropriateness* folgten. Die von ihnen konstruierte außenpolitische Identität gegenüber Israel ist eine freundschaftlich-partnerschaftliche. Dementsprechend leitet die LINKE auch andere Interessen der deutschen Politik ab. Denn eine andere Norm war konstitutiv für die außenpolitische Identität und damit auch Interessen der LINKEN: die Normen des Völkerrechts und der Menschenrechte einer Zivilmacht.

2. Abschied von der Zivilmacht, selbstbewussteres Auftreten?

In der oben geführten Diskussion darüber, ob die Rolle der Zivilmacht nach wie vor adäquat sei, um die deutsche Außenpolitik zu beschreiben, vertrat Gunter Hellmann eine verneinende Position. Auf Grund von Veränderungen in den externen Standards angemessenen deutschen Verhaltens hätten sich Selbst- und Fremdbild auseinander entwickelt. Die BRD habe darauf mit einem Lernprozess reagiert, der in eine Neudefinition der eigenen Rolle als selbstbewussterer und machtorientierter Akteur mündete. In Bezug auf Israel machte er eine weiterreichende Unterstützung einerseits, aber auch größere Kritik im Falle von Differenzen andererseits aus (Hellmann 2011: 748); beides deutete er als Anzeichen selbstbewussterer Außenpolitik. Ähnlich sieht Rainer Baumann ein verändertes Verständnis von Verantwortung, nämlich weg von prinzipien- und werteorientierten Begründungsmustern hin zum Verfolgen von Eigeninteressen und dem Anspruch auf Mitsprache (Baumann 2011). Das Ergebnis der vorliegenden Untersuchung stimmt mit den empirischen Feststellungen der beiden überein: Die BRD verhielt sich im Gazakonflikt weder wie eine Zivilmacht noch vertrat sie eine prinzipien- und werteorientierte Politik. Allerdings liegt die Erklärung in diesem Falle nicht in einem gewachsenen Selbstbewusstsein oder mehr Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung. Denn die BRD setzte international ja gerade keine Akzente und trat gegenüber Israel weitgehend unkritisch auf. Auch in militärischer Hinsicht gab es in den Debatten der deutschen Politik einen weitreichenden Konsens, dass man sich keinesfalls an einer Mission beteiligen könnte. Die überzeugendste Erklärung des deutschen Verhaltens bietet vielmehr ein überaus geringes Selbstbewusstsein – und zwar gegenüber Israel. Zwar spielte auch hier der Verantwortungsbegriff eine Rolle, jedoch keinesfalls im Sinne eines Anspruchs auf Mitsprache, sondern im Gegenteil vielmehr verstanden als zurückhaltende und ausgleichende Politik. Die Abkehr vom Modell der Zivilmacht muss deshalb nicht notwendig von einer macht- und interessenorientierten Politik gefolgt werden. Die Zivilmacht kann auch durch eine stärkere Norm deutscher Außenpolitik zurück gedrängt werden.

¹⁵³ Was dies für die außenpolitische Identität Deutschlands insgesamt bedeutet, wird unten näher erläutert.

Die Maullsche These, dass eine veränderte Umwelt der Zivilmacht den Rekurs auf neue Mittel abverlange, um ihre Ziele zu verwirklichen, greift in Bezug auf das vorliegende Untersuchungsergebnis allerdings ebenfalls zu kurz. Denn wie sich gezeigt hat, verfolgte die Bundesregierung nicht einmal ansatzweise die Ziele der Zivilisierung der Verhältnisse zwischen Staat und Staat sowie zwischen Staat und Individuum. Es handelt sich also nicht um ein Problem, das lediglich auf eine Wahl adäquater Mittel zurückzuführen ist. Vielmehr gab die BRD in Bezug auf den Gazakrieg die Ziele einer Zivilmacht auf.

Wie eingangs im Kapitel zur Zivilmacht bemerkt, darf man nicht den Fehler machen, eine Rolle durch einmaligen Verstoß als unzutreffend anzusehen. Das starke Abweichen des deutschen Verhaltens vom Zivilmachtschema könnte insofern als Ausnahme bewertet werden, die die Regel bestätigt. Allerdings lässt der innerdeutsche politische Diskurs nicht darauf schließen, dass sich im erneuten Falle von Normenkonkurrenz das Zivilmachtparadigma gegen das Sonderverhältnis durchsetzen würde. Auf der anderen Seite zeigte sich im Falle der Gaza-Flottillen, dass die Deutschen weit selbstbewusster gegenüber Israel auftraten als noch im Falle des Gazakrieges. Dies galt sowohl für die Beurteilung des Ereignisses selbst als auch für die Aufklärung danach (siehe oben). Der Fall unterschied sich insofern vom hier betrachteten, als deutsche Staatsbürger unmittelbar an der Aktion beteiligt gewesen waren. Sollte dies der ausschlaggebende Faktor für das deutsche Verhalten gewesen sein, so kann man nicht den Anspruch einer Zivilmacht unterstellen, sondern eher ein Zugeständnis an die Wählerschaft.

Die Feststellung Hellmanns, dass sich die internationalen Verhaltenserwartungen an Deutschland geändert hätten, kommt hier aber dennoch ins Spiel. Denn wenn das Fremdbild der BRD – also der *alter-part* oder die Rollenerwartung – tatsächlich nicht mehr demjenigen einer Zivilmacht entsprechen sollten, dann stellt sich die Frage, wieso sich Deutschland im Gazakrieg überhaupt anders hätte verhalten sollen. Wenn niemand zivilisierendes Verhalten erwartet, dann ist es naheliegend, dass es auch nicht vertreten wird – gerade wenn es um einen Konflikt geht, der wesentlich in der internationalen Arena ausgetragen wird. Dies würde allerdings bedeuten, die Wirkung sozialer Normen, also die Erwartungen der eigenen Gesellschaft, zu unterschätzen. Dass die Zivilmacht als Rollenmodell nicht abgeschrieben werden muss, beweisen die Haltungen der LINKEN und der GRÜNEN, deren Argumentation sich sehr genau in das deduktiv entwickelte Schema des Völkerrechts und der Menschenrechte einpasste. Auch die anderen Parteien bekannten sich zumindest in ihrer Argumentation abstrakt zu einigen Prinzipien der Zivilmacht. Dies lässt darauf schließen, dass nach wie vor eine Normierung deutschen Handelns im Sinne einer Zivilmacht stattfindet. Die Normen der Menschenrechte und des Völkerrechts, wie sie hier modelliert wurden, haben aber für das tatsächliche Verhalten der BRD nur regulative, keinesfalls konstitutive Wirkung entfaltet. Sie waren *ein* Standard angemessenen Verhaltens, aber nicht wie das Sonderverhältnis Bedingung der Möglichkeit einer Entscheidung und daher auch nicht Teil der deutschen außenpolitischen Identität.

3. Reichweite der theoretischen Erklärungen von Normenkonflikten

Damit wären wir bei der Frage angelangt, wie sich das Ergebnis in mögliche Erklärungen zu Normenkonflikten einordnen lässt. Nach Rittberger et al. 2001 wäre die Antwort eindeutig: Im Falle des Normenkonfliktes setzt sich in der Entscheidung des Akteurs diejenige Norm durch, die sowohl auf innergesellschaftlicher als auch auf internationaler Ebene über mehr Kommunalität und Spezifität verfügt. Angewandt auf die Resultate der vorliegenden Fallstudie würde dies im Umkehrschluss bedeuten: Das Sonderverhältnis zu Israel ist die stärkere Norm, was heißt, dass sie innergesellschaftlich und international von mehr Akteuren vertreten wird und spezifischere Handlungsanweisungen liefert. Spezifität wird mit Rittberger et al. daran festgemacht, ob eine Norm hinreichend klar zwischen angemessenem und unangemessenem Verhalten unterscheidet. Kommunalität kennzeichnet die Menge an Akteuren, die eine Norm teilen. Beide Kriterien müssen auf innergesellschaftlicher und internationaler Ebene angelegt werden. Rittberger et al. nennen als Indikatoren einer Norm auf sozialer Ebene ihr Auftauchen in der Verfassung und Rechtsordnung eines Staates sowie in Partei- und Wahlprogrammen, in Parlamentsdebatten und Meinungsumfragen. Auf internationaler Ebene können das allgemeine Völkerrecht, Rechtsakte internationaler Organisationen und Schlussakte von Konferenzen als Quellen dienen (Rittberger et al. 2001a: 124-132). Wenn auch beide Kriterien, also Kommunalität und Spezifität, schwierig zu messen sind und eine eigene Untersuchung erfordern würden, so lassen sich dennoch einige Bemerkungen zu den hier behandelten Normen machen.

Zunächst ist klar, dass das deutsche Sonderverhältnis zu Israel auf internationaler Ebene nicht als Norm auftaucht, zumindest wenn man die genannten Indikatoren zu Grunde legt. Das bedeutet, dass die Norm auf internationaler Ebene weder spezifisch ist noch von vielen Akteuren geteilt wird. Auf sozialer Ebene zeigte die obige Analyse des Bundestages, dass die Parteien erstens unterschiedliche Aspekte des Sonderverhältnisses in den Vordergrund rücken und zweitens unterschiedliche Schlussfolgerungen aus der Norm ziehen. Dies deutet auf eine geringe Spezifität der Norm hin: Sie grenzt angemessenes nicht klar von unangemessenem Verhalten ab. Zumindest im Bundestag kann der Norm des Sonderverhältnisses jedoch zumindest eine hohe Kommunalität zugeschrieben werden. Dies verhält sich ganz anders, wenn man Meinungsumfragen berücksichtigt. Schon Meinungsumfragen vor dem Gazakrieg zeigten, dass knapp 80% der Deutschen dezidiert kein besonderes Verhältnis zum Staat Israel wollten, sondern sich dafür aussprachen, ihn wie jeden anderen Staat zu behandeln (Vopel 2007: 24-25). Dieser Eindruck wird durch die massiven Demonstrationen gegen das israelische Vorgehen während des Gazakrieges verstärkt. In den Parteiprogrammen weist die Norm des Sonderverhältnisses wiederum hinreichend Kommunalität¹⁵⁴ auf, kann jedoch nicht als spezifisch gelten: Rekuriert wird auf „die besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels“ (SPD 2007: 21) oder das Eintreten „für das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat in sicheren Grenzen“ (CDU

¹⁵⁴ Nach Rittberger et al. ist ein hinreichendes Maß an Kommunalität erreicht, wenn zwei Volksparteien eine Norm vertreten, weswegen hier die CDU und die SPD betrachtet werden sollen.

2007: 108). In der Verfassung findet sich kein Hinweis auf die Norm eines Sonderverhältnisses. Die Norm Sonderverhältnis kann also sowohl auf beiden Ebenen als eher schwach angesehen werden. Die Normen Menschenrechte und Völkerrecht, wie sie hier konstruiert wurden, würden eine tiefgründige Analyse erfordern, wenn man an ihnen die Kommunalität und Spezifität testen wollte. Henning Boekle untersuchte die deutsche Menschenrechtspolitik in den VN und modellierte die Norm mit ähnlichen Charakteristika wie die vorliegende Arbeit. Er kam zumindest zu dem Ergebnis, dass die Stärkung der VN im Bereich der Menschenrechte eine starke soziale Norm in der BRD sei (Boekle 2001a: 283-284). Betrachtet man die Parteiprogramme, so findet man ebenfalls Teilaspekte des Kategorienschemas wieder: „Die Vereinten Nationen müssen handlungsfähiger und durchsetzungstärker werden, um Menschenrechten, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zum weltweiten Durchbruch zu verhelfen und zur Bewahrung der Schöpfung und zur Weiterentwicklung des Völkerrechts beizutragen. [...] Auf dem Weg zu diesem Ziel bleibt Deutschland bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen. [...] Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen in aller Welt gegenüber dem Souveränitätsprinzip Vorrang haben.“ (CDU 2007: 111). Oder: „Die Unteilbarkeit und universelle Geltung der Menschenrechte ist für uns nicht verhandelbar. Das Grundgesetz, die Europäische Grundrechtecharta, die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und die Millenniumsentwicklungsziele bestimmen unsere internationale Politik. [...] Auch angesichts des Terrorismus lehnen wir jegliche Aufweichung des Völkerrechts ab“ (SPD 2007: 20 und 25). Auch in der Verfassung finden sich etwa Hinweise auf ein umfassendes und universelles Menschenrechtsverständnis (Deutscher Bundestag 2010: Art. 1). Ohne hier eine tiefgründige Analyse der Normen auf innergesellschaftlicher Ebene liefern zu können, kann davon ausgegangen werden, dass die Menschenrechte und Völkerrecht einen mindestens ebenso hohen Grad an Kommunalität und Spezifität aufweisen wie das Sonderverhältnis zu Israel. Klar ist zudem, dass sie auf internationaler Ebene stärker sind: Dies ergibt sich allein schon daraus, dass einzelne Aspekte des oben entwickelten und angewandten Kategorienschemas selbst Teil des Völkerrechts und damit ohnehin in einem möglichen Indikator enthalten sind.

Dass das Sonderverhältnis zu Israel den Normenkonflikt gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht gewinnen konnte, scheint daher mit der von Rittberger et al. vorgelegten Theorie nicht befriedigend erklärbar zu sein. Mit den von ihnen entwickelten Kriterien zumindest kann das Sonderverhältnis nicht als stärkere Norm angesehen werden. Zudem ziehen die Kriterien der Kommunalität und der Spezifität im Allgemeinen, insbesondere aber für die vorliegenden Normen große Probleme der Messbarkeit nach sich. Die Erklärungskraft ist daher als gering einzustufen.

Eine weitere Erklärung wäre mit Risse, dass sich diejenige Norm durchgesetzt hat, die in einem argumentativen Aushandlungsprozess am überzeugendsten war. Hier wäre jedoch die Frage zu stellen, ob eine konstitutive, also identitätsbestimmende Norm wie das jahrzehntelang gewach-

sene Sonderverhältnis innerhalb eines so kurzen Zeitraums wie des hier untersuchten ernsthaft zur Disposition gestellt werden kann. Denn derartige Normen entfalten ja gerade dadurch ihre Stärke, dass sie selbstverständlich werden: "Internalized norms can be both extremely powerful (because behavior according to the norm is not questioned) and hard to discern (because actors do not seriously consider or discuss whether to conform)" (Finnemore/Sikkink 1998: 904). Sollte die Norm des Sonderverhältnisses zu Israel tatsächlich in einen Prozess der Selbstreflexion der deutschen außenpolitischen Identität eingetreten sein, so kann die Behandlung des Gazakrieges höchstens als Anfang dieses Prozesses gesehen werden. Identitäten wandeln sich nur sehr langsam; sie sind relativ stabil. Ob man in der Debatte der Geschehnisse um Gaza den Startpunkt eines derartigen Wandels sehen kann, soll im Ausblick sowie am Ende des folgenden Kapitels erhellt werden.

4. Tatsächliche Strategien im Umgang mit Normenkonflikten

Wie also gingen die Akteure tatsächlich mit dem offensichtlichen Normenkonflikt um? Die obige Analyse hat folgende Strategien aufgedeckt: Die wohl dominanteste Reaktion auf den Normenkonflikt könnte man als Flucht aus der *Verantwortung*, als „Aussitzen“ oder *Prokrastination* bezeichnen. Als erste Verdachtsmomente für schwerwiegende Menschen- und Völkerrechtsverletzungen vorlagen, zog sich die Bundesregierung auffallend häufig darauf zurück, dass bestimmte Vorwürfe noch nicht erwiesen seien, die Sachlage für ein abschließendes Urteil noch zu unklar wäre oder dass die Ermittlungen noch liefen. Damit einher ging – nicht nur bei der Bundesregierung, sondern auch bei den Fraktionen im Bundestag – oftmals der Appell oder sogar Vorwurf an dritte Akteure, die sich des Problems in den Augen der Deutschen nicht ausreichend annahmen. Adressat war hierbei vor allem die USA mit ihrem neuen Präsidenten Obama. Allerdings wurde auch Tony Blair, der Sondergesandte des Nahost-Quartetts, mehrfach dafür kritisiert, dass er in dem Konflikt eine zu blasse Rolle spiele. Beide Strategien können als Versuch interpretiert werden, sich der eigenen Verantwortung in der Situation zu entledigen und die Möglichkeiten der eigenen Rolle herunterzuspielen. Dazu passt auch, dass die Situation im Nahen Osten oftmals als „Dilemma“ oder „Tragik“ (Gloser 2011; Klose 2009) beschrieben wurde, als Situation also, die sich dem eigenen Einfluss entzieht. Als symptomatisch kann weiterhin angesehen werden, dass die Behandlung des Konflikts immer wieder dem Menschenrechtsrat angetragen wurde – einem Gremium also, dem die Deutschen nicht mehr angehörten. Hierbei ist auch auffällig, dass die Argumentation inkonsistent wurde: Der Menschenrechtsrat sei das richtige Gremium zur Behandlung, weil es den Bericht in Auftrag gegeben habe. Gleichzeitig wurde den Entscheidungen, die der Menschenrechtsrat zuvor getroffen hatte, von verschiedenen Seiten der deutschen Debatte die Legitimität abgesprochen – sei es, weil der Menschenrechtsrat tendenziell immer gegen Israel entscheide; sei es, weil die bisherigen Entscheidungen meist ohne ein positives westliches Votum beschlossen worden seien. In diese Logik ordnet sich auch ein, dass Deutschland sich bei vielen der diesen Normenkonflikt betreffenden Resolutionen enthielt.

Eine zweite Strategie kann in der *Verniedlichung* des Problems gesehen werden. Darunter fallen alle Argumente, die der Aufklärung der Vorfälle eine unbedeutende oder untergeordnete Wichtigkeit zuordnen. Meist stach die Rückkehr zum Friedensprozess und zur Zwei-Staaten-Lösung die Aufarbeitung der Völker- und Menschenrechtsverstöße argumentativ aus. Diese Beobachtung ist nicht als Bewertung gemeint: Es ist durchaus vorstellbar, dass die Bundesregierung diese Prioritätensetzung ernst und gut meinte. Die Feststellung ist lediglich, dass das Argument stark gemacht wurde, um den Normenkonflikt als weniger gravierend darzustellen, indem man ihm ein geringeres Gewicht als anderen Problemen beimaß. Dennoch muss auch diesem Argument eine gewisse Fadenscheinigkeit unterstellt werden. Erstens unterstellt es, dass die Aufklärung der Geschehnisse im Gazakonflikt nichts mit dem weiteren Weg zum Frieden zu tun hätten. Wie von den GRÜNEN jedoch schlüssig dargestellt wurde, kann man eine Vorbedingung des Friedens in einer auf Wahrheitsfindung basierenden Gerechtigkeit sehen. Doch selbst wenn man diesen Schritt nicht mitgehen möchte, kann man zweitens ein pragmatisches Argument ins Feld führen. Eine neutrale und ordentliche Aufarbeitung hätte ja nicht nur Israel unter Rechtfertigungszwang gebracht, wie es die deutsche Befürchtung gewesen zu sein scheint, sondern hätte auch die Führung der Hamas unter Druck gesetzt. Damit kann man die Zurückhaltung in Bezug auf den Goldstone-Report als vertane Chance ansehen, die *de facto* Regierung im Gazastreifen öffentlich zu delegitimieren und Verantwortliche nach rechtstaatlichen Prinzipien zur Rechenschaft zu ziehen. Dies hätte auch zu einem Mehr an Rechtstaatlichkeit und demokratischen Prinzipien in Gaza führen können, was wiederum ein wesentlicher Schritt in Richtung einer vernünftigen Zwei-Staaten-Lösung hätte sein können. Auch wurde die Chance verpasst, militärische Lösungsversuche eindeutig als kontraproduktiv zu kennzeichnen. Dieses Argument wurde auch gegen Merkels einseitige Schuldzuweisung mit der Begründung vorgebracht, dass diese dem Krieg zusätzlich Legitimation verliehen hätte und ihn als adäquates Mittel wirken ließ. Wenn Frieden das wirkliche Ziel der Bundesregierung gewesen sein sollte, dann hat sie die falschen Mittel gewählt.

Schließlich kann man noch zwei letzte Strategien ausmachen, die miteinander zusammen hängen, aber von unterschiedlichen Akteuren praktiziert wurden. Vor allem die LINKE, zu einem gewissen Grad jedoch auch die GRÜNEN, wandten die Strategie der tatsächlichen *gedanklichen Auflösung* des Normenkonfliktes an. Diese wird bedingt durch eine sich von den anderen Parteien unterscheidende Rekonstruktion der deutschen außenpolitischen Identität gegenüber Israel: Die LINKE betrachtet das deutsch-israelische Verhältnis als Freundschaft und „Freunde reden Tacheles“.¹⁵⁵ Das bedeutet, dass man Freunde auch auf Fehler hinweisen darf und muss. Generell überwiegt das deutsche Interesse an universellen Werten für die LINKE, und nicht die bedingungslose Solidarität. Bei den GRÜNEN funktioniert das Argument ähnlich: Wenn man das deutsche Interesse an Israels Existenz und Sicherheit ernstnimmt, dann muss man die langfristig sinnvollste Lösung anstreben und nicht gleichsam präventiv die Sicherheitsinteressen

¹⁵⁵ So der Titel einer Untersuchung des Einflusses von Städtepartnerschaften auf die Außenpolitik am Beispiel der deutsch-israelischen Beziehungen (Ziegler 1992).

zum Maß aller Dinge machen. In Israels Interesse zu handeln, bedeutet dann, wirkliche Gerechtigkeit zu schaffen und so einen Frieden zu ermöglichen. In beiden Positionen demonstriert sich eine wertegebundene Außenpolitik und ein gleichzeitiges Hinterfragen der deutschen außenpolitischen Identität im Konfliktfall. Wollte man dies als Beginn einer Selbstreflexion und Eintreten in einen argumentativen Aushandlungsprozess interpretieren, so stößt man angesichts der Reaktionen der anderen Parteien an Grenzen. Denn eine weitere Strategie im Umgang war die *Marginalisierung*, ja sogar *Stigmatisierung* der Positionen, die ein Eintreten für das Völkerrecht und die Menschenrechte forderten. Dies galt in aller Deutlichkeit für die LINKE: All ihre Anträge wurden abgelehnt. Selbst die Grünen unterstützten keinen der Anträge, auch wenn sie in ihren Redebeiträgen Zustimmung für Teile der Vorstöße bekundeten. Ihre Vorschläge wurden als naiv (Trittin 2009), einseitig (Gloser 2011) oder obsolet kritisiert (Stinner 2011), man unterstellte ihr Sympathie für die Hamas und damit für Terroristen (Klose 2009) oder man klassifizierte ihre Redebeiträge schlicht als „unsäglich“ (Bär 2009). Manch einer machte sogar Andeutungen, die Position der LINKEN sei israelfeindlich (Kiesewetter 2011), ja gar antisemitisch (Mißfelder 2009).¹⁵⁶ Ohne hier ein Urteil über antisemitische Tendenzen fällen zu wollen, für die es zumindest in Einzelfällen sicherlich hinreichend Indizien gibt (Salzborn/Voigt 2011), lässt sich doch feststellen, dass damit ein Totschlagargument gegen sämtliche Vorstöße der LINKEN gefunden ist. Und auch mit den anderen vorgebrachten Argumenten kann man sich einer tatsächlichen Auseinandersetzung mit inhaltlichen Vorschlägen entziehen. Diese Form der Marginalisierung, ja Dämonisierung (Ruppert in Deutscher Bundestag 2011b) der Positionen der LINKEN birgt zwei Gefahren. Zum einen unterbindet es den Prozess der kritischen Selbstreflexion, die oben angesprochen wurde: Wenn Kritik der LINKEN *a priori* als unzulässig erklärt, dann kann kein Überzeugungs- oder Aushandlungsprozess stattfinden. Zum zweiten macht man es damit unmöglich, selbst auf die von der LINKEN vorgebrachten Argumente zu rekurrieren, auch wenn man sie inhaltlich vertreten könnte. Damit besetzt die LINKE für manche Positionen eine Monopolstellung, die deren Einbindung in den politischen Entscheidungsprozess verhindert.

5. Die konstruktivistische Erklärung deutschen Verhaltens

In jedem Fall hat die vorliegende Untersuchung bestätigt, wie ertragreich konstruktivistische Ansätze für die Außenpolitikanalyse sind. Die deutschen Interessen im Gazakonflikt formierten sich entlang der Identität, die sich die BRD selbst gegenüber Israel zuschreibt. Diese Identität manifestiert sich in bestimmten Erwartungen angemessenen Verhaltens, also einer Norm. Die Norm, die in diesem Fall zum Tragen kommt, ist, dass Deutschland besondere Beziehungen zu Israel unterhält, wie sie durch das oben entwickelte Schema konkretisiert und charakterisiert werden. Als besonders überzeugend hat sich gerade vor dem Hintergrund der These Weingardts, dass das deutsch-israelische Sonderverhältnis nur in einem instrumentellen Sinne wirke, die Annahme gezeigt, dass durch Sprache Regeln und Normen geschaffen werden, die durch

¹⁵⁶ Bezüglich der Antisemitismusvorwürfe gegen die LINKE hatte es im Mai 2011 auf Antrag der Koalitionsparteien eine aktuelle Stunde im Bundestag gegeben. Auslöser war eine Studie zu antisemitischen Tendenzen in der LINKEN gewesen (Deutscher Bundestag 2011b).

Praxis verstärkt werden können. Genau dies passierte in der Entwicklung des deutsch-israelischen Verhältnisses: Durch Sprechakte wurde das Sonderverhältnis als Norm geschaffen, durch Praxis wurde es perpetuiert. Dass zu Beginn bloß *Rhetorical Action* vorlag oder eine *Logic of Expected Consequences* verfolgt worden sein mag, tut dem keinen Abbruch. Die vorliegende Arbeit konnte zeigen, dass das Sonderverhältnis inzwischen vollständig als konstitutive Norm internalisiert, ja institutionalisiert ist. Anders als aus dieser Identität heraus könnten die von Deutschland verfolgten Interessen im Gazakrieg nicht erklärt werden.

6. Ausblick und Bewertung

Was nun kann man für die weitere Entwicklung der untersuchten Normen prognostizieren?

In Bezug auf das deutsch-israelische Verhältnis ergibt sich ein geteiltes Bild. Einerseits könnten sowohl die zunehmende Kritik innerhalb der deutschen Bevölkerung als auch die nachdenklich-kritischen Töne der LINKEN und der GRÜNEN tatsächlich einen Reflexionsprozess der deutschen Identität gegenüber Israel auslösen. Dies wird auch davon abhängen, inwiefern die israelische Politik ein derartiges Überdenken begünstigt: So hat sich etwa in der Debatte um die Gaza-Flottillen gezeigt, dass es auch für die Koalitionsparteien eine Schmerzgrenze gibt. Die Kritik an Israel war in diesem Fall deutlich und die Vorfälle veranlassten den Bundestag sogar dazu, geschlossen für eine Aufhebung der Gazablockade zu stimmen. Dass Israel in der Konsequenz der internationalen Kritik an der Blockade die Einfuhrbestimmungen lockerte, beweist die Einflussmöglichkeiten, die man auf den Nahostkonflikt haben kann. Auf der anderen Seite steht die Sicherheitsratsabstimmung über die Aufnahme eines palästinensischen Staates in die VN kurz bevor. Wie Deutschland votieren wird, steht bisher noch nicht fest, auch wenn alle Ankündigungen auf ein „Nein“, bestenfalls jedoch auf eine Enthaltung hindeuten. Damit stellt man sich erneut an Israels Seite und zwar gegen die vorherrschende Meinung in Europa. Dass keine einheitliche EU-Position zu der Frage gefunden werden konnte, ist im Wesentlichen auf die deutsche Haltung zurückzuführen. Wieder wurde die Begründung in pragmatischen Gesichtspunkten gesucht: Unilaterale Schritte seien für einen langfristigen Frieden schädlich, man müsse verhandeln. Dass mit diesem Pragmatismus und den Durchhalteparolen schon im Zusammenhang mit dem Gazakrieg keine Fortschritte zu erzielen waren, scheint die Schlagkraft dieser Argumente in den Augen der Bundesregierung nicht zu schmälern. Dabei scheint die Verzweiflungstat der Palästinenser, einen eigenen Staat auszurufen und um Anerkennung bei den VN zu buhlen, doch der beste Beweis zu sein, dass die alten Strategien dringend überdacht werden müssen. Ob sich die Normen des Völkerrechts und der Menschenrechte in einem erneuten Normenkonflikt gegen das Sonderverhältnis durchsetzen könnte, ist schwer zu prognostizieren. Voraussetzung hierfür wäre sicherlich die Stärkung der Zivilmachtrolle als Leitkonzept für die Außenpolitik der BRD. Wie schon von anderen Seiten bemerkt wurde (siehe I.2.3.3), scheint es der deutschen Außenpolitik sowohl an einem Gesamtkonzept als auch an der Definition adäquater Mittel zu mangeln. Die Zivilmacht als bewährtes Modell deutscher Politik könnte hierbei ein Leitfaden sein. Die Zivilisierung der IB ist ein hehres Ziel, das es zu verfolgen lohnt.

Deutschland könnte hier als Vorreiter Akzente setzen. Dies gilt gerade für die Menschenrechte und das Völkerrecht. Diese Werte sollten auf Grund ihres *allgemeinen* und *universellen* Charakters unabhängig von der konkreten Situation gestärkt werden. Dies bedeutet auch, dass ein *besonderer* Wert wie das Verhältnis zu Israel im Zweifelsfall hinter ihnen zurückstehen muss.

Bibliographie

Aledo, Louis-Antoine 2009: Le droit international public, Paris.

Alexy, Robert 1999: Die Institutionalisierung der Menschenrechte im demokratischen Verfassungsstaat, in: Gosepath, Stefan/Lohmann, Georg (Hrsg.): Philosophie der Menschenrechte, Frankfurt am Main, 244-264.

Ali, Hamidon/Gueye, Momar/Kohona, Palitha T.B. 2010: 42nd Report of the United Nations Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Palestinian People and Other Arabs of the Occupied Territories, 27.8.2010, <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/7A8FB0ED7FDEBE00852577BC004C60D4>; 1.9.2011.

Ali, Hamidon/Jayasuriya, Samantha/Mbaye, Babacar Carlos 2009: 41st Report of the United Nations Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Palestinian People and Other Arabs of the Occupied Territories, 9.9.2009, <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/3EFD4614E1C83E3E85257648004A02A7>; 31.8.2011.

Alroi-Arloser, Grisha 2005: Deutschland und Israel aus israelischer Sicht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 55: 15, 9-13.

Amnesty International 2009: Israel/Gaza. Operation 'Cast Lead': 22 Days of Death and Destruction, 2.7.2009, <http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE15/015/2009/en/8f299083-9a74-4853-860f-0563725e633a/mde150152009en.pdf>; 23.8.2011.

Arab Republic of Egypt, Permanent Mission to the United Nations (Geneva)/Republic of Cuba, Permanent Mission to the United Nations (Geneva)/Islamic Republic of Pakistan, Permanent Mission to the United Nations (Geneva) 2009: Note Verbale with Request for Special Session, 6.1.2009, http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/9special_session/Letter_request_fromPM_Egypt_06.01.09.pdf; 23.8.2011.

Arab Republic of Egypt, Permanent Representative to the United Nations 2009: Letter dated 2009/10/07 from the Permanent Representative of Egypt to the United Nations addressed to the President of the Security Council, 7.10.2009, <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/2009/519&Lang=E>; 2.9.2011.

Asseburg, Muriel 2010: Die Gaza-Blockade beenden - aber wie?, in: SWP Aktuell 51, 1-4.

Asseburg, Muriel/Busse, Jan 2011: Deutschlands Politik gegenüber Israel, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik, Wiesbaden, 693-716.

Auswärtiges Amt 2008a: Pressemitteilung: Bundesminister Steinmeier besorgt über die Lage im Gazastreifen, 27.12.2008, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2008/081227-BM-Lage-Gaza.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2008b: Pressemitteilung: Steinmeier: Weitere Eskalation in Gaza unbedingt vermeiden, 28.12.2008, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2008/081228-Eskalation-Gaza-vermeiden.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2008c: Pressemitteilung: Steinmeier und Abbas: Eskalation in Gaza gefährdet Stabilität in gesamter Region, 29.12.2008, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2008/081229-Telefonat-BM-Abbas.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2008d: Pressemitteilung: Bundesminister Steinmeier sondiert Chance für humanitäre Waffenruhe in Gaza, 30.12.2008, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2008/081230-BMhumanitaereWaffenruheGaza.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2009a: Pressemitteilung: Bundesminister Steinmeier: Bemühungen um Waffenruhe fortsetzen, 1.1.2009, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090101-Arabische-Liga.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2009b: Pressemitteilung Bundesregierung unterstützt Wiederaufbau in Gaza mit 150 Mio. Euro, 2.3.2009, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090302-GazaUnterstuetzung.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2009c: Pressemitteilung: Gaza: Bundesminister Steinmeier dringt auf humanitäre Waffenruhe, 3.1.2009, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090103-Telefonat-Babacan.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2009d: Pressemitteilung: Bundesminister Steinmeier sehr besorgt über weitere Eskalation in Gaza, 4.1.2009, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090104-Gaza.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2009e: Pressemitteilung: Ägyptischer Vorschlag zur Beendigung der Kämpfe im Gazastreifen von Bundesaußenminister begrüßt, 7.1.2009, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090107-aegyptVorschlagGaza.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2009f: Pressemitteilung: Steinmeier hofft auf baldige Waffenruhe, 13.1.2009, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090113-BM-Gaza.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2009g: Pressemitteilung: Bundesminister Steinmeier telefonierte mit der US-Außenministerin Clinton, 22.1.2009, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/09-01-22-Telefonat-BM-Clinton.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2009h: Pressemitteilung: Deutsche Grenzposten in Ägypten eingetroffen, 27.1.2009, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090127-GrenzexpertenEGY.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2009i: Pressemitteilung: Bundesminister Steinmeier telefoniert mit dem US-Sondergesandten für den Nahen Osten, George Mitchell, 28.1.2009, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090127-BM-Telefonat-Mitchell.html>; 14.9.2011.

Auswärtiges Amt 2011: Humanitäres Völkerrecht. Geltungsbereich, 6.4.2011, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/InternatRecht/HumanitaeresVoelkerrecht_node.html; 19.9.2011.

Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères 2009: Gemeinsame Erklärung von Außenminister Bernard Kouchner und seinem Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier zur Lage in Gaza, 14.1.2009, <http://www.france-allemande.fr/Gemeinsame-Erklärung-von,3908.html>; 14.9.2011.

B'Tselem, The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories 2009: Gaza Strip: One and a Half Million People Imprisoned, 27.12.2009, http://www.btselem.org/gaza_strip/20091227_a_year_to_castlead_operation; 23.8.2011.

B'Tselem, The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories 2011: Use of firearms, <http://www.btselem.org/topic/firearms>; 5.9.2011.

Bär, CDU/CSU-Fraktion 2009: 16. Wahlperiode, 198. Sitzung des Deutschen Bundestages, Aktuelle Lage im Nahen Osten, 14.1.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16198.pdf>; 17.9.2011.

Bar-On, Amir 2008: Israel und Deutschland, Deutschland und Israel 1982-1998. Interessen, Einstellungen und Politik, Frankfurt am Main.

Bar-On, Dan 2005: Die Erinnerung an den Holocaust in Israel und Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 55: 15, 37-45.

Barnouw, Dagmar 2007: Israels Sicherheit, in: *Leviathan* 35: 2, 212-229.

Bartos, Helene 2007: Israeli-German relations in the years 2000-2006. A special relationship revisited, Oxford.

Baumann, Rainer 2011: Multilateralismus: Die Wandlung eines vermeintlichen Kontinuitätselements der deutschen Außenpolitik, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik*, Wiesbaden, 468-487.

Beirut, Deutsche Botschaft 2009: Zusammenfassung: Haltung der Bundesregierung zum Goldstone-Bericht, 26.10.2009, http://www.beirut.diplo.de/Vertretung/beirut/de/_pr/2009/10/26.10.09_20b.html?archive=2112734; 17.9.2011.

BMZ, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2011: Was wir machen. Naher Osten und Nordafrika, http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/naher_osten_nordafrika/palaestinensische_gebiete/index.html; 14.9.2011.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang 1999: Ist Demokratie eine notwendige Forderung der Menschenrechte?, in: Gosepath, Stefan/Lohmann, Georg (Hrsg.): *Philosophie der Menschenrechte*, Frankfurt am Main, 233-243.

Boekle, Henning 2001a: German foreign human rights policy within the UN, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *German foreign policy since unification. Theories and case studies*, Manchester, 271-298.

Boekle, Henning 2001b: German foreign policy since unification. Theories and case studies, in: Rittberger, Volker/Peters, Dirk (Hrsg.): *German foreign policy since unification. Theories and case studies*, Manchester.

Boekle, Henning/Nadoll, Jörg/Stahl, Bernhard 2000: Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Theoretische Grundlegung und methodische Vorgehensweise, in: PAFE-Arbeitspapier 1 (Project on the Comparative Analysis of Foreign Policies in Europe) 1-41.

Bosold, David/Achrainer, Christian 2011: Die normativen Grundlagen deutscher Außenpolitik, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik*, Wiesbaden, 445-467.

Brenner, Michael 2008: A Common Past is not a Shared Memory: The Bubis-Walser Debate Revisited, in: Brenner, Michael/Feldman, Lily Gardner/Kindermann, Harald/Stein, Shimon/Stern, Frank (Hrsg.): *Sixty Years after the Founding of the Jewish State: Are German-Israeli Relations still "Special"?*, American Institute for Contemporary German Studies, AICGS German Issues, Washington, 19-21.

Broening, Michael 2005: Terrorfokus und "Normalisierung". Deutschland und Israel im Spiegel ihrer Medien, in: Tribüne 44: 173, 96-106.

Bundestkanzlerin, Angela Merkel 2008a: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset, 18.3.2008, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Rede/2008/03/2008-03-18-rede-merkel-vor-der-knesset.html>; 19.9.2011.

Bundestkanzlerin, Angela Merkel 2008b: Neujahrsansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Jahreswechsel 2008/2009 31.12.2008, http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Archiv16/Rede/2008/12/2008-12-31-merkel-neujahrsansprache.html; 19.9.2011.

Bundestkanzlerin, Angela Merkel 2009a: Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim Empfang für das Diplomatische Corps am 9. Februar 2009 in Berlin, 9.2.2009, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/02/19-1-bk-empfang>; 14.9.2011.

Bundestkanzlerin, Angela Merkel 2009b: Interview: Koalition will mehr finanziellen Spielraum für Bürger, 12.1.2009, http://www.bundesregierung.de/nn_915730/Content/DE/Interview/2009/01/2009-01-11-merkel-bams.html; 14.9.2011.

Bundestkanzlerin, Angela Merkel 2009c: Pressestatement der Bundeskanzlerin Merkel zum G20-Gipfel in Pittsburgh, 18.9.2009, http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/09/2009-09-18-pk-merkel.html; 17.9.2011.

Bundestkanzlerin, Angela Merkel 2010: Pressestatement: Vorfall in den internationalen Gewässern vor Gaza, 31.5.2010, http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/05/2010-05-31-bk-gaza.html; 14.9.2011.

Bundespräsident, Horst Köhler 2005: Ansprache von Bundespräsident Horst Köhler vor der Knesset in Jerusalem, 2.2.2005, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/02/20050202_Rede.html; 19.9.2011.

Bundesregierung 2008: Regierungspressekonferenz vom 29. Dezember, 29.12.2008, http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Archiv16/Pressekonferenzen/2008/12/2008-12-29-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009a: Regierungspressekonferenz vom 3. Juli, 3.7.2009, http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/07/2009-07-03-regpk.html; 17.9.2011.

Bundesregierung 2009b: Pressemitteilung 1: Bundeskanzlerin Merkel telefoniert mit dem israelischen ministerpräsidenten Ehud Olmert, 4.1.2009, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/01/2009-01-04-merkel-gaza,layoutVariant=Druckansicht.html>; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009c: Pressemitteilung 2: Bundeskanzlerin Angela Merkel beriet mit Präsident Mubarak über die Situation im Nahen Osten, 5.1.2009, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/01/2009-01-05-merkel-mubarak-telefonat,layoutVariant=Druckansicht.html>; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009d: Regierungspressekonferenz vom 5. Januar, 5.1.2009, http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/01/2009-01-05-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009e: Pressemitteilung 5: Merkel besorgt über Lage in Gaza - Telefonate mit Erdogan und Bush, 6.1.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_914546/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/01/2009-01-06-merkel-gaza.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009f: Regierungspressekonferenz vom 6. November, 6.11.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/11/2009-11-06-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009g: Pressekonferenz der Bundeskanzlerin und des französischen Präsidenten, 8.1.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/01/2009-01-08-merkel-sarkozy.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009h: Regierungspressekonferenz vom 11. Februar, 11.2.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/02/2009-02-11-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009i: Pressemitteilung 16: Bundeskanzlerin Merkel und Kronprinz von Abu Dhabi erörtern Lage im Nahen Osten, 12.1.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_914546/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/01/2009-01-12-merkel-abu-dhabi.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009j: Regierungspressekonferenz vom 12. Januar, 12.1.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/01/2009-01-12-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009k: Presseunterrichtung von Bundeskanzlerin Merkel und Premierminister Brown, 15.1.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/01/2009-01-15-pk-merkel-brown.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009l: Regierungspressekonferenz vom 16. Januar, 16.1.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/01/2009-01-16-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009m: Regierungspressekonferenz vom 16. September, 16.9.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/09/2009-09-16-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009n: Pressemitteilung 25: Merkel, Sarkozy und Brown unterstützen Bemühungen um Waffenruhe im Nahen Osten, 17.1.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_914546/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/01/2009-01-17-merkel-sarkozy-brown-gaza.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009o: Ausführungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Pressekonferenz nach dem Treffen der Regierungschefs "Salon of the Leaders", 18.1.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/01/2009-01-18-merkel-scharm-al-scheich.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009p: Regierungspressekonferenz vom 19. Januar, 19.1.2009,
http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/01/2009-01-19-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009q: Regierungspressekonferenz vom 19. Oktober, 19.10.2009, http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/10/2009-10-19-regpk.html; 17.9.2011.

Bundesregierung 2009r: 16. Wahlperiode, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aufklärung von schwerwiegenden humanitären Völkerrechtsverstößen im jüngsten Gaza-Krieg, 20.4.2009, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/126/1612673.pdf>; 19.9.2011.

Bundesregierung 2009s: 16. Wahlperiode, Fragestunde der 199. Sitzung des Deutschen Bundestages, Antwort auf Frage 15, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 21.1.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16199.pdf>; 17.9.2011.

Bundesregierung 2009t: Regierungspressekonferenz vom 23. Januar, 23.1.2009, http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/01/2009-01-23-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009u: Regierungspressekonferenz vom 26. Januar, 26.1.2009, http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/01/2009-01-26-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009v: 16. Wahlperiode, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Gaza-Krieg, 27.2.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/120/1612087.pdf>; 19.9.2011.

Bundesregierung 2009w: Regierungspressekonferenz vom 27. Februar, 27.2.2009, http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/02/2009-02-27-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009x: Regierungspressekonferenz vom 30. Januar, 30.1.2009, http://www.bundesregierung.de/nn_915804/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/01/2009-01-30-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2009y: Regierungspressekonferenz vom 30. September, 30.9.2009, http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/09/2009-09-30-regpk.html; 17.9.2011.

Bundesregierung 2010a: 9. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik. Berichtszeitraum: 1. März 2008 bis 28. Februar 2010, Auswärtiges Amt, Berlin.

Bundesregierung 2010b: Regierungspressekonferenz vom 2. Juli, 2.7.2010, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/07/2010-07-02-regpk>; 14.9.2011.

Bundesregierung 2010c: Pressemitteilung 203: Bundeskanzlerin telefonierte mit dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, 3.6.2010, http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2010/06/2010-06-03-bkin-abbas.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2010d: Regierungspressekonferenz vom 4. Juni, 4.6.2010, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/06/2010-06-04-regpk,layoutVariant=Druckansicht.html>; 14.9.2011.

Bundesregierung 2010e: Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen und einzelnen, global agierenden, internationalen Organisationen und Institutionen im Rahmen des VN-Systems in den Jahren

2008 und 2009, 4.8.2010, <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/339714/publicationFile/54515/VNBericht0809.pdf>; 14.9.2011.

Bundesregierung 2010f: Pressekonferenz mit Vizekanzler Guido Westerwelle zur Kabinettsitzung und aktuellen Themen, 4.8.2010, http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-04-pk-westerwelle.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2010g: Regierungspressekonferenz vom 9. Juli, 9.7.2010, http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/07/2010-07-09-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2010h: 17. Wahlperiode, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Goldstone-Bericht über mutmaßliche Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg, 12.4.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/013/1701361.pdf>; 17.9.2011.

Bundesregierung 2010i: Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und Premierminister Netanyahu, 18.1.2010, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/01/2010-01-18-deutsch-israelische-regierungskonsultationen>; 14.9.2011.

Bundesregierung 2010j: Regierungspressekonferenz vom 18. Juni, 18.6.2010, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/06/2010-06-18-regpk>; 14.9.2011.

Bundesregierung 2010k: Regierungspressekonferenz vom 21. Juni, 21.6.2010, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/06/2010-06-21-regpk,layoutVariant=Druckansicht.html>; 14.9.2011.

Bundesregierung 2010l: Pressekonferenz der Kanzlerin am 21. Juli in Berlin, 21.7.2010, http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/07/2010-07-21-pk-merkel.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2010m: 17. Wahlperiode, Fragestunde der 23. Sitzung des Deutschen Bundestages, Antwort auf Frage 96, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 24.2.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17023.pdf>; 17.9.2011.

Bundesregierung 2010n: 17. Wahlperiode, Fragestunde der 33. Sitzung des Deutschen Bundestages, Antwort auf Fragen 61 und 62, DIE LINKE, 24.3.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17033.pdf>; 17.9.2011.

Bundesregierung 2010o: 17. Wahlperiode, Fragestunde der 33. Sitzung des Deutschen Bundestages, Antwort auf Fragen 63 und 64, DIE LINKE, 24.3.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17033.pdf>; 17.9.2011.

Bundesregierung 2010p: Artikel: Bestürzung über israelischen Marineeinsatz gegen Gaza-Hilfskonvoi, 31.5.2010, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/05/2010-05-31-marineeinsatz-gaza,layoutVariant=Druckansicht.html>; 14.9.2011.

Bundesregierung 2010q: Regierungspressekonferenz vom 31. Mai, 31.5.2010, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/05/2010-05-31-regpk,layoutVariant=Druckansicht.html>; 19.9.2011.

Bundesregierung 2011a: Regierungspressekonferenz am 4. April, 4.4.2011, http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/04/2011-04-04-regpk.html; 14.9.2011.

Bundesregierung 2011b: 17. Wahlperiode, Schriftliche Fragen des Deutschen Bundestages, Antwort der Bundesregierung auf Fragen 9 und 10 der Abgeordneten Kudla (CDU/CSU): Auswirkungen der Revidierung des Goldstone-Berichts, 11.4.2011, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/055/1705568.pdf>; 17.9.2011.

Bundesregierung 2011c: Pressekonferenz Bundeskanzlerin Merkel und Ministerpräsident Netanyahu, 31.1.2011, http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/01/2011-01-31-deutsch-israelische-regkonsultationen.html; 14.9.2011.

Cassese, Antonio 2005: International Law, Oxford.

CBS News, Online-Ausgabe 2008: Arab States Work with UN on Gaza Ceasefire, 28.12.2008, http://www.cbsnews.com/8301-503543_162-4690763-503543.html; 15.9.2011.

CDU 2007: Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm, 4.12.2007, <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf>; 19.9.2011.

CNN World, Online-Ausgabe 2008: Arabs Protest their Governments' Reaction to Gaza Attacks, 28.12.2008, http://articles.cnn.com/2008-12-28/world/arab.reaction.gaza_1_hamas-militants-egyptian-brokered-cease-fire-gaza-attacks?_s=PM:WORLD; 15.9.2011.

Colschen, Lars 2010: Deutsche Außenpolitik, Paderborn.

Cour Permanente de la Justice 1928: Recueil des Avis Consultatifs. Compétence des Tribunaux de Dantzig, http://www.icj-cij.org/pcij/serie_B/B_15/01_Competence_des_tribunaux_de_Danzig_Avis_consultatif.pdf; 13.8.2011.

Deutsche Botschaft Beirut 2009a: Pressemitteilung: Gaza: Steinmeier erleichtert über Waffenruhe, 18.1.2009, http://www.beirut.diplo.de/Vertretung/beirut/de/_pr/2009/01/18-01-09-3.html?archive=2112734; 14.9.2011.

Deutsche Botschaft Beirut 2009b: Pressemitteilung: Steinmeier begrüßt einseitige Waffenruhe 18.1.2009, http://www.beirut.diplo.de/Vertretung/beirut/de/_pr/2009/01/18-01-09.html?archive=2112734; 14.9.2011.

Deutsche Welle, DW-World 2009: Diplomatische Initiativen der EU im Nahost-Konflikt, 20.1.2009, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3960626,00.html>; 14.9.2011.

Deutscher Bundestag 2010: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: I. Die Grundrechte, 21.7.2010, <http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg.html>; 14.9.2011.

Deutscher Bundestag 2011a: 17. Wahlperiode, 114. Sitzung des Deutschen Bundestages, Amtliches Protokoll, 9.6.2011, <http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/amtlicheprotokolle/2011/ap17114.html>; 19.9.2011.

Deutscher Bundestag 2011b: 17. Wahlperiode, Aktuelle Stunde: Aktuelle sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu möglichen antisemitischen und israelfeindlichen Positionen und Verhaltensweisen in der Partei DIE LINKE, 25.5.2011, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17110.pdf>; 19.9.2011.

Deutschlandfunk 2009: UNO-Bericht zu Kriegsverbrechen aus dem Gaza-Krieg erwartet. Interview mit Markus Kaim (Stiftung Wissenschaft und Politik), 16.10.2009, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1051842/; 24.8.2011.

Division for Palestinian Rights, United Nations 2011: Chronological Review of Events Relating to the Question of Palestine. Monthly media monitoring review April 2011, 30.4.2011, <http://domino.un.org/unispal.nsf/eed216406b50bf6485256ce10072f637/2ae3f6b836688c588525789a00686940?OpenDocument>; 2.9.2011.

Dreßler, Rudolph 2005: Gesicherte Existenz Israel. Teil der deutschen Staatsräson, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 55: 15, 3-8.

Erakat, Noura 2009: Operation Cast Lead: The Elusive Quest for Self Defense under International Law, in: *Rutgers Law Record* 36, 164-185.

Europäische Union, EUBAM 2011: European Union Border Assistance Mission in Rafah. About us, <http://www.eubam-rafah.eu/node/2296>; 15.9.2011.

Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization* 52: 4, 887-917.

Fischer, Joschka 1999: Vorwort, in: Dachs, Gisela/Baltissen, Georg/Fischer, Joschka (Hrsg.): *Deutsche, Israelis und Palästinenser. Ein schwieriges Verhältnis*, Heidelberg, 9-11.

Focus, Online-Ausgabe 2009: Fischer lästert über Auftreten der EU, 7.1.2009, http://www.focus.de/politik/ausland/nahost/gaza-krieg-fischer-laestert-ueber-auftreten-der-eu_aid_360194.html; 15.9.2011.

Fraktion DIE LINKE, Deutscher Bundestag 2008: 16. Wahlperiode, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Den Prozess von Annapolis durch eigenständige Initiativen unterstützen, 4.6.2008, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/094/1609483.pdf>; 19.9.2011.

Fraktion DIE LINKE, Deutscher Bundestag 2010a: 17. Wahlperiode, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Forderungen des Goldstone-Berichts nach unabhängigen Untersuchungen des Gaza-Kriegs unterstützen, 7.7.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/024/1702418.pdf>; 17.9.2011.

Fraktion DIE LINKE, Deutscher Bundestag 2010b: 17. Wahlperiode, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens einstellen. Militärische Zusammenarbeit beenden. Atomwaffenfreie Zone befördern, 7.7.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/024/1702481.pdf>; 18.9.2011.

Fraktion DIE LINKE, Deutscher Bundestag 2011: 17. Wahlperiode, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Überweisung des Goldstone-Berichtes an den Internationalen Strafgerichtshof durch den UN-Sicherheitsrat, 29.6.2011, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/063/1706339.pdf>; 17.9.2011.

Frangi, Abdallah 2002: Germany and the Middle East Peace Process: The Palestinian Perspective, in: *German Foreign Policy in Dialogue. A Quarterly E-Newsletter on German Foreign Policy* 3: 7, 34-36.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Online-Ausgabe 2010: Empörung über Militäraktion vor Gaza, 31.5.2010, <http://www.faz.net/s/RubB30ABD11B91F41C0BF2722C308D40318/Doc~E77C1BB90592A4941828AECF1874AB00A~ATpl~Ecommon~Sspezial.html>; 17.9.2011.

Frankfurter Rundschau, Online-Ausgabe 2010: Wikileaks macht US-Geheimdienst nervös, 16.3.2010, <http://www.fr-online.de/panorama/lesetipps/wikileaks-macht-us-geheimdienst-nervoes/-/1473590/2738290/-/index.html>; 11.9.2011.

Frei, Norbert/Brunner, José/Goschler, Constantin 2009: Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen.

Galtung, Johan 1975: The Specific Contribution of Peace Research to the Study of the Causes of Violence: Typologies, UNESCO - Interdisciplinary Expert Meeting on the Study of the Causes of Violence, Paris.

Galtung, Johan/Wagner, Hedda 1975: Strukturelle Gewalt: Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg.

Gardner Feldman, Lily 1984: The special relationship between West Germany and Israel, Boston.

Gardner Feldman, Lily 2008: The German-Israeli Partnership: Is it still "Special"?, in: Brenner, Michael/Feldman, Lily Gardner/Kindermann, Harald/Stein, Shimon/Stern, Frank (Hrsg.): Sixty Years after the Founding of the Jewish State: Are German-Israeli Relations still "Special"?, American Institute for Contemporary German Studies, AICGS German Issues, Washington, 13-17.

Gehrcke, Fraktion DIE LINKE 2009: 16. Wahlperiode, 208. Sitzung des Deutschen Bundestages, Beratung der Beschlussempfehlung zu dem Antrag: Den Prozess von Annapolis durch eigene Initiativen unterstützen, 5.3.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16208.pdf>; 17.9.2011.

Gehrcke, Fraktion DIE LINKE 2010: 17. Wahlperiode, 65. Sitzung des Deutschen Bundestages, Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens einstellen - Militärische Zusammenarbeit beenden - Atomwaffenfreie Zone befördern (zu Protokoll gegebene Rede), 7.10.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17065.pdf>; 17.9.2011.

Geis, Anna 2008: Militär und Friedenspolitik. Dilemmata der deutschen „Zivilmacht“, in: Schlotter, Peter/Nolte, Wilhelm/Grasse, Renate (Hrsg.): Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation - Zivile Impulse - Europäische Einbindung (zitiert aus privater Version, abweichende Seitenzahlen), Baden-Baden, 60-82.

Geis, Anna 2011: Burdens of the Past, Shadows of the Future. The use of military force as a challenge for the German "civilian power", to be published in: Geis, Anna/Müller, Harald/Schörnig, Niklas (Hrsg.): The Janus Face of Liberal Democracies. Militant "Forces for Good", in preparation.

General Assembly, United Nations 2009a: Resolution 64/19, 64th Session, 54th Plenary Meeting, 2.12.2009, <http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/6f2df1ffb49d51ad852576c100537c1f?OpenDocument>; 30.8.2011.

General Assembly, United Nations 2009b: Resolution 64/10, 64th Session, 39th Plenary Meeting, 5.11.2009, <http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/9cc062414581d038852576c10055b066?OpenDocument>; 30.8.2011.

General Assembly, United Nations 2009c: Resolution 64/89, 64th Session, 62nd Plenary Meeting, 10.12.2009, <http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/117c223519d92e8b852576b70053bb17?OpenDocument>; 31.8.2011.

General Assembly, United Nations 2009d: Resolution 64/91, 64th Session, 62nd Plenary Meeting, 10.12.2009,
<http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/544beb06378ba234852576b700581b02?OpenDocument>; 31.8.2011.

General Assembly, United Nations 2009e: Resolution 64/92, 64th Session, 62nd Plenary Meeting, 10.12.2009,
<http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/d06efb184fe192d1852576b70059ffc3?OpenDocument>; 31.8.2011.

General Assembly, United Nations 2009f: Resolution 64/94, 64th Session, 62nd Plenary Meeting, 10.12.2009,
<http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/16BEB4B8617DF3F0852576B7005C78E3>; 1.9.2011.

General Assembly, United Nations 2009g: Resolution ES-10/18, 10th Emergency Special Session, 36th Plenary Meeting, 16.1.2009,
<http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/d3ea56df47e0a1e285257551005723f8?OpenDocument>; 30.8.2011.

General Assembly, United Nations 2009h: Resolution 64/185, 64th Session, 66th Plenary Meeting, 21.12.2009,
<http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/3fb9d29b7fda5b55852576c40057401b?OpenDocument>; 30.8.2011.

General Assembly, United Nations 2010a: Resolution 65/100, 65th Session, 62nd Plenary Meeting, 10.12.2010,
<http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/625374f5387e900c85257823005b142f?OpenDocument>; 1.9.2011.

General Assembly, United Nations 2010b: Resolution 65/102, 65th Session, 62nd Plenary Meeting, 10.12.2010,
<http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/1f7913d7a71f040885257823005c4372?OpenDocument>; 1.9.2011

General Assembly, United Nations 2010c: Resolution 65/103, 65th Session, 62nd Plenary Meeting, 10.12.2010,
<http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/9f4255765e24446485257823005d8cbf?OpenDocument>; 1.9.2011.

General Assembly, United Nations 2010d: Resolution 65/105, 65th Session, 62nd Plenary Meeting, 10.12.2010,
<http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/614923a27b964f1e85257823005f0ac2?OpenDocument>; 1.9.2011.

General Assembly, United Nations 2010e: Resolution 65/134, 65th Session, 67th Plenary Meeting, 15.12.2010,
<http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/bb18ed31b8e63a5385257855004df011?OpenDocument>; 1.9.2011.

General Assembly, United Nations 2010f: Resolution 65/179, 65th Session, 69th Plenary Meeting, 20.12.2010,
<http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/3f8f382bf9874a50852578770064392b?OpenDocument>; 31.8.2011.

General Assembly, United Nations 2010g: Resolution 64/254, 64th Session, 72nd Plenary Meeting, 26.2.2010,

<http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/763d289fb7f2019b852576f20050496b?OpenDocument>; 31.8.2011.

General Assembly, United Nations 2010h: Resolution 65/16, 65th Session, 55th Plenary Meeting, 30.11.2010, <http://domino.un.org/unispal.nsf/a06f2943c226015c85256c40005d359c/7eb10bd6d4bcaccf85257829005379d9?OpenDocument>; 31.8.2011.

Gloser, SPD-Fraktion 2011: 17. Wahlperiode, 93. Sitzung des Deutschen Bundestages, Forderungen des Goldstone-Berichts nach unabhängigen Untersuchungen des Gaza-Krieges unterstützen (zu Protokoll gegebene Rede), 24.2.2011, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17093.pdf>; 17.9.2011.

Goldstone, Richard J. 2009a: Rede vom 5.11.2009 an der Brandeis University, Waltham, Massachusetts (Videomitschnitt), http://www.youtube.com/watch?v=XtbHifKM6sM&feature=player_embedded; 3.9.2011.

Goldstone, Richard J. 2009b: Statement on behalf of the Members of the United Nations Fact Finding Mission on the Gaza Conflict before the Human Rights Council, 29.09.2009, http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/specialsession/9/docs/OpeningStatement_Gaza_FFM_290909.doc; 29.8.2011.

Goldstone, Richard J./Chinkin, Christine/Jilani, Hina/Traves, Desmond 2009: Human Rights in Palestine and Other Occupied Arab Territories. Report of the United Nations Fact-Finding Mission on the Gaza Conflict, 25.9.2009, <http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/12session/A-HRC-12-48.pdf>; 25.8.2011.

Gröhe, Hermann 2002: Human rights and democracy as aims of German foreign policy in relation to the states of the MENA region, in: Perthes, Volker (Hrsg.): Germany and the Middle East. Interests and Options, Berlin, 204-218.

Gröhe, Hermann/Moosbauer, Christoph/Perthes, Volker/Sterzing, Christian 2002: Evenhanded, not neutral. Points of reference for a German Middle East policy, in: Perthes, Volker (Hrsg.): Germany and the Middle East. Interests and Options, Berlin, 11-28.

Groth, Fraktion DIE LINKE 2011: 17. Wahlperiode, 93. Sitzung des Deutschen Bundestages, Forderungen des Goldstone-Berichts nach unabhängigen Untersuchungen des Gaza-Krieges unterstützen, 24.2.2011, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17093.pdf>; 17.9.2011.

Guardian, Online-Ausgabe 2011: Goldstone report: Statement issued by members of UN mission on Gaza war, 14.4.2011, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/apr/14/goldstone-report-statement-un-gaza>; 2.9.2011.

Gysi, Fraktion DIE LINKE 2009: 16. Wahlperiode, 198. Sitzung des Deutschen Bundestages, Aktuelle Lage im Nahen Osten, 14.1.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16198.pdf>; 17.9.2011.

Haaretz, Online-Ausgabe 2009: Security Council rejects special Goldstone report session, 8.10.2009, <http://www.haaretz.com/news/security-council-rejects-special-goldstone-report-session-1.6518>; 2.9.2011.

Haaretz, Online-Ausgabe 2010: Germany asked U.S. to force settlement freeze on Israel, WikiLeaks cables show 1.12.2010, <http://www.haaretz.com/misc/article-print-page/germany-asked-u-s-to-force-settlement-freeze-on-israel-wikileaks-cables-show-1.328127?trailingPath=2.169%2C2.225%2C2.226%2C>; 5.9.2011.

Hansen, Niels 2001: Aus dem Schatten der Katastrophe. Moral und Staatsraison in der deutschen Nahostpolitik, in: Wittstock, Alfred (Hrsg.): Israel in Nahost - Deutschland in Europa: Nahtstellen, Opladen, 29-42.

Harnisch, Sebastian 2001: Germany as a civilian power? The foreign policy of the Berlin Republic, Manchester.

Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W. 2001: "Learned its lesson well?" Germany as a Civilian Power ten years after unification, in: (Hrsg.): Germany as a civilian power? The foreign policy of the Berlin Republic, Manchester, 128-156.

Hawel, Marcus 2007: Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland, Hannover.

Heidelmeyer, Wolfgang 1982: Die Menschenrechte. Erklärungen, Verfassungsartikel, Internationale Abkommen, Paderborn/München/Wien/Zürich.

Hellmann, Gunther 2002: Sag beim Abschied leise Servus!, in: Politische Vierteljahresschrift 43: 3, 498-507.

Hellmann, Gunther 2006: Die Bedeutung von politischer Kultur und nationaler Identität für die deutsche Außenpolitik, in: Hellmann, Gunther (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik, Wiesbaden, 186-204.

Hellmann, Gunther 2011: Das neue Selbstbewusstsein deutscher Außenpolitik und die veränderten Standards der Angemessenheit, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik, Wiesbaden, 735-757.

Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank 2008a: Fazit — Ein neues, eigenständigeres Deutschland, in: Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank (Hrsg.): Die Semantik der neuen deutschen Außenpolitik, Wiesbaden, 187-206.

Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank 2008b: Zivilität, in: Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank (Hrsg.): Die Semantik der neuen deutschen Außenpolitik, Wiesbaden, 172-185.

Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank/Schirmbeck, Sonja 2008c: Vokabularanalyse — Ein sprachanalytischer Ansatz zur Erforschung außenpolitischer Identität, in: Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank (Hrsg.): Die Semantik der neuen deutschen Außenpolitik, Wiesbaden, 9-27.

Herdegen, Matthias 2007: Völkerrecht, München.

Hörster, CDU/CSU-Fraktion 2010: 17. Wahlperiode, 65. Sitzung des Deutschen Bundestages, Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens einstellen - Militärische Zusammenarbeit beenden - Atomwaffenfreie Zone befördern (zu Protokoll gegebene Rede), 7.10.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17065.pdf>, 17.9.2011.

Hoyer, FDP-Fraktion 2009a: 16. Wahlperiode, 208. Sitzung des Deutschen Bundestages, Beratung der Beschlussempfehlung zu dem Antrag: Den Prozess von Annapolis durch eigene Initiativen unterstützen (zu Protokoll gegebene Rede), 5.3.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16208.pdf>, 17.9.2011.

Hoyer, FDP-Fraktion 2009b: 16. Wahlperiode, 198. Sitzung des Deutschen Bundestages, Aktuelle Lage im Nahen Osten, 14.1.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16198.pdf>, 17.9.2011.

Hudson, Valerie M. 1997: Culture and Foreign Policy, Boulder/London.

Human Rights Council, United Nations 2009a: United Nations Webcast, 12th Session (Videomitschnitt), <http://webcast.un.org/ramgen/ondemand/conferences/unhrc/twelfth/hrc090929am-eng.rm?start=>; 27.8.2011.

Human Rights Council, United Nations 2009b: United Nations Webcast, Statement by Boudewijn J. Van Eenennaam on behalf of Italy, 10th Session, 26.3.2009, <http://webcast.un.org/ramgen/ondemand/conferences/unhrc/tenth/hrc090326pm1-eng.rm?start=01:14:04&end=01:15:06>; 27.8.2011.

Human Rights Council, United Nations 2009c: United Nations Webcast, Statement by Konrad Scharinger on behalf of the European Union, 10th Session, 26.3.2009, <http://webcast.un.org/ramgen/ondemand/conferences/unhrc/tenth/hrc090326pm1-eng.rm?start=01:41:43&end=01:43:58>; 26.3.2009.

Human Rights Council, United Nations 2009d: United Nations Webcast, Statement by Konrad Scharinger, 9th Special Session (Videomitschnitt), <http://webcast.un.org/ramgen/ondemand/conferences/unhrc/special/9th/hrc090109pm-eng.rm?start=00:29:29&end=00:32:28>; 7.9.2011.

Human Rights Council, United Nations 2009e: United Nations Webcast, Statement by Reinhard Schweppe, 9th Special Session (Videomitschnitt), <http://webcast.un.org/ramgen/ondemand/conferences/unhrc/special/9th/hrc090112am1-eng.rm?start=00:29:34&end=00:33:48>; 9.9.2011.

Human Rights Council, United Nations 2009f: Press Release: Richard J. Goldstone Appointed to Lead Human Rights Council Fact-Finding Mission on Gaza Conflict, 3.4.2009, <http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=8469&LangID=E>; 24.8.2011.

Human Rights Council, United Nations 2009g: Resolution S-9/1, 9th Special Session, 3rd Meeting, 9.1.2009, <http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/specialsession/9/docs/A-HRC-S-91-L1.doc>; 24.8.2011.

Human Rights Council, United Nations 2009h: Resolution S-12/1, 12th Special Session, 2nd Meeting, 16.10.2009, <http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/specialsession/12/docs/Report12thSpecialSession.pdf>; 30.8.2011.

Human Rights Council, United Nations 2009i: Resolution 10/19, 10th Session, 43rd Meeting, 26.3.2009, <http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/10session/A.HRC.10.20.pdf>; 24.8.2011.

Human Rights Council, United Nations 2009j: Resolution 10/21, 10th Session, 43rd Meeting, 26.3.2009, <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=A/HRC/10/29&Lang=E>; 20.8.2011.

Human Rights Council, United Nations 2009k: United Nations Webcast, 10th Session, Überblick über Redebeiträge, 26.3.2009, <http://www.un.org/webcast/unhrc/archive.asp?go=090326>; 9.9.2011.

Human Rights Council, United Nations 2010a: Resolution 15/6, 15th Session, 30th Meeting, 6.10.2010, <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=A/HRC/RES/15/6&Lang=E>; 30.8.2011.

Human Rights Council, United Nations 2010b: Press Release: UN High Commissioner for Human Rights Announces Members of an Independent Committee to Monitor Investigations into Gaza Conflict, 14.6.2010, <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/5ba47a5c6cef541b802563e000493b8c/eef234a374cf5dc38525774200503431?OpenDocument>; 30.8.2011.

Human Rights Council, United Nations 2010c: Resolution 13/9, 13th Session, 42nd Meeting, 25.3.2010, <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/7D3F137E67D203AB8525770D005B7996>; 30.8.2011.

Human Rights Council, United Nations 2011: Resolution 16/32, 66th Session, 48th Meeting, 25.3.2011, <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=A/HRC/16/L.31&Lang=E>; 30.8.2011.

Illichmann, Jutta 1997: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990, Frankfurt am Main/New York.

International Court of Justice 1986: Case Concerning the Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America). Judgment of 27 June 1986, <http://www.icj-cij.org/docket/files/70/6505.pdf>; 20.8.2011.

Israeli Government, Ministry of Foreign Affairs 2008: Address to Knesset by FM Livni on Gaza operation, http://www.mfa.gov.il/MFA/Government/Speeches+by+Israeli+leaders/2008/Address_Knesset_FM_Livni_Gaza_operation_29-Dec-2008.htm; 3.9.2011.

Israeli Government, Ministry of Foreign Affairs 2009: Operation Cast Lead - Israel Defends its Citizens, <http://www.mfa.gov.il/GazaFacts/About/Operation-Cast-Lead-against-Hamas.htm>; 23.8.2011.

Jelinek, Yeshayanu A. 2004: Deutschland und Israel 1945-1965. Ein neurotisches Verhältnis, München.

Jepperson, Ronald L./Wendt, Alexander/Katzenstein, Peter J. 1996: Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, 33-75.

Johannsen, Margret 2009: Der Gaza-Krieg - Jüngstes Kapitel in einem endlosen Konflikt, in: Hippler, Jochen/Fröhlich, Christiane/Johannsen, Margret/Schoch, Bruno/Heinemann-Grüder, Andreas (Hrsg.): Friedensgutachten 2009, Berlin, 97-109.

Johannsen, Margret 2010: Der Gaza-Krieg 2008/2009. Was lehrt uns die Wiederkehr des ewig Gleichen?, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden Und Konfliktlösung (Hrsg.): Söldner, Schurken, Seepiraten. Von der Privatisierung der Sicherheit und dem Chaos der "neuen" Kriege, Wien, 221-235.

Kailitz, Susanne 2007: Johan Galtung, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg 1975, in: Kailitz, Steffen (Hrsg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, Wiesbaden, 133-136.

Kattan, Victor 2009: Operation Cast lead: Use of Force Discourse and Jus ad Bellum Controversies, in: The Palestine Yearbook of International Law 15, 95-117.

Katzenstein, Peter J. 1996: Introduction. Alternative Perspectives on National Security, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, 1-32.

Katzenstein, Peter J. 1997a: Tamed power. Germany in Europe, Ithaca.

Katzenstein, Peter J. 1997b: United Germany in an Integrating Europe, in: *Current History* 96: 608, 116-123.

Katzenstein, Peter J./Keohane, Robert O./Krasner, Stephen D. 1998: International Organization and the Study of World Politics, in: *International Organization* 52 4, 645-685.

Katzenstein, Peter J./Keohane, Robert Owen/Krasner, Stephen D. 2000: Exploration and contestation in the study of world politics, Cambridge.

Keul, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2010: 17. Wahlperiode, 65. Sitzung des Deutschen Bundestages, Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens einstellen - Militärische Zusammenarbeit beenden - Atomwaffenfreie Zone befördern (zu Protokoll gegebene Rede), 7.10.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17065.pdf>; 17.9.2011.

Kiesewetter, CDU/CSU-Fraktion 2010: 17. Wahlperiode, 65. Sitzung des Deutschen Bundestages, Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens einstellen - Militärische Zusammenarbeit beenden - Atomwaffenfreie Zone befördern (zu Protokoll gegebene Rede), 7.10.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17065.pdf>; 15.9.2011.

Kiesewetter, CDU/CSU-Fraktion 2011: 17. Wahlperiode, 93. Sitzung des Deutschen Bundestages, Forderungen des Goldstone-Berichts nach unabhängigen Untersuchungen des Gaza-Krieges unterstützen (zu Protokoll gegebene Rede), 24.2.2011, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17093.pdf>; 17.9.2011.

Kindermann, Harald 2008: A Unique Relationship, in: Brenner, Michael/Feldman, Lily Gardner/Kindermann, Harald/Stein, Shimon/Stern, Frank (Hrsg.): Sixty Years after the Founding of the Jewish State: Are German-Israeli Relations still "Special"? American Institute for Contemporary German Studies, AICGS German Issues, Washington, 7-8.

Kirste, Knut 1998: Rollentheorie und Außenpolitikanalyse. Die USA und Deutschland als Zivilmächte, Frankfurt am Main.

Kloke, Martin 2005: 40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen in: Informationen zur politischen Bildung aktuell, Bundeszentrale für politische Bildung 1-24.

Klose, SPD-Fraktion 2009: 16. Wahlperiode, 198. Sitzung des Deutschen Bundestages, Aktuelle Lage im Nahen Osten, 14.1.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16198.pdf>; 19.9.2011.

Koenigs, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2011: 17. Wahlperiode, 93. Sitzung des Deutschen Bundestages, Forderungen des Goldstone-Berichts nach unabhängigen Untersuchungen des Gaza-Krieges unterstützen (zu Protokoll gegebene Rede), 24.2.2011, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17093.pdf>; 17.9.2011.

Koslowski, Rey/Kratochwil, Friedrich V. 1994: Understanding Change in International Politics: The Soviet Empire's Demise and the International System, in: *International Organization* 48: 2, 215-247.

Kratochwil, Friedrich V. 1987: Rules, Norms, Values and the Limits of "Rationality", in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 73, 301-329.

Kratochwil, Friedrich V. 1989: Rules, norms, and decisions. On the conditions of practical and legal reasoning in internationale relations and domestic affairs, Cambridge.

Lagodinsky, Sergey 2007: Besondere Beziehungen zu Israel als außenpolitische Doktrin, in: Office, American Jewish Committee Berlin (Hrsg.): Aber Israel! Deutsche-Israelische Zukunftsperspektiven 2007, Berlin, 48-52.

League of Arab States, Permanent Observer to the United Nations 2009: Letter dated 2009/10/01 from the Permanent Observer of the League of Arab States to the United Nations addressed to the President of the Security Council, 1.10.2009, <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/2009/537&Lang=E>; 2.9.2011.

Leggewie, Claus 2008: Historikerstreit — transnational, in: Kailitz, Steffen (Hrsg.): Die Gegenwart der Vergangenheit, Wiesbaden, 50-71.

Leisegang, Daniel/von Lucke, Albrecht/Mängel, Annett/Scharenberg, Albert 2008: Chronik des Monats Juni 2008, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8, 125-127.

Leisegang, Daniel/von Lucke, Albrecht/Mängel, Annett/Scharenberg, Albert 2009: Chronik des Monats Januar 2009, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3, 125-127.

Lewan, Kenneth M. 1984: Sühne oder neue Schuld? Deutsche Nahostpolitik im Kielwasser der USA, Ottawa.

Libyan Arab Jamahiriya, Permanent Representative to the United Nations 2009a: Letter dated 6 October 2009 from the Permanent Representative of the Libyan Arab Jamahiriya to the United Nations addressed to the President of the Security Council, 6.10.2009, <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/2009/510&Lang=E>; 2.9.2011.

Libyan Arab Jamahiriya, Permanent Representative to the United Nations 2009b: Letter dated 7 October 2009 from the Permanent Representative of the Libyan Arab Jamahiriya to the United Nations addressed to the President of the Security Council, 7.10.2011, <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/2009/538&Lang=E>; 2.9.2011.

March, James G./Olsen, Johan P. 1998: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: International Organization 52 4, 943-969.

Maull, Hanns W. 1992: Zivilmacht: Die Konzeption und ihre sicherheitspolitische Relevanz, in: Heydrich, Wolfgang (Hrsg.): Sicherheitspolitik Deutschlands. Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden, 771-786.

Maull, Hanns W. 1993: Zivilmacht Bundesrepublik? Das neue Deutschland in der internationalen Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 38: 8, 934-948.

Maull, Hanns W. 1997: Zivilmacht Deutschland – Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Frieden machen, Frankfurt am Main, 63-76.

Maull, Hanns W. 1999: Germany and the Use of Force: Still a 'Civilian Power'? Paper prepared for the Workshop on Force, Order and Global Governance - an Assessment of the U.S., German and Japanese Approaches, in: Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 2, 1-35.

Maull, Hanns W. 2000a: German Foreign Policy - Post-Kosovo: Still a 'Civilian Power'?, in: German Politics 9: 2, 1-24.

Maull, Hanns W. 2000b: Germany and the Use of Force – Still a 'Civilian Power'?, in: Survival 42: 2, 56-80.

Maull, Hanns W. 2004a: Außenpolitik ohne Konzeption (Videointerview), Bundeszentrale für Politische Bildung,

http://www.bpb.de/veranstaltungen/V6F00N,0,Au%DFenpolitik_ohne_Konzeption.html;
8.8.2011.

Maull, Hanns W. 2004b: Germany and the Use of Force – Still a ‘Civilian Power’?, in: Katada, Saori N./Maull, Hanns W./Inoguchi, Takashi (Hrsg.): Global Governance - Germany and Japan in the International System, Aldershot/Burlington, 89-110.

Maull, Hanns W. 2004c: „Normalisierung“ oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11, 17-23.

Maull, Hanns W. 2006: Die prekäre Kontinuität. Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck, in: Schmidt, Manfred G./Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, 421-445.

Maull, Hanns W. 2007: Deutschland als Zivilmacht, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden, 73-84.

Maull, Hanns W. 2011: Globalization and German Foreign Policy, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2, 148-161.

Maull, Hanns W./Frenkner, Ulf/Harnisch, Sebastian/Kirste, Knut/Wallraf, Wolfram 1997: DFG-Projekt 'Zivilmächte'. Schlussbericht und Ergebnisse. Deutsche, amerikanische und japanische Außenpolitikstrategien 1985-1995: Eine vergleichenden Untersuchungen zu Zivilisierungsprozessen in der Triade, DFG/Universität Trier, Trier.

Maull, Hanns W./Kirste, Knut 1996: Zivilmacht und Rollentheorie, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 30: 2, 283-312.

McGowan Davis, Mary/Aspegren, Lennart 2011: Report of the Committee of independent experts in international humanitarian and human rights law established pursuant to Council resolution 13/9, 18.3.2011,
http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/16session/A.HRC.16.24_AUV.pdf;
30.8.2011.

Menzel, Ulrich 2001: Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Frankfurt am Main.

Mertens, Lothar 2006: Deutschland und Israel: ausgewählte Aspekte eines schwierigen Verhältnisses, Berlin.

Meyer, Hans-Georg 2005: Mehr als besondere Beziehungen. Lang war der Weg, dornig der Umgang, hoffnungsvoll für die Zukunft, in: Tribüne 44: 173, 144-149.

Mißfelder, CDU/CSU-Fraktion 2009: 16. Wahlperiode, 198. Sitzung des Deutschen Bundestages, Aktuelle Lage im Nahen Osten, 14.1.2009,
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16198.pdf>; 17.9.2011.

Müller, Jochen/Tempel, Sylke/Böhme, Jörn/Srulevitch, Andrew/Nassauer, Emanuel/Sobich Frank, Oliver/Quadfasel, Lars/Schröder, Ilka 2005: Israel in deutschen Wohnzimmern. Realität und antisemitische Wahrnehmungsmuster des Nahostkonflikts. Dokumentation einer Veranstaltungsreihe in Hannover (2003), Hannover.

Mützenich, SPD-Fraktion 2009: 16. Wahlperiode, 198. Sitzung des Deutschen Bundestages, Aktuelle Lage im Nahen Osten, 14.1.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16198.pdf>;
17.9.2011.

Nadoll, Jörg 2000: Diskursanalyse und Außenpolitik, in: PAFE-Arbeitspapier (Project on the Comparative Analysis of Foreign Policies in Europe) 2, 1-27.

Neue Zürcher Zeitung, Onlineausgabe 2009: Umstrittene Bilanz des Krieges im Gazastreifen, 28.3.2009, http://www.nzz.ch/nachrichten/hintergrund/wissenschaft/umstrittene_bilanz_des_krieges_im_gazastreifen_1.2274243.html; 23.8.2011.

Office of the High Commissioner for Human Rights, United Nations 1966/1976: International Covenant on Civil and Political Rights, <http://www2.ohchr.org/english/law/ccpr.htm>; 13.8.2011.

Onuf, Nicholas G. 1989: World of our Making: Rules and Rule in Social Theory and International Relations, Columbia.

Paech, Norman/Seifer, Kerstin 2010: Israel und Palästina - die aktuelle Lage aus völkerrechtlicher Perspektive, erschienen in: Deeg, Sophia/Dierkes, Hermann (Hrsg.): Bedingungslos für Israel? Positionen und Aktionen jenseits deutscher Befindlichkeiten, Köln/Karlsruhe, <http://norman-paech.de/app/download/5046448756/Israel%2BPal%C3%A4stina%2BV%C3%B6lkerrechtliche%2BPerspektive.pdf>; 3.9.2011.

Palestinian Centre for Human Rights 2009a: A List of Victims of the Israeli Military Offensive on the Gaza Strip (27 December 2008 - 18 January 2009) 19.3.2009, <http://www.pchrgaza.org/files/2010/list.pdf>; 24.8.2011.

Palestinian Centre for Human Rights 2009b: Targeted Civilians. A PCHR Report on the Israeli Military Offensive against the Gaza Strip (27 December 2008 - 18 January 2009), 21.10.2009, http://www.pchrgaza.org/files/Reports/English/pdf_spec/gaza_war_report.pdf; 23.8.2011.

Perthes, Volker 2002: Germany and the Middle East Conflict: What Interests, If Any?, in: German Foreign Policy in Dialogue. A Quarterly E-Newsletter on German Foreign Policy 3: 7, 8-15.

Peters, Dirk 2001: The debate about a new German foreign policy after unification, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): German foreign policy since unification. Theories and case studies, Manchester/New York, 11-36.

Pfeil, Florian 2000: Zivilmacht für die Menschenrechte? Menschenrechte in der deutschen Außenpolitik 1990 - 1998, Hamburg.

Pogge, Thomas 2005/2007: Anerkannt und doch verletzt durch internationales Recht: Die Menschenrechte der Armen, in: Bleisch, Baraba/Schaber, Peter (Hrsg.): Weltarmut und Ethik, Paderborn, 95-138.

Polenz, CDU/CSU-Fraktion 2009: 16. Wahlperiode, 208. Sitzung des Deutschen Bundestages, Beratung der Beschlussempfehlung zu dem Antrag: Den Prozess von Annapolis durch eigene Initiativen unterstützen (zu Protokoll gegebene Rede), 5.3.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16208.pdf>; 17.9.2011.

Primor, Avi 2000a: Europa, Israel und der Nahe Osten, Frankfurt am Main.

Primor, Avi 2000b: Le triangle des passions, Paris.

Primor, Avi 2008: Vorwort, in: Uhlmann, Milena (Hrsg.): Die deutsch-israelischen Sicherheitsbeziehungen. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Berlin, 7-8.

Rat der Europäischen Union 2009: Council Conclusions on Middle East Peace Process. 2921st External Relations Council Meeting, 27.1.2009, http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/105545.pdf; 15.9.2011.

Rau, Johannes 2000: Ansprache vor der Knesset, 16.2.2000, Jerusalem, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Johannes-Rau/Reden/2000/02/20000216_Rede.html; 25.7.2011.

Reuters France 2009: Sarkozy pousse Moubarak à faire le premier pas vers Israël, 7.1.2009, <http://fr.reuters.com/article/topNews/idFRPAE50510N20090106?pageNumber=3&virtualBrandChannel=0>; 15.9.2011.

Risse, Thomas 1999: International Norms and Domestic Change. Arguing and Communicative Behaviour in the Human Rights Area, in: *Politics & Society* 27: 4, 529-559.

Risse, Thomas 2000: "Let's Argue!". Communicative Action in World Politics, in: *International Organization* 54: 1, 1-39.

Risse, Thomas 2003: Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen. Warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, erschienen in: Hellmann, Gunther (Hrsg.): *Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden, <http://www.gbv.de/dms/hebis-darmstadt/toc/113557361.pdf>; 8.8.2011.

Risse, Thomas 2004: Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11, 24-31.

Risse, Thomas 2007: Deutsche Identität und Außenpolitik, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden, 49-61.

Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: *Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens*, Baden-Baden.

Risse, Thomas/Sikkink, Kathryn/Ropp, Steve C. 1999: *The power of human rights. International norms and domestic change*, Cambridge.

Rittberger, Volker/Boekle, Henning/Wagner, Wolfgang 2001a: Constructivist foreign policy theory, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *German foreign policy since unification. Theories and case studies*, Manchester, 105-140.

Rittberger, Volker/Boekle, Henning/Wagner, Wolfgang 2001b: Soziale Normen und normgerechte Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie und deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 11: 1, 71-103.

Robbe, Reinhold 2007: Deutsch-israelische Beziehungen: Bestandsaufnahme 2007, in: Office, American Jewish Committee Berlin (Hrsg.): *Aber Israel! Deutsche-Israelische Zukunftsperspektiven 2007*, Berlin, 8-9.

Robinson, Mary 2009: Accounting for Gaza, 30.9.2009, <http://www.theelders.org/media/news/accounting-gaza>; 24.8.2011.

Salzborn, Samuel/Voigt, Sebastian 2011: Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, Leipzig/Giessen.

Schimmelfennig, Frank 2008: Ideen und Gemeinschaft: Der Konstruktivismus, in: Schimmelfennig, Frank (Hrsg.): Internationale Politik, Paderborn, 160-184.

Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard 2007: Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden.

Schnurr, FDP-Fraktion 2010: 17. Wahlperiode, 65. Sitzung des Deutschen Bundestages, Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens einstellen - Militärische Zusammenarbeit beenden - Atomwaffenfreie Zone befördern (zu Protokoll gegebene Rede), 7.10.2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17065.pdf>; 17.9.2011.

Schwellung, Birgit 2007: Die Außenpolitik der Bundesrepublik und die deutsche Vergangenheit, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden, 101-111.

Secretary-General, United Nations 2009: Letter dated 10 November 2009 from the Secretary-General addressed to the President of the Security Council, 10.11.2009, <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/2009/586&Lang=E>; 2.9.2011.

Security Council, United Nations 2008a: Press Release SC/9559, 6066th Meeting, 28.12.2008, <http://www.un.org/News/Press/docs/2008/sc9559.doc.htm>; 23.8.2011.

Security Council, United Nations 2009a: Press Release SC/9565, 6061st Meeting, 7.1.2009, <http://www.un.org/News/Press/docs/2009/sc9565.doc.htm>; 23.8.2011.

Security Council, United Nations 2009b: Press Release SC/9567, 6063rd Meeting, 8.1.2009, <http://www.un.org/News/Press/docs/2009/sc9567.doc.htm>; 23.8.2011.

Security Council, United Nations 2009c: Resolution S/RES/1860 8.1.2009, [http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/RES/1860 \(2009\)&Lang=E&Area=UNDOC](http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/RES/1860%20(2009)&Lang=E&Area=UNDOC); 23.8.2011.

Security Council, United Nations 2009d: Press Release SC/9571, 6067th Meeting, 14.1.2009, <http://www.un.org/News/Press/docs/2009/sc9571.doc.htm>; 23.8.2011.

Security Council, United Nations 2009e: Press Release SC/9767, 6201st Meeting, 14.10.2009, <http://www.un.org/News/Press/docs/2009/sc9767.doc.htm>; 2.9.2011.

Security Council, United Nations 2009f: Press Release SC/9743, 6190th Meeting, 17.9.2009, <http://www.un.org/News/Press/docs/2009/sc9743.doc.htm>; 24.8.2011.

Security Council, United Nations 2009g: Press Release SC/9597, 6084th Meeting, 18.2.2009, <http://www.un.org/News/Press/docs/2009/sc9597.doc.htm>; 24.8.2011.

Security Council, United Nations 2009h: Press Release SC/9638, 6107th Meeting, 20.4.2009, <http://www.un.org/News/Press/docs/2009/sc9638.doc.htm>; 23.8.2011.

Security Council, United Nations 2009i: Press Release SC/9626, 6100th Meeting, 25.3.2009, <http://www.un.org/News/Press/docs/2009/sc9626.doc.htm>; 24.8.2011.

Security Council, United Nations 2009j: Press Release SC/9717, 6171st Meeting, 27.7.2009, <http://www.un.org/News/Press/docs/2009/sc9717.doc.htm>;

Security Council, United Nations 2010: Press Release SC/9854, 6265th Meeting, 27.1.2010, <http://www.un.org/News/Press/docs/2010/sc9854.doc.htm>; 2.9.2011.

Security Council, United Nations 2011a: Meeting Record 6531 (Resumption 1), 6531st Meeting, 10.5.2011, [http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/PV.6531\(Resumption1\)&Lang=E](http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/PV.6531(Resumption1)&Lang=E); 7.9.2011.

Security Council, United Nations 2011b: Meeting Record S/PV.6531, 6531st Meeting, 10.5.2011, <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/PV.6531&Lang=E>; 7.9.2011.

Security Council, United Nations 2011c: Press Release SC/10178, 6484th Meeting, 18.2.2011, <http://www.un.org/News/Press/docs/2011/sc10178.doc.htm>; 7.9.2011.

Security Council, United Nations 2011d: Press Release SC/10157, 6470th Meeting, 19.1.2011, <http://www.un.org/News/Press/docs/2011/sc10157.doc.htm>; 7.9.2011.

Security Council, United Nations 2011e: Meeting Record S/PV.6250, 6520th Meeting, 21.4.2011, <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/PV.6520&Lang=E>; 7.9.2011.

Security Council, United Nations 2011f: Press Release SC/10230, 6520th Meeting, 21.4.2011, <http://www.un.org/News/Press/docs/2011/sc10230.doc.htm>; 2.9.2011.

Security Council, United Nations 2011g: Press Release SC/10340, 6590th Meeting, 26.7.2011, <http://www.un.org/News/Press/docs/2011/sc10340.doc.htm>; 7.9.2011.

Security Council, United Nations 2008b: Press Release SC/9560, 6060th Meeting, 31.12.2008, <http://www.un.org/News/Press/docs/2008/sc9560.doc.htm>; 23.8.2011.

Senghaas, Dieter 1995: Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem, Frankfurt am Main, 196-223.

Shpiro, Shlomo 2002: Intelligence services and foreign policy. German-Israeli intelligence and military co-operation, in: *German Politics* 11: 1, 39-42.

Silberhorn, CDU/CSU-Fraktion 2011: 17. Wahlperiode, 93. Sitzung des Deutschen Bundestages, Forderungen des Goldstone-Berichts nach unabhängigen Untersuchungen des Gaza-Krieges unterstützen (zu Protokoll gegebene Rede), 24.2.2011, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17093.pdf>; 17.9.2011.

SPD 2007: Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 28.10.2007, http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf; 19.9.2011.

Spiegel, Online-Ausgabe 2009: Innenminister der Hamas stirbt bei Luftangriff, 15.1.2009, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,601527,00.html>; 10.9.2011.

Spiegel, Online-Ausgabe 2010: Im öffentlichen Interesse. Essay von Timothy Garton Ash, 6.12.2010, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-75476951.html>; 7.9.2011.

Spiegel, Online-Ausgabe 2011a: Depeschen-Debakel. WikiLeaks' wunde Punkte, 1.9.2011, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,783801,00.html>; 7.9.2011.

Spiegel, Online-Ausgabe 2011b: Kriegsverbrechen in Gaza. Israel rätselt über Goldstone-Wende, 4.4.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,754958,00.html>; 3.9.2011.

Steeger-Strobel, Christine 2008: Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen seit 1990. Literatúrauswahl, Institut für Auslandsbeziehungen e.V., Stuttgart.

Stein, Shimon 2002: Germany's Middle East Policy from the Israeli Perspective, in: *German Foreign Policy in Dialogue. A Quarterly E-Newsletter on German Foreign Policy* 3: 7, 30-33.

Stein, Shimon 2008: German-Israeli Relations Sixty Years Later: Are they Still Unique?, in: Brenner, Michael/Feldman, Lily Gardner/Kindermann, Harald/Stein, Shimon/Stern, Frank (Hrsg.): Sixty Years after the Founding of the Jewish State: Are German-Israeli Relations still "Special"? American Institute for Contemporary German Studies, AICGS German Issues, Washington, 9-11.

Steinmeier, SPD-Fraktion 2009: 16. Wahlperiode, 198. Sitzung des Deutschen Bundestages, Aktuelle Lage im Nahen Osten, 14.1.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16198.pdf>; 17.9.2011.

Sterzing, Christian 2002: German arms exports. A policy caught between morality and national interest, in: Perthes, Volker (Hrsg.): Germany and the Middle East. Interests and Options, Berlin, 172-186.

Sterzing, Christian/Böhme, Jörn 2002: German and European contributions to the Israeli-Palestinian peace process, in: Perthes, Volker (Hrsg.): Germany and the Middle East. Interests and Options, Berlin, 29-52.

Stinner, FDP-Fraktion 2011: 17. Wahlperiode, 93. Sitzung des Deutschen Bundestages, Forderungen des Goldstone-Berichts nach unabhängigen Untersuchungen des Gaza-Krieges unterstützen (zu Protokoll gegebene Rede), 24.2.2011, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17093.pdf>; 17.9.2011.

Süddeutsche Zeitung, Online-Ausgabe 2009: UN-Sicherheitsrat tagt zu Gaza-Krieg. USA stützen Mubaraks Friedensplan, 7.1.2009, <http://www.sueddeutsche.de/politik/un-sicherheitsrat-tagt-zu-gaza-krieg-usa-stuetzen-mubaraks-friedensplan-1.367746>; 3.8.2011.

Süddeutsche Zeitung, Online-Ausgabe 2011: Libyen: Deutsche Enthaltung. "Wir wünschen viel Erfolg", 18.3.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/libyen-deutsche-enthaltung-wir-wuenschen-viel-erfolg-1.1074261>; 20.9.2011.

Syrian Arab Republic, Permanent Representative to the United Nations 2009: Letter dated 2009/10/08 from the Permanent Representative of the Syrian Arab Republic to the United Nations addressed to the President of the Security Council, 8.10.2009, <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/2009/524&Lang=E>; 2.9.2011.

The Times, Onlineausgabe 2010: UN to accept \$10m in compensation from Israel for Gaza war damage, 2.1.2010, http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/middle_east/article6981539.ece; 31.9.2011.

Tomuschat, Christian 2005: Völkerrecht (editierte Primärtextsammlung), Baden-Baden.

Tomuschat, Christian/McGowan Davis, Mary/Cumaraswamy, Param 2010: Report of the Committee of independent experts in international humanitarian and human rights laws to monitor and assess any domestic, legal or other proceedings undertaken by both the Government of Israel and the Palestinian side, in the light of General Assembly resolution 64/254, including the independence, effectiveness, genuineness of these investigations and their conformity with international standards, 23.9.2010, http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/15session/A.HRC.15.50_en.pdf; 30.8.2011.

Treibel, Annette 2008a: Die Ordnung des Wandels — Elias' Leitmotive und soziologiegeschichtlicher Ort, in: (Hrsg.): Die Soziologie von Norbert Elias, Wiesbaden, 15-34.

Treibel, Annette 2008b: Zivilisation, in: (Hrsg.): Die Soziologie von Norbert Elias, Wiesbaden, 49-68.

Trittin, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2009: 16. Wahlperiode, 198. Sitzung des Deutschen Bundestages, Aktuelle Lage im Nahen Osten, 14.1.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16198.pdf>; 17.9.2011.

Ulbert, Cornelia 2005: Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Theoretische Ansätze und methodische Herangehensweisen, in: Ulbert, Cornelia/Weller, Christoph (Hrsg.): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik, Wiesbaden, 9-34.

United Nations 1948: The Universal Declaration of Human Rights, <http://www.un.org/en/documents/udhr/>; 23.7.2011.

United Nations, Informationa System on the Question of Palestine 2009: Gaza: Steinmeier proposes EU Work Plan 20.1.2009, <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/59117C444B543C2085257546005AADD5>; 15.9.2011.

United Nations, International Court of Justice 1945/1973a: Statute of the International Court of Justice, <http://www.icj-cij.org/documents/index.php?p1=4&p2=2&p3=0>; 9.7.2011.

United Nations, Regional Information Centre for Western Europe 1945/1973b: Charta der Vereinten Nationen, <http://www.unric.org/de/charta>; 9.7.2011.

Vogel, Rolf 1988a: Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Teil I: Politik, Band 1, München/New York/London/Paris.

Vogel, Rolf 1988b: Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Teil I: Politik, Band 2, München/New York/London/Paris.

Vogel, Rolf 1988c: Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Teil I: Politik, Band 3, München/New York/London/Paris.

Volmer, Ludger 1998: Die Grünen und die Aussenpolitik, ein schwieriges Verhältnis: eine Ideen-, Programm- und Ereignisgeschichte grüner Aussenpolitik, Münster.

von Klaeden, CDU/CSU-Fraktion 2009: 16. Wahlperiode, 198. Sitzung des Deutschen Bundestages, Aktuelle Lage im Nahen Osten, 14.1.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16198.pdf>; 17.9.2011.

Vopel, Stephan 2007: Deutsche und Juden. Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart? Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zum Deutschland-Bild unter Juden in Israel und den USA und zum Israel-Bild in Deutschland, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Walker, Stephen G. 1987: Role theory and foreign policy analysis, Durham.

Weingardt, Markus A. 2002: Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949, Frankfurt am Main.

Weingardt, Markus A. 2005: Etappen und Kontinuitäten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 55: 15, 22-31.

Weisskirchen, Gert 2007: Ein festes Band, in: Office, American Jewish Committee Berlin (Hrsg.): Aber Israel! Deutsche-Israelische Zukunftsperspektiven 2007, Berlin, 81-84.

Weisskirchen, SPD-Fraktion 2009: 16. Wahlperiode, 208. Sitzung des Deutschen Bundestages, Beratung der Beschlussempfehlung zu dem Antrag: Den Prozess von Annapolis durch eigene Initiativen unterstützen, 5.3.2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16208.pdf>; 17.9.2011.

Welt, Online-Ausgabe 2011: Nach UN-Resolution. Labour-Abgeordnete wirft Deutschland Feigheit vor, 18.3.2011, <http://www.welt.de/politik/ausland/article12879119/Labour-Abgeordnete-wirft-Deutschland-Feigheit-vor.html>; 20.9.2011.

Wendt, Alexander 1992a: Anarchy is what States Make of it. The Social Construction of Power Politics, in: *International Organization* 46: 2, 391-425.

Wendt, Alexander 1992b: Levels of Analysis vs. Agents and Structures: Part III, in: *Review of International Studies* 18 2, 181-185.

Wendt, Alexander 1999/2006: *Social Theory of International Politics*, Cambridge.

Wiener, Antje 2007: The Dual Quality of Norms and Governance beyond the State. Sociological and Normative Approaches to 'Interaction', in: *Critical Review of International Social & Political Philosophy* 10 1, 47-69.

Wolffsohn, Michael 1991: *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*, München.

Zehfuss, Maja 2001: Constructivisms in International Relations: Wendt, Onuf, and Kratochwil, in: Fierke, Karin M./Jorgensen, Knud Erik (Hrsg.): *Constructing International Relations. The next generation*, Armonk/London.

Zehfuss, Maja 2002: *Constructivism in International relations. The politics of reality*, Cambridge.

Zeit, Online-Ausgabe 2006: Abbas will an Road Map festhalten, 1.2.2006, http://www.zeit.de/online/2006/05/merkel_abbas; 25.7.2011.

Zeit, Online-Ausgabe 2008: Steinmeier plädiert für "humanitäre Waffenruhe", 30.8.2009, <http://www.zeit.de/online/2008/52/steinmeier-diplomatie-gaza>; 15.9.2011.

Zeit, Online-Ausgabe 2010: Wikileaks veröffentlicht Details deutscher Israel-Politik, 1.12.2010, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-12/israel-heusgen-siedlungsstopp>;

Zeit, Online-Ausgabe 2011a: Streit um Gaza-Flottille. Türkei weist israelischen Botschafter aus, 2.9.2011, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-09/tuerkei-israel-botschafter>; 17.9.2011.

Zeit, Online-Ausgabe 2011b: Irritationen über Rückzieher Goldstones 6.4.2011, <http://www.zeit.de/politik/2011-04/irritationen-ueber-rueckziehe>; 30.8.2011.

Zeit, Online-Ausgabe 2011c: Wenn wir damals gewusst hätten, was wir heute wissen, 7.4.2011, <http://www.zeit.de/2011/15/P-Nahost-Israel>; 2.9.2011.

Ziegler, Ernst-Andreas 1992: *Freunde reden Tacheles. Der Beitrag der Städtepartnerschaft zur Außenpolitik am Beispiel Deutschland-Israel*, Wuppertal.

Zuckermann, Moshe 2001: Israel in Sicherheit - Politik im Schatten der Vergangenheit?, in: Wittstock, Alfred (Hrsg.): *Israel in Nahost - Deutschland in Europa: Nahtstellen*, Wiesbaden, 81-91.

Anhang

Anhang 1: Zusammenfassung der rechtlichen Vorwürfe gegen Israel

	Betroffene Rechtsgrundsätze	Rechtsquelle	Vorfälle	Textstelle für Details
Vorwarnungen vor Angriffen	Ergreifen aller praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen zur Vermeidung von Verlusten für die Zivilbevölkerung	Gewohnheitsrecht (Art. 57 (2) (a) (ii), ¹⁵⁷ Zusatzprotokoll I)	• Beschuss des UNRWA Gebäudekomplexes mit weißem Phosphor • Beschuss des al-Quds-Krankenhauses mit hochexplosiven Artilleriegranaten • Angriff des al-Wafa-Krankenhauses	543-595 596-629 630-652
	Schutz von Zivilkrankenhäusern und Verwirkung des Schutzes	Art. 18+19 IV. Genfer Abkommen		
	Aussetzen von Angriffen mit zu erwartenden Verlusten für die Zivilbevölkerung, die in keinem Verhältnis zum erwarteten militärischen Vorteil stehen	Gewohnheitsrecht (Art. 57 (2) (a) (ii) Zusatzprotokoll I)		
	Effektive Warnung von Zivilisten vor Angriffen	Gewohnheitsrecht (Art. 57 (2) (c), Zusatzprotokoll I)	• Warnung durch kleinere Missiles auf oder in Wohnungen (eher Angriff als Warnung)	526-542
Vorfälle, bei denen Zivilisten ums Leben kamen	Prinzip der Unterscheidung zwischen Zivilisten und Kombattanten	Gewohnheitsrecht (Art. 51 (2) und 57 Zusatzprotokoll I)	• Vorsätzliche Angriffe auf Zivilisten und zivile Einrichtungen • Teilweise Angriffe, um Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten	Mehrere der untersuchten Fälle, z.B. Samouni-Familie (706-735; 736-744), Hajji-Familie (745-754), Abu-Halima-Familie (788-801), Al Maqadmah Moschee (822-853)
	Allgemeiner Schutz von geschützten Personen	Art. 27 IV. Genfer Abkommen		
	Recht auf Leben Verbot von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	Art 6+7 IPBPR ¹⁵⁸		
	Schutz und Pflege Verwundeter und Kranker, Zugang zu medizinischer Versorgung	Gewohnheitsrecht (Art. 10 Zusatzprotokoll I)	• Teilweise willkürliche Verweigerung des Zugangs humanitärer Organisationen	
	Vorsichtsmaßnahmen bei der Wahl der Angriffsmittel und -methoden zum Schutz der Zivilbevölkerung	Gewohnheitsrecht (Art. 57 (2) (a) (ii) Zusatzprotokoll I)	• Einsatz von Mörsergranaten auf hochfrequentierter Straße und nahe einer Schule, in der über 1368 Zivilisten Zuflucht gesucht hatten (35 Tote)	Al-Deeb-Familie (653-703)
	Aussetzen von Angriffen mit zu erwartenden Verlusten für die Zivilbevölkerung, die in keinem Verhältnis zum erwarteten militärischen Vorteil stehen	Gewohnheitsrecht (Art. 57 (2) (a) (iii) Zusatzprotokoll I)		
	Recht auf Leben	Art. 6 IPBPR		
	Prinzip der Verhältnismäßigkeit (Unterschiedslose Angriffe)	Gewohnheitsrecht (Art. 51 (5) (b) Zusatzprotokoll I)	• Tötung zahlreicher Polizisten mit Zivilistenstatus zum Zwecke einer Tötung einiger mutmaßlicher Angehöriger bewaffneter Gruppen	366-392 393-438

¹⁵⁷ Die Angaben in Klammern entsprechen kodifiziertem Recht, das die betreffenden Grundsätze des Gewohnheitsrechts widerspiegelt. Wenn Zusatzprotokoll ohne weitere Bemerkung steht, so ist eines der Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen gemeint.

¹⁵⁸ Die Abkürzung steht für den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

	Betroffene Rechtsgrundsätze	Rechtsquelle	Vorfälle	Textstelle für Details
Waffen	Prinzip der Verhältnismäßigkeit (Einsatz von Waffen unter bestimmten Umständen) ¹⁵⁹	Gewohnheitsrecht (Art. 51 (4) (a)-(c) Zusatzprotokoll I)	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz von Fléchettes in urbanen Gebieten • Einsatz von weißem Phosphor als <i>obscurant</i>¹⁶⁰ 	886-912
Benutzung menschlicher Schutzschilde	Verbot der Benutzung Zivilisten zur Immunisierung von Gefahrenzonen	Art. 28 IV. Genfer Abkommen	<ul style="list-style-type: none"> • Benutzung palästinensischer Zivilisten als <i>human shields</i>, vor allem die sog. <i>neighbour procedure</i>¹⁶¹ • Erzwingen von Informationen über palästinensische Kämpfer und Tunnelanlagen unter Androhung von Tod oder Verletzung 	1032-1106
	Verbot der Benutzung von Zivilisten zur Deckung oder Abschirmung von Kriegshandlungen und militärischen Zielen	Gewohnheitsrecht (Art. 51 (7) Zusatzprotokoll I)		
	Recht auf Leben Verbot von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	Art. 6+7 IPBPR		
	Verbot körperlichen und seelischen Zwangs	Art. 31 IV. Genfer Abkommen		
Inhaftierung	Allgemeiner Schutz geschützter Personen Verbot von Kollektivbestrafung und Repressalien	Art. 27+33 IV. Genfer Abkommen	<ul style="list-style-type: none"> • Inhaftierung zahlreicher geschützter Personen • Schlechte Haftbedingungen • Kein direkter Zugang zu Verfahren • Anwendung physischer und psychischer Gewalt 	1107-1176
	Verbot von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung Recht auf eine würdige Behandlung in Haft Recht auf ein ordentliches Verfahren	Art. 7+10+14 IPBPR		
	Schutz von Frauen	Gewohnheitsrecht (Art. 76 Zusatzprotokoll I)		
	Verbot von Kollektivbestrafung	Art. 50 IV. Haager Abkommen		
Eigentum	Allgemeiner Schutz ziviler Objekte	Gewohnheitsrecht (Art. 52 Zusatzprotokoll I)	<ul style="list-style-type: none"> • Zerstörung des Legislativrates des Gazastreifens • Zerstörung des Gaza Zentralgefängnisses 	366-392
	Verbot der Zerstörung oder Unbrauchbarmachung lebensnotwendiger Objekte	Gewohnheitsrecht (Art. 54 (2) Zusatzprotokoll I)	<ul style="list-style-type: none"> • Zerstörung der einzigen Mehlfabrik 	913-941 942-961

¹⁵⁹ Die Kommission erkannte an, dass die von Israel benutzten Waffen wie weißer Phosphor – der sich bei Raumtemperatur selbst entzündet und daher verheerende Großbrände auslösen kann – oder Fléchettes – kleine, meist von Panzern abgeschossene Granaten, die bei Explosion Tausende kleiner Metallstäbe in einem Radius von etwa 50 Metern verteilen und daher nicht präzise eingesetzt werden können (siehe auch B'Tselem 2011) – bisher nicht durch internationales Recht geächtet seien. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verbiete ihren Gebrauch aber dennoch unter bestimmten Umständen (Goldstone et al. 2009: 414). Weiterhin gab es starke Hinweise darauf, dass die Israelis sog. DIME (*Dense Insert Metal Explosive*) verwendet hatten. Diese Granaten wirken in einem sehr kleinen Radius tödlich; wenn sie nicht tödlich sind, verursachen sie gravierende gesundheitliche Schäden. Die Kleinen Schwermetallteilchen sind nicht aus dem Körper zu entfernen, gleichzeitig jedoch hoch krebserregend. Mehrere Amputationen mussten während der Operationen in Gaza vorgenommen werden, wobei die Verletzungen mit Verbrennungen dritten Grades und teilweise mit inneren Verbrennungen einhergingen. Die Kommission äußerte wegen der großen Leiden für Überlebende eine große Besorgnis über diese Art von Waffen. Weiterhin konnten Vorwürfe, die israelische Armee habe Uranmunition verwendet, auf Grund der kurzen Untersuchungszeit nicht verfolgt werden (Goldstone et al. 2009: 197-199).

¹⁶⁰ Die Übersetzung des Wortes *obscurant* scheint etwas schwierig. Gemeint sind damit Effekte, die die Sicht des Gegners verschlechtern, wie etwa Rauch oder Nebel.

¹⁶¹ Diese Praxis wurde bereits in der Westbank mehrfach angewendet. Palästinenser wurden dazu gezwungen, Häuser zu durchsuchen, von denen vermutet wurde, dass sie mit Sprengfallen versehen waren. Oftmals wurden diese Personen auch als Feuerschutz vorgeschickt, um die Truppen vor feindlichen Angriffen abzuschirmen.

	Betroffene Rechtsgrundsätze	Rechtsquelle	Vorfälle	Textstelle für Details
	Recht auf angemessenen Lebensstandard Recht auf Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit	Art. 11+12 IPWSKR ¹⁶²	<ul style="list-style-type: none"> • Zerstörung einer Hühnerfarm • Zerstörung einer Zementfabrik 	1012-1017
Einfluss auf die Bevölkerung des Gazastreifens	Pflichten einer Besatzungsmacht	Abschnitt III, IV. Genfer Abkommen	<ul style="list-style-type: none"> • Blockade des Gazastreifens im Allgemeinen • Verschärfte Blockade während des Gazakriegs 	1217-1335
	Gewährung von Materialsendungen	Art. 23, IV. Genfer Abkommen		
	Besondere Verpflichtungen gegenüber Kindern und Frauen	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau Übereinkommen über die Rechte des Kindes		
	Verbot von Kollektivbestrafung	Art. 33 IV. Genfer Abkommen		
Strafrecht	Schwere Verletzungen	Art. 147 IV. Genfer Abkommen	<ul style="list-style-type: none"> • Vorsätzliche Tötung • Folter • Unmenschliche Behandlung • Vorsätzliches Verursachen großen Leids und schweren Verletzungen • Extensive Zerstörung von Eigentum ohne militärische Notwendigkeit 	Siehe oben
	Kriegsverbrechen	Art. 8 Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofes	<ul style="list-style-type: none"> • Verwendung menschlicher Schilde 	
	Verbrechen gegen die Menschlichkeit	Art. 7 Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofes	<ul style="list-style-type: none"> • Verfolgung (Indizien, aber noch nicht eindeutig festgestellt) 	

Tabelle 5: Zusammenfassung der rechtlichen Vorwürfe gegen Israel, Tabelle von Hanna Pfeifer, Inhalte nach Goldstone et al. 2009, rechtliche Primärquellen aus Tomuschat 2005.

¹⁶² Die Abkürzung steht für den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.